

P. b. b. Erscheinungsort Wien, Verlagspostamt 1030 Wien

Stenographisches Protokoll

125. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

XI. Gesetzgebungsperiode Montag, 16. und Dienstag, 17. Dezember 1968

Tagesordnung

Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1969

Spezialdebatte

Beratungsgruppe XII: Landesverteidigung

Inhalt**Personalien**

Krankmeldung (S. 10589)

Geschäftsbehandlung

Unterbrechung der Sitzung (S. 10637)

Bundesregierung

Schriftliche Anfragebeantwortung (S. 10589)

Verhandlungen

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (990 d. B.): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1969 (1040 d. B.)

Spezialdebatte

Beratungsgruppe XII: Kapitel 40: Militärische Angelegenheiten

Spezialberichterstatter: Mayr (S. 10590)

Redner: Steininger (S. 10590), Marwan-

Schlosser (S. 10593), Zeillinger (S. 10601)

Fachleutner (S. 10608), Haas (S. 10611),

Steiner (S. 10613), Peter (S. 10615), Mondl (S. 10621), Regensburger (S. 10629), Troll (S. 10631), Eberhard (S. 10639), Dr. Geischläger (S. 10645), Dr. Stella Klein-Löw (S. 10647), Dr. Scrinzi (S. 10651), Preußler (S. 10656) und Bundesminister Dr. Prader (S. 10666)

Annahme der Beratungsgruppe XII (S. 10673)

Eingebracht wurden**Regierungsvorlage**

1070: Vertrag mit der Schweiz zur Ergänzung des Haager Übereinkommens betreffend Zivilprozeßrecht (S. 10589)

Anfrage

der Abgeordneten Ing. Scheibengraf, Jungwirth, Pfeffer und Genossen an den Bundesminister für Finanzen, betreffend Einhaltung der Förderungsrichtlinien des Finanzministers (1057/J)

Anfragebeantwortung**Eingelangt ist die Antwort**

des Bundesministers für Bauten und Technik auf die Anfrage der Abgeordneten Weikhart und Genossen (920/A. B. zu 934/J)

Beginn der Sitzung: 16 Uhr 15 Minuten

Vorsitzende: Präsident Dr. Maleta, Zweiter Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner, Dritter Präsident Wallner.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Die amtlichen Protokolle der 122. Sitzung des Nationalrates vom 10., 11. und 12. Dezember 1968 und der 123. Sitzung des Nationalrates vom 12. und 13. Dezember 1968 sind in der Kanzlei aufgelegt, unbeanstandet geblieben und gelten daher als genehmigt.

Krank gemeldet ist der Abgeordnete Horejs.

Von der Bundesregierung ist die Regierungsvorlage

Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Schweizerischen Eidgenossenschaft zur Ergänzung des Haager Übereinkommens vom 1. März 1954 betreffend das Verfahren in bürgerlichen Rechtssachen (betreffend Zivilprozeßrecht) (1070 der Beilagen) eingelangt.

Ich werde diese Regierungsvorlage gemäß § 41 Geschäftsordnungsgesetz in der nächsten Sitzung zur Zuweisung bringen.

Die schriftliche Beantwortung der Anfrage 934/J der Abgeordneten Weikhart und Genossen an den Herrn Bundesminister für Bauten und Technik, betreffend die Verwendung der für den Verwaltungsaufwand der Zentralleitung des Bundesministeriums für Bauten und Technik vorgesehenen Budgetmittel, wurde den Anfragestellern übermittelt. Die Anfragebeantwortung wurde auch vervielfältigt und an alle Abgeordneten verteilt.

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (990 und Zu 990 der Beilagen): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1969 (1040 der Beilagen)

Spezialdebatte**Beratungsgruppe XII****Kapitel 40: Militärische Angelegenheiten**

Präsident: Wir gehen in die Tagesordnung ein.

10590

Nationalrat XI. GP. — 125. Sitzung — 16. Dezember 1968

Präsident

Gegenstand ist das Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1969, Spezialdebatte über die Beratungsgruppe XII. Diese umfaßt Kapitel 40: Militärische Angelegenheiten.

Spezialberichterstatter ist der Abgeordnete Mayr. Ich bitte um den Bericht.

Spezialberichterstatter Mayr: Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Der Finanz- und Budgetausschuß hat das in der Beratungsgruppe XII enthaltene Kapitel 40, Militärische Angelegenheiten, des Bundesvoranschlaiges für das Jahr 1969 in seiner Sitzung am 18. November 1968 der Vorberatung unterzogen.

Für das kommende Jahr sind für Zwecke der Landesverteidigung in der ordentlichen Gebarung Ausgaben von 3333,468 Millionen Schilling und in der außerordentlichen Gebarung 386,752 Millionen Schilling vorgesehen. An Einnahmen sind 161,995 Millionen Schilling veranschlagt.

Gegenüber dem Voranschlag für das Jahr 1968 hat sich der Gesamtaufwand in der ordentlichen Gebarung um 195,354 Millionen Schilling erhöht und in der außerordentlichen Gebarung um 33,248 Millionen Schilling verminder. Die Einnahmen sind gegenüber dem laufenden Jahr um 62,945 Millionen Schilling höher budgetiert.

Bei Titel 400, Bundesministerium für Landesverteidigung, ist der Personalaufwand um 14,412 Millionen Schilling erhöht. Dies ist im wesentlichen, wie auch bei allen anderen Ressorts, auf die Bezugsregelungen im öffentlichen Dienst zurückzuführen. Infolge der allgemeinen Einsparungsmaßnahmen wurden der „Verwaltungsaufwand“ um 797.000 S, die „Anlagen“ um 88.000 S und die „Förderungsausgaben“ um 974.000 S niedriger veranschlagt.

Bei Titel 401, Heer und Heeresverwaltung, ergibt sich beim „Personalaufwand“ ein Mehrerfordernis von 196,816 Millionen Schilling. Der „Verwaltungsaufwand“ wurde infolge allgemeiner Einsparungsmaßnahmen um 595.000 S niedriger budgetiert. Der Kreditansatz „Anlagen“, der in der Hauptsache zur Anschaffung von Waffen und verschiedenem Gerät dient, wurde um 12,703 Millionen Schilling höher veranschlagt. Die „Aufwandskredite“, das sind die gesetzlichen Verpflichtungen, wurden um 25,274 Millionen Schilling gekürzt, da im Jahre 1969 mit einem niedrigeren Durchschnittsstand an Wehrpflichtigen gerechnet wird. Bei den sonstigen „Aufwandskrediten“ ergibt sich eine Erhöhung um 1,717 Millionen Schilling.

Bei Titel 402, Heer und Heeresverwaltung (Mittel des Katastrophenfonds), sind 15 Millionen Schilling, 900.000 S mehr als im laufen-

den Jahr, zur Beseitigung von im Katastrophen-einsatz entstandenen Schäden vorgesehen.

Bei Titel 403, Heer und Heeresverwaltung (Außerordentliche Gebarung), sind 10 Millionen Schilling für Lieferungen auf Grund von Kreditverträgen aus dem Jahr 1962 veranschlagt. Für das Jahr 1970 sind noch restliche Wareneingänge im Betrage von zirka 40 Millionen Schilling zu erwarten. Für den Ankauf von Waffen und Gerät sind 358 Millionen Schilling, für Katastropheneinsatzgerät 18 Millionen Schilling veranschlagt.

Bei Titel 404, Heeresgeschichtliches Museum, Militärwissenschaftliches Institut, sind infolge der allgemeinen Einsparungsmaßnahmen die Ansätze „Verwaltungsaufwand“ um 40.000 S, „Anlagen“ um 59.000 S und „Aufwandskredite“ um 50.000 S niedriger veranschlagt. Im Personalaufwand ergibt sich eine Erhöhung um 597.000 S.

Bei Titel 405, Heeres-Land- und Forstwirtschaftsbetrieb Allentsteig, handelt es sich um eine zweckgebundene Gebarung. Der betriebsähnlich eingerichtete Verwaltungszweig auf dem Truppenübungsplatz Allentsteig erhält sich selbst. Die hier vorgesehenen Ausgaben können nur nach Maßgabe der Einnahmen getätigter werden.

Im Ausschuß hatten 18 Abgeordnete das Wort ergriffen, und der Herr Bundesminister hat zu den aufgeworfenen Fragen Stellung genommen.

Im übrigen darf ich auf den Ihnen vorliegenden gedruckten Bericht verweisen.

Bei der Abstimmung am 21. November 1968 wurden die finanzgesetzlichen Ansätze der gegenständlichen Beratungsgruppe in der Fassung der Regierungsvorlage mit Stimmenmehrheit angenommen.

Der Finanz- und Budgetausschuß stellt somit den Antrag, der Nationalrat wolle beschließen:

Dem Kapitel 40: Militärische Angelegenheiten, des Bundesvoranschlaiges für das Jahr 1969 wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.

In formeller Hinsicht beantrage ich, in die Spezialdebatte einzugehen.

Präsident: Wir gehen in die Debatte ein. Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Steininger. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Steininger (SPÖ): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Das Kapitel Landesverteidigung gibt dem Nationalrat jedes Jahr die Möglichkeit, sich über die Wehrpolitik auseinanderzusetzen. Wenn man nun die Wehrpolitik in Österreich kritisch betrachtet, so stellt man fest, daß es keine zielführende Wehrpolitik Österreichs gibt.

Steininger

Allerdings stellt der Verteidigungsminister Dr. Prader natürlich bei jeder Gelegenheit fest, daß ein konstanter Aufbau unseres Bundesheeres vor sich geht. Ja für den Herrn Verteidigungsminister Dr. Prader gibt es beim österreichischen Bundesheer fast nur ein Problem, und das ist, daß die finanziellen Mittel zu gering sind. Es ist richtig, daß diese Mittel wohl nicht ausreichend sind. Daher wäre es natürlich gerade für den Herrn Verteidigungsminister wichtig, diese Mittel auch so einzusetzen, daß sie für die Landesverteidigung am wirksamsten sind.

Der Herr Bundeskanzler Dr. Klaus hat in seiner Regierungserklärung am 20. April 1966 unter anderem gesagt: „Das Bundesheer ist so auszubauen und auszurüsten, daß es die ihm übertragenen Aufgaben in bestmöglicher Form erfüllen kann ...“. Daß diese Erklärung noch volle Wirksamkeit hat, hat der Herr Bundeskanzler auch in seiner zweiten Regierungserklärung, oder besser gesagt, in der Halbzeit-Ansprache an das Hohe Haus bestätigt.

Nach diesen Worten müßte man nun glauben, daß die ÖVP-Regierung und damit der Herr Verteidigungsminister alles täten, um die Landesverteidigung richtig aufzubauen beziehungsweise auszubauen. Leider sieht die Wirklichkeit aber wesentlich anders aus. Es gibt nun schon seit längerer Zeit Stimmen, die der Meinung sind, daß eben beim Bundesheer keine zielführende Wehrpolitik betrieben wird. Ja man spricht in Zeitungsartikeln von „Irrwegen der Rüstung“ oder „Wehrpolitik am Ende“. Man könnte hier noch sehr viele Aussagen von Fachleuten anführen, die ganz anderer Meinung sind als Herr Minister Dr. Prader und einige seiner Herren im Ministerium.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte mich heute mit dem Problem der Waffen- und Gerätebeschaffung etwas näher auseinandersetzen. Wie zu erwarten, ist auch hier der Herr Verteidigungsminister der Meinung, daß bei der Waffen- und Gerätebeschaffung auch wieder alles in bester Ordnung ist. Er betont auch bei jeder Gelegenheit, daß er den eingeschlagenen Weg weitergehen werde. Nun kann man beim österreichischen Bundesheer auch beim Ankauf von Waffen und Geräten kein sinnvolles Konzept erblicken. Es gibt keine Schwerpunktbildung, die sich in dieses Konzept einfügen könnte.

Meine Damen und Herren! Ich möchte hier noch einmal auf den Artikel in der „Presse“ vom 3. 12. „Irrwege der Rüstung“ verweisen. Ich weiß, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß heute — glaube ich — in der „Presse“ eine Entgegnung auf diesen Artikel abgedruckt ist. Mir scheint aber nun, daß diese

Entgegnung sehr flügellahm ist. Diese Zeilen — wenn man sie richtig durchliest — müßten dem Herrn Verteidigungsminister eigentlich doch sehr zu denken geben. Ich kann hier sagen: Es gibt auch sehr viele Offiziere des Bundesheeres, die mit der Planung im Heer selbst nicht einverstanden sind. Aber all dies ist für den Herrn Minister Dr. Prader kein Grund, Einkehr zu halten.

Der 21. August 1968 hat gezeigt, daß die Österreichische Volkspartei gezwungen war, einen Wehrpolitischen Ausschuß zu bilden. Meine Damen und Herren! Das zeigt schon, daß man auch innerhalb der Österreichischen Volkspartei mit den Praktiken des Herrn Ministers nicht einverstanden ist. Aber gerade der 21. August hat auch gezeigt, daß das Konzept der Landesverteidigung nicht in Ordnung ist. Die Beschaffung von Waffen und Geräten wurde bisher nicht den Bedürfnissen der Verteidigung entsprechend durchgeführt, sondern es wurden sehr viele Sonderwünsche berücksichtigt. Es gibt eben kein Konzept, und beim Bundesheer ist eben alles Stückwerk geblieben.

Nun darf ich mich mit dem Budget noch etwas näher auseinandersetzen. Ich möchte mich gleich mit den sogenannten oder mit den tatsächlichen Patrouillenbooten beschäftigen. Im Budget 1969 sind dafür 10 Millionen Schilling ausgewiesen. Ich glaube, es ist allen Österreichern unverständlich, daß man für solche Schiffe überhaupt einen Schilling ausgibt. Ich glaube, man kann auch in Österreich keinerlei militärische Notwendigkeit für die Verwendung solcher Schiffe erblicken. Es geht in diesem Fall ja nicht nur um die Anschaffung von solchen Schiffen, sondern man muß auch an die Erhaltung des Materials denken. Jedes Jahr werden dafür wieder finanzielle Mittel eingesetzt werden müssen, ohne daß dadurch die Einsatzbereitschaft des österreichischen Bundesheeres erhöht wird. Hier sieht man, glaube ich, daß beim Bundesheer planlos gearbeitet wird, daß beim österreichischen Bundesheer nicht zielstrebig gearbeitet wird.

Man muß dem Herrn Verteidigungsminister den Vorwurf machen, daß er die wenigen Mittel, die er hat, nicht richtig einsetzt. Und dieses nicht richtige Einsetzen der finanziellen Mittel geht zum Schaden der Einsatzfähigkeit des Bundesheeres. Hiezu darf ich noch anführen, daß meiner Meinung nach eine solche Anschaffung des österreichischen Bundesheeres dieses Heer bei der Bevölkerung auch nicht glaubwürdig erscheinen läßt. Bei der Bevölkerung — das mußten alle schon erfahren — gilt die Anschaffung von Patrouillenbooten als reine Spielerei.

10592

Nationalrat XI. GP. — 125. Sitzung — 16. Dezember 1968

Steininger

Nun, meine Damen und Herren, ein zweites: Der Herr Bundesminister für Landesverteidigung hat im Finanz- und Budgetausschuß mitgeteilt, daß die Erprobungsserie des Panzerjägers K im Jahre 1969 anlaufen wird. Wir Sozialisten sind selbstverständlich dafür, daß diese Panzerjäger in Österreich erzeugt werden. Aber, Herr Minister, ich frage Sie: War es notwendig, daß man bei diesem Panzerjäger einen Turm mit einer Kanone verwendet, die in dem betreffenden Staat nicht mehr hergestellt wird? Es ist daher auch selbstverständlich, daß die Munition dazu sehr teuer ist, sie muß ja auch nachträglich erst einzeln hergestellt werden. Man darf dazu vom militärischen Standpunkt aus noch sagen: Eine Kanone, die eine Reichweite von 800 m hat, hat eine für einen Panzerjäger zu kurze Reichweite. Man hätte auch hier, meine sehr geehrten Damen und Herren, etwas in die Zukunft blicken müssen, man hätte hier besser planen müssen. Dann hätte man keine Fehlentscheidung getroffen. Wir Sozialisten glauben, daß es auch in diesem Fall eine Fehlentscheidung gewesen ist.

Herr Minister! Wir werden immer wieder auf den Ankauf der überschweren Lkw als Zugmaschinen hier zurückkommen. Ich glaube, auch in Österreich wäre es möglich gewesen, auch die österreichische Industrie hätte es fertiggebracht, solche Zugmaschinen herzustellen. Freilich hätte man auch hier eine Planung gebraucht, man hätte hier eben ein ordentliches Beschaffungskonzept benötigt. Dann hätten österreichische Arbeitskräfte, dann hätte die österreichische Industrie diesen Auftrag bekommen können.

Man muß noch dazu bedenken, meine Damen und Herren, daß an diesen ausländischen Kraftfahrzeugen entsprechend der österreichischen Straßenverkehrsordnung ein Umbau vorgenommen werden muß. Bei der Mehrzahl dieser Autos — nun hören Sie — kostet dieser Umbau 25.000 bis 30.000 S. Ich bin nun der Meinung, dieses Geld hätte man sich ersparen können, wenn man der österreichischen Industrie diese Aufträge gegeben hätte. Man hätte dann auch im Ernstfall bei der Ersatzteilbeschaffung nicht so große Schwierigkeiten. Das, meine Damen und Herren, weiß natürlich auch das österreichische Bundesheer; daher werden dementsprechend große Ersatzteillager angelegt, und das alles bindet wieder das notwendige Geld. Auch die Reparaturkosten sind bei ausländischen Kraftfahrzeugen wesentlich höher als bei inländischen. Beim österreichischen Bundesheer wird nun — wenn ich es militärisch ausdrücken darf — bei den Kraftfahrzeugen ein typischer Typensalat eingekauft. Dieser Typensalat wird natürlich immer größer, und das ist auch nicht vorteilhaft für die Einsatzfähigkeit des österreichischen Heeres.

Nun, meine Damen und Herren, komme ich noch zu etwas. Das österreichische Sturmgeschwader wird in Österreich erzeugt, aber nach Auslieferung dieses Sturmgeschwaders müssen wiederum Umänderungen vorgenommen werden, die in die Millionen Schilling gehen. Hier muß man doch, glaube ich, die Frage aufwerfen: Ist man noch nicht daraufgekommen, daß man die entsprechenden Wünsche der österreichischen Industrie vor Auslieferung dieses Sturmgeschwaders bekanntgeben könnte? Dann könnte man sich auch hier Millionen Schilling ersparen.

Jedes Jahr werden auch für die Kraftfahrzeuganstalten Maschinen und Werkzeuge anschafft. Dann hat man kein Fachpersonal, und dann kann mit diesen Maschinen und Werkzeugen natürlich nicht gearbeitet werden. Daher hat man auch die Budgetpost „Instandhaltung von Fahrzeugen durch Dritte“ von 30 Millionen auf über 70 Millionen erhöht. Ich glaube, auch hier wird ein falscher Weg gegangen. Man soll, wenn das Bundesheer nicht über die nötigen Fachkräfte verfügt, eben nicht Maschinen und Werkzeuge ankaufen, sondern man soll dieses Geld wiederum für andere notwendige Zwecke bereitstellen. Vor allem, glaube ich, wäre beim Bundesheer ein systemvolles Ausscheiden älterer Fahrzeuge erforderlich, denn dadurch könnten die hohen Reparaturkosten, glaube ich, gewaltig verringert werden. Wenn man natürlich die finanziellen Mittel falsch anlegt, dann hat man kein Geld oder sehr wenig Geld für die Anschaffung von neuen Kraftfahrzeugen.

Das gleiche gilt auch für folgendes: Der Herr Bundesminister für Landesverteidigung hat im Finanz- und Budgetausschuß erklärt, daß nun der Aufbau der Landwehr vor sich geht. Der Herr Bundesminister hat hiezu angeführt: Bei der Ausrüstung der Landwehr konnte ohne übermäßigen Kostenaufwand eine beachtliche Effektivität erreicht werden.

Meine Damen und Herren! Dazu muß man wohl auch einige Worte verlieren. Von einer „beachtlichen Effektivität“ kann doch wirklich noch nicht gesprochen werden. Beim Grenzschutz, meine Damen und Herren, fehlt noch sehr viel. Es fehlt an Artillerie, an Fliegerabwehr und so weiter. Einfach nur Soldaten mit Sturmgewehren, Tarnanzügen und Trainingsanzügen auszurüsten, glaube ich, ist doch etwas zuwenig.

Meine Damen und Herren! Ich weiß, man kann nicht dem Bundesheer alle Waffen auf einmal zur Verfügung stellen. Aber obwohl man im Ministerium weiß, daß zu einer größeren Aufstellung von Landwehrregimentern die finanziellen Mittel fehlen, wird dies trotzdem durchgeführt. Was wird der Erfolg sein? Es wird wiederum Stückwerk bleiben.

Steininger

Meine Damen und Herren! Daß man die Ausrüstung eines Heeres nicht auf einmal erneuern beziehungsweise erweitern kann, das, glaube ich, leuchtet jedem ein. Daß man in diesem Fall beim Einkauf auf Kredite angewiesen ist, ist auch selbstverständlich. Es ist daher im Budget 1969 bei den Anlagen schon ein beachtlicher Teil der finanziellen Mittel gebunden. Wäre man im vergangenen Jahr, aber auch in den vorhergegangenen Jahren nicht so planlos vorgegangen, hätte man ein richtiges Ausüstungs- und Beschaffungskonzept gehabt, so hätte man für das österreichische Bundesheer noch mehr Waffen und Geräte, die der Stärkung der Kampfkraft der Truppe dienen, beschaffen können.

Wenn man die einzelnen Budgetposten durchgeht, so könnte man manches Nutzlose absetzen und dafür vieles Nützliche für das Bundesheer anschaffen. Solange im Bundesministerium für Landesverteidigung jede Sektion ihr eigenes Süppchen kocht und ohne Koordinierung gearbeitet wird, wird jedes Budget ein Budget der Planlosigkeit bleiben. Es wird Stückwerk bleiben. Einem solchen Budget können wir Sozialisten nie unsere Zustimmung geben. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Marwan-Schlosser. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Marwan-Schlosser** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Der Herr Abgeordnete Steininger hat an einer Reihe von Punkten Kritik geübt. Ich werde mir erlauben, im Laufe meiner Rede dort, wohin diese Punkte gehören, darauf zurückzukommen.

Der Abgeordnete Steininger meint, daß keine zielführende Wehrpolitik geübt würde. Ich muß ihn zuerst einmal sehr naiv fragen, was er überhaupt unter Wehrpolitik versteht und welche Fächer er darunter verstanden wissen will. Er selbst hat sich ja darüber nicht geäußert. Das Wort nur so in den Raum zu hängen, es gibt keine zielführende Wehrpolitik, ist wohl etwas zu einfach. Dazu müßte man dann wohl auch eine eigene Meinung und eine positive Kritik äußern. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Einen positiven Satz habe ich aus seiner Rede herausgehört, daß auch die sozialistische Fraktion — ich nehme ja an, er hat im Auftrag seiner Fraktion gesprochen — der Meinung ist, daß die Mittel nicht ausreichend sind. Dieser Auffassung haben wir uns von der ÖVP-Seite angeschlossen. Ich werde auch darauf noch, wenn ich über die Finanzierung rede, zu sprechen kommen.

Er behauptete aber auch, hinsichtlich Waffen und Gerät sei kein Schwerpunktprogramm vorgesehen gewesen. Das ist unrichtig. Ich werde dann darauf hinweisen, welches Schwerpunktprogramm in der letzten Zeit durchgeführt worden ist.

Er glaubt, daß sich die Österreichische Volkspartei erst nach dem 21. August intensiv mit wehrpolitischen Fragen befaßte. Auch das ist unrichtig, denn die Österreichische Volkspartei hat bereits im Mai dieses Jahres vom Semmering aus erklärt, daß sie sich mit Wehrfragen intensiver beschäftigen werde. Daß wir nach dem 21. August in die Beratungen dieses Wehrpolitischen Ausschusses auch diese Ereignisse mit einbezogen haben, ist doch nur sehr natürlich.

Hohes Haus! Ich habe seit Februar dieses Jahres bis zum heutigen Tage 29 Kontaktgespräche zwischen Abgeordneten dieses Hauses und Soldaten durchgeführt, die im Rahmen ihrer Staatsbürgerkunde parlamentarischen Sitzungen beiwohnen. Diese Diskussionen, die eine Stunde lang, zwei Stunden nach Beginn der Sitzung des Hauses, durchgeführt werden, geben doch einen Aufschluß darüber, wie die jungen Leute, die jetzt unter Waffen stehen, denken. Ich darf darauf hinweisen, daß diese jungen Männer ein ungeheures Interesse am politischen Geschehen dieses Staates haben und daß sie in ihrer Fragestellung über den ganzen Fächer des politischen Geschehens ihre Fragen immer wieder an uns richten. Zwei Gruppen, die sich mit militärischen Fragen befassen, möchte ich herausgreifen, weil ich glaube, daß es auch wichtig ist, daß wir uns im Hause mit diesen Fragen noch einmal befassen, da offensichtlich in der Öffentlichkeit — und als Sprecher der Öffentlichkeit betrachte ich diese vielen jungen Leute, die mit uns diskutieren — immer wieder solche Fragen in den Vordergrund gerückt werden.

Hohes Haus! Diese Fragen befassen sich natürlich mit der ČSSR-Krise. Immer wieder wird gefragt: Hat die Regierung am 21. August, militärisch gesehen, genug getan oder zuwenig. Ich kann von dieser Stelle aus nur noch einmal sagen und es noch einmal in den Vordergrund schieben: Die Regierung hat am 21. August die Lage richtig beurteilt und die richtigen, ausreichenden Beschlüsse gefaßt (*Beifall bei der ÖVP.*); ebenso war der Sicherungsauftrag für das Bundesheer durchaus richtig.

Und nun zu einigen Punkten im konkreten, die mir von der Warte der psychologischen Aggression her von Bedeutung zu sein scheinen, denn lassen wir so eine Legendenbildung im Raum stehen, dann könnte es sehr leicht sein, daß wir einer eigenen psychologischen Aggression zum Opfer fallen und unseren Wehrwillen selbst

10594

Nationalrat XI. GP. — 125. Sitzung — 16. Dezember 1968

Marwan-Schlosser

untergraben, ohne daß wir erst die ausländische Aggression abzuwarten brauchen, die den Wehrwillen bei uns zersetzt, bevor es zu Auseinandersetzungen käme.

Das erste Problem ist der sogenannte Befehlwirrwarr. Meine Damen und Herren des Hohen Hauses! Einen Befehlwirrwarr kann man doch nur dann annehmen, wenn es einen Befehl und einen Gegenbefehl gibt, und dann sagt man auf deutsch nicht Desordre, sondern Sauhaufen. Das war ja doch nicht der Fall. Was versteht man unter Befehlwirrwarr? Daß angeblich niemand dagewesen wäre, der gewußt hätte, was man mit den alarmierten Truppen nach 8 Uhr früh machen sollte.

Dazu sei festgestellt: Jedem Abgeordneten dieses Hohen Hauses, der davon spricht oder der so eine Meinung mitunterstützen würde, kann ich nur diese Information, diese Auskunft III-23 der Beilagen noch einmal in Erinnerung rufen, wo die Verfügungsermächtigung enthalten ist, und zwar behandelt im Hohen Hause in der Nationalratssitzung vom 23. Juni 1967. Dort sind die Verfügungsermächtigungen klar geregelt, und ebenso ist in der Ziffer 2 sehr klar angeführt, daß der Herr Bundesminister für Landesverteidigung die erforderlichen Vorsorgen einschließlich der notwendigen Bereitschafts-, Alarmierungs- und Sicherungsmaßnahmen sowie der zur Beobachtung des Luftraumes erforderlichen Maßnahmen zu veranlassen hat. Er braucht dazu niemanden zu befragen.

Aber was ist an diesem Tag geschehen? Die Lagebeurteilung hat ergeben, daß durchaus Zeit ist, mit der Regierung ein Kontaktgespräch zu führen, mit den Parteien ein Kontaktgespräch zu führen. Das wurde getan. Die vorgeschlagenen Maßnahmen des Herrn Verteidigungsministers wurden sowohl von der Regierung als auch von den Vertretern der Parteien und in der Folge in der außerordentlichen Sitzung des Landesverteidigungsrates gutgeheißen. Daher sind diese Befehle in Kraft getreten und ausgeführt worden. Man kann daher, wenn man es nicht böswillig meint, niemals von einem Befehlwirrwarr sprechen.

Nun wird immer wieder in die Diskussion geworfen: Was wäre geschehen, wenn diese Lagebeurteilung nicht richtig gewesen wäre? Was soll man einem solchen Fragesteller da noch sagen? Es ist doch richtig gewesen. Wohin soll das Wenn und Aber da führen, wenn der Beweis für die Richtigkeit der Auffassung durch den wirklichen Ablauf der Geschehnisse schon erbracht worden ist?

Ein zweiter Fall ist, daß die Grenzschutzeinheiten nicht in Aktion gesetzt worden

waren. Das wird sehr oft von den zu Grenzschutzeinheiten eingeteilten Reservisten ins Treffen geführt.

Meine Damen und Herren! Das war nicht möglich, denn eine Einberufung von Grenzschutzeinheiten würde eine Mobilmachung voraussetzen, sofern die entsprechende Grenzschutzeinheit in dem betreffenden Jahr die Inspektions- und Instruktionsübung schon abgeführt hat. Es wäre sehr problematisch, einen zu einer Inspektions- und Instruktionsübung eingezogenen Reservisten in den Einsatz bringen zu wollen. Es war für den Verteidigungsminister gesetzlich gar keine Möglichkeit, von sich aus diese Einheiten einzuberufen, es sei denn, daß die Regierung eine Teilmobilmachung beschlossen hätte. Dazu war die Lagebeurteilung wieder nicht angegangen, um eine Mobilmachung mit allen Konsequenzen der innenpolitischen, außenpolitischen, psychologischen und wirtschaftlichen Folgen zu veranlassen.

Das Dritte ist „weitab von der Grenze“. Meine Damen und Herren des Hohen Hauses! Das Bundesheer hatte nicht den Auftrag der Grenzbeobachtung, sondern das Bundesheer hatte einen Sicherungsauftrag in einer von der Grenze abgesetzten Gegend. Eine Feuerwehr stellt man doch auch nicht unbedingt an jedes Objekt, wo es möglich wäre, daß es brennt, sondern die Feuerwehr stellt man dorthin in Bereitschaft, wo sie auf Grund der Verkehrslage rasch zu einem Brandherd kommen könnte. In diesem Sinn ist es auch hier geschehen. (Abg. Peter: Zum Brand soll sie schon hinkönnen! — Abg. Probst: Ich habe eine Feuerwehr nur dort gesehen, wo es brennt!)

Ich kann mir gut vorstellen, meine Herren, daß sich mancher wieder an diesem Gleichen stößt. Das ist mir vollkommen klar. Aber wenn in diesem Falle damit zu rechnen war, daß bewaffnete Einheiten aus der Tschechoslowakei auf unser Staatsgebiet herüberwechseln, dann kann man so einen Punkt eben nur als einen lokalen Brandpunkt bezeichnen, wo eben dann rasch zugegriffen werden müßte. (Beifall bei der ÖVP. — Abg. Probst: Die Feuerwehr fährt dorthin, wo es brennt! Der Vergleich mit der Feuerwehr ist falsch!)

Ich kann mir schon vorstellen, daß Sie, Herr Minister Probst, mir nicht ganz folgen können. Ich habe ausdrücklich gesagt, man hat sie in Bereitschaft gestellt. Ich habe nicht davon gesprochen, daß es schon gebrannt hat. (Abg. Probst: Ich war im Landesverteidigungsamt! Das wissen Sie genau! Ich weiß, was war! Reden Sie nicht herum!) Ja, genau. Ich weiß es. Ich war ja auch dort.

Nationalrat XI. GP. — 125. Sitzung — 16. Dezember 1968

10595

Marwan-Schlosser

(*Abg. Probst: Ja eben!*) Daher sind wir uns ja auch hoffentlich nach wie vor einig über die damalige Beurteilung der Lage.

Seit der akuten Tschechenkrise befaßt sich daher die Öffentlichkeit immer mehr und ernster als früher mit dem Fragenkreis: Kann sich Österreich überhaupt verteidigen? Tun wir genug, um uns verteidigen zu können, und ist im besonderen unser Bundesheer dazu in der Lage?

Die militärpolitische Weltlage haben die Herren Abgeordneten Fiedler und Czernetz im Laufe der außenpolitischen Budgetdebatte am 3. 12. eingehend durchleuchtet. Abgeordneter Czernetz befaßte sich dann sehr ausführlich mit den militärisch-nuklearen Möglichkeiten und Wahrscheinlichkeiten und sagte dann: Auch wenn das Schlechteste — er meinte damit den Atomkrieg — nicht eintritt, so genügt es, wenn das Zweitschlechteste eintritt, nämlich lokale Konflikte. Ich gehe hier soweit mit ihm konform, daß ich auch daran glaube, daß wir einen Atomkrieg nicht unmittelbar befürchten müssen, aber daß lokale Spannungen und lokale Konflikte nach wie vor durchaus möglich sind.

Hohes Haus! Wenn wir uns nunmehr mit diesen militärischen Konfliktsfällen befassen, so muß man zuerst die Frage stellen: Mit welchem Gegner hat Österreich zu rechnen? Theoretisch mit jedem Anrainerstaat. Darüber hinaus auch mit Blöcken. Wenn man mit Österreichern über unsere Verteidigungsmöglichkeiten spricht, so verfällt der Großteil sofort und leicht in die Angstrolle einer kleinen Maus, die sich den Pranken eines großmächtigen Bären gegenüber stehen fühlt. Verständlich ist, daß ein Bär nach jeder Hummel patscht, die seine Nase umschwirrt. Aber, meine Damen und Herren, kein Bär wird mit seiner Pranke wohin zuschlagen, wenn ihm sein Instinkt sagt, daß er in eine Falle schlägt, deren Mechanismus sich auslöst, und er Gefahr wittert, daß ihm seine Pratze angeschlagen wird. (*Abg. Peter: Bitte den russischen Bären nicht zu unterschätzen!*) Da Österreich kein Honigtopf ist, der voll von Bodenschätzen und irdischen Reichstümern glänzt, bildet unser Land primär kein strategisches Ziel, Herr Abgeordneter Peter. (*Abg. Peter: Hoffentlich!*)

Allerdings ist Österreich als Drehscheibe und Verkehrsknotenpunkt militärisch interessant. (*Abg. Peter: Österreich war aber nach der Kanzlerrede gar nicht bedroht!*) Ich habe jetzt nicht von der Tschechenkrise als Bedrohung gesprochen. Ich habe ausdrücklich gesagt, Herr Abgeordneter Peter: Seit damals wird immer wieder in Österreich die

Frage gestellt: Gibt es für uns Fälle, wo wir allenfalls eben antreten müßten? Genau von dieser Überlegung aus, Herr Abgeordneter Peter, bin ich jetzt in diese Ausführungen eingetreten.

Und daher sage ich: Österreich soll sich infolge seiner militärgeographischen Lage und auf Grund seiner immerwährenden Neutralität nicht als Mäuslein gebärden, sondern sich zum umseits gestachelter Igel rüsten, der sowohl gegen Bärentatzen als auch gegen Löwenzungen sticht. (*Abg. Peter: Aber auch nicht als hysterische Marketenderin!*)

Das heißt in der logischen Folgerung, daß für uns die Frage nicht lauten kann, gegen wen wir kämpfen wollen oder zu kämpfen uns bereit finden. Klar und eindeutig haben wir zu formulieren: Wer gegen uns kämpft, wird bekämpft. Wer uns angreift, egal welcher Staat es ist, ist unser Feind. Und Vorarlberg wird im Burgenland, und das Burgenland wird in Vorarlberg verteidigt. Da gibt es für uns weder ein Augenblinzeln noch ein Zwinkern, aber auch kein Zittern.

Meine Damen und Herren! Der Ministerratsbeschuß vom 15. Mai 1965 befaßt sich mit der Zielsetzung der umfassenden Landesverteidigung. (*Abg. Peter: Ich möchte wissen, ob auch die Militärs diese Theorie aufrechterhalten!*) Ich rede hier jetzt von meiner Auffassung, Herr Abgeordneter Peter. Ich glaube Sie bitten zu dürfen, daß wir diese Auffassung sehr genau hinaustragen, nicht nur in die Militärs, sondern auch in die Bevölkerung. (*Abg. Lanc: Der Marwan-Plan!*)

Die militärische Landesverteidigung — so lautet der Ministerratsbeschuß — hat für den Fall eines militärischen Angriffes auf Österreich vorzusorgen, erstens daß einem solchen Angriff jederzeit an der Staatsgrenze entgegengetreten wird; zweitens daß ein mit überlegenen Kräften geführter Angriff am raschen Erreichen seines Angriffsziels gehindert wird; drittens daß die Landwehrverbände das Feldheer verstärken oder selbständig Verteidigungsaufgaben übernehmen.

Hohes Haus! Es wird in der letzten Zeit sehr viel darüber theoretisiert, ob das Verteidigungskonzept richtig wäre, ob es denn überhaupt noch denkbar wäre, einen starren Frontenverlauf zu predigen. Die anderen sagen wieder: Nein, zurück, Freigabe des Alpenvorlandes, hinein mit starken Infanterieverbänden in das Gebirge und dort auszuharren!

Meine Damen und Herren! Diese Theorien schwirren durch die Blätter und Zeitungen Österreichs. Ich glaube, daß auch eine Feststellung hier im Hohen Hause von besonderer Bedeutung ist. Sie muß lauten: Verteidigt

10596

Nationalrat XI. GP. — 125. Sitzung — 16. Dezember 1968

Marwan-Schlosser

wird Österreich von der Grenze weg, aus den Gründen des Zeitgewinnes und der Abnützung eines allfälligen Gegners. (*Abg. Peter: Wenn das Bundesheer dazu in der Lage ist!*)

Es kann aber dabei nicht heißen — Herr Abgeordneter Peter, ich gehe auf diesen Gedanken ein —, daß manche meinen, man müßte wie ein Schlachtschiff kämpfen. Sicherlich wird es je nach Lage, Feindlagebeurteilung, eigener Lagebeurteilung, Gelände und so weiter da und dort vorkommen, daß sich größere Verbände gegenseitig treffen. Es wird aber sehr wahrscheinlich sein — und daran glaube auch ich —, daß wir uns vielmehr in eine Art von Hornissenkampf hineindenken müssen, um eben einen Zeitgewinn zu erreichen, das heißt daß wir mit gepanzerten oder geländegängigen Kampfgruppen den Gegner einmal stellen. (*Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner übernimmt den Vorsitz.*)

Ich erinnere an die Kriegszeiten, wo sehr oft ein Aufmarsch eine ganz schöne Zeit gebraucht hat. Ich glaube, unsere Kampfführung muß so sein, daß wir sehr wendig sind, daß wir in diesen Kampfgruppen vor allem auch sehr feuerkräftig sind, daß wir sehr geländegängig sind und daß wir eben jene Zeit gewinnen, die wir brauchen, um unsere Tiefenverteidigung aufzustellen, das heißt somit, unsere Landwehreinheiten, unsere Reserveeinheiten mit zum Einsatz bringen zu können, wobei ich auch durchaus darauf hinweisen muß, daß im Falle des Falles selbstverständlich nicht nur mit Erdstreitkräften, sondern durchaus auch mit Luftlandetruppen in der Tiefe unseres Landes gerechnet werden muß.

Meine Damen und Herren des Hohen Hauses! Ich weiß, daß es in Österreich nicht sehr angenehm ist, wenn man über den Ernstfall spricht. Ich weiß, daß es manche gerne damit abtun: Es wird schon nichts geschehen. Warum stellt man dann aber immer wieder die ernste Frage an das Bundesheer: Seid ihr dann überhaupt in der Lage ?, denn davon hängt es ab, ob wir bereit sind, die entsprechenden Geldmittel zur Verfügung zu stellen, oder ob wir eben weniger Geldmittel geben.

Meine Damen und Herren! Da muß man sich auch die Zeit nehmen und auch gedanklich einmal mitgehen, wie sich das Ganze abspielen soll, wie unsere Soldaten kämpfen sollen.

In diesem Zusammenhang weise ich darauf hin, daß es selbstverständlich seit langer Zeit einen Landesverteidigungsplan gibt. Auch dieser wurde im Landesverteidigungsamt eingehend behandelt. Es gibt eine Reihe von

Operationsplänen. Zu diesen Operationsplänen kann man auch nur eines sagen: Selbstverständlich sind diese hier, um ein starres Anlaufen für den Fall A bis zu dem Fall Z zu organisieren, vorzubereiten, um das Anrollen starr zu ermöglichen. Aber ebenso ist doch vollkommen klar, daß sowohl die Befehlshaber wie die Kommandanten, vom Brigadekommandanten über den Abteilungskommandanten hinunter bis zum Kompaniechef und zum Zugskommandanten, sich dann dieses beweglichen Instrumentes zu bedienen haben und selbstverständlich wendig sein müssen, listig, flexibel, tarnen, täuschen, Finten stellen, Gelände ausnützen, verstärken, decken, marschieren, umgruppieren, daß sie das Organisationsschema flexibel behandeln, die Kampfgruppen umwürfeln, schießen, Standort wechseln, verminen, sprengen und sperren müssen.

Meine Damen und Herren! Wenn wir uns darüber im klaren sind, wie dieser Kampf zu führen ist, dann, glaube ich, können wir leichter in die Frage eingehen, wie wir unser Bundesheer auszustatten haben.

Ich komme nunmehr zu einer weiteren Funktion, die Österreich hat, das ist die Trennfunktion. Meine Damen und Herren! Österreich trennt als neutraler Riegel Machtblöcke. Hierzu gibt es auch zwei Feststellungen: nämlich erstens: Bei starker österreichischer Landesverteidigung ist Österreich ein idealer Flankenschutz für beide Blöcke. Es bedeutet, daß starke Kräfte an wichtigeren Stellen seitens des Gegners eingesetzt werden können, weil kaum Seitenhuten ausgeschieden werden müssen. Beide Parteien werden im eigenen Interesse die österreichische Neutralität respektieren. Bei schwacher Landesverteidigung: Der neutrale Riegel wird für beide Blöcke zu einem Unsicherheitsfaktor, ja zu einer Gefahr. Zu ihrer eigenen Sicherheit werden beide Blöcke bestrebt sein, die latente Flankenbedrohung auszuschalten. Daher: Eine starke Landesverteidigung bedeutet Respektierung der österreichischen Neutralität und Frieden. Eine schwache Landesverteidigung bringt Österreich in höchste Gefahr.

Hohes Haus! Diese Überlegungen, die ich hier vorgetragen habe, sind nicht allein österreichische Überlegungen. Ich verweise darauf, daß in der letzten Zeit auch Jugoslawien mit allen seinen Sprechern ähnliche Theorien verficht und darauf hinweist, daß die Vorbereitung einer starken Landesverteidigung der feste Garant für einen Frieden sei. Ich glaube, wir sollten eine solche Theorie doch durchaus auch ernstlich in Erwägung ziehen.

Nun noch einmal zu dem Wehrpolitischen Ausschuß, meine Damen und Herren: Ich

Nationalrat XI. GP. — 125. Sitzung — 16. Dezember 1968

10597

Marwan-Schlosser

habe bereits gesagt, daß dieser Wehrpolitische Ausschuß bereits im Mai dieses Jahres angekündigt worden ist. Natürlich haben wir jetzt diese Tschechenereignisse und die Erkenntnisse daraus mit in die Beratungen einbezogen. Sie wissen, meine Damen und Herren, daß die Österreichische Volkspartei vom Anfang der Beratungen an erklärt hat: Landesverteidigung ist eine nationale Frage, sie kann nicht Sache einer Partei sein! Wir haben daher alle Parteien eingeladen, mit uns sehr ernstliche Überlegungen über die Landesverteidigung anzustellen. Wir haben in der letzten Zeit unsere ersten Beratungen so weit durchgeführt, daß wir in der Lage waren, die Parteiobmänner wenigstens in kleinen Zügen zu informieren. Aber auch hier eine Erklärung dazu:

Es wurde dann gesagt: Warum sagen wir nicht mehr darüber aus? Ich kann mich aber an die verschiedensten Diskussionen erinnern, in denen Vertreter der Sozialistischen Partei gesagt haben: So kann das auch nicht gehen, daß wir dann an den Beratungstisch hinkommen und mit festen Absichten konfrontiert werden, wo es nichts mehr zu verhandeln gibt. Wir sind bereit, über die verschiedenen Punkte zu diskutieren. Wollen Sie daher verstehen, wenn ich auch heute nicht in die Details eingehe, sondern wenn wir diese Punkte der weiteren zu erwartenden Diskussion zuführen.

Aber einige Sachen möchte ich doch noch sagen:

Zur Organisation des Bundesheeres: Der Landesverteidigungsrat hat sich in langen, langen Sitzungen unter dem Vorsitz von Bundeskanzler Dr. Klaus mit dem Organisationsplan befaßt und ihn nach langen Beratungen einstimmig gutgeheißen. Man hört auch hier oft den Vorwurf: Das Bundesheer ist ja nicht richtig organisiert. Es gab ja die ganze Zeit hindurch Möglichkeiten für die einzelnen Parteien, sich mit diesem Organisationsplan zu befassen. Es war auch die Möglichkeit, über alle Punkte zu sprechen.

Ein Punkt, der auch in der Tschechenkrise angespielt wurde, ist der viermalige Einrückungstermin pro Jahr. Man hat dann wieder kritisiert: Ein Schwächenpunkt wäre zwischen dem einen und dem nächsten Einrückungstermin. Meine Damen und Herren des Hohen Hauses! Unser Bundesheer hat zwei Aufgaben, nämlich die der Ausbildung und die der Einsatzbereitschaft. Wenn wir einsatzbereite Verbände bejahen und bejahen müssen, weil wir ja ohne Mobilmachung einsatzbereite Verbände brauchen, dann gibt es eben eine Organisation, die auch Schwächen

hat, das sind die viermaligen Einrückungstermine im Jahr. Die Zeit, in der die Einheiten des einen Einrückungstermins arbeiten und die anderen erst von den Ausbildungseinheiten herein überstellt werden in die Einsatzeinheiten, ist ein schwacher Moment. Daher war es notwendig in jenen Tagen, eine Überlappung durch eine Verlängerung des ordentlichen Präsenzdienstes zu verfügen.

Noch etwas: Es wird oft kritisiert, daß das österreichische Bundesheer zuviel Reservisten ausbildet. Auch hier möchte ich keiner Debatte vorgreifen, aber ebenso eine Feststellung treffen: International gesehen rechnet man, daß ein sich verteidigen wollender Staat mit etwa 5 Prozent der Bevölkerungsstärke für sein Mobilmachungsheer rechnen muß. Das bedeutet für Österreich zumindest einmal 350.000 Mann. Das ist eine internationale Faustregel.

Wenn man dann rechnet, daß die jüngst verabschiedeten Reservisten diejenigen sind, die im Mobilmachungsfalle als erste einrücken, weil sie noch am wenigsten weit weg von der aktiven Ausbildung sind, dann kann man über die Zahl reden, welche für das Mob-Heer notwendig ist. Aber man hat dann auch die Frage zu beurteilen, ob eine Selektion der Rekruten für einen verminderter Einrückungsstand überhaupt möglich ist.

Hinsichtlich einer Falschausbildung der Reservisten möchte ich nur eines ins Treffen führen: Die Organisation gibt durchaus die Möglichkeit für eine sehr weite Ausbildung von Infanteristen oder für die Landwehr geeigneter Reservisten. Das Schlagwort, daß man falsch ausbildet und dann nicht richtig ausgebildete Reservisten hätte, ist ebenso leicht zu widerlegen.

Ein Punkt, der in der Diskussion und in den Überlegungen auch immer wieder sehr in den Vordergrund gespielt wird, ist der, ob es richtig ist, die Ausbildungseinheiten von den Einsatzeinheiten zu trennen, oder ob es nicht richtiger wäre, die Rekruten sofort in ihre zuständigen Verbände hineinzuleiten, um sie innerhalb dieser Verbände ohne Wechsel des Truppenteiles, des Truppenkörpers in einer Einheit zu belassen.

Auch hierüber sind die Ansichten geteilt, aber ich darf eine Feststellung ebenso treffen: daß der Herr Bundesminister Dr. Prader vor einiger Zeit ungefähr ein Drittel der Truppenkörper Österreichs mit eigenen Ausbildungseinheiten schon organisiert und umgebildet hat. Es wird jetzt notwendig sein, daß die Erfahrungen, die dort gesammelt werden, für die Beurteilung weiterer Maßnahmen herangezogen werden.

10598

Nationalrat XI. GP. — 125. Sitzung — 16. Dezember 1968

Marwan-Schlosser

Ich glaube, hinsichtlich der Aufrüstung unseres Bundesheeres kann kein Streitfall darin bestehen, daß wir zuerst das Feldheer sehr gut ausstatten und kampffähig machen müssen, daß die Landwehr sofort nachgezogen werden soll und daß die Luftstreitkräfte eben doch wegen ihrer Aufwendigkeit einen Nachrang in der Rüstung haben werden. Die Differenz in der Auffassung geht meistens dahin, daß manche sagen, hereinkommende Geldmittel solle man nicht verkleckern, sondern klotzend einsetzen, und die anderen sagen, man kann nicht nur einen Teil aufrüsten, sondern man muß doch parallel etwas anlaufen lassen.

Und nun wird uns immer vorgeworfen — auch der Abgeordnete Steininger hat es gemeint —, wir hätten kein Rüstungskonzept. Meine Damen und Herren! Es gibt ein zehnjähriges Rüstungsprogramm. Das ist vorhanden, und wenn ich mich richtig erinnere, hat der Herr Minister Prader bei Besprechungen des Verteidigungsausschusses auch bereits des öfteren darauf verwiesen. Warum man das immer wieder in den Vordergrund schiebt und sagt, das wäre nicht vorhanden, kann ich mir nicht vorstellen.

Wenn vom Abgeordneten Steininger behauptet wird, es gibt keinen Ausrüstungsschwerpunkt, darf ich nur darauf hinweisen, daß gerade in den letzten zwei Jahren der Panzerabwehr schwerpunktmäßig das Augenmerk zugelenkt wurde. Es wurden eine Menge LAW, also eine Art Panzerfäuste, angeschafft. Es wurde eine Anzahl Carl Gustav angeschafft, also eine Art schwedisches Ofenrohr. Es wurde die rPak umgerüstet auf Radlafette in Eigenentwicklung, und Nachbestellungen für 1969 sind vorgesehen. Der Panzerjäger K wird entwickelt, aber, Herr Abgeordneter Steininger, ich glaube, du hast auch hier wieder eine Behauptung aufgestellt, die zu widerlegen wir schon versucht haben. Wir haben darauf hingewiesen, daß diese Auffassung nicht stimmt, daß nämlich der Turm und das Geschütz nicht mehr produziert würden und dann nicht mehr vorhanden wären. Ich kann mich erinnern, daß von Seiten der Wehrtechnik geantwortet wurde, daß diese Erzeugnisse natürlich in dem betreffenden Vorlieferland weiterhin in Produktion sind. Ich kann mir nicht erklären, woher die Auffassung von 800 m Schußentfernung kommt. Wir waren selbst mit dem Verteidigungsausschuß in Bruck und haben dort, wenn ich mich recht erinnere, ein Ziel in 1200 m Entfernung bekämpft, es wäre aber eine Bekämpfung bis 2000 m durchaus möglich.

In der Panzerabwehr fehlt natürlich noch manches, das wäre die Panzerabwehrlenk-

rakete, die zwar eine Defensivwaffe ist, aber uns momentan nicht bewilligt wird.

Ein weiteres Schlagwort, dem ich gerne entgegentreten möchte, betrifft die Verpanzerung unseres Bundesheeres. Man wirft das auch wieder so schnell in das Volk hinein und kritisiert damit. Meine Damen und Herren des Hohen Hauses, den Kampfwert sowohl von Panzern wie Panzerjägern, wie auch von Schützenpanzerwagen, infolge ihrer Feuerkraft und Geländegängigkeit, brauche ich doch hoffentlich nicht zu erläutern. Selbst dann, wenn man in Kleinkampftruppen nach Hornissenkampfart kämpfen müßte, sind sie von großer Bedeutung, weil sie Selbstfahrlafetten-geschütze sind und damit eine große Geländegängigkeit, Reichweite, einen großen Aktionsbereich haben und auch eine große Feuerkraft mit sich tragen.

Hinsichtlich der Hubschrauberflotte möchte ich sagen, daß auch ihre weitere Ausstattung Vorrang haben muß. Es ist auch hier die Beschaffung weiterer Hubschrauber vorgesehen. Es ist nur wichtig, daß diese Hubschrauber dann selbstverständlich Außenlandungen durchführen können und in der Folge auch von dort abgerufen werden können, daß auch der Nachtflug und darüber hinaus der Blindflug, wenn auch nicht sofort, aber doch, eingeführt wird.

Hinsichtlich der SAAB-Flotte wurde bereits des öfteren kritisiert. Es ist vollkommen klar, daß die bestellten SAAB-105 Ö nicht den Abfangjäger ersetzen können, daß wir aber derzeit auf Grund unserer finanziellen Lage nicht imstande sind, auch Interceptoren zu beschaffen. Diese SAAB haben die Aufgabe, die Piloten umzuschulen, und sind allenfalls geeignet für Aufklärungs-, Verbindungs- und Erdkampfaufträge.

Nun einiges zur Ausbildung. Die Waffenbehrschung nach der Ausbildung beziehungsweise als Ausbildungsziel und die Verbandsverwendungsfähigkeit der Soldaten ist selbstverständlich. Ich möchte aber doch noch einmal auf einen Punkt hinweisen und bitten, die Bataillonskommandanten, Kompaniekommandanten und Zugskommandanten mögen wirklich laufend bei ihrer Ausbildung draußen sein, dieser den Vorrang und der Verwaltung den Nachrang geben. Ich höre immer wieder, daß die Verwaltungsarbeit so groß sei, daß die Ausbildung darunter leiden würde. Es muß doch zu erreichen sein, daß durch eine ge-diegene Ausbildung jeder Soldat, der in die Reserve versetzt wird, von drei Punkten überzeugt ist: erstens, daß er einen Verteidigungskampf führen kann, zweitens, daß es sich lohnt, zu kämpfen, wenn Österreich angegriffen wird, und drittens, daß die Ausbildung,

Marwan-Schlosser

eine gute gediegene Ausbildung, für ihn selbst eine Überlebenschance in sich birgt.

Im Zusammenhang mit Ausbildung und Waffenübungen — über Waffenübungen wird ein anderer Kollege von mir sprechen — komme ich auf einen Punkt zurück, und zwar spreche ich hier meinen Kollegen Peter an. Er hat voriges Jahr von mir das Versprechen erhalten, daß er einen Kürassierhelm bekommt. (*Abg. Peter: Leider nicht eingelöst! Nach dem Kampfplan brauche ich ihn dringend!* — *Heiterkeit.* — *Abg. Zeillinger: Er will schon marschieren!*) Er hat diesen Kürassierhelm beim Herrn Nationalrat Withalm, bei unserem Generalsekretär, urgert. Der hat ihm dann einen Brief zurückgeschrieben und folgendes gemeint:

„Dazu muß ich festhalten, daß Kollege Marwan-Schlosser dieses Versprechen nicht im Auftrag des ÖVP-Abgeordnetenklubs gemacht hat.“ (*Heiterkeit.*)

„Dieser Helm würde nämlich der besseren Ausrüstung eines Abgeordneten der Opposition für die parlamentarischen Schlachten dienen, und dem kann ich als Klubobmann der Regierungspartei niemals zustimmen.“

Er hat ihn dann an mich verwiesen. (*Heiterkeit.*) Ich habe in einer weiteren Aussprache den Abgeordneten Peter gebeten, er möge eine Waffenübung machen, damit er richtig eingerüstet wird, er hat es aber leider das ganze Jahr hindurch verabsäumt, diese Waffenübung zu machen. Wir konnten ihm daher keinen Helm anpassen. Ich bitte daher, provisorisch und symbolisch von diesem Helm Gebrauch zu machen. Die Federn sind kein politischer Hinweis, ihre Farbe ist rein zufällig. (*Der Redner läßt dem Abg. Peter die Attrappe eines Kürassierhelms überreichen.* — *Heiterkeit.*)

— *Abg. Lanz: Sie hätten ihm einen Feuerwehrhelm geben können!* Das ist immer die Gefahr, wenn man einen Vergleich bringt, daß der Vergleich nicht verstanden wird.

Meine Damen und Herren des Hohen Hauses! Ich möchte ... (*Abg. Libal: Bei dem Einsatzplan braucht der Peter nur ein Heldengrab!*) Wenn man jemanden nicht verstehen oder mißverstehen will, Libal, kann man es natürlich immer tun. Wenn man sich über etwas lustig machen will, was sehr ernst ist, kann man es auch tun. Aber etwas Spaß soll ja überall dabei sein, daher, Abgeordneter Peter, dieser Helm als Vorgabe, als Vertrauensbeweis an dich, für die nächste Waffenübung.

Nun aber wieder zu zwei ernsten Dingen, meine Damen und Herren! Zwei sehr ernste Probleme wurden durch unsere Regierung in den letzten Jahren doch gelöst. Das erste ist die personelle Mobilmachung, da auch die

Teilmobilmachung durch Abänderung des Wehrgesetzes, durch die Wehrgesetznovelle 1966, ermöglicht worden ist. Sie wissen ganz genau, daß das nunmehr ein flexibles Instrument ist, das es ermöglicht, Verstärkungen in jeder Richtung — sei es gebietsweise, sei es waffenweise, sei es jahrgangsweise — durch Mobilmachungen einzuberufen.

Ein sehr wertvolles Gesetz, das wir ebenso im vergangenen Jahr beschlossen haben, ist die materielle Mobilmachung und Sicherstellung durch das Militärleistungsgesetz. Wenn die Sprecher der SPÖ gerne darauf hinweisen, daß das ja nur so ein kleines KFZ-Bereitstellungsgesetz sei, kann ich diese Sprecher immer wieder nur darauf verweisen: Ein umfassendes Leistungsgesetz ist derzeit in Bearbeitung. Es ist noch nicht fertig und noch nicht parlamentsdiskussionsreif. Selbstverständlich muß das der nächste Schritt sein. (*Abg. Mondl: Das ist schon sechs Jahre in Bearbeitung und noch immer nicht fertig!* *Das wird nie fertig!*) Aber eines ist ebenso sicher, Abgeordneter Mondl ... (*Abg. Machanze: Wenn der Mondl Kriegsminister ist, kriegen wir's!*)

Herr Abgeordneter Mondl! Ich weiß, daß wir in dieser Frage schon sehr oft und an vielen Orten hart diskutiert haben. Ich kann nur noch einmal sagen, daß es nicht möglich war, ein so umfassendes militärisches Leistungsgesetz zu machen und zu verabschieden, wie du oder deine Fraktion es gewollt haben. Es war eben nur die erste Lösung möglich (*Abg. Mondl: Kraftfahrzeuganforderungsgesetz!*), eben im besonderen die Kraftfahrzeuge, Baumaschinen, Flugzeuge für militärische Leistungen heranzuziehen.

Was mir aber sehr am Herzen läge, wäre, auf logistischem Wege schnellere Mobilmachungsmöglichkeiten für die nächste Zeit in Erwägung zu ziehen. Denn ich glaube, wir müßten uns damit befassen — gerade die Tschechenkrise hat das ergeben —, daß es nötig sein könnte, innerhalb weniger Stunden auch Reserveeinheiten mobil zu machen, um das aktive Heer im Falle des Falles zu stärken. Wir sind in einer anderen Situation als die Schweiz. Die Schweiz kann ihre Verteidigungsmöglichkeiten anders organisieren. Die Schweiz liegt immerhin eine ganz beachtliche Zahl von Kilometern vom Eisernen Vorhang entfernt, und ein Voralarm ist daher möglich. Bei uns könnte es doch so sein — und das hat man unserer Bundesregierung ja in der Tschechenkrise vorgeworfen —, daß man dann nicht schnell genug wäre. Es muß eben so sein, daß schnell auch Reserveeinheiten mit herangezogen werden können, wenn es zu etwas käme.

10600

Nationalrat XI. GP. — 125. Sitzung — 16. Dezember 1968

Marwan-Schlosser

Nun zum lieben Geld. 4 Prozent sind zuwenig. Die Verhältnisse sind stärker. Wir waren in einem wirtschaftlichen Wellental, wir müssen daher vorläufig einmal das zur Kenntnis nehmen.

Ich glaube, daß auch mit der Theorie des Durchleuchtens, des Einsparens und des Umschichtens der vorhandenen Geldmittel innerhalb des Bundesheeres — diese Theorie ist ja auch von der SPD gegenüber dem Verteidigungsminister Schröder ins Treffen geführt worden —, daß es trotz allem Durchkämmens und trotz aller Staubsaugerarbeit auch hier nicht möglich sein wird, jenes Wunder zu vollbringen, daß man mit noch weniger Geld auskommen könnte.

Ich glaube, daß ein Pro-Kopf-Vergleich hier richtig wäre, denn die Prozentzahl im Budget läßt nicht immer den richtigen Schluß zu. Aber wenn wir sehen, daß in Österreich eine Kopfquote von 405 S vorgesehen ist, während in Italien 742 S, in der Schweiz 1678 S, in Deutschland 2091 S, in Belgien 1439 S und so weiter vorgesehen sind, dann wird es auch bei uns notwendig werden, in der Zukunft etwas mehr zu geben.

Die Presse schreibt, daß wir 4 Milliarden sofort zusätzlich gefordert hätten. Ein anderes Blatt spricht davon, daß wir 60 Milliarden gefordert hätten. Auch hier hat man läuten gehört, ohne zusammenzuschlagen. Es werden ja die richtigen Zahlen sicherlich auch mitzubesprechen sein, wenn wir uns bemühen, bei weiteren Beratungen finanzielle Wege zu öffnen, um eben dieses Ziel einer echten Verteidigung in Österreich weiter voranzutreiben.

Die Bundesrepublik Deutschland — das habe ich bereits gesagt — fordert auch mehr Geld für die Landesverteidigung, obwohl sie schon wesentlich mehr pro Kopf der Bevölkerung, nämlich das Vierfache, ausgibt.

Rußland hat auch in den letzten Tagen erst wieder ein Monsterbudget beschlossen, und die „Salzburger Nachrichten“ haben dazu gesagt: Konsumgüter bleiben zweitrangig.

In Österreich wäre es notwendig — so zeigt auch eine Durchrechnung auf —, daß man pro Kopf im Monat auf zwei Schachteln Zigaretten verzichten sollte, um diese Finanzierung der Summe nach so zu dotieren, daß man ein gediegenes Programm machen kann. Ich möchte auch hier noch einmal feststellen, daß auch diese Frage, die in der Presse aufgeworfen worden ist... (Abg. Mondl: Verkehrsteuer!) Herr Abgeordneter Mondl! Alles wird zu überlegen sein. Ein konkreter Vorschlag wird erst das Ergebnis der Beratungen sein. Aber wenn man beraten will, muß man — und so tut man es immer, wenn man

eine Lage beurteilt — von der einen Möglichkeit bis zur anderen Möglichkeit einen breiten Fächer spannen, um dann den gangbaren, den richtigen, den tragbaren Weg zu suchen. (Abg. Probst: *Es hält Sie ja niemand auf! Machen Sie Vorschläge! Sie kritisieren Ihr eigenes Budget!*) Nein, Sie verstehen mich immer falsch beziehungsweise legen Sie mir etwas anderes in den Mund. (Abg. Probst: *Sie können ja mehr einsetzen, wenn Sie mehr wollen! Besprechen Sie das in Ihrer Partei!*)

Außenminister Waldheim hat in seiner außenpolitischen Rede am 4. Dezember wörtlich gesagt:

„Als ich im Frühjahr dieses Jahres zu einem offiziellen Besuch in Moskau war, hat mir mein dortiger Kollege gesagt: „Wir wissen sehr genau, daß ihr ideologisch der westlichen Demokratie zugehört. Alles, was wir von euch verlangen, ist eine konsequente Neutralitätspolitik.““

Meine Damen und Herren, nun ist es nicht uninteressant, wenn man hier noch Professor Zemanek zitiert, der sagt:

„Der immerwährend neutrale Staat begeht eine Pflichtverletzung, wenn er sich die ihm zumutbaren wirksamen Mittel nicht verschafft. Welche Mittel ihm zumutbar sind, ergibt sich aus dem internationalen Standard, der im Völkerrecht die gleiche Funktion erfüllt wie der gute Hausvater bei der Erfüllung der Sorgfaltspflichten des ABGB. oder der ordentliche Kaufmann bei denen des Handelsgesetzbuches.“

Meine Damen und Herren! Wollen wir daher im Hinblick auf die Notwendigkeit der Landesverteidigung — davon sind doch, glaube ich, alle Parteien überzeugt — in Zukunft wenigstens dafür sorgen, daß wir mehr geben können als heuer. Herr Abgeordneter Probst! Es ist niemals zu spät, und Sie wissen ganz genau... (Abg. Probst: *Mich brauchen Sie nicht zu apostrophieren! Der Finanzminister ist von Ihrer Partei!*) O ja! Sie haben genau das vorhin gesagt und mich falsch interpretiert. Ich habe gesagt... (Abg. Probst: *Ich habe Sie gar nicht falsch interpretiert! Die Kritik richtet sich gegen Sie selbst! Verlangen Sie mehr, dann kriegen Sie mehr!*) Nein, ich habe Ihnen genau gesagt: Wir sind heuer notwendigerweise und gezwungenermaßen in der Lage, diesen im Budget vorgesehenen Mitteln fürs erste die Zustimmung zu geben. Wir werden uns aber bemühen, künftig durch verschiedene Maßnahmen dem Bundesheer mehr zu geben, auf daß das Bundesheer in der Lage ist, seine Aufgaben besser erfüllen zu können. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Zeillinger das Wort.

Abgeordneter Zeillinger (FPÖ): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Nachdem in diesen denkwürdigen Minuten der Sprecher der Regierungspartei Österreichs Geheimwaffe der Öffentlichkeit übergeben hat — nämlich den Marwan-Plan —, wurden zweifellos alle europäischen Wehrkonzepte über den Haufen geworfen. (*Heiterkeit.*) Ich bin überzeugt, in Moskau tagt bereits ein Ministerrat, die NATO steht angeblich schon vor der Auflösung, weil sie nicht mehr notwendig ist, und außerhalb Österreichs zittert alles, nur in Österreich gibt es, wie Sie gesagt haben, kein Zittern mehr.

Wir waren von den Ausführungen so begeistert, daß wir nahe daran waren, das Georg-Prader-Lied anzustimmen, den Militärmarsch Nr. 2. Man kann dem Verteidigungsministerium nur empfehlen, daß man sofort den Militärmarsch Nr. 3 in Abwandlung des historischen Prinz Eugen-Liedes komponiert, den Marsch: „General Marwan rückt an!“ (*Neuerliche Heiterkeit.*) Sicherlich eine starke Belebung unseres Bundesheeres und endlich die langerhoffte Lösung der Probleme. (*Abg. Prinke: Das ist der Ernst für die Bereitschaft!*) Wenn Sie, Herr Prinke, für Scherz nichts übrig haben, darf ich Ihnen ein Wort dazu sagen: Der Papiertschako wurde von der Regierungspartei herübergereicht. Wenn das „der Ernst“ war, muß ich sagen, so habe ich das nicht gewußt. Das haben wir für einen Spaß gehalten. (*Abg. Mondl: Die Regierungspartei kann sich ja über uns lustig machen!*) Sie glauben, Herr Kollege, alles ist immer nur Ihr Vorrecht. Es ist schon auch unser Recht, einmal zu replizieren, und ich finde gar nichts dabei, einmal auf eine heitere Note mit einem heiteren Wort zu replizieren. Aber wenn Sie, Herr Prinke, der Ansicht sind, daß der Papiertschako ernst ist, den der Kollege Marwan-Schlosser hier herübergereicht hat, dann brauchen wir überhaupt nicht mehr über das Verteidigungsbudget weiterzusprechen.

Ich möchte auf die strukturellen Probleme später zu sprechen kommen. Ich möchte nur kurz daran erinnern, daß wir uns noch vor wenigen Minuten bei der Justizdebatte mit der Tätigkeit des Verteidigungsministers auseinandersetzen mußten und dabei festgestellt haben, daß die ursprünglich sehr bestrittene personalpolitische Kartei keineswegs mehr bestritten wird. Ich darf hier erklären, daß der Minister als Zeuge vor Gericht ausdrücklich erklärt hat: Es existiert jetzt keine solche Kartei mehr. Vor meiner Amtszeit hat eine solche existiert.

Es wird also nicht mehr bestritten, daß eine politische Kartei im Amte vorhanden war. Es ist nur noch eine Frage, wann nun untersucht wird, wer zweifellos die Wehrbereitschaft zersetzt. Herr Kollege! Das zersetzt die Wehrbereitschaft in Österreich, wenn man in ÖVP-Mitglieder, ÖVP-Nahstehende, Neutrale, Sozialisten und Kommunisten einteilt. Da beginnt die Zersetzung der Wehrkraft (*Abg. Prinke: Ein eigenes Regiment!*), und da beginnt die Unterminierung der Wehrbereitschaft! Es war Ihre Partei, die das gemacht hat. In der weiteren Zeugenaussage hat der Minister dann richtiggestellt, daß diese Kartei weggebracht wurde. Wir wissen gar nicht, wo sich diese Kartei augenblicklich befindet.

Aber damit hat man begonnen, die österreichische Wehrbereitschaft zu zersetzen, indem man nur jene Österreicher, die sich zur Regierungspartei bekennen, als brave Österreicher bezeichnet hat.

Diese Parteipolitik im Bundesheer geht weiter. Darf ich Ihnen nur ein Beispiel nennen, das ich selbst erst seit wenigen Stunden kenne. Es ist früher immer beim Bundesheer die Allgemeine Dienstvorschrift selbstverständlich an alle Soldaten ausgegeben worden, eine Allgemeine Dienstvorschrift, aus der der Soldat alles für seine Dienstzeit Notwendige ersehen kann.

Seit einiger Zeit ist diese Ausgabe der ADV eingestellt worden. Dafür hat der Soldat die Möglichkeit, eine Zeitschrift, die natürlich in der Druckerei Metten — also in einer ÖVP-Druckerei — hergestellt wird, zu bestellen. Bestellt er diese Zeitung, dann bekommt er die Dienstvorschrift gratis. Das scheint an und für sich unverdächtig zu sein. Nur wenn man die Dienstvorschrift auf Seite 73 aufschlägt, dann kommt die Katze aus dem Sack. Hier heißt es nämlich: „Mit der Jugend in die Zukunft! Junge Generation in der ÖVP“.

Herr Minister! Heute bekommen die Soldaten, wenn sie die in der Dienstzeit geworbene Zeitschrift aus der ÖVP-Druckerei Metten abonnieren, eine Dienstvorschrift, in der die Junge Generation in der ÖVP inseriert. (*Abg. Weikhart: So „überparteilich“ ist der Herr Bundesminister Prader!*) Das ist die politische Tätigkeit, die heute in den Kasernen betrieben wird und an der sich nichts geändert hat. Es ist genauso geblieben, wie es bisher gewesen ist.

Herr Minister! Meine Herren von der Regierungspartei! Jetzt sind wir beim ernsten Teil: Dagegen kämpfen wir an, denn es ist jeder Schilling verloren, wenn Sie weiter glauben, daß das Bundesheer als eine Organisation der Volkspartei zur Aufstockung ihrer

10602

Nationalrat XI. GP. — 125. Sitzung — 16. Dezember 1968

Zeillinger

Wählerstimmen da ist! Das Bundesheer, zu dem wir, soweit es von Ihnen nicht zu parteipolitischen Zwecken mißbraucht wird, volles Vertrauen haben, ist dazu da, auf überparteilicher Basis geführt zu werden und nichts anderes im Auge zu haben, als Österreich, unser Vaterland, zu verteidigen. Sie aber denken nur darüber nach: Wie könnte man das Bundesheer zu parteipolitischen Zwecken einsetzen? Das begann mit der politischen Kartei, das begann bei der Einstellung der Offiziere auf politische Linien, und das endet heute bei einer politischen Werbung innerhalb der Kasernen.

Herr Bundesminister! Ich möchte sehen — Sie waren selber einmal Soldat —, wenn zu Ihnen als Rekrut ein Unteroffizier oder ein Ausbildner kommt und Sie auffordert, die Zeitung zu abonnieren, ob Sie nicht bereit sind, um den Sonntagsausgang zu bekommen, diese Zeitung, an der die ÖVP verdient, zu abonnieren. Dafür bekommt der Soldat dann die ADV gratis.

Jetzt erst weiß ich, warum diese ADV nicht mehr verteilt wird. Das für mich Überraschende war, daß ich vor ganz kurzer Zeit, und zwar heute erst, ein zweites Exemplar mit einer Information bekam — ich sage gleich, ich kenne den Informanten noch nicht, er muß aus Ihrem Ministerium sein —, in dem drinnen steht: Beiliegend eine ADV, die in der Repro-Stelle des Bundesministeriums für Landesverteidigung schwarz hergestellt wurde. — Ich lese es so unzensuriert vor, wie ich es bekommen habe. — Die noch in der Repro-Stelle lagernden Exemplare, etwa 10.000 Stück, sollen in den nächsten Tagen ausgeliefert werden. Zum Druck wurden die Originalplatten der offiziellen ADV verwendet, siehe Inhaltsverzeichnis.

Ich muß Ihnen sagen, Herr Minister, ich habe jetzt in kurzer Zeit beides verglichen und festgestellt, daß tatsächlich der Drucksatz, der seinerzeit zur offiziellen ADV verwendet worden ist, nun zu jener ADV verwendet wird, die man als Werbemittel für diese in der Metten-Druckerei erzeugte Zeitung verwendet. (Abg. Dipl.-Ing. Dr. O. Weihls: Skandal so was!)

Herr Bundesminister! Das ist Parteipolitik, und wenn wir nun erfahren, daß sich das in Ihrem Ministerium abspielt, und wenn wir hören, daß dort schwarz, illegal sozusagen, unerlaubt diese Schrift hergestellt wird, dann sind wir wieder dort, wo sich der Kreis schließt. Dann sehen wir wieder, daß seit Ihrer Amtstätigkeit dieses Bundesheer vom Anfang bis zum Ende verpolitisiert wird und Sie nur eines im Sinne haben: aus diesem Bundesheer eine Armee der Volkspartei zu machen. (Abg.

Weikhart: Ein neuer Prader-Skandal!) Herr Bundesminister! Wir stehen allerdings auf dem Standpunkt, daß es Aufgabe der Abgeordneten ist, hier einen Riegel vorzuschieben.

Wenn der Herr Bundesminister für Justiz weiterhin sagt: Es ist richtig, wenn man die Aussagen der Zeugen nicht untersucht und den, den Sie als Täter beschuldigen, nicht verfolgt, sondern ein Strafverfahren gegen die Zeugen, die Skandale aufdecken, einleitet, dann werden wir in Österreich nie Sauberkeit bekommen, dann werden wir nie die Korruption beseitigen. Herr Bundesminister! Sie kennen das Wehrgesetz genauso wie wir: Dann werden wir nie im Sinne des Gesetzes solche Mißstände abstellen können. Billigen wir das weiter, so werden wir eines Tages die Vertrauensbasis zwischen Bundesheer und der Bevölkerung zerstören. In diesem Sinne — Herr Minister, wir Freiheitlichen wiederholen das — sind Sie im Sinne der Landesverteidigung eine Gefahr für unser Bundesheer und für unser Vaterland!

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Heute haben wir ein Mini-Budget, ein Budget für die Landesverteidigung zur Diskussion, das bereits unter die 4 Prozent-Grenze abgesunken ist. Wenn man sich demgegenüber einige Ziffern vor Augen hält, so wird man beispielsweise sehen, daß das Wehrbudget in den Jahren seit 1961 etwa um 70 Prozent gestiegen ist, aber die gesetzlichen Verpflichtungen um über 200 Prozent gestiegen sind, während sich die Steigerung der Neuan schaffungen im bescheidenen Rahmen unter 20 Prozent hält. Das heißt also mit anderen Worten, daß es heute nur im wesentlich kleineren Ausmaße als in früheren Jahren möglich ist, Waffen und Gerät anzuschaffen.

Von den verschiedenen Vorschlägen, die hier diskutiert werden, ist — ich möchte das gleich sagen — bisher noch keiner an die Parteien als ernste Diskussionsgrundlage herangetragen worden. Man las in den Zeitungen von einer Wehrsteuer. Das System der Wehrsteuer ist offensichtlich von der Regierungspartei selbst blockiert worden, indem man alle Möglichkeiten irgendwo auf steuerliche Ausbreitung in den letzten Wochen bereits in Anspruch genommen hat, sodaß eine Einführung einer weiteren Steuer im Augenblick gar nicht möglich ist.

Die Möglichkeit einer Wehranleihe: Auch hier ist eine Grenze insofern erreicht, als weitere Anleihen kaum mehr in dem notwendigen Umfang placiert werden können. Hier ist tatsächlich die Politik der Regierungspartei in eine Sackgasse geraten. Das mag auch der Grund sein, warum man in den letzten

Zeillinger

Wochen und Monaten immer wieder sozusagen Beruhigungspillen der Bevölkerung übergeben hat.

Mein Vorredner, Kollege Marwan-Schlosser, hat hier ungefähr die Regierungslinie weiter vertreten. Ich möchte gleich sagen, daß hier eine grundsätzlich verschiedene Auffassung zwischen der Regierungspartei und uns Freiheitlichen besteht. Sie stehen auf dem Standpunkt: Wir sind ein neutraler Staat, uns kann nichts geschehen! Es wurde auch hier—wenn ich die „Parlamentskorrespondenz“, über die Ausschußberatungen vom 18. November zitiere — gesagt, man sei sich von vornherein bewußt gewesen, daß keine Absicht bestand, die österreichischen Grenzen zu verletzen; die bereitgestellten Verbände waren daher für die Bewältigung der Lage absolut ausreichend. Und weiters: Bei der Erteilung des Marschbefehls gab es weder Kompetenz- noch sonstige Schwierigkeiten.

Tatsache ist — das wurde mit verschiedenen Rücksprachen und Beratungen, die notwendig sind, begründet —, daß eine um 8 Uhr früh bereitgestellte, abmarschbereite Truppe erst um 16 Uhr in Marsch gesetzt worden ist, und zwar zu einem Zeitpunkt zu dem, hätte der östliche Nachbar anders disponiert, Österreich bereits weit überlaufen gewesen wäre. Alle diese Entscheidungen sind viel zu spät gefallen.

Herr Kollege Marwan-Schlosser! Man sollte sich nicht an das Wort „Befehlwirrwarr“ klammern. Tatsache war, daß man gezögert hat, und auch das Zögern kann überaus gefährlich sein. Sich nun einzureden, daß wir von vornherein nie bedroht waren — ich möchte übrigens hier loyal anerkennen, daß der Bundesminister in der Frage des Überfliegens Österreichs im Gegensatz zum Bundeskanzler ohneweiters zugegeben hat, daß das natürlich einen Akt der Bedrohung darstellt —, ist nicht richtig. Der Herr Bundesminister hat das richtiggestellt. Ich möchte hier wiederholen: Nicht er hat gesagt, daß Österreich durch die Überflüge nicht bedroht war, sondern das hat der Herr Bundeskanzler im Radio und Fernsehen gesagt. Richtig war: Es hat jener Aggressor, der einen Nachbarstaat besetzt hat, gleichzeitig auch Ostösterreich unter seiner Luftkontrolle gehalten und damit bereits die ersten feindlichen Akte gesetzt, denn die Luftaufklärung, das Vorstoßen in das feindliche Gebiet — früher von Spähern, später von Panzeraufklärern, heute von Flugzeugen — ist der Beginn jedes Krieges. Kollege Marwan-Schlosser schüttelt den Kopf. (Abg. Marwan-Schlosser: Aufklärung muß nicht Krieg sein!) Na selbstverständlich ist das der erste Schritt. Kollege Marwan-Schlosser! Ich halte es geradezu für

bedenklich, von diesem Pult aus im österreichischen Parlament nicht jene Ostmächte anzuklagen, die die österreichischen Grenzen so überflogen haben, als ob Österreich nicht existieren würde. Die werden gar keine Hemmungen haben. Wir müssen vor der Weltöffentlichkeit darauf hinweisen, daß wir das als einen ersten feindseligen Schritt betrachten. Denn wenn wir sagen: Wir waren nie bedroht, das ist selbstverständlich, daß sie stundenlang über Österreich hinwegfliegen —, Herr Kollege Marwan-Schlosser, wo werden wir dann den Unterschied sehen, wenn sie einmal ein anderes Konzept haben? Und so klar war die Konzeption der Ostblockstaaten in dieser Zeit keineswegs. Österreich war allein durch die Anwesenheit so starker Truppenverbände im Nachbarraum bereits bedroht, und es war unverständlich, daß man in dieser Situation derart gezögert hat.

Auch der Umstand, den der Herr Bundeskanzler bereits ins Treffen geführt hat, daß die Signatarmächte des Staatsvertrages uns aus ihren strategischen Überlegungen ausgeklammert haben, ist denkwürdig. Denn erstens einmal gibt es auf der ganzen Welt keinen Staat, der nicht die Nachbargebiete in seine strategischen Überlegungen mit einbezogen hätte; das muß man, das ist eine selbstverständliche Pflicht jedes Staates. Und ob er es auch in die politischen Überlegungen mit eingeklammert hat — ich muß sagen, bisher weiß ich nur, daß feindliche Spione bei uns in den Ministerien sitzen, aber mir ist neu, daß wir gute Spione in Moskau sitzen haben, die uns die Sicherheit gegeben haben, daß Österreich aus allen Überlegungen ausgeklammert ist.

Ich halte es geradezu für gefährlich, die Öffentlichkeit in dieser Weise zu beruhigen. Damit nimmt man ihr ja auch — reden wir jetzt einmal anders — das Verständnis für eine erhöhte Wehrbereitschaft, das Verständnis dafür, daß man auch Vorsorge treffen muß. Denn mit Recht wird jeder, den man zu einem Opfer für die Landesverteidigung aufruft, sagen: Uns kann doch nichts passieren, wir sind neutral, die Signatarmächte haben uns aus ihren Überlegungen ausgeklammert, im Grunde ist jeder Schilling, den wir für die Landesverteidigung ausgeben, ein ... (Abg. Marwan-Schlosser: Gerade das Gegenteil habe ich gesagt!) — Nein, ich zitiere den Kanzler. Da Sie, Abgeordneter Marwan-Schlosser, noch nicht Bundeskanzler sind, beschränke ich mich im Augenblick darauf, den Bundeskanzler zu zitieren. Der Bundeskanzler hat ja gesagt, daß Österreich nicht bedroht ist. Und wenn Sie diese grüne Schrift, die dann von der Bundesregierung versendet

10604

Nationalrat XI. GP. — 125. Sitzung — 16. Dezember 1968

Zeillinger

worden ist, durchblättern, dann werden Sie drinnen finden, daß jedem österreichischen Haushalt mitgeteilt worden ist: Österreich ist nicht bedroht!, obwohl im Osten Europas eine Truppe von einer Stärke aufmarschiert ist, die über die in der Zeit des Weltkrieges hinausgeht; obwohl niemand weißt, wo der Bär seine Tatze hinlegen wird. Ich weiß nicht, wenn der Bär seine Tatze versehentlich nach Österreich herübergelegt hätte, ob dann wirklich die Mausefalle so zugeschnappt wäre, daß der Bär in Moskau aufgebrüllt hätte und gesagt hätte: Nie wieder nach Österreich! Die Reden, angefangen von der des Kanzlers bis herunter zur ersten Rede des Sprechers der Regierungspartei, sind ja geradezu eine Einladung ... (*Abg. Dr. Geischläger: Mit einer Mausefalle Bären fangen ist sehr schwer!*) — Herr Kollege, ich habe nicht mit der Mausefalle angefangen, das war Ihr Parteifreund. (*Heiterkeit und Zwischenrufe bei der FPÖ.*) Sie treffen jetzt Ihren Parteifreund, Herr Kollege Dr. Geischläger! Dieser Schuß von Ihnen ist einmal nach hinten losgegangen und hat statt mich den Kollegen Marwan-Schlosser getroffen. Ich habe nur freundlicherweise sein Zitat übernommen und es interpretiert. Um beim militärischen Vergleich zu bleiben: Ich bin völlig überzeugt, daß man mit Mausefallen nicht Bären fangen kann. Aber dieser Standpunkt, den Sie hier äußern, hat sich offenbar noch nicht bis zur Regierungsbank durchgesprochen. (*Abg. Marwan-Schlosser: Zeillinger! Ich habe vom „Mechanismus“ gesprochen!*) Der Mechanismus ist gut — oder wie? Was ist jetzt gut? Womit fangen wir jetzt den russischen Bären, wenn er uns überfliegt? Womit hätten wir ihn aufgehalten? (*Zwischenrufe bei SPÖ und FPÖ.*) Mit den Dreschflegeln der Bauern? Bestimmt nicht! Obwohl sie durchaus dazu bereit wären. Die Wehrbereitschaft ist ja in Österreich vorhanden, und es ist unglaublich, wie lange sie sich über Wasser hält und wie lang dieses Vertrauen anhält. Daß es bisher noch zu keiner Krise auf diesem Gebiet gekommen ist, das verdient eigentlich in aller Öffentlichkeit festgestellt zu werden. Aber das allein genügt nicht, wenn die Führung, von psychologischen Fehlern angefangen — und es ist ein psychologischer Fehler — erklärt: Wir sind nicht bedroht, wir sind neutral, uns kann nichts passieren! — Nur hat man später festgestellt, daß sich der amerikanische Außenminister Rusk — was immer er gesagt hat — anscheinend mehr Gedanken über die Existenz Österreichs gemacht hat als bei uns die österreichische Bundesregierung. Ich will jetzt gar nicht zitieren, ob das genauso war. Ich persönlich glaube, daß er es gesagt hat. Aber Tatsache ist, er hat sich mehr Gedanken

gemacht, er läßt sich nicht mit dem Satz abspeisen: Die Österreicher sind neutral, ihnen kann nichts passieren; die Russen genauso wie die Amerikaner haben ja den Staatsvertrag unterschrieben.

Herr Kollege! Ich glaube, Sie in der Volkspartei sind wahrscheinlich auf der ganzen Welt die einzigen, die glauben, daß eine Unterschrift der Russen sie abhalten könnte, wenn es ihre Interessen erfordern, auch die Souveränität Österreichs zu verletzen. Im Grunde genommen haben sie ja die Souveränität bereits verletzt. In diesen Tagen nach dem 21. August war jedes Einfiegen nach Österreich eine Verletzung der Souveränität. Ich meine jetzt nicht die technischen Versehen, wo man einmal ein paar Kilometer hineinfiegt und dann wieder herausfliegt, nein, das Einfiegen und systematische Aufklären, das Unter-Kontrolle-Halten des möglichen Feindgebietes, das ist doch bereits nicht nur Demütigung, sondern die erste Verletzung der Souveränität Österreichs. Und das müßte uns eigentlich zu denken geben, und darauf kann man nicht mit einer Kürzung des Militärbudgets antworten, nur mit Trauerreden, nur mit einem Militärmarsch. Das allein wird die Russen nicht beeindrucken, sondern hier wird man schon tatsächlich einmal — und da kommen wir uns vielleicht näher — mit einem Konzept antworten müssen.

In Österreich wurstelt man von Jahr zu Jahr weiter nach dem Motto: Es wird schon nichts geschehen! Und weil die Russen und die Warschauer-Pakt-Staaten uns diesmal tatsächlich nicht behelligt haben und außer ihren Flugzeugen nicht auch noch Erdtruppen eingeschleust haben, klopft man sich jetzt auf die Schulter und sagt: Na, haben wir nicht alles richtig gemacht? Wir haben die Lage vollkommen richtig beurteilt! — Meine Damen und Herren! Wenn damals die Lage falsch beurteilt worden wäre, dann würden wir heute nicht mehr hier sprechen, dann wäre dieses Österreich schon von der Landkarte ausgelöscht. Das ist der Ernst der Situation. Man darf sich nicht auf dieses Hasardspiel vorbereiten, daß man nachher bei der Beurteilung recht gehabt hat, sondern man muß vorsorgen, vorbeugen.

Ich frage Sie: Wo steckt in der gegenwärtigen Verteidigungspolitik, wo steckt in der gegenwärtigen Lageeinschätzung, wo steckt in dem gegenwärtig zur Verhandlung stehenden Budget eine echte Bereitschaft, die Konsequenzen daraus zu ziehen? Im Gegen teil. Es hat der Bundeskanzler seinerzeit erklärt, es bestehe keine Notwendigkeit, aus der Tschechenkrise Konsequenzen zu ziehen. Ich darf daran erinnern, daß eine Besprechung

Zeillinger

mit einer Schweizer Delegation stattfand, und man hat heute — es ist schon von einem Sprecher der Sozialistischen Partei zitiert worden — hier in einer Entgegnung festgestellt oder sogar behauptet: Im Gegensatz zur Behauptung der „Presse“ — das war „Die Presse“ vom 3. Dezember — wurde anlässlich der Kontaktgespräche mit der Schweizer Delegation über Erfahrungen aus der Okkupation der ČSSR überhaupt nicht gesprochen. — Darauf ist man noch stolz, das berichtet man. Das paßt ganz zu der Erklärung des Bundeskanzlers: Es ist nicht notwendig, daß wir irgendwelche Lehren ziehen. Doch! Wir haben erkannt, daß Verträge ein Fetzen Papier sind. Wir haben erkannt, daß ein Land nicht einmal dann, wenn es von seinem „Freund“ 14 Tage vorher geküßt wird, 14 Tage später davor geschützt wird, daß Panzer einrollen und Menschen niederwalzen. Alle diese Gefühlsmomente gelten genauso wenig wie Verträge. Nur die eigene Stärke ist noch ein Schutz. Und hier müssen wir sagen: Wo ist dieser Schutz? Wo finden wir diesen Schutz? Immer nur durch Weinen und Wehklagen?

Früher war es sehr einfach, in der Koalition waren die Roten schuld. Das war eine plausible Erklärung. Meine Herren! Jetzt sind die Roten weg, jetzt sind Sie allein in der Regierung, was ändert sich? Der Anteil des Militärbudgets ist geringer geworden. Gut, das kann noch passieren, aber das Konzept, das Verteidigungskonzept, die mehrjährige Planung auf Jahre hinaus fehlt bis zur Stunde.

Wir haben heute hier schon von einer „Donaupatrouille“ gehört, wir werden also wahrscheinlich bald einen „Admiral der Donauflotte“ haben. Das sind schöne Späßchen, es mag vielleicht auch das eine oder andere davon durchaus begründet sein. Das erinnert mich an das Kriegsspiel, aber doch nicht ernsthaft an die Landesverteidigung. Das kann doch nicht das Konzept auf Jahre hinaus sein, wenn Sie jetzt beginnen, die Donau zu „beherrschen“ und stolz irgendwo in der Zeitung festgestellt haben, daß dieses Schinakl geeignet ist, bis ins Schwarze Meer hinunterzufahren. Ja um Gottes Willen, wir wollen doch nicht plötzlich eine Donaumacht oder eine Seemacht werden! Das kann nicht unsere Aufgabe sein. Ich will auch gar nicht die Millionen aufzählen, denn es geht um wesentlich größere Beträge, obwohl wahrscheinlich auch das hinausgeschmissenes Geld ist. Wir müssen uns einmal ernsthaft darüber unterhalten.

Ich möchte das deswegen sagen, weil in der letzten Zeit erfreulicherweise — Jahre, nachdem es die Freiheitlichen getan haben — auch die Regierungspartei nun einen Verteidigungs-

ausschuß gegründet hat. Ich darf diesen Verteidigungsausschuß daran erinnern, daß wir Freiheitlichen von dieser Stelle aus Jahre hindurch eine überparteiliche Landesverteidigung vorgeschlagen haben. Das hat gewisse Voraussetzungen, nämlich daß tatsächlich die Parteipolitik aus dem Bundesheer entfernt wird. Man muß sich im Interesse Österreichs auf ein gemeinsames Verteidigungskonzept einigen können. Wir müssen aber auch den Mut haben, uns über gewisse Voraussetzungen, über gewisse Fehler, die derzeit im Bundesheer vorhanden sind, objektiv zu unterhalten. Es kann durchaus sein, daß das eine oder andere, was wir, unsere Berater als Fehler sehen, von Fachleuten anders beurteilt wird. Wir Freiheitlichen sind nicht so, daß wir von vornherein jede Meinung, die ein anderer sagt, ablehnen. Das Gespräch müßte einmal eröffnet werden.

Sollte der 21. August wirklich nur dazu führen, zu erklären, es ist kein Grund, irgendwelche Konsequenzen daraus zu ziehen? Wäre das nicht geradezu jener Moment gewesen, in dem man hier von der Regierungsbank hätte sagen müssen: Eigentlich hat sich doch die Opposition im Parlament schon bereit erklärt, in der Frage der Verteidigungspolitik über Parteidistanzen hinweg mit uns zu sprechen, um dieses Österreich, wenn es notwendig ist, für eine gemeinsame gesamtösterreichische Verteidigung vorzubereiten. — Nichts ist geschehen! Die Parteipolitik geht unverändert weiter auf dem Sektor der Landesverteidigung. Nichts ist geschehen. Sie machen weiter Ihre ÖVP-Politik. Das ist die größte Gefährdung, das ist die Unterminierung der Landesverteidigung, vor allem auch der Gesinnung der Österreicher zur Landesverteidigung!

Hohes Haus! Ich habe zuvor gesagt, wir haben im Laufe der Monate eine ganze Reihe von strukturellen Fehlern gefunden, über die man einmal ernstlich sprechen sollte. Ich werde das jetzt nicht alles aufzählen, aber ich möchte Ihnen davon einiges in Erinnerung rufen und vor Augen führen: Weder das aktive Heer noch das Mob-Heer können die ausgebildeten Soldaten verkraften. Das Mob-Heer kann eigentlich nur einen Bruchteil der Reservisten aufnehmen. Darüber haben wir schon einige Male den Herrn Bundesminister für Landesverteidigung befragt. Die Antworten waren immer ausweichend. Wir haben heute — ich muß es sagen, ich möchte auch gar nicht die Ziffer hier jetzt noch einmal wiederholen, die Zifferangaben schwanken; sie liegen bei 400.000, bei 450.000, bei 500.000 — ausgebildete Soldaten, die wir niemals einsetzen können, weil uns die Ausrüstung fehlt, weil uns die Waffen fehlen, die Geräte fehlen. Beginnt da nicht eine Fehl-

10606

Nationalrat XI. GP. — 125. Sitzung — 16. Dezember 1968

Zeillinger

planung, wenn wir hier in großem Maß unbeschränkt immer weiter ausbilden und von vornherein wissen, daß weder das aktive Heer noch das Mob-Heer überhaupt die ausgebildeten Soldaten verkraften kann?

Wir haben hier auch einmal in einer Diskussion vor kurzer Zeit die Frage besprochen, wo hier die Gleichheit vor dem Gesetz bleibt. Es gibt Vertreter verschiedener Wehrkonzepte, und es wird immer wieder eingewendet: Die Gleichheit vor dem Gesetz verlangt auch von der allgemeinen Wehrpflicht, daß eben alle gleich behandelt werden. — Herr Bundesminister! Sie werden doch nicht gleich behandelt. Es ist doch unwahr, zu behaupten, daß alle Präsenzdiener, wenn sie abgerüstet haben, dann in gleicher Weise behandelt werden. Nur die Landwehrreservisten müssen weiter Waffenübungen machen. Das ist doch nur ein kleiner Teil der Ausgebildeten. Das sind die Infanteristen, das sind die Pioniere. Die Angehörigen der technischen Truppe sind ja weitgehend davon befreit. Ich möchte das deswegen erwähnen, weil mir ein hoher Offizier des Verteidigungsministeriums bei einer sehr sachlichen Diskussion im Kreise junger Freiheitlicher die Antwort gegeben hat, daß die Gleichheit vor dem Gesetz gewahrt werden müsse, und ich bestreite das. Können Sie hier im Parlament die Versicherung geben, daß wirklich alle gleich behandelt werden, daß alle Präsenzdiener nach dem Abrüsten in gleicher Weise in die Landwehr eingebaut werden und daß sie in gleicher Weise zu den Waffenübungen und Reserveübungen herangezogen werden? Od r trifft es nur einen Teil oder einen erklecklichen Teil? Ich sage Ihnen gleich, ich kann Ihnen sehr viele auf der Stelle nennen, die nie wieder einberufen wurden. Da beginnt ja schon die ungleiche Behandlung. Was gilt aber dann ein technisch ausgebildeter Soldat, der nach vier oder fünf Jahren plötzlich in einem Ernstfall wieder an eine Waffe, an ein Gerät tritt? Das ist also einer der strukturellen Mängel, über die man nachdenken müßte.

Man hat die verschiedensten Vorschläge im Ministerium an Sie herangetragen. Der Vorwurf, den wir Ihnen machen, Herr Minister, ist der, daß Sie nie, nicht einmal im Ministerium, ein Gutachten haben ausarbeiten lassen. Der Vorwurf ist, daß wir darüber nie auf irgendeiner dafür zuständigen Ebene in eine Diskussion eingetreten sind, daß es so, wie es jetzt ist, unbefriedigend — ich möchte den Ausdruck „schlecht“ gebrauchen — ist. Darüber sind wir uns weitgehend im klaren; es wird graduiert: der Regierungssprecher wird „unbefriedigend“ sagen, der Oppositionelle wird sagen „schlecht“. Aber daß es geändert gehört, daß eine neue Konzeption her muß, ich glaube, auf der Basis

könnten wir uns alle einigen. Da müßten wir einmal die notwendige Unterstützung aus dem Verteidigungsministerium bekommen. Da darf man sich dort nicht auf den Standpunkt stellen: Es ist richtig, weil es so ist, und wir werden das auch nicht ändern.

Darf ich auf einen anderen strukturellen Mangel hinweisen, dem wir immer wieder begegnen, das ist der Mangel an Kaderpersonal, an Ausbildungspersonal. Ich glaube, es ist ohnehin schon heute und auch im Ausschuß darüber gesprochen worden. Wir haben Präsenzdiener, die selber kaum die Eierschalen abgelegt haben und die bereits als Ausbilder eingesetzt werden, weil eben zuwenig Kaderpersonal vorhanden ist.

Es ist mir — um nur ein Beispiel zu erwähnen — ein Fall mitgeteilt worden; es wird sicher kein Einzelfall sein, denn daß einer zwei Funktionen hat, kommt ja sehr oft vor. Aber daß ein Ausbilder als Truppenführer, als Gruppenführer und als Zugsführer gleichzeitig eingesetzt wird, ist zuviel. Was soll das? Der Zugsführer soll doch seine Gruppen inspirieren, aber gleichzeitig muß er eine Gruppe selber führen. Jeder von uns, der einmal irgendwo in der Lage war, andere Soldaten auszubilden, weiß, daß man damit vor unlösbare Probleme gestellt wird. Es ist sehr schön, wenn man aus eins drei macht, aber es ist eine Selbstdäuschung, wenn man einen Ausbilder, den man hat, in drei Funktionen einsetzt und glaubt, daß das nun funktionieren werde.

Es hat ein Militär vor nicht allzu langer Zeit einmal den Satz gesagt, daß unser Bundesheer im Frieden zu groß und im Krieg zu klein ist. Ich darf Ihnen sagen, daß wir Freiheitliche uns dieser Auffassung weitgehend anschließen.

In der Einsatztruppe — um ein anderes Beispiel eines strukturellen Fehlers aufzuzeigen — ist zwischen dem Kämpfer und dem Nichtkämpfer ein Mißverhältnis. Wir haben heute schon gehört, daß in den Schreibstuben kaum ein Mangel an notwendigem Personal besteht, und bei der Truppe draußen haben sie oft nur einen Ausbilder. Und es gelingt nicht, die Leute aus den Schreibstuben hinauszubringen. Das gilt nicht nur für den Unteroffizier, sondern das gilt auch für den Offizier. Es herrscht Mangel überall und an allen Ecken und Enden, sodaß wir feststellen müssen, daß, je weiter man in die Stäbe und je weiter man in die Schreibstuben zurückkommt, plötzlich kein Mangel mehr festzustellen ist und der Mangel in ein Überangebot umschlägt.

Das Einsatzheer — auch dieser Meinung möchten wir uns anschließen — braucht im Ernstfall — ich glaube, daß die Tage nach der Tschechenkrise das gezeigt haben — die Mobilmachung. Die Mobilmachung oder Teilmobil-

Nationalrat XI. GP. — 125. Sitzung — 16. Dezember 1968

10607

Zeillinger

machung ist natürlich eine politische Frage. Daß das unter Umständen zu einer Anheizung einer Krise führt, darüber ist man sich vollkommen im klaren. Wir haben gehört und in der Zeitung gelesen, daß die Russen und die Warschauer-Pakt-Staaten über unsere Alarmierung des Bundesheeres empört waren, weil sie der Ansicht sind, sie haben keinen Anlaß zu einem solchen Verhalten Österreichs gegeben. Man müßte eben einfach die Nachbarstaaten daran gewöhnen, wenn eine gewisse Krisensituation, eine gewisse Ballung in den Nachbarräumen eintritt, daß wir von vornherein solche Maßnahmen treffen, die natürlich auch innerhalb Österreichs da und dort eine Störung herbeiführen können. Ich gebe zu — ich bin ein sehr bewußter Vertreter des Fremdenverkehrs —, daß das unter Umständen eine Störung des Fremdenverkehrs ist, aber auf der anderen Seite ist die Überlebenschance dann doch um etliches größer. Aber wir müssen uns im klaren sein, daß wir mit dem Einsatzheer allein im Ernstfalle keiner an uns herangetragenen Situation — wenn sie wirklich in entsprechendem Ausmaße auf uns zukommt — gewachsen sein werden.

Die ausgebildeten Reservisten sind für die Landwehren, in die sie einrücken sollen, ja nur zum Teil brauchbar. Die Landwehr setzt doch voraus, daß möglichst viele ausgebildete Jäger in bestimmten Grenzräumen beispielsweise zur Verfügung stehen. Auch das ist natürlich nicht der Fall, kann auch vielleicht nicht mehr überall der Fall sein. Aber wir müssen uns darüber im klaren sein, daß die Landwehr eben eine entsprechende Unterstützung braucht.

Ich habe zuvor schon gesagt, ich bringe einen Auszug, um die Diskussion einmal einzuleiten, denn die Regierungspartei hat immer wieder gesagt, sie wird mit den anderen Parteien sprechen, aber wir haben bis heute darüber noch nichts gehört; außer dem Versprechen, daß man darüber sprechen wird. Unser seit Jahren geäußertes Angebot, das wir — unabhängig von den parlamentarischen Auseinandersetzungen, die werden wir auch haben, wenn wir über eine gemeinsame Landesverteidigung hier verhandeln sollten — immer wieder vorbringen, lautet: Das Bundesheer gehört entpolitisiert. So wollten wir Ihnen eben hier das eine oder andere Problem aufzeigen.

Wir haben beispielsweise schon dieses Vonder-Hand-in-den-Mund-Leben als Mangel festgestellt, das Fehlen einer langjährigen Planung. Das gilt nicht nur für die Anschaffung von Material und Gerät, das gilt auch bei der Frage der Organisation und der Größe des Heeres. Wer kann uns heute die Sicherheit geben, daß tatsächlich in dieser Form die

Landesverteidigung auf Jahre hinaus geplant wird? Man kann das nicht immer in der Hoffnung tun: Nächstes Jahr werden wir mehr bekommen. In vielen Dingen haben wir schon — ich möchte sagen — zu hoffnungsvoll geplant. Die Regierungspartei hat die Erwartungen der Landesverteidigung nicht erfüllt.

Wir wissen aber auf der anderen Seite, daß es natürlich ein Unterschied ist, ob ein Heer mit 100.000 Mann oder mit 300.000 Mann geplant ist. Man braucht eine ganz andere Artillerieausstattung, man braucht eine ganz andere Pionierausstattung. Das ist nicht so wie beim Proporz, daß man sagt, von 300.000 ein Drittel das und ein Drittel das, sondern es ist eine grundlegend andere Ausstattung erforderlich. Auch das ist ein Mangel, den wir immer wieder feststellen müssen: daß man sich hier nicht auf Jahre hinaus einen klaren Überblick verschafft, was geschieht. Man müßte, nachdem man mittlerweile, wie ich glaube, zu der Erkenntnis gekommen ist, daß es zu einer grundlegenden Änderung des Budgetrahmens kommt, dazu übergehen, ein langjähriges Konzept nach dem zu erwartenden Budgetrahmen unter der Annahme, daß dieser sich nicht wesentlich ändern wird, einzusetzen.

Wir müssen uns eben hier in Österreich mit der Tatsache abfinden, daß die Regierung zu einschneidenden Maßnahmen auf anderen Gebieten nicht bereit ist und daher für die Landesverteidigung nicht annähernd soviel Budgetanteil zur Verfügung stellen kann, wie dies in anderen Ländern der Fall ist.

Ich möchte jetzt nicht mit Details die Budgetdebatte verlängern. Ich möchte aber immer wieder auf die Gefahr hinweisen, daß wir uns zu sehr in Nebensächlichkeiten verlieren. Das war eines der interessantesten Dinge für mich, daß es das Verteidigungsministerium mitten in der größten Budgetzeit als dringend angesehen hat, ein Bundesgesetz zur Schaffung eines neuen Generalintendantendienstes — ich kann nicht sagen, was alles wichtig gewesen wäre —, den man im Jänner genauso hätte schaffen können, in diesem Fall sogar rückwirkend mit 1. Jänner, vorzulegen. Nein, das mußte noch erledigt werden. Wir haben also tatsächlich in diesen kritischen Tagen keine anderen Sorgen gehabt.

Ein zweites ist es, daß man immer wieder glaubt, es genügt, wenn man die Öffentlichkeit durch Druckschriften entsprechend beruhigt. Dann kommen Zeitungen, ich möchte mich jetzt gar nicht im einzelnen mit dem Inhalt auseinandersetzen. Wir haben im Budgetausschuß schon über diesen Mangel gesprochen. Nicht nur, daß es in einer ÖVP-Druckerei gedruckt wird, das ist ganz klar, das ist die stille Wahlfinanzierung, die das Verteidigungs-

10608

Nationalrat XI. GP. — 125. Sitzung — 16. Dezember 1968

Zeillinger

ministerium natürlich auf breitester Basis durchführt, sondern man hat nicht einmal im Verteidigungsministerium jemanden gefunden, der dafür verantwortlich zeichnet. Man mußte einen Angestellten der Druckerei nehmen, weil sich offensichtlich im Verteidigungsministerium niemand gefunden hat, für die Regierungspolitik verantwortlich zu zeichnen.

Ich habe den Herrn Justizminister schon vorhin eingeladen, er möge einmal anwesend sein. Ich hätte gerade auf diesem Gebiete sehr viele solcher Grenzfälle. Ich mache Sie darauf aufmerksam, Herr Verteidigungsminister, wenn das ein Privater macht, dann ist der Staatsanwalt da. Auch in unserer Partei sind solche Dinge passiert. Sofort war man hier, hat Untersuchungen angestellt, Vernehmungen durchgeführt, Strafverfahren eingeleitet. Ja, aber wer geht denn mit dem schlechten Beispiel voran? Das Verteidigungsministerium selbst.

Das alles sind kleine Vorfälle, die aneinander gereiht eben jenes unbefriedigende Gesamtbild ergeben, jenes Unbehagen, das wir allenthalben festzustellen haben.

Ich möchte hier sagen, es ist in der Bevölkerung eine Wehrbereitschaft, ein Verteidigungswille vorhanden. Aber wenn wir auf der einen Seite Beruhigungsreden halten und auf der anderen Seite alles tun, um diese Landesverteidigung zu verpolitizieren, dann dürfen wir uns nicht wundern, wenn wir eines Tages vor einem Volk stehen, das nicht mehr die gleiche Verteidigungsbereitschaft wie heute aufweist. Dann wird wahrscheinlich jener Minister, der heute im Blickfeld unserer Kritik ist, nicht mehr auf dem Ministerstuhl sitzen. Man wird nachher nur sagen können: Ja, schuld war er. So wie er heute sagt, die politische Kartei hat nicht er angelegt, die hat er vorgefunden. Er hat sie entfernen lassen. Ja, aber meine Herren, Sie haben das Ministerium seit der Aufstellung des Bundesheeres. Wir mußten vor Gericht feststellen: die Verpolitisierung ist so weit vorgedrungen, daß auf die Frage: Ist es richtig, daß es dort eine politische Kartei gegeben hat, wonach die Menschen nach ihrer politischen Gesinnung eingeteilt waren und eingestellt worden sind, der Minister sagt: Ich war es nicht, mein Vorgänger war das. Und der Vorgänger sagt: Ich war es auch nicht, ich habe sie nicht angelegt. Einer, meine Herren, wird sie angelegt haben. Ich glaube kaum, daß auch im Verteidigungsministerium ein Spion gesessen ist, der hier eine 5000-Mann-Kartei angelegt hat und der genau festgelegt hat: wer ist ein Roter, wer ist ein Blauer, wer ist ein verlässlicher ÖVP-Mann und wer ist ein ÖVP-Mitläufner. Solange Sie, meine Damen und Herren von der Regierungspartei, diese Gesinnung nicht grundsätzlich

ändern, solange Sie nicht erkennen, daß die Verteidigung Österreichs wichtiger ist als die Volkspartei, so lange werden wir dem Verteidigungsbudget die Zustimmung nicht geben können. (*Beifall bei der FPÖ*)

Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Fachleutner das Wort.

Abgeordneter Fachleutner (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir beraten heute das Kapitel Landesverteidigung, und mehrere Redner unterziehen es einer kritischen Beurteilung. Ich habe mich deshalb zum Worte gemeldet, weil die Grenzbevölkerung hart an der Grenze der Meinung ist, der Bundesregierung für den Einsatz des Bundesheeres danken zu müssen.

Sie alle wissen, meine sehr verehrten Damen und Herren, daß der 20. und 21. August dieses Jahres nicht nur für die Tschechen von entscheidender Bedeutung war, vielleicht auch nicht nur für Mitteleuropa, sondern für ganz Europa, vor allem aber auch für uns in Österreich. Wie hat sich die Entwicklung damals vollzogen? Auf Grund von Pressemeldungen konnten wir erfahren, daß in der Nacht vom 20. auf den 21. August große massierte Panzerdivisionen, Infanterie und Luftlandetruppen in der Tschechoslowakei einmarschiert sind. Die Grenzbevölkerung vernahm das Dröhnen der Flugzeugmotoren, das Rattern der Panzer. Ich glaube, es ist menschlich verständlich, daß auf Grund dieser Ereignisse, auf Grund dieser Entwicklungen die Grenzbevölkerung letzten Endes ziemlich beunruhigt war. Bestätigung dafür war doch, daß anschließend zum Beispiel die Volksrepublik Rumänien, die Volksrepublik Jugoslawien Teilmobilmachungen durchgeführt haben.

Für die österreichische Bundesregierung ergaben sich aber drei Momente: Erstens: die Bevölkerung nicht zu beunruhigen. Zweitens: auf Grund der Neutralität aktiv in Erscheinung zu treten. Und drittens: die Okkupationstruppen, die Russen, die Warschauer-Pakt-Truppen nicht zu provozieren.

Ich möchte mich mit dem ersten Moment befassen. Es war sicherlich für die Bevölkerung beruhigend, als der Bundeskanzler anlässlich der Vorsprache des russischen Botschafters beim Außenminister am 21. August eine Erklärung abgab, in der er mitteilte, daß die Okkupation nur auf die ČSSR Bezug habe. Ich glaube auch... (*Zwischenruf des Abg. Pay*). Sicherlich, Herr Kollege, war die Erklärung des Bundeskanzlers beruhigend, die die Bundesregierung der österreichischen Bevölkerung mitzuteilen hatte.

Nationalrat XI. GP. — 125. Sitzung — 16. Dezember 1968

10609

Fachleutner

Die zweite Frage: militärisch in Aktion treten. Ich persönlich, Hohes Haus, konnte es selbst erleben: Als am 21. August um 23 Uhr Feldjägereinheiten in meine Bezirksstadt Hollabrunn einrückten, dachte niemand daran, jetzt vielleicht die Frage aufzurollen, ob ein Anforderungsgesetz wirksam werden müßte, sondern die kommunalen Vertreter, die Bürgermeister, die Bezirkshauptmannschaften, die Gendarmerie traten sofort in Erscheinung und haben den einrückenden Truppen auch Unterkünfte gewährt. Es war auch keine Frage, Hohes Haus, wer sie plötzlich versorgen sollte. Die Gewerbetreibenden dieser Gebiete haben sich selbstverständlich sofort zur Verfügung gestellt, um die Versorgung der Einsatztruppen zu gewährleisten. Es war ein erhebendes Bild, als der Verteidigungsminister täglich von früh bis abends diese Einsatztruppen besuchte. Das hat letzten Endes auch eine Beruhigung gebracht, daß sich der Minister bei den Präsenzdienern, bei den Gefreiten und den Unteroffizieren informierte. Er hat den Beweis erbracht, daß es nicht nur eine privilegierte Schicht ist, die er auch verteidigt, sondern daß er auch ein Minister des kleinen Mannes im Bundesheer ist. (Beifall bei der ÖVP.)

Meine sehr Verehrten! In der weiteren Folge und in den nachfolgenden Tagen konnten wir feststellen, daß die Übungen, die feldmäßig durchgeführt wurden, von der Bevölkerung positiv aufgenommen wurden. (Zwischenrufe bei der SPÖ.) Es hat sich eine Schicksalsgemeinschaft gebildet zwischen Grenzbevölkerung und Einsatztruppen. Dadurch wurde die Kampfmoral sicherlich gehoben.

Meine sehr Verehrten! Die dritte Frage: Ich habe gesagt, man dürfe die Okkupationstruppen nicht provozieren. Ja, ich frage dieses Haus: Wenn man die Pressemeldungen verfolgte, als Grenzverletzungen entlang der Grenze eintraten ... — (Zwischenruf des Abg. Skritek.) Ich konnte es selbst erleben, und der Herr Kollege Pfeifer wird es ja wissen: Als ein Hubschrauber im Raume von Retzbach niedergegangen war (Zwischenruf des Abg. Dipl.-Ing. Dr. O. Weihs), da gab es Meinungen in Österreich — das ist nicht zum Lachen, Herr Kollege Weihs, auch in Ihrer Partei wurden diese Meinungen vertreten —, man müsse aktiv in Erscheinung treten.

Ich sage Ihnen, meine sehr verehrten Damen und Herren: Jeder unüberlegte Schuß hätte vielleicht zu einer Konfrontation führen können, deren Auswirkungen wir überhaupt nicht abschätzen könnten. (Zwischenruf des Abg. Dipl.-Ing. Dr. O. Weihs.) In der gesamten freien Welt werden solche Grenzverletzungen in der ersten Phase auf diplomatischem Wege erledigt. Es hat ja auch der Außenminister

Dr. Waldheim sofort anlässlich dieser Grenzverletzungen vorgesprochen, und der russische Botschafter hat sich erstens entschuldigt und zweitens gesagt, daß er seine Regierung ersuchen wird, von neuerlichen Verletzungen Abstand zu nehmen.

Ich glaube daher, daß die drei Dinge, die von der Bundesregierung berücksichtigt wurden, letzten Endes von Staatsverantwortung getragen waren und von der Grenzbevölkerung mit Begeisterung aufgenommen wurden. (Beifall bei der ÖVP. — Abg. Zeillinger: Zwei Tage später waren dann die Einflüge!) Herr Kollege Zeillinger! Das konnten wir nicht verhindern. Aber ich wiederhole noch einmal, ich frage Sie: Hätten Sie die Meinung vertreten, sofort scharf zu schießen? (Ruf bei der SPÖ: Mit was?) Mit was? Aber, Herr Kollege, hätten Sie diese Meinung vertreten, oder war der diplomatische Weg der richtigere? Wollen Sie uns ... (Abg. Zeillinger: Die Wahrheit der Bevölkerung sagen! Österreich war bedroht!) Schauen Sie ... (Zwischenrufe bei der SPÖ.) Ich habe nicht erklärt, daß nicht eine gewisse Beunruhigung vorhanden war. Es hat ja auch deswegen die Bundesregierung entscheidende Erklärungen abgegeben. Wir sind militärisch in Erscheinung getreten auf Grund unseres Neutralitätsgesetzes vom Jahre 1955.

Ich darf weiters auf folgendes verweisen: Es ist ja sehr interessant, daß plötzlich von einer Herabsetzung der Präsenzdienstzeit nicht mehr so viel gesprochen wird. Sie können mir als Landwirt glauben, daß diese Frage auch in unseren Kreisen öfters zur Diskussion gestellt wurde.

Aber ich kann Ihnen sagen, Herr Kollege Mondl: Es wäre der größte Fehler gewesen, in einer so ernsten Situation die Präsenzdienstzeit zu vermindern; selbst wenn man der Meinung ist, die Präsenzdienner sind nicht ausgelastet. Die Präsenz allein repräsentiert eine gewisse Stärke für unser Vaterland. Ich glaube, das haben wir auch damit bewiesen! (Zwischenruf des Abg. Pay. — Abg. Eberhard: Auch ohne Waffen? — Neuerlicher Zwischenruf des Abg. Pay.)

Herr Kollege! Die Verlängerung hatte ihren Zweck. Sie wissen es doch ganz genau. Ich halte auch diese Verlängerung für vollkommen richtig, weil es ja weit schwieriger gewesen wäre, andere Präsenzdienner einzuberufen, weil das für manche Familie mehr menschliches Leid mit sich gebracht hätte, weil die Masse der Präsenzdienner ja bereits verheiratet ist. Daher war es richtig, jene Präsenzdienner einer vierwöchigen Verlängerung zu unterziehen, um hier einen Übergang zu bekommen, bis neue Präsenzdienner wieder einrücken.

10610

Nationalrat XI. GP. — 125. Sitzung — 16. Dezember 1968

Fachleutner

Nun ergibt sich auch für Österreich, Hohes Haus, eine Konsequenz. Es wurde darüber ja schon in diesem Haus gesprochen: Man spricht von einer umfassenden Landesverteidigung. Hohes Haus und meine Abgeordneten gerade der Sozialistischen Partei! (Abg. Mondl: Seit dem Jahre 1961!) Mich hat die letzte Pressekonferenz Ihres Parteiobmannes Dr. Kreisky erschüttert. Ich hätte mir von Kreisky nie erwartet, daß er die Meinung vertreibt: Mit uns kann man erst dann über eine umfassende Landesverteidigung reden, wenn man den Minister Prader abzieht! (Abg. Eberhard: Ganz richtig! — Abg. Hartl: Das würde euch so passen! — Zustimmung bei der SPÖ.)

Hohes Haus! Was würden Sie sagen, wenn wir die Forderung an Sie stellen würden: Wir sprechen mit der Sozialistischen Partei nur dann, wenn Kreisky zurücktritt? Was würden Sie sagen? Was würden Sie dazu sagen? (Beifall bei der ÖVP. — Abg. Hartl: Jawohl! — Weitere Zwischenrufe.)

Nehmen Sie zur Kenntnis: Eine Abberufung oder eine Bestellung müssen Sie schon der Österreichischen Volkspartei, der Bundesparteileitung überlassen. Ich bin kein Hellseher, aber ich kann Ihnen mitteilen: Prader wird bis zum Ende der Legislaturperiode Verteidigungsminister bleiben! (Zwischenruf des Abg. Mondl.) Wir sind begeistert von ihm. Daß Sie nicht begeistert sind, ergibt sich aus folgenden Überlegungen. (Abg. Mondl: Bei euch kann man noch viele andere Dinge drehen!)

Sie glaubten immer, das Privileg für sich in Anspruch nehmen zu können, die kleinen Leute könnten nur durch Ihre Partei vertreten werden. Das hat sich geändert! Den kleinen Mann vertreibt Prader im österreichischen Bundesheer, daher ist er einer der besten Verteidigungsminister, die wir jemals gehabt haben! (Beifall bei der ÖVP. — Anhaltende Zwischenrufe bei der SPÖ. — Abg. Hartl: Jetzt nur keinen Herzinfarkt herbeiführen! — Zwischenruf des Abg. Mondl.)

Herr Kollege Mondl! Provozieren Sie mich nicht, sonst müßte ich auch noch auf Sie eingehen. Ich wollte das aus gewissen Überlegungen nicht tun. (Abg. Dipl.-Ing. Dr. O. Weihns: Er fürchtet sich nicht vor Ihnen! — Neuerlicher Zwischenruf des Abg. Mondl.) Nein, Herr Kollege, tun Sie das nicht, weil ich sonst dazu etwas sagen müßte. (Weitere Zwischenrufe bei der SPÖ.)

Herr Kollege Mondl! Daß Sie mich provozieren, daß Sie dauernd gegen Prader vorgehen, ist für mich erschütternd! Sie waren doch selbst im Jahre 1945 ÖAAB-Mitglied mit der Mitgliedsnummer 20.535. (Zustimmung und

Heiterkeit bei der ÖVP.) Sie selbst haben einige Male in diesem Hohen Haus erklärt (Zwischenrufe bei der SPÖ), daß die Personalpolitik ... (Abg. Dr. Pittermann: Bei uns ist ein Übertritt keine Schande, bei Ihnen vielleicht!) Ich habe nichts dagegen, nein, ich habe nichts dagegen, aber wenn Mondl erklärt: Die Personalpolitik, die Prader betreibt, die sei ja „hundsgemein“ ... (Abg. Gertrude Wondrack: Er kennt sie halt, Herr Kollege! — Abg. Doktor Pittermann: Er hat hineingeschaut!)

Herr Kollege! Mir liegt ein Protokoll vor, wo Sie selbst zu Protokoll gegeben haben, daß Sie es als Mitglied des ÖAAB bei der Bundesbahn nicht mehr aushalten, und Sie müßten der Sozialistischen Partei beitreten. Herr Kollege: Was sagen Sie denn dazu? (Zwischenrufe bei der SPÖ.) Wo ist da jetzt die Erpressung: beim Bundesheer oder beim Verkehrsministerium? Daher, glaube ich, Herr Kollege Mondl, sollte man nicht mit Steinen werfen, wenn man selbst im Glashaus gesessen ist. (Abg. Mondl: Herr Kollege Fachleutner! Ich mache Sie darauf aufmerksam, daß das eine glatte Lüge ist!) Wenn man selbst im Glashaus gesessen ist! (Zwischenrufe bei SPÖ und ÖVP.)

Ich bin daher der Meinung, Hohes Haus, daß wir uns doch zu einer umfassenden Landesverteidigung durchringen müßten. (Abg. Weihart: Es ist keine Schande, vom ÖAAB zur SPÖ zu gehen!) Ich bin auch der Meinung, daß auf Grund des erreichten Lebensstandards der gesamten österreichischen Bevölkerung ein kleines Opfer auferlegt werden könnte, um so einen Schutz durch unsere Präsenzdiener zu garantieren. Es ist doch nicht so, meine sehr Verehrten, zu glauben: Nur die große Welt sei dazu aussersehen, uns zu verteidigen. Selbst wenn es eine Optik ist, meine sehr Verehrten, müssen wir aus eigener Initiative auch zu einer umfassenden Landesverteidigung unser Ja geben. Nicht nur immer sagen: Wir sind bereit!, sondern wir müssen uns dazu durchringen. Und wenn wir dies tun, dann erfüllen wir eine staatsbürgerliche Pflicht gegenüber der gesamten österreichischen Bevölkerung! (Zwischenruf des Abg. Pay.) Und weil wir davon begeistert sind, sagen wir zu diesem Kapitel Landesverteidigung ja und geben begeistert unsere Zustimmung! (Bravo-Rufe und Beifall bei der ÖVP. — Abg. Probst: Tun Sie es doch! Es hält Sie niemand auf! Sie haben ja die Mehrheit! — Abg. Lanc: Und wenn wir keine Waffen haben, dann schießen wir mit Karteien! — Abg. Hartl: Das war echt Lanc! — Abg. Gertrude Wondrack: Aber es stimmt!)

Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Haas das Wort.

Nationalrat XI. GP. — 125. Sitzung — 16. Dezember 1968

10611

Abgeordneter Haas (SPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich kann leider nicht in die Lobpreisung miteinstimmen (*Abg. Hartl: Das war ja kein Engel!*), die Kollege Fachleutner über die Maßnahmen der Bundesregierung anläßlich der ČSSR-Krise hier angesamt hat. Denn so, wie der Herr Kollege Fachleutner es sagte, war es ja nun wieder nicht. Ich denke nur daran, daß er gesagt hat, die Maßnahmen der Bundesregierung wurden von der Grenzbevölkerung mit Begeisterung aufgenommen oder begrüßt. Ich weiß nicht, wie er es genau gesagt hat. (*Zwischenruf bei der ÖVP.*)

Lassen Sie mich dazu nur eines sagen. Ich komme auch aus einem Grenzgebiet, das vielleicht noch unmittelbarer an der Grenze liegt als die Orte, von denen der Herr Kollege Fachleutner gesprochen hat. Ich werde Ihnen im Verlauf meiner Ausführungen sagen, was sich die Bevölkerung auf Grund der Maßnahmen der Bundesregierung alles gedacht hat. Man soll sich aus dem Umstand heraus, daß Gott sei Dank nichts passiert ist, keinen Lorbeerkrantz umhängen. (*Abg. Ofenböck: Sie wissen, was die Leute denken?*)

Bezeichnend für die schwache Argumentation Ihres Verteidigungsbudgets ist weiters, daß der Herr Kollege Fachleutner nichts anderes auf unsere Argumente zu erwidern hat als einen persönlichen Angriff gegen meinen Freund Mondl. (*Abg. Fachleutner: Ich habe keinen Angriff gemacht!*) Das ist, lieber Kollege Fachleutner, sehr bedauerlich, und Kollege Mondl wird Ihnen in seiner Rede noch die Antwort darauf geben. (*Abg. Ing. Kunst: Solche Diffamierungen waren immer die Größe der ÖVP! — Widerspruch bei der ÖVP.*)

Meine Damen und Herren! Nun zu meinem eigentlichen Thema. Die Ereignisse um den 21. August in unserem nördlichen Nachbarland haben in Österreich in stärkerem Ausmaße als sonst die Diskussion darüber angeheizt, ob unser Land mit seiner Verteidigungspolitik all die Jahre hindurch den richtigen Weg gegangen ist.

Über alle die Fragen, die sich aus der gespannten Situation dieser Tage für uns ergeben haben, die schonungslos uns allen sehr deutlich die Schwächen unserer Verteidigungspolitik aufgezeigt haben, werden einige meiner Parteidreunde im Verlauf der Debatte noch sehr ausführlich sprechen. Eines aber darf auch ich dazu kurz bemerken:

Wenn der Herr Bundesminister für Landesverteidigung auch jetzt noch immer der Meinung ist, daß es auf Grund der Vorfälle in unserem Nachbarland keiner grundsätzlichen Neuordnung unserer Verteidigungs-

politik bedarf, dann müssen wir Sozialisten feststellen: Da irrt der Herr Verteidigungsminister Dr. Prader ganz gewaltig!

In den Tagen der Okkupation der ČSSR durch die Truppen des Warschauer Paktes hat die Bevölkerung im nördlichen Nieder- und Oberösterreich mit großer Aufmerksamkeit alle Maßnahmen verfolgt, die das Bundesheer zum Schutze unserer Grenzen unternommen hat. Das war durchaus verständlich und begreiflich, denn wenn fremde Kriegsflugzeuge im Tiefflug über die Orte im Grenzgebiet hinwegbrausen und der Lärm der Panzermotoren weithin zu hören ist, macht man sich begreiflicherweise Sorge! Nicht zu Unrecht hat sich die Bevölkerung in den Grenzgebieten in diesen Tagen gefragt, warum man weit und breit keinen einzigen Soldaten des Bundesheeres sieht, warum bestehende Befestigungsanlagen nicht besetzt und die Angehörigen des Grenzschutzes nicht alarmiert wurden!

Es war deshalb kein Wunder, wenn einem überall, wo man in diesen Tagen hinkam, die Frage gestellt wurde: Ist im Ernstfall an die kampflose Aufgabe der nördlichen Grenzgebiete gedacht? Ist das vorgesehen und eingeplant? Hat man nur ein paar Alibi-Verteidigungsanlagen in den letzten Jahren gebaut, um der Bevölkerung die Augen auszuwischen? — Fragen, auf die man der Bevölkerung leider keine Antwort geben konnte.

Für mich sind diese Ereignisse der Anlaß, daß ich mich heute etwas eingehender mit der Frage der Verteidigung der unmittelbaren Grenzgebiete und im besonderen mit der Frage des Baues von Befestigungsanlagen beschäftigen möchte. Mit dem Begriff „Befestigungen“ verbinden sich für sehr viele Menschen meist Vorstellungen von Mammutbauten wie „Westwall“ und „Maginotlinie“, also von Bauten, welche ungemein kostspielig sind, letzten Endes aber nie die in sie gesetzten Erwartungen erfüllten. Derartige Befestigungssysteme sind heute selbstverständlich überholt. Nicht überholt ist nach Meinung der Fachleute auf dem Gebiet der Landesverteidigung aber ein System kleiner und kleiner Befestigungsanlagen zu dem Zwecke, ein rasches Vordringen des Angreifers zu verhindern. Und wenn es nur gelingt, ein paar Stunden den Vormarsch des Feindes aufzuhalten, so kann das für die weitere Verteidigung von großer Bedeutung sein. Darüber hinaus sollen diese Befestigungsanlagen den Zweck haben, dem Grenzschutz eine wichtige Hilfe zu sein, eine hinterhaltende Verteidigung erfolgreich zu unterstützen wie auch für einen ausreichenden Objektschutz Vorsorge zu treffen. Gerade

10612

Nationalrat XI. GP. — 125. Sitzung — 16. Dezember 1968

Haas

für die österreichische Landesverteidigung, die mit geringen finanziellen Mitteln auskommen muß und daher nur begrenzte Möglichkeiten für eine abschreckende Bewaffnung und Ausrüstung vorfindet, müßte deshalb diesem Zweig der Landesverteidigung Vorrangstellung im Rahmen der Vorbereitung einer wirksamen Verteidigung zukommen. Es könnte so mit wenig Geld sehr viel getan werden. Der Bau von Befestigungsanlagen muß natürlich unter Berücksichtigung der Waffenwirkung des Angreifers, aber auch von der Taktik des Verteidigers her gesehen werden. Österreich hat es als Kleinstaat auf Grund seiner geographischen und strategischen Lage nicht leicht, ein solches Programm für den Ausbau von Befestigungsanlagen zu erstellen. Eine durchlaufende starke Grenzbefestigung ist wohl indiskutabel, es kann also nur ein System von Stützpunkten überall dort errichtet werden, wo sich auf Grund der geographischen Gegebenheiten sogenannte „weiche Flanken“ anbieten. Sie alle, meine Damen und Herren, wissen, daß wir deren leider mehrere haben.

Was wäre also zur Sicherung dieser bei einem Angriff am meisten gefährdeten Gebiete zu tun? In den Grenzräumen müßten befestigte Stützpunkte errichtet werden, in die man Maschinen- und Panzerabwehrwaffen einbaut. Diese Befestigungsbauten müssen im Ernstfall, im Krisenfall, von den Grenzschutztruppen besetzt werden. Dazu müßte eine sinnvolle militärische Planung eine gut ausgerüstete bewegliche Einheit zur Unterstützung vorsehen, die imstande ist, zeitlich wie auch räumlich begrenzt hinhaltend zu kämpfen. In der Tiefe müßten jedoch vorbereitete befestigte Zonen ausgebaut werden, um die zurückgehenden Truppen zu entlasten und den Angreifer weiter festlaufen zu lassen. Diese befestigten Zonen müßten von starker Bauart sein und unbedingt mit modernsten Waffen bestückt werden.

Die Wirksamkeit dieser Befestigungsbauten muß darüber hinaus durch natürliche oder künstliche Hindernisse gegen Angriffe gepanzter Fahrzeuge gesichert werden.

Es wäre, sehr geehrte Damen und Herren, sehr interessant, die Überlegungen in puncto Befestigungsanlagen als hervorragendes Mittel einer sinnvollen Verteidigungspolitik noch näher zu erörtern, würde aber doch ein wenig zu weit führen. Wichtiger erscheint mir, sich mit der Frage zu beschäftigen, was denn bis jetzt auf diesem Gebiet bei uns in Österreich überhaupt gemacht wurde. Nun, anfangs, als man 1955 daranging, das Bundesheer aufzustellen, waren die Mittel für diesen Sektor der Landesverteidigung nicht gering, und es wurde einiges geschaffen.

Aber von Jahr zu Jahr gab es dann dafür weniger Geld, was zuletzt den Anschein erweckte, als ob dem Bau von Befestigungsanlagen nicht mehr eine vorrangige Bedeutung zukomme. Heute müssen wir feststellen: Es gibt anscheinend überhaupt keinen Gesamtplan für die österreichische Landesbefestigung wie auch kein langfristiges Budget für Befestigungsbauten. Dieser echte Mangel ist ein deutlicher Beweis für eine verfehlte Landesverteidigungspolitik!

Die Schweiz hätte uns auf diesem Gebiet der Landesverteidigung schon lange Vorbild sein können. Dort hat man beim Bau von Befestigungen und Sperrern sehr viel getan und mit verhältnismäßig geringem Kostenaufwand wirksame Verteidigungseinrichtungen geschaffen.

Und bei uns? Gerade auf dem Gebiet der Sperrern als echte Unterstützung der militärischen Verteidigung geschah fast nichts. Ich habe mir erzählen lassen, daß es im ganzen Bundesland Niederösterreich bis heute noch keine einzige Sperrre, die im Ernstfalle dazu beitragen könnte, das Ein- und Vordringen fremder Kräfte zu hindern und zu verzögern, gibt. Dabei wäre der Aufwand für solche Dinge gering, weitaus nicht so kostspielig wie manche andere Dinge, die wir uns in der Landesverteidigung leisten, die aber sehr wenig dazu beitragen, die Abwehrkraft des Bundesheeres zu erhöhen. Eine einfache Überlegung aber müßte den für die Landesverteidigung Verantwortlichen doch eines deutlich machen: Eine militärische Auseinandersetzung in Mitteleuropa kann es sehr leicht mit sich bringen, daß Österreich wegen seiner strategischen Lage sowohl von dem einen als auch von dem anderen als Ausweich- oder Durchmarschland in Erwägung gezogen wird. In einem solchen Falle wird man sich kaum um den Neutralitätsstatus unseres Landes kümmern, sondern vielmehr nur ins Kalkül ziehen, inwieweit militärisch gesehen hier mit Widerstand und Verzögerung zu rechnen ist. Wenn jeder, der solche Absichten erwägt, weiß: So leicht ist das nicht, in Österreich einzudringen, so schnell kommt man da nicht vorwärts, wie es für den Fall einer Überraschungsaktion notwendig wäre!, dann wird man die Möglichkeiten des Ausweichens oder des Durchmarsches vielleicht gar nicht in Erwägung ziehen.

Logische Konsequenz dieser einfachen Überlegung, die namhafte Militärs durchaus ernst nehmen, wäre die Einbeziehung aller wichtigen Verbindungsstraßen zwischen Nord und Süd, zwischen Ost und West in den Befestigungsbau mit dem Ziel, Österreich als Durchzugs-

Nationalrat XI. GP. — 125. Sitzung — 16. Dezember 1968

10613

Haas

land im Falle kriegerischer Auseinandersetzung unbrauchbar zu machen.

Gerade die Ereignisse in unserem Nachbarland zwingen uns, die Landesverteidigungspolitik Österreichs neu zu überdenken und die notwendigen strategischen Schlüsse zu ziehen. In Konsequenz müßten hiebei die von mir kurz angedeuteten Überlegungen Berücksichtigung finden und der Anlaß sein, dem Bau von solchen Anlagen den Vorrang im weiteren Ausbau unserer Landesverteidigung einzuräumen. Mit verhältnismäßig geringem Geldaufwand wäre dadurch ein hoher Nützlichkeitseffekt einer militärischen Einrichtung erreicht.

Man sollte aber dabei, Herr Minister, auf eines nicht vergessen, nämlich auf den Umstand, daß man aus dem Bau, aus dem Vorhandensein solcher Anlagen kein Staatsgeheimnis zu machen braucht, nicht strengste Verschwiegenheitspflicht hier anordnen muß. Die ist nämlich meiner Meinung nach hier fehl am Platz. Die Bevölkerung soll ruhig darüber informiert sein, was man alles macht, um unser Land im Ernstfall verteidigen zu können. Sie würde dann vielleicht in einem stärkeren Maße als bisher Vertrauen setzen in die Landesverteidigung und in unser Bundesheer. Genauso aber sollen es auch die Außenstehenden wissen. Es würde ihnen klar vor Augen führen, daß es sich nicht lohnt, das neutrale Österreich zum Durchmarsch zu benutzen, weil das einen zu großen Zeitverlust mit sich bringt.

So gesehen, hätte die Landesverteidigung schon von vornherein eine sehr wichtige Aufgabe erfüllt, nämlich die: Österreich als strategisches Objekt fremder Mächte auszuschließen, was unser Land sicherlich dann davor bewahren würde, im Falle einer bewaffneten Auseinandersetzung fremder Staaten der unschuldige Dritte, aber das bedauernswerte Opfer zu sein. (*Beifall bei der SPÖ*)

Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner: Als nächster Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Steiner das Wort.

Abgeordneter Steiner (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Nach den heute schon vielbesprochenen Ereignissen im heurigen Sommer glaube ich, daß wir als österreichischer Nationalrat ernstliche Überlegungen in der Richtung anstellen sollen, ob diese Einsätze, die unser Bundesheer geleistet hat, richtig verlaufen sind, ob in Österreich wirklich ein echter Neutralitätsschutz gegeben ist und ob etwa unser Wehrsystem seine Probe bestanden hat; man könnte dazu sagen: ob etwa der finanzielle Aufwand, den wir als

Österreicher aufbringen, ausreichend sei. (*Abg. Lanc: Ist das Budgetkritik?*)

Ich glaube, daß wir, wenn wir von unserem Einsatzheer sprechen, wirklich sagen dürfen, daß dieser Einsatz in Ruhe und Ordnung durchgeführt wurde und daß dieses Einsatzheer seine Aufgabe in der Form richtig erfüllt hat, als es eine rasche Absicherung vornehmen mußte. Wir wissen ja, daß dieses Einsatzheer dazu bestimmt ist, eine eventuelle Mobilisierung zu sichern, das heißt, die Verbände überhaupt aktiv werden zu lassen. Ich darf sagen, daß die Vorkehrungen hinsichtlich der Verbesserung unseres Mob-Heeres besonders unterstützenswert erscheinen. Ich glaube auch, daß die territorialen Sicherungstruppen noch einer Verbesserung bedürfen und unsere Landwehr sehr rasch besser ausgebaut werden soll.

Wir müssen aber auch bemerken, daß es sicher auch einige schwache Punkte gegeben hat. Mein Kollege Marwan-Schlosser hat schon darauf hingewiesen. Einer dieser schwachen Punkte war zweifellos durch die vier Einrückungstermine hervorgerufen, sodaß die Präsenzdiener durch einen Ministerratsbeschuß einen Monat Verlängerung auf sich nehmen mußten.

Ich darf in diesem Zusammenhang den Präsenzdienern und insbesondere auch den Eltern, die ohne großes Murren diese Verlängerung auf sich genommen und diese Mehrleistung unserer Präsenzdiener durchaus anerkannt haben, meinen herzlichsten Dank abstellen. (*Beifall bei der ÖVP*)

Ich darf auch sagen, daß sich die Diskussion über die Verkürzung der Wehrdienstzeit in Österreich in der jüngsten Zeit völlig verloren hat und verstummt ist. Ich bin fest überzeugt, daß achteinhalb Monate die geringstmögliche Zeit für eine Ausbildung sind und daß diese Ausbildung bei modernen Waffensystemen unbedingt diesen Zeitaufwand erfordert. Jede andere Berufsausbildung dauert ja wesentlich länger, meine Damen und Herren, und wir glauben, daß ein Soldat doch hier eine ordentliche, seine Sicherheit und die Sicherheit des Landes garantierende Ausbildung haben muß. Auf alle Fälle aber wissen wir, daß diese achteinhalb Monate Dienstzeit uns als Staat billiger kommen als eine etwa auf sechs Monate verkürzte Dienstzeit, weil dann hier eine größere Zahl von Waffenübungen durchgeführt werden muß und weil bekanntlich diese Waffenübungen sehr teuer sind und außerdem den Berufstätigen ständig aus seinem Beruf herausnehmen.

Die Diskussion über die Wehrdienstzeit als solche erhitzte sich immer auf Grund

10614

Nationalrat XI. GP. — 125. Sitzung — 16. Dezember 1968

Steiner

vieler Aussagen unserer Präsenzdiener, daß es einen großen Leerlauf beim Bundesheer gebe. Einige kurze Bemerkungen zum Leerlauf möchte ich mir heute gestatten.

Ich glaube, daß es nicht förderlich ist, wenn unsere Präsenzdiener etwa mit dem Eindruck nach Hause kommen, sie hätten beim Bundesheer gewissermaßen das Tachinieren gelernt, sie hätten sich beim Bundesheer nicht wohl gefühlt und hätten eigentlich die Zeit, die sie dort aufgewendet haben, als versäumte Zeit betrachtet.

Es wird auch vielfach falsch angenommen, daß die gesamte Zeit der achteinhalb Monate des Präsenzdienstes etwa als Ausbildungszeit angesehen werden kann. Wir wissen, daß drei Monate soldatische Grundausbildung jeden Präsenzdiener trifft. Diese drei Monate sollten den einzelnen Soldaten in die Lage versetzen, daß er die militärische Grundausbildung absolviert hat. Die weiteren drei Monate sind eigentlich einer gewissen Spezialausbildung, weil ja auch eine Umgliederung in einen anderen Verband erfolgt, vorbehalten, und die restlichen zweieinhalb Monate sind im Bereitschaftsdienst des Bundesheeres zu sehen.

Ich glaube, daß dieser Bereitschaftsdienst etwa einer Berufsfeuerwehr vergleichbar ist. Eine Berufsfeuerwehr wird auch nicht deswegen kritisiert, weil sie zwischen den Einsätzen praktisch nur in Bereitschaft steht; und so soll auch der Bereitschaftsdienst unseres Bundesheeres betrachtet werden. Die Soldaten sollten eben für den Einsatzfall bereit sein. Ich bin gar nicht der Meinung, daß man ein Bereitschaftsheer in dem Sinne gesehen etwa ständig in Bewegung halten soll.

Darüber hinaus darf ich sagen, daß es auch einen unvermeidbaren Leerlauf gibt, eine gewisse Unproduktivität, die eben durch den Präsenzdienst und durch die Leistung als Soldat bedingt ist. Ich glaube, daß zum Beispiel ein Wachdienst für ein Heer unumgänglich ist und daß natürlich bei einem Wachdienst keine große Leistung als die des Aufpassens geschieht.

Auch der Arbeitseinsatz, der unseren Präsenzdienern abverlangt wird, darf nicht übersehen werden, weil wir unsererseits nicht in der Lage sind, etwa zivile Kräfte dafür einzusetzen. Weiters die Instandhaltung der Geräte und Maschinen oder der Verwaltungsdienst oder die Sauberhaltung und Reinigung der Unterkünfte und der Bekleidung.

Es wäre freilich leichter, unsere Präsenzdiener mehr mit soldatischen Dingen zu befassen, hätten wir etwa so wie die Schweiz 27.000 Zivilbedienstete zur Verfügung. Aber

man müßte auch den Geldaufwand, der dort stattfindet, in Betracht ziehen.

Wenn man bedenkt, daß heute moderne Heere für einen kämpfenden Soldaten vier Versorgungssoldaten haben und daß zum Beispiel bei der Luftwaffe sich dieses Verhältnis noch wesentlich auseinanderzieht, und zwar auf 1 : 9, so muß auch denjenigen Präsenzdienern klar sein, die etwa diesen Versorgungs- und Verwaltungseinheiten zugewiesen sind, daß sie natürlich nicht alle Tage schießen, funken und fahren können. Darüber hinaus ist das Schießen in einem dicht besiedelten Gebiet nicht so einfach, sodaß auf weite Entfernung Schießplätze aufgesucht werden müssen. Es ist dann verständlich, daß vielleicht für den Präsenzdiener dieser Dienst als zuwenig soldatisch und als fad wirkt und daß der Präsenzdiener mit dem Eindruck, nicht ausgelastet worden zu sein, nach Hause geht.

Ich bin aber der Auffassung, daß man vielleicht durch mehr Unterricht versuchen sollte, dem Präsenzdiener in der Gesamtkonzeption seine Wichtigkeit darzustellen.

In diesem Zusammenhang möchte ich an unsere Herren Truppenführer wirklich den Appell richten, alles zu unternehmen und Phantasie zu entwickeln — ich weiß, daß Phantasie notwendig ist, weil oftmals die geldlichen Mittel nicht vorhanden sind —, den Präsenzdienern wirklich nur den unbedingt notwendigen Leerlauf aufzubürden beziehungsweise den Präsenzdienern zu vermitteln, daß ihr Dienst für die Truppe ein Dienst an Österreich ist.

Ich darf mir auch ein weiteres ernstes Wort an unsere Väter in Österreich erlauben. Ich glaube, wir neigen alle dazu, die wir selbst Kriegsteilnehmer waren, unser Bundesheer etwas zu bagatellisieren. Ich glaube, wir unterscheiden zuwenig zwischen dem seinerzeitigen Kriegsheer, diesem Angriffs- und Eroberungsheer, und einem heutigen Friedensheer. Schon in der Form ergibt sich der Unterschied, daß natürlich seinerzeit auf kurzem Wege nach der Ausbildung ein Fronteinsatz erfolgen mußte und daß heute dieser Umstand nicht gegeben ist, sondern daß heute diesbezüglich ein Garnisonsdienst erfolgt. Ich bin der Meinung, daß wir als Väter unseren Söhnen mehr Mut zusprechen sollten und ihnen die alten Soldatentugenden, die ja die Österreicher auf Generationen zurück nachweisen können, vor Augen führen sollen. Ich glaube auch, daß wir ihnen mehr Ernst und Opfergeist und auch einen gewissen Patriotismus beibringen sollten.

Ich bin überzeugt, daß unsere Söhne genauso leistungsfähig sind, wie wir es waren oder wie es uns abverlangt wurde. Ich glaube,

Nationalrat XI. GP. — 125. Sitzung — 16. Dezember 1968

10615

Steiner

wir haben als Österreicher wirklich etwas zu verteidigen, sei es unsere Freiheit, unsere Kultur oder auch unseren bescheidenen Wohlstand. Deswegen darf ich an das Hohe Haus und damit an alle Österreicher auch den Appell richten, gemeinsam die Landesverteidigung besser zu würdigen. Es würde dies auch die Bereitschaft für die Landesverteidigung wesentlich heben.

Ich bin der Meinung, daß uns als politische Entscheidungskräfte auch hier eine Pflicht trifft, nämlich die Pflicht unseren Müttern und Vätern gegenüber, den Söhnen eine echte Ausbildung angedeihen zu lassen, daß sie selbst daran glauben, einen wirklichen Vaterlandsdienst versehen zu können. Auch wir sollten daran glauben und vor allen Dingen unser Bundesheer mit unseren finanziellen Leistungen in die Lage versetzen, auch im Ausland wirklich anerkannt zu werden, daß unser Bundesheer eine echte Verteidigungskraft besitzt. Die Generationen vor uns haben es bewiesen, daß die Verteidigung unserer Heimat durchaus möglich ist. (*Beifall bei der ÖVP*.)

Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Peter das Wort. (*Abg. Peter begibt sich mit dem Kürassierhelm in der Hand ans Rednerpult*. — *Abg. Ing. Kunst: Aufsetzen!* — *Abg. Peter: Ich kenne jemanden, dem würde er besser passen als mir!* — *Abg. Dr. Gruber: Ein blau-rotes Federl hat er drauf!* — *Abg. Peter: Stört Sie das, Herr Abgeordneter Gruber?* — *Ruf bei der SPÖ: Dazu gehört eine schwarze Feder!* — *Abg. Peter: Anscheinend sind die schwarzen Federn im Augenblick sehr rar, meine Herren der Österreichischen Volkspartei!* — *Allgemeine Heiterkeit.*)

Abgeordneter Peter (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Vor einem Jahr hegte ich von diesem Platze aus Zweifel an der Kampfkraft und Einsatzfähigkeit des österreichischen Bundesheeres im Ernstfall. Das trug mir eine Zensur des ÖVP-Wehrexperten, des Herrn Abgeordneten Marwan-Schlosser, mit dem Hinweis ein, ich würde von ihm einen Kürassierhelm bekommen. Dieses Versprechen hat der Herr Abgeordnete Marwan-Schlosser heute eingelöst: der Kürassierhelm wurde mir vorhin übergeben. Sollte allerdings dieser Kürassierhelm (*die Helmattrappe zusammendrückend*) die Qualität und Güte des österreichischen Bundesheeres für den Ernstfall charakterisieren, dann bedaure ich die Verfassung des österreichischen Bundesheeres zutiefst! (*Heiterkeit bei FPÖ und SPÖ*.) Ich hoffe, dieser mir vom ÖVP-Wehrexperten heute überreichte Kürassierhelm aus Plastik charakterisiert nicht den Kampfwert des österreichischen Bundesheeres. (*Abg. Marwan-*

Schlosser: Sie haben ja keine Waffenübungen gemacht! — *Abg. Wodica: Das war ein Rohrkrepierer, Marwan!*) Das mit der Waffenübung hat so seine Bewandtnis! Ich bin sofort bereit einzurücken, wenn die Rehabilitierung der Soldaten des zweiten Weltkrieges, die nach wie vor ausständig ist, erfolgt. (*Beifall bei der FPÖ*.) Ehe diese Rehabilitierung der Soldaten des zweiten Weltkrieges durch die zuständigen Instanzen der Bundesregierung nicht vollzogen wird, habe ich nicht das Bedürfnis, eine Waffenübung im österreichischen Bundesheer zu leisten.

Herr Minister! Mich befremdet heute ein Umstand außerordentlich: Hier im Hause weilten bei jeder Haushaltsgruppe täglich Soldaten des österreichischen Bundesheeres, um einen Anschauungsunterricht in staatsbürgerlicher Erziehung zu erhalten. (*Abg. Wodica: Heute haben sie Ausgangssperre!*) Als sich vormittags die Vertreter der drei im Parlament vertretenen Fraktionen der Diskussion mit den Soldaten des Bundesheeres stellen wollten, wie das drei Wochen hindurch Tag für Tag üblich war, stellte sich heraus, daß diese heute nicht im Hause weilten. Merkwürdigerweise behandelt und verhandelt der Nationalrat gerade jetzt die Haushaltsgruppe Landesverteidigung.

Herr Bundesminister! Ich will nicht polemisieren. Das Bundesheer scheint mir kein tauglicher Gegenstand für eine parteipolitische Polemik zu sein. Ich bitte jedoch um Aufschluß, warum heute bei der Haushaltsgruppe Landesverteidigung die Soldaten des österreichischen Bundesheeres nicht im Hause weilten. (*Abg. Weikhart: Sie könnten zuviel erfahren!* — *Ruf bei der ÖVP: Heute war noch Justiz!* — *Abg. Wodica: Ausgangssperre!* — *Abg. Eberhard: Sie haben „Bereitschaftsdienst“!*) Sie waren auch beim Kapitel Justiz nicht anwesend. (*Ruf bei der ÖVP: Nachmittag waren sie hier!* — *Ruf bei der SPÖ: Zwei waren oben!*) Wie gesagt: Ich will das nicht im Sinne der Polemik behandelt wissen (*Abg. Glaser: Es war eine Menge da!*), sondern es geht mir einzig und allein um eine sachliche Antwort auf diese Frage. (*Abg. Dr. van Tongel: Ausgerechnet heute!*)

Ein im Wehrpolitischen Ausschuß der Österreichischen Volkspartei tätiger hoher Offizier, der Brigadier Habermann, hat in den letzten Wochen einige Fachartikel verfaßt, die unter den Leitgedanken „Das Bundesheer muß kämpfen können“ gestellt wurden. Diesen Grundsatz, der für den Ernstfall gilt, bejahren wir Freiheitlichen, werfen aber nach den Erfahrungen des 21. August 1968 die Frage auf: Hätte das Bundesheer im Ernstfall wirklich kämpfen können, hätte es seine

10616

Nationalrat XI. GP. — 125. Sitzung — 16. Dezember 1968

Peter

Aufgabe im Ernstfall so erfüllen können, wie wir das vom Standpunkt einer wirksamen Landesverteidigung hätten erwarten müssen?

Es geht nicht mehr um die Bilanz des 21. August 1968 in diesem Hohen Hause. Es geht vielmehr um die sich aus der Bilanz ergebenden Konsequenzen. Diese Konsequenzen sind bis zum heutigen Tag von der Regierungspartei nicht gezogen worden. Am 18. September dieses Jahres hat der Nationalrat in einer außerordentlichen Sitzung die Erfahrungswerte des 21. August 1968 diskutiert, bis zum heutigen Tage hat aber die Bundesregierung die Folgerungen nicht gezogen.

Nun zu einer Feststellung des Herrn Abgeordneten Marwan-Schlosser, die ich ohne Vorbehalt unterschreibe: Eine schwache Landesverteidigung bringt Österreich in höchste Gefahr! — Meines Erachtens waren die Erfahrungswerte des 21. August 1968 so, daß sie auf eine zu schwache Landesverteidigung hingewiesen haben. Die Tatsache, daß sich die ÖVP neuerdings mit einem Wehrkonzept befaßt, unterstreicht meine Befürchtungen. Herr Abgeordneter Marwan-Schlosser schränkte ein, daß der Wehrpolitische Ausschuß der Österreichischen Volkspartei bereits seit dem Mai dieses Jahres in Entstehung begriffen sei, aber die Konstituierung eben erst im Zusammenhang mit den Ereignissen des 21. August 1968 vorgenommen worden ist.

Die Landesverteidigung ist eine eminent wichtige nationale Frage. Weil man diese Tatsache bejahren muß, wird mir die Regierungspartei in der Forderung beipflichten müssen, daß die Landesverteidigung aus dem parteipolitischen Tagesstreit herausgenommen werden muß.

Ich widerspreche Herrn Marwan-Schlosser nicht, sondern unterstreiche, daß Informationen über das neue Wehrkonzept der Österreichischen Volkspartei an die Oppositionsfraktionen, zumindest an meine Fraktion, erfolgt sind. Damit wir uns nicht mißverstehen: Informationen, aber keine Verhandlungen. Und nun — kein Vorwurf, sondern wieder eine sachliche Feststellung —: Die Informationen, die ich vom Bundeskanzler und Parteiobmann der Österreichischen Volkspartei erhalten habe, sind weitaus dürf tiger als jene Hinweise, die bereits in den Tageszeitungen zu diesem Thema veröffentlicht wurden. (*Abg. Marwan-Schlosser: Viel kombiniert und nicht informiert!*)

Gerade der Zwischenruf des Herrn Abgeordneten Marwan-Schlosser: Viel kombiniert, viel dazugetan, was nicht den Tatsachen entspricht, zeigt, daß das große Gefahren in sich birgt, nämlich daß man infolge mangelnder Infor-

mationen zu einer Fehlbeurteilung der ÖVP-Auffassung verleitet wird, und gerade das möchte ich vermeiden.

Wörtlich sagte der Herr Abgeordnete Marwan-Schlosser, daß die Oppositionsfraktionen durch die Regierungspartei „in kleinen Zügen“ informiert worden sind. Das stimmt tatsächlich. (*Abg. Dr. van Tongel: In sehr kleinen Zügen!*) Wirklich, in einem ersten „kleinen Zug“ ist die freiheitliche Fraktion informiert worden.

Ich möchte auch hier nicht polemisieren, sondern folgendes unterstreichen: Seit dem 21. August dieses Jahres sind bereits viele Wochen verstrichen, trotzdem kommen und kommen wir aus dem Diskussionsstadium in dieser so eminent wichtigen Frage nicht heraus.

Ich halte auch fest, daß manche Formulierung des Herrn Abgeordneten Marwan-Schlosser in der Hitze des Gefechtes erfolgt ist. Das muß man einem Redner von diesem Platze aus einräumen. Ich möchte mich aber mit einer Formulierung doch auseinandersetzen, weil mir das Vergleichsbeispiel außerordentlich schlecht gewählt zu sein scheint. Verschiedene Experten meinen, Österreich müßte wie ein „Schlachtschiff“ kämpfen. Das sagte Herr Marwan. Gerade dieser Vergleich mit dem Schlachtschiff paßt für die strategische Lage Österreichs überhaupt nicht. (*Abg. Marwan-Schlosser: Nicht Österreich müßte, sondern manche Verbände, habe ich gesagt, können als Schlachtschiff kämpfen, das ist etwas ganz anderes! Ich habe nicht ganz Österreich und nicht das ganze Bundesheer gemeint!* — Zwischenruf: *Das ist im Marwan-Pl n alles drin!*) Eben das mit dem Schlachtschiff möchte ich wiederum aus der Diskussion entfernen. (*Abg. Marwan-Schlosser: Die alte starre Linienführung war gemeint!*) Die alte starre Linienführung ist seit Jahrzehnten in der Verteidigung tot. Wie beweglich die Verteidigung geworden ist, haben wir doch in den letzten Jahren des zweiten Weltkrieges erlebt.

Ich warne auch vor einer weiteren Verwendung des Ausdrückes „Hornissenkampf“. Dieser Hornissenkampf ist etwas außerordentlich Unangenehmes. Auch die Konsequenzen für die Hornissen, wenn sie stechen, sind äußerst unangenehm. Sie gehen meistens daran zu grunde. Ich möchte das Bundesheer im Ernstfall nicht so eingesetzt wissen, daß es ein Hornisseneinsatz wird und wir mehr Verluste haben, als unbedingt notwendig ist. Daher wird von der Beweglichkeit des Bundesheeres im Ernstfall außerordentlich viel abhängen. Mir scheint das Problem der Wendigkeit in der Gliederung, im Aufbau, in der Ausrüstung unserer Truppe weitaus zuwenig berücksichtigt zu sein. (*Abg.*

Nationalrat XI. GP. — 125. Sitzung — 16. Dezember 1968

10617

Peter

Marwan-Schlosser: Genau davon habe ich gesprochen, von den geländegängigen Panzerwagen!)

Herr Abgeordneter Marwan-Schlosser! Ich möchte ein Mißverständnis beseitigen. Ich habe kein besonderes Vertrauen zu einer verhältnismäßig schwerfälligen Panzertruppe. Mir geht es nach unserer strategischen Situation viel mehr um den Ausbau der panzerbrechenden Waffen und darum, daß wir weitaus beweglichere Verbände bekommen, als sie uns heute zur Verfügung stehen. Sollte es zu einer ernsthaften Auseinandersetzung kommen, werden verschiedene österreichische Panzertruppen nicht mehr ausrücken können. (Abg. Marwan-

Schlosser: Ich habe auch von den panzerbrechenden Waffen gesprochen!) Ja, aber auch die derzeitigen gepanzerten Verbände sind in der heutigen Gliederung umstritten, eine Realität, über die man reden muß. Ob diese Realität in der bestehenden Form noch zu Recht besteht oder ob eine Veränderung der Grundstruktur vorgenommen werden muß, ist zu prüfen.

Kein Einwand gegen die Tiefenwirkung. Je funderter, je ausgebauter, je gestaffelter diese Tiefenwirkung ist, umso wirksamer wird unsere Landesverteidigung sein. Wir sollen gerade jene Kleinkampfverbände, die im Alpenbereich unseres Vaterlandes wirksamen, hinhaltenden Widerstand leisten können, in der Ausrüstung nicht so stiefmütterlich behandeln, wie es bisher geschehen ist. Es gibt Jäger-einheiten, bei denen heute noch keine Zielfernrohre vorhanden sind, obwohl man mit verhältnismäßig billigen Kleinkampfausstattungen, mit 6 cm-Werfern und einfachen Infanteriewaffen auf Grund des Geländes einen sehr wirksamen Widerstand leisten kann. Es geht mir aber nicht um die Kritik, sondern um die Nutzanwendung aus den jüngst gewonnenen Erfahrungswerten.

Noch eine Formulierung des Abgeordneten Marwan-Schlosser möchte ich der Hitze des Gefechtes zuschreiben: Vorarlberg wird im Burgenland, und das Burgenland wird in Vorarlberg verteidigt. — Wenn Sie das symbolisch meinen, kann man diese Formulierung unterstreichen. Wenn Sie das aber militärisch meinen, dann birgt diese Formulierung ungeheuer viele Gefahren in sich. (Zwischenruf des Abg. Marwan-Schlosser.) Stellen wir das also in dieser Diskussion klar, um die Mißverständnisse nach Möglichkeit zu beseitigen und um eine möglichst verständliche Gesprächsgrundlage zu haben.

Ein Wort der Politik lautet: Vernunft und Freiheit sind unvereinbar mit Schwäche. — Diesen alten Grundsatz der Politik soll man nicht im Sinne hemdärmeliger Kraftmeierei verstehen, die einem Kleinstaat wie Österreich

nicht zusteht. Aber Vernunft und Freiheitswille müssen im Bundesheer gepaart zum Einsatz gelangen, soll jener Dienst, den die Jugend dieses Landes dem Bundesheer und damit dem Vaterland leistet, ein sinnvoller Dienst sein. (Präsident Wallner übernimmt den Vorsitz.)

Ein weiterer Grundsatz der Politik, der Jahrhunderte alt ist, gilt wie kaum ein anderer für unser Bundesheer: Es ist leichter, Neues zu sagen, als schon Gesagtes miteinander übereinzustimmen. — In diesem Miteinanderübereinstimmen liegen ja so viele Schwächen und Schwierigkeiten, die das österreichische Bundesheer bis zum heutigen Tag nicht zu bewältigen vermochte.

Ich möchte aber eines vom freiheitlichen Standpunkt aus unterstreichen: daß die Verstärkung der Verteidigungskraft und Verteidigungsfähigkeit des österreichischen Bundesheeres nicht so sehr und nicht primär eine Frage des Geldes ist. Die Verstärkung der Kampfkraft ist mit der inneren Ordnung des Bundesheeres verbunden. Hier können wir sehr viel tun, ohne über die bis jetzt präliminierten Mittel hinausgehen zu müssen, wollen wir mit den verfügbaren Geldern einen optimalen Effekt erreichen.

Ich darf von diesem Platze aus ein Wort an die hohe Generalität richten: Ich bitte dieses Wort nicht als Kritik aufzufassen, sondern als eine notwendige Feststellung, die ich eher bedauern muß. Wenn man mit hohen Offizieren des Bundesheeres spricht, stellt sich immer wieder heraus, mit wie vielen internen Dingen die Generalität des Bundesheeres unzufrieden ist. Im Vier-Augen-Gespräch wird eine offene und in der Regel sachlich begründete Kritik geübt: Wenn es aber darum geht, daß die Vertreter der hohen Generalität diese ihre eigene Auffassung mit allem Nachdruck zum Nutzen und im Interesse des Bundesheeres nach oben vertreten sollen, muß man feststellen, daß es an der entsprechenden Haltung mangelt.

Je höher Ihr Generalsrang ist, meine Herren, umso größer ist Ihre Verpflichtung, an kompetenter Stelle frei und offen Ihre Meinung zu sagen, sollen Sie den Ihnen unterstellten Soldaten das notwendige Vorbild geben. Das ist meines Erachtens auch einer der Erfahrungs-werte des 21. August 1968. Je älter der betreffende General ist, je näher er der Pensionierung steht, umso mehr hat er meines Erachtens die Verpflichtung, wie ein Mann, wie ein Soldat, wie ein Offizier diese seine Meinung gegenüber den höchsten Stellen zum Nutzen des Bundesheeres und einer wirksamen Landesverteidigung Österreichs zu vertreten. (Abg. Hartl: Hüten wir uns vor Griechenland!) Herr Hartl, ich spreche doch keiner Militärdiktatur das Wort, sondern ... (Rufe bei der SPÖ: Das ist doch etwas

10618

Nationalrat XI. GP. — 125. Sitzung — 16. Dezember 1968

Peter

anderes! — Abg. Zeillinger: Er hat sich als General angesprochen gefühlt!) Herr Hartl! Ich habe mich bemüht, dem ÖVP-Hauptsprecher nichts zu unterstellen und ihn nicht falsch zu interpretieren. Bitte, legen Sie die gleiche Loyalität mir gegenüber an den Tag.

Ich erwarte von einem General des österreichischen Bundesheeres lediglich, daß er vom Recht der freien Meinungsäußerung nicht nur nach unten, sondern auch nach oben mehr Gebrauch macht, als das in verschiedenen Einzelfällen bisher der Fall war. Die unterstellten Offiziere erwarten es von ihren Vorgesetzten, sie waren es ja, die mit den Ereignissen des 21. August 1968 konfrontiert und die mancher sehr ernsten, betrüblichen und bedauerlichen Situation gegenübergestellt waren. Ich glaube, hier ist nicht der richtige Platz, um darüber in Einzelheiten zu gehen. (*Abg. Machunze: Hätte das Herr Keitel getan, vielleicht wäre alles anders gelaufen!*) Herr Machunze! Wenn die Regierung keinen Ausweg weiß, dann sagt sie in der Regel, die Oppositionsfraktionen sollen konkrete Vorschläge unterbreiten. Und wenn die Bundesregierung gar keinen Ausweg mehr weiß, dann kommt sie auf den Keitel und auf das Dritte Reich. Das scheinen mir äußerst schlechte und unangebrachte Vergleiche zu sein.

Aber es nützt Ihnen die ganze Wehranleihe nichts, es nützen Ihnen zusätzliche Milliarden für das Bundesheer gar nichts, Herr Machunze, wenn der Träger der Waffe nicht bereit ist, im Ernstfall von dieser Waffe Gebrauch zu machen. Das ist in erster Linie ein geistiges Problem, ein Problem der persönlichen Haltung und nicht zuletzt auch ein Problem der Führung und Erziehung durch die Verantwortlichen des Bundesheeres.

Damit Mißverständnisse von vornherein vermieden werden: Alles, was hier vom Sprecher der freiheitlichen Fraktion gesagt wird, kann sich nur auf dem Boden und im Rahmen der österreichischen Bundesverfassung bewegen. Nichts anderes will ich und nichts anderes strebe ich an.

Ich komme nun zu jenem Satz, dessen Sinngehalt uns zum ersten Mal nach dem 21. August 1968 in Österreich anschaulich bewußt wurde und den mein Fraktionskollege Zeillinger in diesem Hohen Hause geprägt hat: Neutral sein heißt allein sein. — Gerade dieses Alleinsein stellt uns ja im Ernstfall vor besondere, überaus schwer zu lösende Aufgaben.

Daher sind wir Freiheitlichen der Meinung, daß die Neutralität weder ein Faulbett noch ein Thema für Sonntagsreden von Regierungspolitikern sein darf. Die Neutralität ist mehr als ein besonderes Anliegen der Bundesregierung. Sie ist Sache des gesamten Volkes, weil

von einer wirksamen Wahrung der Neutralität letzten Endes das Schicksal und Wohlergehen eines jeden Staatsbürgers abhängt.

Weil wir Freiheitlichen der Meinung sind, daß die Neutralität Sache des gesamten Volkes ist, darum erwarten wir, daß die Minister weniger in Reden nach außen hin darüber sprechen, sondern daß sie sich zuerst mit den freigewählten Abgeordneten auseinandersetzen, mit ihnen diskutieren, eine gemeinsame Linie erarbeiten, die klarer und präziser ist als je, die in den letzten sechs Wochen vom Herrn Außenminister einerseits und vom Herrn Landesverteidigungsminister andererseits vertreten wurde. Die Formulierung des Herrn Verteidigungsministers erachte ich als weitaus realistischer als die Dr. Waldheims, weil sie sich weitgehend auf die militärische Neutralität beschränkt, zu der wir Freiheitlichen uns ausschließlich bekennen.

Noch ein Wort zur Befehlsstruktur innerhalb des Bundesheeres. Der Herr Abgeordnete Marwan-Schlosser sagte, es war am 21. August alles klar und unmißverständlich geregelt. Dieser Auffassung stelle ich die Erfahrungswerte hoher Offiziere gegenüber. Ich bin überzeugt, die Herren, die mir das gesagt haben, werden auch bei ihrer Meinung bleiben, wenn sie nach oben zu vertreten ist. Diese Erfahrungswerte besagen, daß es im besonderen an der inneren Befehlsstruktur des Bundesheeres gemangelt hat und daß sich aus dieser mangelnden Befehlsstruktur des Bundesheeres heraus verschiedene Fehlentwicklungen ergeben haben.

Ich bin nicht der Meinung, daß im Ernstfall das Innenministerium Sitz der obersten Kommandobehörde sein soll. (*Zwischenruf bei der ÖVP.*) Mir hat der Herr Kanzler gesagt, daß alle Nachrichtenverbindungen in diesen Tagen beim Innenministerium zusammengegangen sind. (*Abg. Marwan-Schlosser: Von der Grenzbeobachtung!*) Ich gebe wieder, was mir Bundeskanzler Doktor Klaus gesagt hat. Interpretieren kann sich Dr. Klaus selbst, das kann man nicht dem Herrn Abgeordneten Marwan-Schlosser übertragen. Solange von Seite des Kanzlers keine andere Meinung vorliegt, darf ich ihn so wiedergeben.

Im Zusammenhang mit der Neutralität sei auch an einen uralten Erfahrungswert der Politik erinnert. Er lautet: Die Mächtigen verkaufen ihre Gunst zu teuer, als daß man sich ihnen gegenüber zu Dankbarkeit verpflichtet fühlen müßte. — Seien wir daher mit neutralitätspolitischen Fleiß- und Zusatzaufgaben den Mächtigen gegenüber nicht zu dankbar. Sie danken es uns dann nicht, wenn ihre militärisch-strategischen Konzepte

Nationalrat XI. GP. — 125. Sitzung — 16. Dezember 1968

10619

Peter

anderer Natur sind als unsere Vorstellungen. Die Neutralität wird jenen Gehalt haben, den wir ihr durch unsere gemeinsame Arbeit geben. Sie wird nach außen hin so glaubhaft sein, wie wir sie durch unsere eigene Arbeit glaubhaft machen.

Ich erinnere, nachdem auch der Herr Abgeordnete Marwan-Schlosser den Universitätsprofessor Karl Zemanek zitiert hat, an ein Wort, das dieser prägte: „Letzten Endes ist die Neutralität, besonders aber die immerwährende, so viel wert, wie der betroffene Staat selbst aus ihr macht.“ Dieser Satz ist so klar, so wahr und so richtig, daß ihm nichts hinzuzufügen ist.

Darüber hinaus formulierte Professor Zemanek: „Der Neutrale entscheidet allein über seine Neutralitätspolitik.“ Lassen wir uns nicht durch andere außerhalb der Grenzen unseres Landes interpretieren. Nehmen wir notwendige Formulierungen in gemeinsamer Arbeit selbst vor!

Die Neutralität ist in erster Linie ein Gestaltungsproblem. Wenn wir die Neutralität von der Gestaltung her nicht bewältigen, dann ist auch der Erfolg der Neutralitätspolitik in Frage gestellt. Daher ist meines Erachtens eine Diskussion im zuständigen Ausschuß nach den Erfahrungswerten des 21. August 1968 dringend notwendig. Wir müssen also, und das scheint mir eines der wesentlichsten Ziele zu sein, diese unsere Neutralität glaubhaft machen: Glaubhaftmachen der Neutralität heißt auch, den Verteidigungswillen dieser Republik glaubhafter gestalten, als er heute ist und, meine Damen und Herren, als er es am 21. August 1968 war. Über die Zweckmäßigkeit, über den Wert einer bestimmten Neutralitätspolitik und damit auch über die Neutralitätspolitik der österreichischen Bundesregierung vermögen nicht wir das Urteil zu fällen. Dieses Urteil spricht einzig und allein die Geschichte.

Ich muß noch an ein Wort eines Schweizer Staatsrechtslehrers, des Professors Kägi, erinnern, der sagte: „Die Neutralität in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts ist gerade soviel wert wie der Wille zur Verteidigung, der dahinter steht.“ Und um die Glaubhaftmachung — ich betone es noch einmal — dieses Verteidigungswillens geht es. Eine glaubhafte Neutralitätspolitik ist untrennbar mit einer wirksamen Landesverteidigungspolitik verbunden.

Ich bin der Meinung, daß sich die Bundesregierung und die Regierungspartei um die Glaubhaftmachung dieser Verteidigungspolitik energischer und intensiver bemühen müßten, als es in den letzten Monaten der Fall war.

Noch einmal komme ich auf die Warnung vor unnötigen zusätzlichen neutralitätspolitischen Fleißaufgaben zurück. Die Bundesregierung ist auf dem besten Weg, in aller nächster Zeit wieder eine solche zusätzliche neutralitätspolitische Fleißaufgabe zu erfüllen, die uns gar nichts einbringt, die höchstens wieder eine Vorleistung an die UdSSR darstellt, von der heute niemand sagen kann, ob sie eines Tages auch bedankt werden wird.

Wir Freiheitlichen wehren uns gegen die Absicht der Bundesregierung, den Atomsperervertrag so rasch wie möglich zu ratifizieren, diesen Vertrag zu einem Zeitpunkt zu ratifizieren, zu dem ihn die Atomkräfte überhaupt noch nicht ratifiziert haben. Die UdSSR und die USA waren die Initiatoren des Atomsperervertrages. Ihre Parlamente haben ihn noch nicht ratifiziert. Sie werden es auch in den nächsten Wochen und Monaten nicht tun. Trotzdem beeilt sich die Bundesregierung zu einer neuen Zusatz- und Fleißaufgabe, die nach Ansicht von uns Freiheitlichen unnötig ist, die Österreich gar nichts als die Tatsache einbringt, unserem Land noch mehr überflüssige Fesseln und Bindungen aufzuerlegen, als es bereits geschehen ist.

Ich zitiere eine Stimme aus dem neutralen Schweden, die auf drei Hauptmängel des Atomsperervertrages aus neutralitätspolitischer Sicht verweist: Es fehlt im Atomsperervertrag erstens eine konkrete Verpflichtung der Atomkräfte um intensive Abrüstungsbemühungen. Es fehlt zweitens ein eindeutiges Verbot von Drohung und politischer Erpressung gegenüber den Nicht-Atomkräften, und es fehlt drittens eine verbindliche und praktikable Klausel für Möglichkeiten der Anpassung an künftige politische, wirtschaftliche und technologische Entwicklungen.

Die Ratifizierung des Atomsperervertrages durch den Nationalrat, welche die Bundesregierung im Jänner oder Februar des Jahres 1969 beabsichtigt, wird den Weg Österreichs zur EWG neuerdings erschweren und wird in Richtung Brüssel neue Hürden aufrichten. Ist es Sinn und Zweck der Integrations- und EWG-Politik der österreichischen Bundesregierung, unserem Land derartig überflüssige Fesseln aufzuerlegen?

Ich kann namens der freiheitlichen Fraktion nicht nachdrücklich genug daran erinnern, daß die Neutralitätspolitik des Kleinstaates dringend ihrer Glaubwürdigkeit bedarf und danach von den Großmächten beurteilt wird.

Der schwedische Oberstleutnant Norrbohm sagte darüber jüngst folgendes: Die Glaubwürdigkeit der Neutralitätspolitik des Kleinstaates beruht hauptsächlich auf dem Willen

10620

Nationalrat XI. GP. — 125. Sitzung — 16. Dezember 1968

Peter

des betreffenden Landes zur Verteidigung sowie darauf, mit welchem Realismus dieser Verteidigungswille in die Tat umgesetzt wird. — Gerade um diesen Realismus geht es in unserer Verteidigungspolitik, denn Allianzfreiheit und Neutralitätspolitik verlangen eine relativ starke Verteidigung. Hier steht Österreichs Neutralitätspraxis oft in krassem Gegensatz zur Neutralitätstheorie.

Wir Freiheitlichen erwarten und fordern von der Bundesregierung ein über allem Parteienstreit stehendes Wehrkonzept, statt Taktieren, statt Experimentieren, statt dauerndem Umgruppieren und statt laufendem Verpolitisieren.

Die Zeit ist heute schon weit fortgeschritten. Ich verzichte daher auf das, was ich gerne getan hätte: der Österreichischen Volkspartei jene Widersprüche in Erinnerung zu rufen, die sie in ihren Aussagen innerhalb eines Jahres zum Wehrkonzept getätigt hat. Ich skizziere daher ganz kurz: Im Jänner 1968 wurde eine langfristige Verteidigungsplanung forciert. Im Februar 1968 wurde der Truppenbetrieb des Heeres rationalisiert. Noch vor Ausbruch der ČSSR-Krise übte die „Aktion 20“ heftigste Kritik am Wehrkonzept der ÖVP und überreichte ihrerseits Herrn Vizekanzler Dr. Witzhalm einen Vorschlag zum Wehrkonzept.

So geht das weiter bis zu jener — verzeihen Sie, Herr Bundesminister — so unglückseligen Aussendung des „ÖVP-Pressedienstes“ vom 18. Oktober 1968: „Leerlauf-Inspektor für Bundesheer.“ — Das ist keine Pressemeldung einer gegnerischen Zeitung, sondern das ist die Schlagzeile, mit der der „ÖVP-Pressedienst“ den Leerlauf-Inspektor angekündigt hat. Das Einbekenntnis, daß ein Leerlauf-Inspektor notwendig ist, unterstreicht die Tatsache, daß im Bundesheer Leerlauf vorhanden ist. Was bis zu diesem Zeitpunkt über Rationalisierung, Straffung, und so weiter gesagt wurde, ist nach der ÖVP-Meldung über den Leerlauf-Inspektor ins Zwielicht geraten.

Herr Bundesminister! Ich bin der Meinung, daß solche Erklärungen des „ÖVP-Pressedienstes“ nicht nur der größte Feind Ihrer eigenen Verteidigungspolitik sind, sondern daß sie dem österreichischen Bundesheer nicht zum Vorteil, sondern zum Schaden gereichen.

Ich streife nunmehr kurz jene Presseaussendungen über das 60-Milliarden-Wehrkonzept der Österreichischen Volkspartei. Ich weiß nicht, ob die Meldungen über dieses 60-Milliarden-Wehrkonzept stimmen. Der Herr Bundeskanzler hat mir andere Ziffern angedeutet. Der Herr Abgeordnete Marwan-Schlosser gab eben durch einen Zwischenruf zu verstehen, daß die zitierte Pressemeldung nicht den Tatsachen entspricht. Das kommt davon, weil die ÖVP mit den Informationen so zurückhaltend

ist und weil sich die Bundesregierung mit den Verhandlungen, die bis jetzt noch nicht stattgefunden haben, so sehr Zeit gelassen hat.

Aber die wesentlichsten Einwände gegen dieses Wehrkonzept sollen nach dieser Zeitsnotiz aus der Österreichischen Volkspartei selbst kommen. Sie lauten: „Während der relativ kurzen Beratungszeit des Wehrausschusses sei es nicht möglich gewesen, ein neues Grundkonzept zu erarbeiten.“

Ich bitte also um eine Beantwortung durch die ÖVP: Gibt es jetzt wenigstens im Entwurf, auch wenn er noch nicht beschlossen ist, ein neues Wehrkonzept oder existiert dieses Grundkonzept nicht?

Zweiter Einwand: „Eine Finanzierung von 60 Milliarden Schilling wäre innerhalb von zehn Jahren auch bei einer weniger angespannten Budgetsituation praktisch unmöglich.“ Dies erklärten die Finanzfachleute — um nicht zu sagen der Finanzminister — der ÖVP.

Es handelt sich also, wenn die genannten Zeitungsmeldungen den Tatsachen entsprechen, um ein auf zehn Jahre ausgerichtetes Wehrkonzept der Österreichischen Volkspartei, über das demnächst mit den Oppositionsfaktionen verhandelt werden soll.

Ich halte es in der Frage des Bundesheeres wie in der Frage der Integrationspolitik. Im Bereich der Landesverteidigung und im Bereich der Integrationspolitik darf ein Grundsatz nicht angewendet werden, nämlich der Grundsatz: Alles oder nichts! Diesen Grundsatz kann man weder in die Tat umsetzen noch kann man ihn praktizieren.

Es fehlt aber andererseits an der so dringend notwendigen Schwerpunktbildung in zweifacher Hinsicht, auf der einen Seite, um mit beweglichen Verbänden den freien und offenen strategischen Bereich Österreichs bedingt verteidigen zu können, und um andererseits mit Kleinkampfverbänden im Alpenbereich einen wirksamen hinhaltenden Widerstand leisten zu können.

Ich verlange, daß weniger Theorie, mehr Praxis und mehr Realismus in der österreichischen Verteidigungspolitik zur Anwendung kommen. Ich warne die Österreichische Volkspartei davor, daß sie Fragen der Bildungspolitik, der Landesverteidigungspolitik, daß sie elementare Anliegen von gesamtstaatlicher Bedeutung wiederum im Rahmen schwarz-roter Parteienverhandlungen außerhalb des Nationalrates verhandelt. Diese wiederum praktizierte Form der schwarz-roten Koalitionsverhandlungen außerhalb des Nationalrates ist eine Abwertung der Gesetzgebung, eine Abwertung jener fruchtbringenden Arbeit in den Ausschüssen, die immer wieder von allen drei

Nationalrat XI. GP. — 125. Sitzung — 16. Dezember 1968

10621

Peter

Fraktionen geleistet wird und die in vielen Punkten als vorbildlich bezeichnet werden darf.

Die Bundesregierung soll die Arbeitsgrundlagen etwa als Regierungsvorlage schaffen, damit der zuständige Ausschuß des Nationalrates seine Tätigkeit ehestens aufnehmen kann. Ich bin überzeugt, daß die Dinge im Parlament gedeihen werden. Warum aber verfallen ÖVP und SPÖ schon wieder in die nicht in der Verfassung verankerte Praxis der schwarz-roten Koalitionsverhandlungen von einst? Eines muß der österreichischen Landesverteidigungspolitik abschließend in Erinnerung gerufen werden: Die Stellung des Soldaten, des Unteroffiziers und des Offiziers bedarf in gesellschaftlicher Hinsicht in dieser Republik einer Verbesserung. Solange diese Dinge nicht geklärt sind, fehlen wesentliche Voraussetzungen für eine wirksame geistige Landesverteidigungspolitik.

Herr Bundesminister! Ich erwarte von Ihnen, daß Sie sich gegen jene Pamphlete, die das Ansehen des österreichischen Bundesheeres immer wieder herabsetzen, kraft Ihres Amtes mit allem Nachdruck zur Wehr setzen. Ich meine unter anderem die Broschüre „Analyse einer Illusion — das österreichische Bundesheer“ von Wilfried Daim.

Derartig unqualifizierte Behauptungen kann man nicht unwidersprochen im Raum stehen lassen. Dazu muß von der höchsten Repräsentanz der Landesverteidigung Stellung genommen werden. Der Katalog der Abwertung, der Diffamierung und der Beleidigung bedarf einer Stellungnahme durch das Bundesministerium für Landesverteidigung. Eine solche distanziierende Stellungnahme wird das weitestgehende Verständnis aller Abgeordneten dieses Hohen Hauses finden.

Wir Freiheitlichen erwarten von der österreichischen Bundesregierung und von der Österreichischen Volkspartei, die verteidigungs-politische Bestandsaufnahme so rasch wie möglich durchzuführen. Namens der FPÖ-Abgeordneten fordere ich: eine Überprüfung des Aufbaues des Bundesheeres nach den Erfahrungen des August 1968, Klarheit in der österreichischen Neutralitätspolitik. Wir Freiheitlichen verlangen die Erarbeitung eines umfassenden Landesverteidigungskonzeptes nach den Erfahrungswerten des August 1968 durch einen Sonderausschuß des Nationalrates. Wir appellieren an die Regierungspartei, die Politik des schwarz-roten Kuhhandels in der Landesverteidigungspolitik nicht zu erneuern, sondern die notwendigen Entscheidungen durch parlamentarische Verhandlungen im Nationalrat herbeizuführen. (Beifall bei der FPÖ.)

Präsident Wallner: Zum Worte gemeldet ist der Herr Abgeordnete Mondl. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Mondl (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Herr Abgeordnete Dr. Kranzl-mayr hat vor kurzem hier an diesem Redner-pult festgestellt: Wir Abgeordneten sollen nicht empfindlich sein.

Ich kann bei Gott nicht behaupten, daß ich zu den empfindlichen Abgeordneten gehöre, denn ich stehe auf dem Standpunkt, wenn man Schläge austeilt, muß man auch Schläge einstecken können. Ich war mir, als die Diskussion über Loosdorf und über die Straußengasse hier heraufbeschworen wurde, vollkommen darüber im klaren, daß es irgendwelche Gegenangriffe geben wird. Ich bin aber auch darauf aufmerksam gemacht worden, denn der Herr Altstaatssekretär Dr. Haider war damals unmittelbar nach diesen Diskussionen so freundlich, mir mitzuteilen: Jetzt werden wir dich fertigmachen.

Ich habe mir zwar nicht gut vorstellen können, wie dieses „Fertigmachen“ ausschauen wird, denn ich war mir weder bewußt, eine Grundtransaktion durchgeführt noch sonstige Geldgeschäfte gemacht zu haben. Ich sitze auch niemals mit Perücken in Nachtlokalen herum oder sonstwo, sondern ich bemühe mich, ein recht normales Leben zu führen. (Abg. Weikhart: Wer ist denn das mit Perücke in Nachtlokalen? — Abg. Kulhanek: Wer ist der Mann? — Abg. Hartl: Der Weikhart!)

Trotzdem mußte ich aber nach kurzer Zeit feststellen, daß ich angegriffen wurde, und zwar, wie nicht anders zu erwarten ist, vom ÖAAB-Niederösterreich und dessen Zeitung die „Wochenpresse“. (Rufe bei SPÖ und ÖVP: Die „Volkspresse“!) Die „Wochenpresse“ widmete mir drei sogenannte Leit-artikel größten Ausmaßes (der Redner zeigt eine Zeitschrift vor) und stellte in diesen Leit-artikeln die merkwürdigsten Behauptungen auf.

Ich war nicht empfindlich, denn ich war mir keiner Schuld bewußt. Ich war mir auch im klaren darüber, daß nach altbewährter niederösterreichischer Methode nicht derjenige schuldig ist, der korruptionistisch handelt — ich meine in erster Linie die niederösterreichische ÖAAB-Methode —, sondern derjenige schuldig ist, der Fakten aufzeigt, der es also wagt, Fakten an die Öffentlichkeit zu bringen.

Nun hörte ich seit einiger Zeit, es besteht ein Schreiben von mir, in dem Verschiedenes drinnenstehen würde. Heute habe ich gehört, es gibt ein Protokoll.

10622

Nationalrat XI. GP. — 125. Sitzung — 16. Dezember 1968

Mondl

Es gibt weder ein Schreiben von mir noch gibt es ein Protokoll, sondern es gibt ein Mitteilungsblatt Nr. 7/68, Herr Landesparteiobmann — denn er hat es unterschrieben: „Mit Bundesgruß! Dr. Georg Prader“ —, in dem zu verschiedenen Problemen Stellung genommen wird. So unter anderem unter Punkt 10 Angriffe gegen den Landesobmann: „Prader — go home!“ Darin regt man sich fürchterlich auf, was alles in diesem Zusammenhang behauptet wird.

Und auf der Seite 8 kann man folgendes lesen:

„Im Nationalrat hat sich neben den SPÖ-Abgeordneten Czettel, Pölz, auch der SPÖ-niederösterreichische Nationalrat Mondl, ‚Wehrexperte‘ der SPÖ, besonders hervorzu tun versucht. Jener Mondl, der bereits seinerzeit als damaliger niederösterreichischer Landtagsabgeordneter mit seiner Partei gegen die Verlegung des Militärkommandos Niederösterreich von Wien nach Sankt Pölten gestimmt hat. Als Dr. Prader die sowohl militärisch wie auch für Niederösterreich so wichtige Maßnahme durchgesetzt hatte, tat bei der Eröffnung des Militärkommandos in Sankt Pölten die SPÖ-Prominenz so, als wenn sie immer dafür gewesen wäre. Mondl ist jetzt als Abgeordneter des Notstandsgebietes wieder Sturm gelaufen gegen die Errichtung einer militärischen Einrichtung in Loosdorf bei Laa an der Thaya, die für dieses Gebiet ebenso militärisch wie wirtschaftlich von größter Bedeutung gewesen wäre. Die SPÖ hat ihn dabei unterstützt. Da redet die SPÖ von Niederösterreichplänen und Hilfe für dieses Land, in Praxis sucht sie alles zu verhindern, was nicht Rederei, sondern praktische Hilfe bedeutet. SPÖ gegen Niederösterreich, so schaut die Wirklichkeit aus.“

In gleicher Weise wird nun auch gegen Kollegen Landesrat Ludwig zu Felde gezogen, der ebenfalls statt Worten Taten setzt.“

Dann geht es weiter: „Über die politische Vergangenheit und die Persönlichkeit Mondls gibt ein Brief Aufschluß, den uns der Hauptbeiratssparteisekretär Trinkler aus Mistelbach geschrieben hat.“

Und hier meint „Mit Bundesgruß! Dr. Georg Prader, Landesobmann“: „Bei jeder Versammlung beziehungsweise Aussprache sind diese Gegebenheiten bekannt zu geben.“ (Abg. Hartl: *Wo steht das drinnen?*) Das steht da drinnen, wortwörtlich! (Abg. Hartl: *Was ist das?* — *Zwischenruf des Abg. Weikhart.*) Moment, kommt schon noch. Nur langsam, Herr Abgeordneter Hartl! (Abg. Hartl: *Ein Rundschreiben des ÖAAB! Das ist gestohlen worden!* — *Weitere Zwischenrufe.*) Und in

diesem Brief heißt es ... (*Zwischenrufe.*) Das hat mir ein freundlicher ÖAABler aus Mistelbach zur Verfügung gestellt, meine sehr geehrten Damen und Herren (*Zwischenruf des Abg. Weikhart* — *Abg. Hartl: Wieder ein Spion!*), der die wahren Begebenheiten kennt und gesagt hat: Das ist doch eine Gaunerei, was da drinnen behauptet wird! (Abg. Machunze: *Das ist Spionage!* — *Abg. Hartl: Das ist wieder ein Euler von euch!* — *Weitere Zwischenrufe.* — *Präsident Wallner gibt das Glockenzeichen.*) Ich brauche keine Spionage zu betreiben. Sie haben freundliche Leute genug, die mit Ihrer Methode, vor allen Dingen mit der des ÖAAB Niederösterreich, nicht einverstanden sind. (*Weitere Zwischenrufe bei ÖVP und SPÖ.*) In diesem Brief heißt es weiter:

„Kurz nach seiner Rückkehr aus dem Krieg trat er dem Österreichischen Arbeiter- und Angestelltenbund, Stadtgruppe Mistelbach, bei und lautete seine Mitgliedsnummer: 20.535. Er ist damals, obwohl er bereits bei der Bundesbahn beschäftigt war, aus freien Stücken dem ÖAAB beigetreten.“ (Abg. Mayr: *Stimmt es oder stimmt es nicht?* — Abg. Machunze: *Stimmt es?*)

Herr Landesparteiobmann! Ich würde mich gar nicht aufregen, wenn es tatsächlich so wäre, dem ÖAAB angehört zu haben. Denn ich will nicht analysieren, in welchen verschiedenen Parteilagern diverse Abgeordnete hier schon gestanden sind. Es wäre für mich wirklich sehr interessant: Wer hat mich für den ÖAAB geworben beziehungsweise wer hat bei mir die Mitgliedsbeiträge eingehoben? Das würde ich doch auch einmal „Mit Bundesgruß!“ sehr gerne hören, Herr Dr. Prader! (Ruf bei der ÖVP: *Mit „Freundschaft!“*)

Dann kommt aber noch ein Satz, der sehr bedeutsam ist:

„Mondl hat auch am Aufbau der Österreichischen Jugendbewegung mitgearbeitet.“

Meine Damen und Herren! Das stimmt. Ich habe vom September 1945 bis zum Dezember 1945 am Aufbau der Österreichischen Jugendgruppe Mistelbach mitgearbeitet. (Abg. Dr. Gruber: *Bravo!*) Ich habe maßgeblich daran mitgearbeitet. Dann hat man mir aber nicht, wie es hier weiter lautet, bei der Bundesbahn Schwierigkeiten gemacht, sondern man hat mir innerhalb dieser Jugendbewegung so viele Schwierigkeiten bereitet, daß ich gesagt habe: Ich habe es gar nicht notwendig, mich da zum Narren halten zu lassen, und bin gegangen. Ich kann Ihnen sagen: Es werden noch viele, viele andere auch jetzt noch, 23 Jahre später, von Ihrer Partei gehen, weil sie mit Ihren Praktiken nicht einverstanden sind.“

Mondl

Aber hier geht es dann noch ganz schön weiter: „Als die Wahlen am 25. November 1945 für die ÖVP entschieden waren“ — also positiv —, „setzte bei der Bundesbahn der rote Terror ein, und nach einigen Monaten kam Mondl in meine Wohnung“ — nicht in das Sekretariat; der Herr Hauptbezirkssekretär ist sehr schlau: Nicht ins Bezirkssekretariat bin ich gekommen, wohin ich normalerweise hätte gehen können, in die Wohnung bin ich gegangen — „und gestand mir im Beisein meiner Frau“ — sonst niemand, nur seine Frau war dort, die ihm das bezeugt; würde sie es ihm nicht bezeugen, Herr Landesparteiobermann: Sie kennen ja Ihren Freund Hauptbezirkssekretär Trinkler, was die erleben würde, wenn sie es nicht bezeugt (*Heiterkeit*) — „Josefa Trinkler, die ebenfalls seit 1945 unser Mitglied ist, die Schwierigkeiten und den Terror, dem er ausgesetzt sei, erklärte, daß ihm nichts anderes übrig bleibe, als aus dem ÖAAB auszutreten, damit er Ruhe habe, bat aber zugleich, daß er von unserer Seite nicht angegriffen werde.“ (*Abg. Machunze: Wo ist der Ulbrich?*)

Herr Landesobmann! Ich möchte Ihnen folgendes sagen: Bei den Österreichischen Bundesbahnen waren zu dieser Zeit, im Dezember 1945, als ich von dieser Jugendbewegung ging, meine unmittelbaren Vorgesetzten der Parteführer Bader — sein Leben lang Mitglied des ÖAAB — und der Werkmeister Klinkhofer, ÖVP-Gemeinderat in Wilfersdorf. Ich frage mich nur: Diese Leute haben mich bei der Bundesbahn tyrannisiert? Das glauben Sie doch selbst nicht! (*Beifall bei der SPÖ. — Abg. Hartl: Nein, aber seine Arbeitsgenossen vielleicht! — Abg. Machunze: Die waren schon in Ordnung, aber die anderen!*) Sie können das jederzeit überprüfen lassen, die Leute leben heute noch. (*Weitere Zwischenrufe.*) Ja.

Es heißt hier weiter: „Er erklärte auch damals, daß er der SPÖ nicht beitreten werde.“ — Jetzt kommt etwas ganz Besonderes: „Ich möchte noch bemerken, daß er nicht genau sagen kann, wann er aus dem ÖAAB austrat“ — damit meint er mich —, „da diese Mitteilung nur mündlich im Rahmen einer Aussprache und keinerlei Schriftverkehr über den Austritt gemacht wurde.“

Als damals die „Wochenpresse“ immer darüber schrieb (*Rufe bei SPÖ und ÖVP: Die „Volkspresse“!*) — „Volkspresse“, das ist ja egal (*Rufe bei der ÖVP: Nein! — Abg. Dr. Kreisky: Nein, das ist gar nicht egal!*), die „Volkspresse“, ist ja nicht so bedeutungsvoll, es kennt sie ja kein Mensch, es lesen sie ja nur ein paar ÖAABler in Niederösterreich, die gezwungen sind, dieses

Blatt zu lesen — und der Herr Landesverteidigungsminister eine Pressekonferenz einberief, habe ich einen Kollegen, einen Journalisten der daran teilzunehmen hatte, gebeten, er soll den Sachverhalt dort schildern.

Er ist auch aufgestanden, nachdem mich dort ein Journalist angegriffen hat, und hat die Sachlage geschildert, wie es tatsächlich war, also daß ich im Dezember gegangen bin und daß ich im März, und zwar — ich kann es Ihnen ganz genau sagen — am 30. März 1946, der Sozialistischen Partei beigetreten bin. Ich habe auch in der Zwischenzeit nicht nur als Vertrauensmann bei der Eisenbahn, sondern 1955 auch für den Gemeinderat von Mistelbach kandidiert. Kein Mensch wäre dort auf die Idee gekommen, mir so etwas vorzuhalten. 1959 bei meiner Kandidatur für den Landtag von Niederösterreich und 1960 für den Gemeinderat von Mistelbach als Spitzenkandidat sind die verschiedensten Beschuldigungen aufgestellt worden, aber so etwas ist niemals geschrieben worden, auch nicht 1965 bei meiner Kandidatur für den Landtag von Niederösterreich oder 1966 für den Nationalrat. Ich habe das also jetzt das erste Mal erfahren. (*Abg. Altenburger: Also jetzt gehen wir von der Selbstverteidigung zur Landesverteidigung!*)

Trinkler schreibt in seinem Brief, daß er nicht genau sagen kann, wann ich aus dem ÖAAB ausgetreten bin, weil diese Mitteilung nur mündlich und nicht schriftlich gemacht wurde.

Als das berichtigt wurde, daß ich nicht dem ÖAAB, sondern nur der Jugendbewegung angehört habe, konnte ich dann das nächste Mal in der gleichen „Volkspresse“ unter der Überschrift „Besaß Mondl zwei Parteibücher?“ folgendes lesen:

„Neue interessante Perspektiven scheinen sich im Fall des Loosdorfer ‚Entwicklungs-helfers‘ Walter Mondl zu eröffnen. Als nämlich während der Pressekonferenz, zu der der Verteidigungsminister Dr. Prader am 12. Juli eingeladen hatte, aus dem ‚ausverkauften‘ Saal die verschiedensten Fragen an den Minister gestellt wurden, beteiligte sich daran auch der Vertreter der ‚Volkspresse‘ mit einer Anfrage bezüglich des derzeitigen SP-Abgeordneten zum Nationalrat Mondl.“

Wie auf ein erwartetes Stichwort erhob sich gleich hinterher ein ungenannter ‚Mondl-Beauftragter‘. Wenn wir seine etwas hastigen Ausführungen richtig verstanden haben, dann ist Walter Mondl bereits im Jahre 1946 Mitglied der SPÖ gewesen. Sein Austritt aus der ÖVP beziehungsweise ÖAAB erfolgte aber erst am 27. Mai 1947.“

10624

Nationalrat XI. GP. — 125. Sitzung — 16. Dezember 1968

Mondl

Ja, jetzt frage ich mich: Hat der Herr Hauptbeiratssparteisekretär Trinkler gelogen, oder steht hier eine Lüge?

Es heißt dann weiter: „Daraus ergäbe sich der zwingende Schluß, daß der nunmehrige sozialistische Abgeordnete zum Nationalrat Walter Mondl gleichzeitig zwei Parteibücheln in der Tasche gehabt hat, ein ‚schwarzes‘ und ein ‚rotes‘.“ So lautet die bestechende Konsequenz.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich überlasse es jetzt Ihnen, zu beurteilen, was für Argumente in der Auseinandersetzung um Grundtransaktionen und in der Auseinandersetzung über die Wehrpolitik gebraucht werden, mit welchen Mitteln gearbeitet wird. Wie arm ist eine Partei, wenn sie sich solcher hinterhältiger Mittel bedienen muß! Ich kann dieser Partei nur versichern: Herr Landesparteiobermann von Niederösterreich, es werden noch viele aus Ihrer Partei austreten! (Abg. Hartl: Und zu euch kommen! — Heiterkeit. — Abg. Ing. Kunst: Eine Verleumdungspropaganda! — Abg. Weikhart: Wenn man verleumdet wird, muß man sich verteidigen! Das Recht steht jedem zu! Verleumdet „mit Bundesgruß: Prader!“ — Präsident Wallner gibt das Glockenzeichen.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte mich aber nicht nur mit den persönlichen Auseinandersetzungen beschäftigen, sondern auch zu den Problemen der Landesverteidigung Stellung nehmen. (Zwischenruf.) Das war der Landesparteiobermann, jetzt wollen wir uns einmal über den Herrn Landesverteidigungsminister unterhalten. Es ist zwar die gleiche Person, aber es sind andere Probleme.

Ich habe mir schon im Vorjahr erlaubt, darauf hinzuweisen (Abg. Glaser: Mit „Freundschaft“!) — ja, in aller Freundschaft —, daß sich das Bundesheer in der derzeitigen Entwicklung immer weniger als das der Bundesverfassung entsprechende Instrument erweist, im Falle von Krisen, Neutralitätsverletzungen und Kriegssituationen die Grenzen Österreichs zu schützen.

Ganz besonders habe ich auf die Tatsache verwiesen, daß Militärkommanden, Stäbe sowie Abteilungen des Ministeriums zum Teil überbesetzt sind, während es bei den Einheiten überall an Offizieren und Unteroffizieren mangelt, und daß diese sich immer mehr verstärkende Entwicklung in einem krassen Widerspruch zu der angeblich vorhandenen Einsatzfähigkeit beziehungsweise Einsatzbereitschaft des Bundesheeres steht.

Immer eindringlicher wurden in Kreisen verantwortungsbewußter Führungskräfte im Landesverteidigungsministerium, aber auch in

den Gruppen- und Brigadestäben Stimmen laut, daß der Organisationsrahmen den realen Möglichkeiten hinsichtlich Kaderpersonals, moderner Waffen, Geräte, sonstiger Ausrüstung, Einrichtungen und Vorsorgen nicht entspricht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Situation hat sich in keiner Weise verbessert, sondern nur verschlechtert. Klar und eindeutig müssen wir auch heute wieder feststellen: Der Gesamtrahmen unserer militärischen Landesverteidigung entspricht in keiner Weise den dafür in Österreich vorhandenen realen Gegebenheiten. Der strukturelle Aufbau des Bundesheeres ist in den wesentlichsten Punkten reformbedürftig und leidet an inneren Widersprüchen. Dies hat übrigens auch eine Strukturanalyse des Bundesheeres ergeben. Vor allem aber ist die materielle Voraussetzung für die Erfüllung des Gesamtrahmens unserer militärischen Landesverteidigung nicht sichergestellt. Das Fehlen — und das ist die Hauptsache — einer eingespielten, ebenfalls jederzeit einsatzbereiten militärischen Führungsspitze ist zusätzlich ein gewichtiger Negativposten bei der Beurteilung der Einsatzbereitschaft unseres Heeres.

Auf meine Feststellungen im Vorjahr in bezug auf den seit dem Jahre 1963 im Gange befindlichen und noch immer nicht abgeschlossenen Umwandlungsprozeß des Bundesheeres in organisatorischer Hinsicht meinte der Herr Landesverteidigungsminister: „Daraus wäre zu ersehen, Welch lange Zeit es dauert, aus der damit notwendigerweise verbundenen Unruhe wieder in eine ruhige Atmosphäre zu kommen, zu festigen und dann entsprechend aktionsfähig zu sein.“ Der Herr Landesverteidigungsminister meinte weiter: „Ich bin absolut der Meinung, daß verschiedene Dinge geschehen sollten, aber mit aller Vorsicht und mit aller Behutsamkeit, um nicht unter Umständen großen Schaden anzurichten.“ Damit war ziemlich klar und deutlich zum Ausdruck gebracht worden, man werde sich weiterhin im wesentlichen an einen niemals realisierbaren Organisationsrahmen klammern und das „Weiterwursteln“ trotz vielfacher mahnender Stimmen fortsetzen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Niemand soll aber sagen, daß nicht doch etwas unternommen worden wäre. Mit angekündigter Vorsicht und mit großer Behutsamkeit zog sich der Herr Landesverteidigungsminister, wie uns die „Presse“ vom 18. Jänner 1968 berichtet, zu einer Klausurtagung ins Militärerholungsheim Reichenau zurück. Die „Presse“ schreibt darüber: „Den Teilnehmern der ‚Prader-Klausur‘ am Wochenbeginn im Militärerholungsheim Reichenau wurde strengstes Stillschweigen über den Inhalt der Gespräche

Mondl

mit dem Minister auferlegt. Die Einladung zu dieser Tagung, die an nur ein halbes Dutzend Offiziere des Führungsstabes und an den Leiter der Presseabteilung des Ministeriums erging, kam völlig überraschend. Da der Chef der Operationsgruppe und auch jene der Abteilungen Organisation und Ausbildung nach Reichenau kamen, ist anzunehmen, daß dort Fragen des Landesverteidigungsplanes zur Sprache kamen.“

Da sich diese Klausurtagung, wie der Herr Landesverteidigungsminister selbst mitteilte, doch nicht so verheimlichen ließ und in der Öffentlichkeit bekannt war und da sich die Anrufe aus den Redaktionen häuften, entschloß sich der Herr Landesverteidigungsminister, zur Sicherstellung einer sachgerechten Information der Öffentlichkeit, wie er sich ausdrückte, am 19. Februar 1968 eine Pressekonferenz durchzuführen.

In dieser Pressekonferenz erläuterte der Landesverteidigungsminister ein Rationalisierungsprogramm, mit dem man eine sparsamere Militärverwaltung, einen wirksameren Dienstbetrieb und eine befriedigendere Personalverteilung im Bundesheer erreichen wolle. In diesem Rationalisierungsprogramm heißt es: „Die aktive Truppenorganisation wird gestrafft und der Ausbau und die Kampfkraft der Mob-Streitkräfte werden verbessert werden.“

Auf der zweiten Seite geht es weiter: „Stilllegung von im allgemeinen je einer Kompanie in den bestehenden Truppenkörpern, mit Ausnahme der Pionierbataillone, eines Teiles der Artillerie und eines Teiles der Stabsbataillone; Kürzungen in der Dienstpostenbesetzung bei höheren Stäben und in der Territorialorganisation; Zusammenfassungen sanitätsdienstlicher und schulischer Einrichtungen und Auflassung von voraussichtlich zwei Kasernen, deren Betrieb unwirtschaftlich ist und deren Instandsetzung unrentabel wäre. Gleichzeitig sehe ich mich in der Lage, durch diese Maßnahmen fehlende Elemente im Bundesheer einzurichten beziehungsweise Lücken zu schließen.“

Auf Seite 3 heißt es dann: „Durch Einsparung von Dienstposten, Rationalisierung auf dem Reparatursektor, Straffung des Dienstbetriebes und weitgehende Übereinstimmung der Friedens-Soll-Stärke mit den erreichbaren Ist-Ständen wird eine wirksame Rationalisierung und eine echte Effektivitätssteigerung erwartet.“

Instruktionspersonal für den Aufbau der territorialen Verteidigung wird unter einem beigestellt werden können, sodaß eine qualitative Entwicklung des aktiven Heeres, begleitet von einer Vergrößerung des Reserveheeres, möglich erscheint.“

Herr Bundesminister! Ich habe mir sagen lassen, daß diese Rationalisierungsmaßnahmen die vorgenommenen Zielsetzungen nicht nur nicht erreicht haben, sondern daß sich die Zustände noch verschlimmert haben. Das ist im wesentlichen darauf zurückzuführen, daß es Ihnen, Herr Landesverteidigungsminister, darauf ankam, jene Programme weiterzuführen, die angeblich und ausschließlich nach Ihrem Dafürhalten auf Grund einer langfristigen Konzeption zu einer Verbesserung der Schlagkraft und somit erhöhten Wirksamkeit des Heeres führen sollen.

Durch Einsparung von Dienstposten, Rationalisierung auf dem Reparatursektor, Straffung des Dienstbetriebes und weitgehende Übereinstimmung der Friedens-Soll-Stärke mit den erreichbaren Ist-Ständen sollte eine wirksame Rationalisierung und eine echte Effektivitätssteigerung der Truppe erreicht werden. Ja, Dienstposten wurden eingespart, aber nur bei der Truppe. Der Zustrom zu den Stäben und in das Ministerium hält weiter in unverminderter Form an. Das führt dazu, daß zahlreiche hohe und höchste Dienstgrade des Offizierskorps ohne echte Funktion erscheinen. Hierzu kommt ein ausgesprochen aufgeblähter Verwaltungsapparat. Ich habe schon im Ausschuß festgestellt: „Das Heer wird verwaltet und nicht geführt.“ Das ist übrigens schon vor Jahren festgestellt worden. Majore, Oberstleutnante und Oberste werden aus dem Truppendiffert herausgezogen, man schafft für sie Schreibtische, das heißt zum Teil überflüssige Verwaltungsstellen, in welchen diese oft mit — man könnte fast sagen — unsinnigen Arbeiten beschäftigt werden.

Der geschaffene Zustand ist eine äußerst gefährliche Situation: Leistungswillige und leistungsfähige Menschen werden auf tote Geleise geschoben, auf welchen sie hart an der Grenze der Sinnlosigkeit stehende Arbeiten verrichten müssen — und trotzdem bekommen sie Gehälter qualifizierter Fachkräfte. (Abg. Dr. Gorbach: Welche Arbeiten zum Beispiel?) Ich komme gleich darauf, Herr Altkanzler.

Eine in Graz erscheinende Zeitschrift sieht diese wundersame Vermehrung der Schreibtische von einer anderen Seite. (Abg. Hartl: Die wundersame Schreibtischvermehrung!) Darf ich Ihnen, nachdem Sie gefragt haben, gleich mitteilen, was damit gemeint ist.

In dieser Zeitschrift steht: „Da diese merkwürdige Praxis schon längere Zeit besteht, sah der über starken Rückhalt in der ÖVP-Bundesparteileitung verfügende Brigadier Habermann Gründe genug, sich zunehmend mit Aufgaben des ‚Amtes für Wehrtechnik‘ (sowie der Gruppe Operation des Brigadiers Freissler) zu befassen. Er richtete in seiner Gruppe

10626

Nationalrat XI. GP. — 125. Sitzung — 16. Dezember 1968

Mondl

Organisation zwei Planungsabteilungen ein, von denen sich eine mit rein taktischen, die andere mit wehrtechnischen Fragen beschäftigt. Die Folge dieser wundersamen Schreibtischvermehrung sind unklare Kompetenzen, Doppelungen, Kurzschlüsse und Fehlplanungen.“

Habe ich damit Ihre Frage genügend aufgeklärt? (Abg. Hartl: Nicht ganz!)

Dazu kommt, daß diese unklaren Kompetenzen, Doppelungen, Kurzschlüsse und Fehlplanungen nicht entwirrt werden können.

Es gibt im Bereich der militärischen Landesverteidigung sieben gleichberechtigte Anordnungsbefugte, und seltsamerweise hat gerade der, der im Ernstfall die Kommandoführung hat, nämlich der Generaltruppeninspektor, nur sehr beschränkte Befugnisse.

Welche groteske Situation sich daraus ergibt, zeigten die „Salzburger Nachrichten“ am 22. März 1968 auf. (Abg. Dr. Haider: Ich glaube, der 6. März 1966 war viel gescheiter!) Ich bitte um Entschuldigung, wenn ich diesen Artikel fast zur Gänze zitieren muß, aber er ist für die folgenden Erläuterungen notwendig. In diesem Artikel, der die Überschrift „Einer von sieben — ohne Befehlsgewalt“ trägt, heißt es:

„Die Kommandoführung des Bundesheeres für den ‚Tag X‘ wird im sechsten Stock des Wiener Landesverteidigungsministeriums vorbereitet. Dort sitzt der General der Infanterie Erwin Fussenegger, seines Zeichens Generaltruppeninspektor und Sektionsleiter mit beschränkter Befugnis. Er verfügt über drei Abteilungen, die Heeressanität, elf Waffeninspektoren, rund zehn andere militärische Nebenämter und wenig Macht. Will er Ausbildungsmängel oder Fehlbesetzungen in höheren Kommanden abstellen, so muß er mit seinen Wünschen zum Minister gehen. Will er truppenwirksame Erlässe herausgeben, so muß er die anderen Sektionen um Zustimmung bitten.“

Der Generaltruppeninspektor ist Sektionsleiter — einer von sieben; er ist Drei-Stern-General — einer von sieben. Fussenegger ist aber auch:

Vorsitzender der Prüfungskommission für den Generalstabsdienst;

Vorsitzender der Ausbildungskommission;

Mitglied der Waffen- und Gerätekommision;

beratendes Mitglied der Beschwerdekommision;

Mitglied der Qualifikationskommission für Berufsoffiziere;

Mitglied des Landesverteidigungsrats und Mitglied bei zwei Disziplinarkommissionen.

Die Liste — wird hier festgestellt — „liest sich schön, allein ihr praktischer Wert ist gering. Vor der ‚Schleinzer-Reorganisation‘ des Bundesheeres im Jahre 1961 war die Lage anders: Fussenegger war Leiter der Sektion III (Organisation, Operation, Ausbildung, Nachrichtenwesen) und Generaltruppeninspektor und damit praktisch gleichzeitig Generalstabschef. Die seinerzeitige Entscheidung war schon damals umstritten und wohl auf die Person Fussenegggers zugeschnitten, der vielfach als ‚zu nachgiebig‘ charakterisiert wird. Die noch heute für diese Maßnahmen zitierte Begründung, man wolle damit ‚Exekutive und Legislative‘ (Ausbildung und Inspektion der Ausbildung) trennen, geht fehl.“

Denn es ergab sich folgende groteske Situation: Der Generaltruppeninspektor bereitet die Ernstfall-Kommandoführung von Truppen vor, über die er im Frieden nicht die geringste Befehlsgewalt hat; die operativen Maßnahmen für einen derartigen Ernstfall werden aber wiederum nicht vom Generaltruppeninspektorat, sondern von der Führungsabteilung der Sektion III getroffen. Die Trennung von Sektion III und Generaltruppeninspektorat hat es ferner mit sich gebracht, daß der Generaltruppeninspektor bei Beanstandungen während Inspektionen ‚auf kurzem Weg‘ auf den guten Willen des jeweiligen Kommandanten oder Befehlshabers angewiesen ist — Befehlsgewalt über diese hat er nicht; in der Wirtschaft wäre ein Betriebsleiter ohne Weisungsrecht undenkbar.

Aber auch die zweite Hauptaufgabe des Generaltruppeninspektors — Vorbereitung der Kommandoführung für den Einsatzfall — das besteht ja auch heute noch — „—ist problematisch: Es ist nirgendwo festgelegt, daß im Ernstfall der Generaltruppeninspektor automatisch Befehlshaber der Streitkräfte wird. In Generalstabskreisen plädiert man daher schon seit längerer Zeit für ein auch im Frieden bestehendes Armee-Oberkommando. Mit seiner Schaffung wäre ein großer Vorteil verbunden: Jetzt hat jede Sektion die Möglichkeit, mehr oder minder unkoordiniert in die Truppe ‚hineinzubefehlen‘; die drei Truppenkommanden und die übrigen entsprechenden Militärkörper hängen im luftleeren Raum.“ (Abg. Dr. Haider: Wie die Sozi!) „Ein Armee-Oberkommando wäre eine bereits im Frieden bestehende zentrale Befehlsstelle . . .“ (Abg. Dr. Pittermann: Wenn er noch einen Zwischenruf macht, muß er blasen!)

Ich bin nur sehr erstaunt darüber, wie ernst Sie an und für sich das Landesverteidigungsinstrument selber nehmen.

Die Folge dieses geschilderten Zustandes war, daß man in der ersten Stunde der ČSSR-

Nationalrat XI. GP. — 125. Sitzung — 16. Dezember 1968

10627

Mondl

Krise über keinen eingespielten Befehlsapparat verfügte, aus der Not eine Tugend machte, einen sogenannten Einsatzstab improvisierte, der eine Befehlsgewalt ausübte, ohne diese meiner Meinung nach tatsächlich zu besitzen.

Kaum war die größte Gefahr vorbei, beeilte sich der Herr Verteidigungsminister zwar so zu tun, als würde er diesen Einsatzstab, der sich in der tschechoslowakischen Krise bewährt hat, zementieren, in Wirklichkeit wurde aber nur ein Scheinrevirement durchgeführt. Ich mußte mich nämlich im Ausschuß auf eine diesbezügliche Frage belehren lassen, daß die kürzlich erfolgte Dekretierung des Verteidigungsministers in diesem Zusammenhang nur wieder für den Einsatzfall bestimmt sei. So bleibt uns weiterhin auf dem Waffen-, Geräte- und Ausrüstungssektor, aber auch in den Bereichen Organisation, Operation, Ausbildung, Nachrichtenwesen und so weiter der Anordnungs- und Kompetenzwirrwarr erhalten. Sehr geehrter Herr Landesverteidigungsminister! So sieht in Wirklichkeit die angekündigte Straffung der Organisation aus.

Auch die Verbesserung der Kampfkraft der Mob-Streitkräfte, also Mobilmachungsstreitkräfte, bleibt weiterhin ein frommer Wunsch. Diese sollte und soll durch verstärkte Inspektions- und Instruktionsübungen der Grenzschutz- und Territorialeinheiten erreicht werden. Das haben wir auch heute schon vom Herrn Abgeordneten Marwan-Schlosser bestätigt erhalten.

Führen Sie doch einmal eine objektive Meinungsbefragung bei den instruktionsübenden Männern durch; Sie würden sich wundern, was Sie da zu hören bekommen. (Abg. Fachleutner: *Er ist der Beste!*)

Ganz abgesehen von den Ausrüstungsmängeln erhebt sich vorerst die Frage: Grenzschutzeinheiten — wozu? Wann sollen sie eingesetzt werden? Zum Zwecke einer sofortigen Abschirmung der Grenze im bedrohten Raum oder zum Füllen eines militärischen Vakuums in der Nähe der Staatsgrenze nach einer schwerpunktmaßigen Verlagerung der Einsatzeinheiten zwecks militärischer Stärkung eines anderen bedrohten Territoriums in Österreich? Herr Bundesminister! Darüber müßte einmal Klarheit bestehen. Am 21. August 1968 hat sich klar und deutlich herausgestellt, daß darüber keine Klarheit besteht.

Einige Worte zum verstärkten Ausbau der Landwehr: Zum richtigen Ausbau der Landwehr muß ein echter Kader, das heißt ein Ge-rippe, vorhanden sein, zumindest ein genügend starkes Ausbildungsteam. Die Militärguppen haben zur Ausbildung aller in ihrem Bereich vorhandenen Grenzschutz- und Terri-

torialeinheiten ein Instruktionspersonal in der Stärke von 10 bis 15 Mann zur Verfügung. Mit diesem Personal müssen alle Inspektions- und Instruktionsübungen innerhalb des Militärrückmarskbereiches bewältigt werden. Dazu kommt, daß das Instruktionspersonal nicht nur zu gering ist, sondern auch nicht mehr zu den Jüngsten dem Alter nach zählt. Mit einem Wort, es ist physisch weit überfordert, und das wirkt sich äußerst negativ auf die Ausbildung aus, sodaß von einer zunehmenden Kampfkraft dieser Mob-Einheiten vorerst überhaupt keine Rede sein kann. Das kann Ihnen doch, Herr Landesverteidigungsminister, bisher nicht verborgen geblieben sein.

Und nun zu der weitgehenden Übereinstimmung der Friedens-Soll-Stärke mit den erreichbaren Ist-Ständen und der damit verbundenen echten Effektivitätssteigerung. Schon im Vorjahr waren wir uns — ich glaube, das ist unbestritten — darüber einig, daß keine der sieben Einsatzbrigaden die für einen Einsatz notwendige Minimalstärke je erreicht hat. Es ist im Falle der ČSSR-Krise wirklich als militärische Glanzleistung zu bezeichnen — und da gebe ich dem Herrn Abgeordneten Fachleutner auf jeden Fall recht —, in welch kurzer Zeit, trotz der organisatorischen Schwierigkeiten die alarmierten Truppen nach Erteilung des Marschbefehles gekonnt in die befohlenen Räume einrückten. Aber wollen wir doch lieber nicht weiteruntersuchen, in welchem Zustand sich diese Truppen befunden haben. Man kann nur froh sein, daß für diese Truppen nichts anderes befohlen werden mußte — wie der Herr Abgeordnete Marwan-Schlosser ausführte —, als hinter einer Sperrlinie bestimmten Abstandes von der Grenze zu verbleiben und weiter ihre Truppenausbildung dort durchzuführen und zu betreiben. Herr Landesverteidigungsminister! Von einer Effektivitätssteigerung nach der Rationalisierung kann überhaupt keine Rede sein.

Die Bataillone der Einsatzbrigaden weisen Antrittsstärken — und bitte, jetzt merken Sie gut auf — von 150 bis höchstens 200 Mann auf. Und ich habe mir sagen lassen, daß zirka 800 Mann die Friedens-Soll-Stärke sein soll.

Herr Minister! Lassen Sie sich in jeder Brigade je eine Kompanie oder zumindest irgendeine Kompanie aus der Gruppe I melden, und zwar die Antrittsstärke, die sie um 7 Uhr Früh hat. Da werden Sie Ihre Wunder erleben. Beenden wir das Theoretisieren, das Spiel mit Schaubildern und Graphiken und lassen wir einmal nur die Zahlen sprechen, und zwar nur die reinen Antrittsstärken und Antrittszahlen. Dann wird jeder sofort begreifen, daß bei diesen geringen Stärken von einer Einsatzfähigkeit überhaupt keine Rede sein

10628

Nationalrat XI. GP. — 125. Sitzung — 16. Dezember 1968

Mondl

kann, ja daß man auch nicht imstande ist, das vorgesehene Ausbildungsprogramm ordnungsgemäß abzuwickeln, weil auch dazu die personellen Voraussetzungen fehlen.

Einige Wochen nach dem 21. August 1968 wurde allgemein heftig darüber diskutiert, ob das Bundesheer oder Teile des Bundesheeres die mit der ČSSR-Krise verbundene Erprobung bestanden haben beziehungsweise ob sich im Zusammenhang mit dieser Erprobung die Konzeption, das Organisationsschema, als richtig erwiesen hat.

Gerade in diesem Fall hat der Herr Landesverteidigungsminister Dr. Prader im Zusammenhang mit einem Vortrag vor dem Österreichischen Akademikerbund festgestellt: „Gerade in diesem Falle habe sich die österreichische militärische Konzeption bewährt.“

Herr Landesverteidigungsminister! Am 21. August 1968 und in den Tagen und Wochen nachher wurde nichts erprobt, daher konnte sich auch nichts bewähren. Aus einem ganz einfachen Grund: Es ist nämlich nichts geschehen. Wir waren nur mit zwei Brigaden in einer Art von Wartezustand — wie es heute schon dargestellt wurde —, und zwar im Mühl-, Wald- und Weinviertel. Es war keine militärische Schwerpunktverschiebung notwendig, und es wurde auch keine Teilmobilmachung durchgeführt. Ja, es kam nicht einmal zu einem gemeinsamen Assistenz Einsatz des Bundesheeres mit der Gendarmerie und der Zollwache.

Eine Organisation, meine sehr geehrten Damen und Herren, kann aber nur unter einer Belastung erprobt werden. Und von einer Belastung der Organisation unserer militärischen Landesverteidigung kann im Zusammenhang mit den Ereignissen der ČSSR-Krise überhaupt nicht gesprochen werden.

Es ist irgendwie menschlich verständlich, wenn der Herr Landesverteidigungsminister vorerst versuchte, die ČSSR-Krise als Gelegenheit wahrzunehmen, um sein im Sommer sehr angeschlagenes Image wieder aufzumöbeln. (*Abg. Fachleutner: Täuschen Sie sich nicht, Herr Kollege! Er ist im Kommen!*) Ja, ja, doch alsbald konnte man bis zu den höchsten Spitzen der ÖVP hinauf hören, daß sehr berechtigte Zweifel an der Wehrkonzeption bestehen. Während der Herr Landesverteidigungsminister Dr. Prader noch immer erklärte, daß die derzeitige Konzeption goldrichtig sei, saßen bereits ÖVP-Politiker und ÖVP-Wehrexperten unter der Wortführung der Abgeordneten Marwan-Schlosser und Glaser beisammen, um ein neues ÖVP-Wehrkonzept zu basteln.

Ich frage nun: Wie groß muß das Mißtrauen der Österreichischen Volkspartei gegen den eigenen Ressortminister sein und welche tiefe Abneigung muß in der Regierungspartei gegen die von Dr. Prader vertretene Konzeption bestehen, wenn sie sich entschließt, außerhalb des Ministeriums und entgegen der Meinung des zuständigen Ressortministers unter der Vorsitzführung und Wortführung seiner künftigen Nachfolger auf dem Ministersessel ein Wehrkonzept zu erarbeiten. (*Abg. Fachleutner: Ein neuer Euler!*)

Die Regierungspartei ist vor kurzem an uns herangetreten, um über ein ÖVP-Wehrkonzept (*Abg. Hartl: Wenn das ein Zivilist tut, ist das Spionage!*), das sie zu erarbeiten im Begriffe ist, und vor allem über dessen Finanzierung zu sprechen. Dabei wird offenbar das Ziel verfolgt, die Opposition zur Mitarbeit und vor allem zur Mitverantwortung zu bewegen. Ich frage, welches Konzept hat die ÖVP bisher verfolgt, in dem bei gegebener zwingender Notwendigkeit einer optimalen Ausnutzung der verfügbaren Mittel sinnlose Geldverschwendungen Platz greifen konnte.

Nur einige Beispiele: Wir haben heute schon von den Monitoren, also den Patrouillenbootsstaffeln gehört. Diese werden Beschaffungs- und Erhaltungskosten erfordern, die in die Zir-Millionen gehen. Militärischer Verteidigungswert ist nahezu Null und mittels „konventioneller Mittel“ mit wenigen 100.000 \$ erzielbar. Aber es gibt wieder eine Marine. (*Ruf bei der ÖVP: Auf der Donau!* — *Abg. Weikhart: U-Boote!*) Wir können dem Großadmiral zu diesen vorwiegend als Ausflugssboote geeigneten Einheiten nur mit Bedauern und ernstem Vorbehalt gratulieren.

In Kärnten liegt Viktring. Dort gibt es seit Jahren ein bundesheereigenes Dornröschen-Schloß. — (*Abg. Fachleutner: Mondl, der neue Konteradmiral!*) Vielleicht werde ich dann auch zum Drei-Stern-General befördert. Aber ich muß Ihnen ehrlich sagen, ich habe keinerlei Ambitionen darauf. — Dieses Areal wurde vom Vorgänger des derzeitigen Bundesministers für Landesverteidigung um nicht wenig Steuergeld erstanden. Es steht heute noch genauso da wie zur Zeit des Ankaufs, unbeachtet und ungenutzt. Der Zahn der Zeit verrichtet seine Arbeit, mag sein, daß bald ein Heckendickicht darüber wachsen wird. Wir aber — da können Sie versichert sein — werden über derartige Investitionen in die Landesverteidigung niemals Gras wachsen lassen.

Eine ähnliche wie die genannte Tragödie konnte in Niederösterreich durch unser rechtzeitiges Eingreifen gerade noch verhindert

Nationalrat XI. GP. — 125. Sitzung — 16. Dezember 1968

10629

Mondl

werden. Ich könnte noch eine Reihe ähnlicher Ankäufe anführen, ich will es aber unterlassen.

Ein weiteres Beispiel, wie man Steuergelder ausgeben kann: Tradition in Ehren. Gute Tradition erhält sich im Volk und auch in der Armee von selbst. Man mag wohl etwas dazutun, um gute Tradition zu pflegen. Irgendwo gibt es aber auch hier eine Grenze, deren Überschreiten ein leichtfertiges Ausgeben von Steuergeldern bedeutet.

Da wurden zunächst nicht gerade billige Gedenksteine vor die Kasernen gesetzt, nachdem die althergebrachten Namen zwar historisch möglicherweise durchaus richtig derart abgeändert wurden, daß selbst Experten graume Zeit benötigten, um sich im neuen Namengewirr zurecht zu finden.

Seit neuestem werden Millionen für Truppenkörper-Wappen ausgegeben, und wenn diese Aktion abgeschlossen sein wird, wird das rund 7 Millionen Schilling kosten, denn eines dieser Wappen kostet rund 30 S, ist mir gesagt worden. Unter dem Motto: „jedem Truppenkörper sein eigenes Wappen“ werden Wappenschilder ausgegeben.

So hat unter anderem ein Truppenkörper bei vorschriftsmäßiger Anbringung des Wappenschildes auf diesem einen nach rück- und offenbar abwärts fahrenden Karren darauf. Was wohl der bedeuten soll? Ist es der Ausdruck des verfahrenen ÖVP-Wehrkonzeptes, Herr Landesverteidigungsminister, oder das Emblem einer modernen Verteidigungsarmee, wie sich die ÖVP diese vorstellt? Ich stelle fest: Diese Ausgaben werden als unerlässlich erachtet, und das — ich bitte mich nicht mißzuverstehen — in einer Zeit, in der für die notwendigsten Ausrüstungsgüter zuwenig Mittel verfügbar sind!

Gehört es weiter auch zum Wehrkonzept der ÖVP, daß Waffen und Gerät, ohnedies teuer genug, nicht grundsätzlich dort erworben werden, wo gleichartiges Gerät am billigsten angekauft werden kann? Läßt dieses Konzept dem Ressortminister völlig freie Hand oder handelt der Minister einem besseren Konzept entgegen, wenn er kauft, wo er will, egal was es kostet?

Die Differenzbeträge zwischen den Beschaffungsmöglichkeiten, von welchen der Minister so häufig die teurere wählt, sodaß dies keinesfalls mehr als Ungeschick oder Nachlässigkeit gewertet werden kann, gehen zum Beispiel beim Ankauf von Fluggeräten in Millionen und Abermillionen Schilling.

Die beiden Sikorsky-Hubschrauber kosten mit allen Ersatzteilen und Wartungsvoraus-

setzungen rund 100 Millionen Schilling, ohne für das Bundesheer einen militärischen Nutzeffekt zu haben.

Ich will diese Beispiele nicht weiter fortsetzen, aber ich frage: Ist dies die Art, wie das ÖVP-Wehrkonzept das Gebot der Sparsamkeit der Verwendung von Steuermitteln im Bereich der Landesverteidigung versteht? Oder geht der Verteidigungsminister entgegen einem besseren Konzept eigene Wege auf Kosten des Steuerzahlers und auf Kosten des Bundesheeres, das gleichzeitig materiell zu verarmen droht?

Wie immer die Antwort auf diese Frage aussehen mag, eines können Sie gewiß sein: Wir werden nur einem Konzept die Zustimmung geben und damit die Mitverantwortung übernehmen, das hinsichtlich Realität und Durchführbarkeit unseren Vorstellungen entspricht und das die an den erwähnten Beispielen gezeigte Verschwendungen von Steuergeldern nicht kennt. Wir können aber auch die Durchführung eines noch so guten Konzeptes nicht einem Ressortminister anvertraut sehen, dessen jahrelange Praktiken eine korrekte Durchführung nicht erwarten lassen. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident Wallner: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Regensburger. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Regensburger (ÖVP): Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich freue mich, daß sich die heutige Diskussion über die Landesverteidigung im großen und ganzen doch in sachlichen Bahnen bewegt hat. Ich bin der Meinung, daß Sachlichkeit Österreichs Landesverteidigung nur zum Vorteil gereichen kann.

Ich will den Herrn Kollegen Mondl von der Sachlichkeit ausnehmen, er hat sich heute diesbezüglich etwas schwer getan. Der erste Teil seiner Ausführungen war eine Verteidigungsrede. Er hat aber dabei vergessen, daß er einen Brief, den der Parteisekretär Trinkler geschrieben hat, dem Herrn Verteidigungsminister Dr. Prader persönlich unterschoben hat.

Nachher hat er dann wohl versucht, etwas sachlicher zu werden, es ist ihm aber nur in einigen Details gelungen. Ich will ihn aber nicht verdächtigen, daß ihm diese wenige Sachlichkeit deswegen über die Lippen kam, weil er doch eine kurze Zeit der ÖVP angehörte. Er kann nämlich wirklich sachlich sein.

Es wurde heute auch bemängelt, daß die Rehabilitierung der Soldaten des zweiten Weltkrieges noch aussteht. Ich möchte hier expressis verbis feststellen, daß von Seiten der Österreichischen Volkspartei der Soldat

10630

Nationalrat XI. GP. — 125. Sitzung — 16. Dezember 1968

Regensburger

des zweiten Weltkrieges schon längst rehabilitiert wurde (*Beifall bei der ÖVP*), weil wir uns ansonsten selbst als Soldaten des zweiten Weltkrieges persönlich diskriminieren würden. Wenn uns aber jemand zur Rehabilitierung der Ideologie des zweiten Weltkrieges auffordern möchte, dann sagen wir nein! (*Beifall bei der ÖVP. — Abg. Peter: Keine Unterstellungen, Herr Regensburger!*)

Es wurde der Österreichischen Volkspartei heute auch des öfteren vorgeworfen, daß die Entscheidungen in der ČSSR-Krise falsch waren und zu spät vorgenommen wurden. Ich darf in diesem Zusammenhang einen unverdächtigen Zeugen nennen, den Generaloberst a. D. Dr. Lothar Rendulic. Nur drei kurze Sätze.

„Unsere militärischen Maßnahmen waren der Lage richtig angepaßt. Den Grenzschutz selbst zu aktivieren war überflüssig, weil ja eine Bedrohung unseres Landes nicht vorlag, sondern nur mit jenen Eventualitäten zu rechnen war, die bei Kampfhandlungen im Bereich eines Nachbarlandes einzutreten pflegen. Von einer Grenzverteidigung konnte naturgemäß keine Rede sein, hiefür wären für diesen Raum mindestens Kräfte in der Stärke von 600.000 Mann, ausgerüstet mit modernsten Waffen und reichlicher Munition, ferner einer starken Luftwaffe, erforderlich. Den Schutz der Neutralität auf diese oder ähnliche Weise vermag ein gut ausgebildetes und bewaffnetes Bundesheer, das über mindestens 50.000 Mann verfügt, zweifellos zu leisten.“

Ich glaube, daß dieser Fachmann aus dem zweiten Weltkrieg in der Lage ist, ein Urteil abzugeben, und daß dieses Urteil für die österreichische Landesverteidigung und für den Verteidigungsminister Dr. Prader ausfallen ist. (*Beifall bei der ÖVP. — Abg. Peter: Dann geben Sie ihm endlich die Pension als Generaloberst! — Weitere Zwischenrufe bei der FPÖ.*)

Und nun komme ich zu meinem eigentlichen Thema, zum Befestigungsanlagenbau. Über den Wert oder Unwert von Landesverteidigungsanlagen haben sich die Meinungen auch hier im Hohen Hause geändert. Ich erinnere mich noch gut, wie im Verteidigungsausschuß und hier im Hohen Hause die ersten Verteidigungsanlagen sehr negiert wurden und daß man die Verteidigungsanlagen im Südosten unseres Landes als den sogenannten Schleinzer-Wall verhöhnte.

Es ist erfreulich festzustellen, daß das Pro für die Landesverteidigungsanlagen immer mehr in den Vordergrund tritt. Es ist ja heute vom Kollegen Haas dokumentiert worden, und ich kann ihn in seinen Ausführungen

zu 90 Prozent bestätigen. Interessant dabei ist überhaupt die Feststellung, daß das Kontra allgemein in der Welt mehr schwindet und daß man versucht, unter einer Militärideologie, die den Angriff über Gebühr glorifiziert, einen Schlußstrich zu ziehen. Schon Clausewitz meinte seinerzeit wörtlich: „Die strategische Verteidigung, richtig gehandhabt, ist die stärkste Kampfform.“

Es besteht wohl kein Zweifel darüber, daß der Bau von Befestigungsanlagen unter anderem auch zur Demonstration des festen Willens zur Landesverteidigung gehört und diesbezügliche praktische Maßnahmen sich immer noch in der Welt als stabilisierend erwiesen haben. Ich brauche hier nur die Schweiz als Beispiel im zweiten Weltkrieg anzuführen. Ich persönlich frage mich, ob eine wirksame Landesverteidigung ohne festen und gesicherten Rückhalt überhaupt möglich ist. Mir scheinen richtig angelegte und placierte Befestigungsanlagen wie das Knochengerüst für den Halt des Körpers. Keine erfolgreiche Landesverteidigung kann ohne sichere Basen geführt werden. Solche Basen müssen aber schachbrettartig angelegt werden, denn ein starrer, zementierter Riesenkordon wäre nicht zweckentsprechend. Es hat sich nämlich immer wieder herausgestellt, daß, wenn ein solch starker Kordon durchbrochen wird, die Anlagen sich dann als Falle für die Besetzungen erweisen und die Werke dann selbstgeschaffene Hindernisse bei einer operativen Gegenoffensive bedeuten.

Jeder neuzeitliche Krieg läßt sich seit der Erfindung des Schießpulvers auf wenige Elemente zurückführen. Es gibt Fachleute, die sagen, es seien vier. In erster Linie sind unter diesen Elementen wohl Feuer und Bewegung im Kriegsgeschehen zu nennen.

Feuer und Bewegung sind sicherlich vordergründig, aber bestimmt nicht allein, denn dort, wo es Mittel gibt, gibt es auch Gegenmittel, und so gibt es eben auch bei Feuer und Bewegung Gegenmittel. Gegen Feuer heißt das Gegenmittel Deckung und gegen die Bewegung Behinderung. Deckung und Behinderung können von Natur gegeben sein oder technisch geschaffen werden. Auch das von Natur Gegebene kann selbstverständlich mit technischen Mitteln verstärkt und unterstützt werden und ist dann wohl das Wirtschaftlichste und bringt den größten beabsichtigten Effekt. Durch solche Verstärkungen natürlicher Gegebenheiten ist die Wirkung des Feuers noch immer beträchtlich herabgesetzt und die operativen Bewegungen sind aufgehalten worden, mindestens durch eine kurze Zeit.

Nationalrat XI. GP. — 125. Sitzung — 16. Dezember 1968

10631

Regensburger

Aber ich wiederhole noch einmal: keine Chinesische Mauer, sondern schachbrettartig angeordnete Hindernisse. Dann sind Landesbefestigungen, wenn sie so angelegt sind, wie ich sagte, nicht nur nicht überholt, sondern erweisen sich als eine echte wirksame militärische Waffe und darüber hinaus, was nicht zu übersehen ist, als eine eminent psychologische Waffe.

Als negative Argumentation gegen den Wert von Landesbefestigungen werden meist die Beispiele der Maginotlinie, des Westwalls und des Atlantikwalls genannt. Ich gebe zu, daß die großen Befestigungsanlagen des zweiten Weltkrieges ihrer Aufgabe nur zum Teil gerecht geworden sind, aber zum Beispiel war gerade die Existenz der Maginotlinie die Ursache und hat den Grund gegeben, daß Deutschland über die Niederlande und Belgien angegriffen hat, eben dort, wo es keine Maginotlinie gab. Diese Linie wurde erst dann aufgerollt, nachdem die französische Hauptarmee geschlagen war und der militärische Widerstand von Seiten Frankreichs bereits aufhörte.

Der Westwall wurde zum Beispiel wieder für einen besonderen Zweck gebaut. Seine Hauptaufgabe war der Schutz der deutschen Westgrenze, während die Masse der deutschen Wehrmacht im Osten, also in Polen eingesetzt war. Diesen Zweck hat der Westwall erfüllt. Als dann Deutschland später gegen Frankreich antrat, ermöglichte der Westwall immerhin eine störungsfreie Bereitstellung der Truppen.

Der Atlantikwall bestand zu einem größeren Prozentsatz als Bluff. An den starken Stellungen, zum Beispiel bei Le Havre und bei der Insel Walcheren in der Schelde mündung, wurde er nicht angegriffen. Es hat sich auch dort herausgestellt, daß trotz wochenlangem Bombardement und Belegung der Anlagen durch schwerste Geschütze die Anlagen wochenlang dem Angriff widerstanden. Man erzählt sich von einem MG-Stand, der die US-Streitkräfte 24 Stunden am Landeplatz festgehalten habe.

Es wären aber eine Reihe echt positiver Beispiele aufzuzählen. Ich nenne nur kurz die Mannerheimlinie, die durch Monate gegen große technische und auch zahlenmäßige Übermacht standgehalten hat, die griechische Metaxaslinie, die, obwohl nur mehr teilweise besetzt, den angreifenden deutschen Truppen größte Schwierigkeiten bereitet hat, und weise darauf hin, daß die vorfabrizierten Kleinbunker der deutschen Wehrmacht in Italien drunten, in Neapel und Rom zum Beispiel, die überlegenen alliierten Kräfte auch über eine gewisse Zeit aufzuhalten in der Lage waren.

Die wichtigsten Merkmale von ernst zu nehmenden Landesbefestigungsanlagen sind: starke panzerbrechende Wirkung, größtmöglicher Schutz für die Mannschaft, kleines Luftziel und gute Tarnung und Verzicht auf jede Ausstattung, die nicht unbedingt notwendig ist.

Bei den Maßnahmen Österreichs bezüglich Landesbefestigungen sollen selbstverständlich kein Westwall, keine Maginotlinie und keine Metaxaslinie geschaffen werden, wohl aber dauerhafte Geländestärkungen und Feldbefestigungsanlagen von beträchtlicher Abwehrkraft.

Gewiß können solche Stellungen durchbrochen und niedergekämpft werden, aber der Zeitverlust, der einem Gegner durch das Kampfgeschehen erwächst, gibt die Möglichkeit zur Nutzung der jeweiligen politischen und militärischen Situation.

Da bei einer Diskussion über die Landesbefestigungsanlagen immer wieder die Kostenfrage aufgeworfen wird, auch dazu zwei Sätze:

Zehn moderne Bunker mit modernsten Panzerabwehrgeschützen kosten etwa soviel wie ein moderner Panzer! Eine starke Landesbefestigungslinie von der Donau bis zur Mur hätte 1960 ungefähr soviel gekostet wie das Flughafenempfangsgebäude in Wien-Schwechat.

Moltke schrieb einmal an den Schweizer Juristen Hans Kaspar Bluntschli: „Der ewige Friede ist ein Traum ...!“ Infolgedessen wandle ich Hölderlin ab, der sagte: „Wo aber Gefahr ist, wächst das Rettende auch“, in: Unterstütze und fördere das Rettende, bevor die Gefahr eintritt! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident Wallner: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Troll. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Troll (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Bevor ich mich der eigentlichen Problemstellung, die mich beim Bundesheer bewegt, zuwende, gestatten Sie mir, daß ich mich mit einigen Ausführungen der Vorredner befasse, denn ich glaube, man kann die Dinge, so wie sie hier dargelegt werden, nicht unwidersprochen lassen. Ich möchte mich für meine Stimmlage entschuldigen, ich habe einen Schnupfen, man könnte sagen, ich bin auf Prader verschnupft.

Herr Abgeordneter Zeillinger hat schon Dinge aufgezeigt, die immer wieder dieses Hohe Haus beschäftigen und die immer wieder so typisch zeigen, daß die Aufgabe des Ministers Prader nicht die ist, das österreichische Bundesheer auf tüchtige Beine zu stellen, sondern Parteipolitik zu machen. Diese Um-

10632

Nationalrat XI. GP. — 125. Sitzung — 16. Dezember 1968

Troll

ständige sind es ja auch, die immer wieder Anlaß zur Kritik geben. Ich glaube, wenn man ernst für die Republik Österreich, für deren Neutralität und für ein österreichisches Bundesheer eintritt, dann müßte man auch in den Lagern der Österreichischen Volkspartei sagen: So geht das nicht. Man kann das Bundesheer nicht als parteipolitische Domäne der ÖVP benützen.

Und dann kommt nach all den aufgezeigten Kritiken unser lieber Freund Fachleutner — jetzt ist er nicht da. (*Abg. Fachleutner: O ja!*) Um diese Zeit ist er meistens bei einem Viertel Wein. — Nein, er ist da! Da kommt also Fachleutner und gestattet sich ganz lautstark wie ein Marktschreier zu rufen: Der Prader, das ist der beste Prader, so einen haben wir noch nicht gehabt. (*Heiterkeit.* — *Abg. Weikhart: So einen Prader haben wir noch nicht gehabt!* — *Abg. Fachleutner: Besser als der Troll!*) Ich wünsche es dir nicht, daß ich Verteidigungsminister werde, denn dann hast du nichts zu reden, Fachleutner, da gehst du zur Landwirtschaft zurück.

Vor allen Dingen, Fachleutner, was ich mir von dir nicht bieten lassen würde, das wäre die Verleumdung der österreichischen Eisenbahner, die du ja zu guter Letzt auch im Zusammenhang mit den Ausführungen des Kollegen Mondl aufgezeigt hast. Du hast von einem „roten Terror“ gesprochen, der damals bei der Bundesbahn geherrscht hat. Kollege Mondl hat ausdrücklich widerlegt, daß seine Vorgesetzten Rote waren, sie waren ÖAAB-Leute. Fachleutner, wenn du jetzt imstande bist, das alles aufzunehmen, dann würde ich dir empfehlen, den Mut zu haben und hierherzukommen und dich vor den Eisenbahnern zu entschuldigen, denn einen roten Terror hat es nie gegeben. (*Beifall bei der SPÖ.*) Und wenn du, Fachleutner, dir zumutest, die politische Entscheidungskraft des Abgeordneten Dr. Kreisky zu interpretieren und dich als schockiert erklärst, weil Kreisky betonte, nur nach Abberufung eines Prader kann man mit uns ernst über die Landesverteidigung reden, da glaube ich: Überlaß das der Überlegung und der Diplomatie des Kreisky! Wir wissen schon, warum wir dieser Verteidigungspolitik mißtrauisch gegenüberstehen, nicht nur unser Lager, sondern auch das Lager der zweiten Oppositionspartei, der Freiheitlichen, und viele in euren Reihen.

Was mir, meine Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei, persönlich aber leid tut, ist die Tatsache, daß sich hohe Generäle und Offiziere des Bundesheeres un-

entwegt mit diesen politischen Auseinandersetzungen zu befassen haben. Sie kommen ja zu keiner logischen Konzeption des österreichischen Bundesheeres, wenn man unentwegt diesen Attacken ausgesetzt ist, nur weil die ÖVP nicht bereit ist, den Minister auszutauschen.

Im Hohen Hause gibt es von seiten der Österreichischen Volkspartei nichts anderes als Verteidigungsreden für den Minister. Und damit komme ich gleich zum Freund Marwan-Schlösser. Er schreit hier großspurig: Dr. Steininger kritisiert das Bundesheer, statt daß er brauchbare Konzepte vorlegt. Ja Marwan, ich frage dich: Ist der Steininger Verteidigungsminister oder der Prader? Wenn das der Steininger vorlegen muß, braucht der Prader nimmer dazusein. Der Steininger hat ein Konzept, du kannst dich darauf verlassen, mein Freund Marwan! (*Heiterkeit. — Präsident Wallner gibt das Glockenzeichen.*)

Mein Freund Marwan erklärt dann weiter: Die ÖVP hat sich schon im Mai dieses Jahres am Semmering mit Erklärungen zur Landesverteidigung beschäftigt, und die ÖVP wird sich mehr mit der Wehrpolitik befassen.

Meine Damen und Herren! Ist das nicht ein spätes Eingeständnis, wenn man seit der Gründung des österreichischen Bundesheeres die verantwortliche Ressortführung hat und die Landesverteidigung zu verantworten hat, daß man jetzt im Mai 1968 darauf kommt, daß man sich mehr mit der Landesverteidigung befassen muß? Ich muß sagen, das ist sehr spät, wenn die ÖVP erst jetzt darauf kommt, daß sie hier auch Verantwortung zu tragen hätte. (*Abg. Hartl: Ihr habt auch jetzt euer Wirtschaftskonzept erfunden!*)

Immer wieder wird in den Zeitungen Diverses über die Politik im Bundesheer geschrieben. Das geht so weit, daß es zu Broschüren kommt, die man teils auch als Diffamierungen betrachten kann; eine wurde heute schon zitiert. Und man redet von seiten der Österreichischen Volkspartei über die bösen Oppositionspolitiker, die Wehrzerstörung und die Zersetzung des Wehrwillens. Meine Damen und Herren! Ich muß ehrlich sagen: Nicht die Kritiker zerstören den Wehrwillen des österreichischen Volkes und der Soldaten, sondern die Politiker, die diese verantwortungslose Parteipolitik im Bundesheer betreiben, und das ist in erster Linie der Bundesminister für Landesverteidigung. (*Beifall bei der SPÖ.*) Da kommt es auf die Situation an: Wer trägt die Verantwortung für ein solches Heer? Ich glaube nicht, daß man uns nachsagen könnte, daß wir nicht immer bereit

Nationalrat XI. GP. — 125. Sitzung — 16. Dezember 1968

10633

Troll

waren, uns ernst mit den Fragen der Landesverteidigung zu beschäftigen.

Dann kommt Marwan-Schlosser zu seinem zoologischen Vortrag vom Bären und der Fliege und dem kleinen Mäuslein. Ich glaube, so billig kann man über die österreichische Landesverteidigung nicht reden. Man kann uns nicht zum russischen Bären machen und umgekehrt nicht als Mäuslein behaupten wollen, denn die Landesverteidigung hat, so glaube ich, einen tieferen Sinn und soll nicht in die Auseinandersetzung der Weltmächte hineingetragen werden.

Ich habe mich im Vorjahr sehr eingehend mit der Situation und dem Sinn und Zweck in meiner Rede, die ich hier fast am gleichen Jahrestag gehalten habe — zwei Tage später, am 18. Dezember —, befaßt. Vom Herrn Abgeordneten Marwan war ich der Auffassung, er werde sich sachlich mit den Dingen befassen und diesem Kapitel wirklich mehr Aufmerksamkeit zuwenden, als nur von Hornissenstichen und dem Hornissenverteidigungskampf zu reden. Ein Hornissenkampf ohne einen fähigen Praderstachel ist halt meiner Meinung nach sinnlos.

Ein Landesverteidigungsplan, so sagt Marwan-Schlosser, sieht eine Menge Operationspläne in untergeordneter Folge vor. Er spricht dann vom strategischen Grundsatz des Listigseins, des Tarnens und der Wendigkeit. Meine Damen und Herren! Bis jetzt hat diese Listigkeit und Wendigkeit nur der Minister beim Ankauf von ÖVP-Liegenschaften bewiesen. Aber in der Militärstrategie, im Ausbildungsplan habe ich nichts von diesen Dingen gesehen. Ich glaube, man muß sich bei all diesen Dingen immer wieder an die Funktion der Führung dieses Bundesheeres zurückrinnern, dann kommt man zu der Auffassung, es ist alles nicht ernst.

Wenn Marwan-Schlosser dann noch erklärt, 4 Prozent seien halt zuwenig für das Militär, dann frage ich euch ehrlich: Habt ihr nicht die absolute Mehrheit im Parlament, hättest ihr dem Prader nicht ohne weiteres 12 Prozent geben können? Warum habt ihr es denn nicht getan? Wahrscheinlich habt ihr selber kein Vertrauen zu ihm. Ihr könnt der Öffentlichkeit heute doch nicht einreden, daß wir, die bösen Sozi, gegen das Militär sind, weil ihr weniger als 4 Prozent im Verteidigungsetat habt. Diese Verantwortung liegt ausschließlich bei Ihnen. Wenn sich allerdings die Verteidigungskonzeptler in der ÖVP-Fraktion nicht durchsetzen, dann ist das euer Hobby, aber nicht unseres. Diese Frage ist also nicht bei den Oppositionsparteien zu klären, sondern bei der Regierungspartei, die ja die alleinige und absolute Mehrheit hat.

Ich glaube, meine Damen und Herren, daß man bei dieser Verteidigungsbereitschaft, bei dieser geistigen Vorbereitung auf die Verteidigungsbereitschaft von anderen Grundsätzen ausgehen müßte. Denn wenn ich heute dem österreichischen Volk oder meintwegen den jungen Präsenzdienern und der Jugend unseres Landes einreden will: Wir werden in Zukunft statt 405 S pro Kopf der Bevölkerung auch 742 S oder 1678 S für die Verteidigungsbereitschaft brauchen, dann muß diese Jugend, dann muß dieser Zahler des Geldes ideologisch mit dabei sein und muß bereit sein, für eine sinnvolle und organisierte Landesverteidigung zu bezahlen. Wenn aber unentwegt und in jeder Budgetdebatte jedes Jahr wieder gleichlauende Auseinandersetzungen nur über die Verpolitisierung dieses Bundesheeres geführt werden und über die Methoden des ÖAAB-Landesobmannes Prader, der jetzt identifiziert ist mit dem Verteidigungsminister, dann, glaube ich, werden wir der österreichischen Jugend diese Verteidigungsbereitschaft schwer verständlich machen können.

Wenn man dann noch so weit geht, daß man versucht, in der Auseinandersetzung, in der Kritik an diesem Kapitel persönliche Difamierung zu betreiben, indem man Rundschreiben hinausgibt — ich glaube, das ist nicht mehr gut und sehr ehrlich. Da kann man sich auch nicht mehr mit Prader identifizieren, indem man mit irgendwelcher Achtung von dem Minister redet, sondern der hat als Obmann des ÖAAB diese Dinge unterschrieben, die ausgerichtet sind, einen strengen Kritiker in der Öffentlichkeit zu diffamieren und unmöglich zu machen. (Abg. Hartl: *Wer hat denn das Rundschreiben gestohlen?*) Und jetzt war es nichts anderes beim Fernsehen. Regensburger hat also nur noch unterbringen müssen im Fernsehen: Der Mondl war doch bei der ÖVP oder irgend so ein Zitat, damit man das in die Öffentlichkeit bringt.

So kann man eine Landesverteidigungs-politik nicht führen.

Aber zur Situation, daß einer einmal bei einer anderen Partei war, meine Damen und Herren, möchte ich in dem Haus keine Röntgenaugen haben; ich glaube, da käme allerhand zutage. (Abg. Meißl: *Das wäre sehr gefährlich!*) Aber das ist ja auch nicht der Sinn und Zweck. Es ist ja keine Schande, wenn einer erkennt, seine Partei hat ihn betrogen mit der Wahlpropaganda, jetzt geht er zu einer anderen, zu der er mehr Vertrauen hat! Da werden euch noch mehr davonrennen! Da werden noch mehr übertreten vom ÖAAB! (Heiterkeit bei der SPÖ. — Abg. Kern: *Nicht deswegen, weil er es nicht aushält als Schwarzer im Bezirk?* — Abg. Ofenböck: *Das stimmt*

10634

Nationalrat XI. GP. — 125. Sitzung — 16. Dezember 1968

Troll

doch nicht; bis jetzt ist der ÖAAB stärker geworden!) Glaubt doch nicht, daß ihr bei diesen Methoden alle Wähler, die ihr bisher habt halten können, weiter halten werdet! Diesem Optimismus dürft ihr euch nicht hingeben. (*Zwischenruf des Abg. Hartl.* — *Zwischenruf des Abg. Kern.* — *Abg. Ofenböck: Wir sind stärker geworden, und ihr seid schwächer geworden!* — *Weitere Zwischenrufe.*)

Ich möchte also einleitend zu dieser geführten Debatte sagen: Meine Damen und Herren! Für einen Parlamentarier, der die Sorgen unserer Republik kennt und der bemüht ist, die Landesverteidigung zur gemeinsamen Sache aller Österreicher zu machen, für einen solchen Abgeordneten, in dem also mehr drinnen liegt als ein paar Viertel Wein in der Diskussion (*Heiterkeit bei der SPÖ*), ist es, glaube ich, traurig, daß man bei allen diesen Diskussionen über Landesverteidigung immer wieder die Auseinandersetzung, die stundenlange Auseinandersetzung über den ÖAAB-Landesobmann Prader, seine politischen Machinationen, zu führen hat. (*Zwischenruf des Abg. Guggenberger.*) Ich habe hier noch keine Debatte erlebt, in der man sachlich über die Konstruktion des österreichischen Bundesheeres allein hätte reden können. (*Abg. Guggenberger: Selbsterkenntnis ist der erste Weg zur Besserung!* — *Zwischenruf des Abg. Altenburger.*)

Ich habe mich zu Regensburgers Wehrmachtsbericht nicht zu äußern. Er hat von den Landesbefestigungsanlagen des zweiten Weltkrieges geredet. Ich habe nur noch auf das Schlußlied von der Lili Marleen gewartet. (*Heiterkeit.*) Aber die Vergleichsbasis des zweiten Weltkrieges, der Maginotlinie und all der Dinge zum jetzigen österreichischen Bundesheer und zu dessen Stellung ist, glaube ich, nicht sachlich und ist hier nicht zu vertreten. Man kann sich beim Sandkastenspielen über die Problematik auseinandersetzen und dort verschiedene Linien ziehen. Wir müssen mit der Realität des österreichischen Wirtschaftsbudgets rechnen und fragen: Was an Maginotlinien zu bauen sind wir imstande?

Meine Damen und Herren! Als ich genau vor einem Jahr ebenfalls zum Kapitel der Landesverteidigung eine sehr konkrete und ausführliche Stellungnahme abgab, verband ich damit die Auffassung, daß nach dem Grundsatz, Landesverteidigung sei die gemeinsame Sache aller Österreicher, der Herr Bundesminister bemüht sein werde, einige aufgezeigte Mängel zwischenzeitlich zu be-seitigen und bis zum Budget 1969 konkrete Vorschläge in bezug auf Organisation des Bundesheeres vorzulegen. (*Ruf bei der SPÖ: Das war*

ein schöner Irrtum!) Richtig, das war ein schöner Irrtum. (*Heiterkeit bei der SPÖ.*)

Nunmehr ist ein volles Jahr vergangen, und Österreichs Steuerzahler haben das Gefühl, daß für die Landesverteidigung nach wie vor das Geld ziemlich konzeptlos vergeudet und vielfach falsch investiert wird. Meine Verantwortung als Abgeordneter dieser Steuerzahler zwingt mich, die Mißstände so lange aufzuzeigen, Herr Bundesminister, bis diese von der Vollziehung abgestellt werden.

Zum Beispiel erwähnte ich schon in meiner Rede in der 83. Sitzung des Hohen Hauses am 18. Dezember 1967 die falsche Investitionspolitik im Zusammenhang mit den Oerlikongeschützen. Zirka 340 Millionen waren bis zum damaligen Zeitpunkt investiert, es fehlten allerdings die erforderlichen Feuerleitgeräte beziehungsweise deren Einsatzfähigkeit. Heute, nach einem Jahr, wissen wir, daß es zwar Feuerleitgeräte gibt, daß aber 50 Prozent dieser teuren Geräte nicht einsatzfähig sind. Ich frage Sie, Herr Minister: Was hat Ihr Ministerium unternommen, damit diese um teures Geld gekauften Geschütze und die erforderlichen Feuerleitgeräte zur Gänze benützbar und einsatzbereit werden?

Beim Problem der Fluggeräte — auch von mir im Vorjahr bereits angeschnitten — hat sich die Situation nur noch verschlechtert, von Verbesserung gar nicht zu reden. Nach wie vor haben unsere Luftstreitkräfte einen grauslichen Typensalat. Es wurde das von meinem Kollegen heute schon beim Kraftfahrzeugpark aufgezeigt. Dieser Typensalat verursacht bekanntlich hohe Reparatur- und Ersatzteilkosten. Die meisten dieser Fluggeräte, Herr Bundesminister — ich habe es Ihnen im Vorjahr schon gesagt —, gehören längst ausgeschrottet. Die Folgen dieses schlechten Zustandes der Geräte sind eine völlig unzulängliche Ausbildung der Piloten und keinerlei Schlagkraft dieses Truppenteils im Einsatzfall.

Seit dem Vorjahr und meiner damals geführten Beschwerde hinsichtlich der Trainingsstunden der Piloten, Herr Bundesminister, vor allen Dingen auf diesen Jägern, wurden diese wegen der großen Fluggerätausfälle nicht erhöht, sondern eher noch reduziert. Im Vorjahr waren es maximal fünf bis sechs Stunden pro Monat zum Training für einen Düsenjäger.

Nun hat man sich zwar in Österreich zum Kauf des Düsentrainers SAAB 105 ÖXT, sicherlich eines brauchbaren Trainers, entschlossen. So liest man es wenigstens in ausländischen Luftfahrtzeitschriften. Uns ist bekannt, daß diese 20 Maschinen kommen sollen.

Nationalrat XI. GP. — 125. Sitzung — 16. Dezember 1968

10635

Troll

Ich frage Sie, Herr Bundesminister — soweit Sie die Organisation der Luftstreitkräfte kennen, müßten Sie es wissen —, wie diese 20 SAAB 105 ÖXT die Funktion der jetzt über 30 Maschinen, die in Tätigkeit stehen, ersetzen sollen. Man muß überlegen, daß man einen Teil der Maschinen ja für die ständige Ausbildung und Schulung braucht und verwenden muß — ein Teil der Geräte muß sich stets im Wartungsdienst befinden oder befindet sich zwangsläufig im Wartungsdienst — und daß man für den eventuellen Fall oder für den Einsatzfall ein komplett aufgetanktes, aufmunitioniertes und rasch einsatzbereites Fluggerät zur Verfügung haben muß. Wie Sie das mit den 20 SAAB leisten werden, ist mir noch unerklärlich.

Ich möchte sagen: Diesem Kauf lagen sicherlich mehr ausbildungstechnische als einsattaktische Überlegungen zugrunde. Die Frage der Luftraumverteidigung muß vom Zeitpunkt des Ortens und Erkennens der Feindmaschine bis zur möglichen tatsächlichen Abwehr zeitmäßig so kalkuliert sein, daß der raschste und größtmögliche Abwehrerfolg erzielt werden kann. Das ist, glaube ich, bei Österreich besonders schwierig. Denn unser Bundesland quer zu durchfliegen, ist für einen feindlichen Düsenjäger oder Bomber oder Abfangjäger welcher Type auch immer — sie fliegen alle im Bereich von 1 Mach bis 2 Mach — kein Problem. Wenn ich also nicht imstande bin, zeitgerecht eine solche Maschine zu orten, ist meine Reaktionszeit so lang, daß das feindliche Flugzeug schon längst seine Bomben abgeladen hat, darüber geflogen ist, schon wieder umgekehrt, uns noch einmal begrüßt und den Luftraum unseres Landes schon wieder verlassen hat.

Wenn ich also so kleine strategische Grenzgebiete habe, dann muß der von mir eingesetzte Abfangjäger natürlich rascher sein, schneller sein und rasch an Höhe gewinnen können. (*Abg. Hartl: Du bist ein Luftwaffenminister!*) Das läßt sich im strategischen Bereich der Techniker klar errechnen. Es gibt eigene Systeme zur Errechnung dieser Ortungserkenntnisse. Man muß bei der Überlegung der Luftraumverteidigung natürlich auf diese Dinge eingehen. Das ist, glaube ich, beim Kauf der SAAB 105 ÖXT nicht geschehen.

Die Tatsache: je rascher die eigene Abwehrreaktion, desto weniger können Jagd- oder Bomberverbände in unseren Luftraum eindringen, ist also unbestreitbar. Umso größer wird damit die Sicherheit für unsere zu schützende Bevölkerung, und auf die kommt es zu guter Letzt an. Unsere Bevölkerung will das Gefühl haben, daß wir eine so einsatzfähige Luftwaffe haben, die imstande ist, einen solchen eventuellen Feindflug rechtzeitig abzu-

wehren, nicht daß wir erst in unserem Land, in unserer Heimat die Bombenlast fallen spüren.

Ich möchte der Auffassung Raum geben, daß die Fachleute sicherlich zur Überzeugung kommen, daß man bei der Verteidigungsbereitschaft, wenn man auch von den Umgebungsmächten ernst genommen werden will, solche 2 Mach-Abfangjäger brauchen wird. Die Kosten freilich sind enorm hoch, und etwa 30 Draken würden zirka 1 Milliarde Schilling kosten. Aber auch da gibt es erstens das sogenannte Leihkaufsrecht mit Mieten, die dann in den Kaufpreis eingerechnet werden, zweitens eine längere Planungsmöglichkeit.

Wenn man also echt Verteidigungskonzepte macht, dann müßte man natürlich nicht von einem Jahr zum anderen finanzpolitisch kalkulieren, sondern auf lange Sicht die finanzielle Frage lösen. Man könnte damit natürlich eine zweckmäßiger Verwendung der jetzt aufgebrachten Mittel erreichen, denn es ist sicherlich auch jetzt viel beim Fenster hinausgepulvert worden, vielfach unnütz, und man hat keine wirksame Verteidigungsbereitschaft erreicht.

Ich möchte sagen, daß das System dieser Leihgebührenabzahlung eine Frage der Gegenseitigkeit in handelspolitischer Beziehung darstellt, daß es aber nach meinen Erfahrungen die Möglichkeit mit den SAAB-Werken gibt.

Hohes Haus! Allen Fachexperten ist bekannt, daß zu einer wirksamen Luftraumverteidigung in erster Linie auch eine gut funktionierende Luftraumüberwachung gehört. Ich habe mich in der Vorjahrsrede im Detail mit der Technik sehr eingehend beschäftigt. Ich muß heute sagen: Diesbezüglich beginnt bei unserem Bundesheer neuerlich das Dilemma. Unsere wenigen mobilen Radargeräte — den Typ brauche ich hier nicht zu nennen — sind total veraltet, obwohl auch ihre Anschaffung und Einsatzbarmachung, Herr Bundesminister, viel Geld erforderte. Was soll nun mit diesen Geräten geschehen? Diese haben wir, ein paar, es sind eh nicht viel, aber sie sind nicht einsatzfähig.

Falls Sie mir diesbezüglich mitteilen wollen, man werde die Geräte mit den sogenannten barametrischen Zusatzgeräten ausrüsten, wie das andere um uns auch getan haben, dann darf ich Ihnen sagen, daß bei den anderen die sogenannten Flugleiteinrichtungen moderner sind und man die Daten dieser aufgerüsteten Geräte einspeisen kann. Das könnte man trotz der hohen Kosten für diese von mir genannten barametrischen Zusatzgeräte in Österreich nicht. Daher werden diese Millionen, die uns das kostet, in diesem Zusammenhang wiederum unnütz zum Fenster hinausgeworfen. Wir

10636

Nationalrat XI. GP. — 125. Sitzung — 16. Dezember 1968

Troll

haben also noch eine ganze Menge Fragen zu klären, wenn wir zu einer echten Luftraumüberwachung und Luftraumverteidigung kommen wollen.

Es wäre allerdings, wenn Sie das jetzt auch noch technisch konkret wissen wollen, der sogenannte Vidiocorelader notwendig. Der kostet allerdings ein Vielfaches. Man könnte dann auch in ein modernes System im Zusammenhang mit unserer Großraumradaranlage die Daten der kleinen stationären Anlagen einspeisen.

Zum Kolomannsberg habe ich im Vorjahr vieles gesagt und geklärt. Auch da wurden keine der aufgezeigten Mängel beseitigt. Noch immer haben wir nur eine manuelle Auswertung, welche maximal vier Interseptionen zuläßt. Große Zeitverluste sind so unvermeidbar. Des weiteren wissen wir, daß im Augenblick nicht alle Sender einsatzbereit sind, weil das notwendige Geld für die erforderlichen Ersatzteile fehlt.

Herr Bundesminister! Wenn ich in solche teure Anlagen investiere und sie anschaffe, dann, bin ich der Auffassung, hat man auch dafür Sorge zu tragen, daß für diese teuren Investitionen die notwendigen Ersatzteile parat liegen. In diesem Fall handelt es sich sogar nur um Röhren im besonderen. Aber nichts ist geschehen. Wir haben fast 400 Millionen Schilling investiert und keine einsatzbereite Führungsorganisation.

Daß bei neuen Flugzeugtypen — und solche kriegen wir nun mit der SAAB 105 ÖXT — natürlich auch ein brauchbares Flugfunksystem installiert werden muß, habe ich ebenfalls schon im Vorjahr aufgezeigt. Es ist bisher auf diesem Gebiet außer, glaube ich, einer fachlichen Überlegung und einer Information nichts geschehen. Soweit mir bekannt ist, hat man noch immer nicht über die geeigneten Systeme und deren Finanzierung ins klare kommen können. So ist die teure Anlage am Kolomannsberg derzeit praktisch nur für die Luftraumüberwachung zu gebrauchen. Die fehlende Fliegerführung setzt den Wert dieser bisherigen Investitionen sehr, sehr herab.

Neue Düsentrainer und Abfangjäger ohne Flugleiteinrichtungen werden nie einen entsprechenden Abwehrerfolg erbringen. Entweder entschließt man sich zur Aufstellung weiterer Großraumradaranlagen — wir stellen uns vor die 3 D-Radars — oder zur Anschaffung moderner zusätzlicher mobiler Radargeräte. Man müßte allerdings für den Ernstfall jetzt schon die Positionen festlegen, Installationen vornehmen, um sie im Ernstfall meinetwegen mit Hubschrauber einsetzen zu können, anzuschließen, und sie wären voll funktionsfähig.

Vordringlich für die sogenannte Neutralitätswacht ist meiner Überzeugung nach die Schaffung einer automatisierten Einsatzzentrale. Es käme für mich irgendein Flak-Bunker in der Gegend Wiens in Frage.

Zur Radarbetriebsstation in Siezenheim wird zwar, wie aus Ihrer Beantwortung im Finanzausschuß hervorgeht, von Fachleuten erklärt, sie sei gut, sie soll bleiben. Ich sage Ihnen nach Überlegungen, die ich anzustellen Gelegenheit hatte, daß die Radarbetriebsstation in Siezenheim nicht ihren Zweck erfüllt und verlegt werden könnte. Vielleicht sind Ihre Fachleute inzwischen auch zu einer anderen Auffassung gelangt.

So sehe ich für eine wirksame Luftraumüberwachung und Luftraumverteidigung das Konzept in der Form, daß man entweder die Vollautomatisierung der Kolomannsberganlage betreibt und zusätzliche Radarstationen installiert und diese — darauf kommt es an — mit einer modernen Einsatzzentrale im östlichen Raum unserer Republik koordiniert, oder daß man dem weiteren Aufbau mehrerer Großraum- und Höhenradarstationen mit vollautomatischer Auswertung das Wort spricht.

Notwendig vorzunehmende Bereichsmessungen und wirksame Einsatzüberlegungen sollen von den Fachtechnikern endlich vorgelegt werden.

Aber, Herr Bundesminister, zu welchen Anlagen man sich auch immer entscheiden wird — diese Anlagen setzen das erforderliche und notwendige Fachpersonal voraus. Wir wissen, daß gerade auf dem Gebiet der Luftraumüberwachung, der Hochfrequenz- und Radartechnik die Leute eine sehr lange Ausbildung brauchen, meistens auch ein sehr langes Studium absolviert haben, soweit sie die leitenden Techniker sein sollen, und daß man diese Leute bei der gegenwärtigen Lohn- und Gehaltsproblematik natürlich nicht bekommt. So kommt es ja auch dazu, daß man für den technischen Servicedienst jetzt Fremdfirmen beschäftigt. In diesem Fall ist es nicht so kritisch, weil es sich um eine österreichische Firma handelt, aber die Kostenaufwände sind wesentlich größer, als wenn man in Eigenregie die technischen Servicedienste leisten könnte, wobei die Frage des fremden Facharbeiters im Einsatzfall problematisch wird, denn er ist dann nur mit sogenannten gesetzlichen Regelungen zur Dienstleistung zu zwingen.

Meine Damen und Herren! Im Hinblick auf die fortgeschrittene Zeit will ich jetzt, ich glaube, im Einverständnis mit dem Herrn Präsidenten, meine Rede unterbrechen und morgen fortsetzen. Nicht? Geht es weiter? Bitte, Herr Präsident — er hat mir schon einmal ein Zeichen ... (Abg. Ing. Häuser und Abg.

Troll

Dr. Broda: Nein, nein, wir wollen ihn weiterhören!) Wenn es so ist, darf ich mich noch ein wenig mit dem Problem ... (Abg. Hartl: Weiterlesen!) Hartl, ich kann sicherlich lesen, besser als du wahrscheinlich!

Präsident Wallner (das Glockenzeichen gebend): Ich unterbreche die 125. Sitzung bis morgen, Dienstag, den 17. Dezember 1968, um 9 Uhr. Nach Wiederaufnahme der Verhandlungen wird in der Erledigung der für die

125. Sitzung ausgegebenen Tagesordnung fortgefahrene werden.

Nach Beendigung der Tagesordnung wird nach einer kurzen Unterbrechung eine weitere Sitzung mit der Beratungsgruppe XIII abgehalten werden.

Die Sitzung ist unterbrochen.

Die Sitzung wird um 21 Uhr unterbrochen und am Dienstag, dem 17. Dezember 1968, um 9 Uhr 5 Minuten wieder aufgenommen.

Fortsetzung der Sitzung am 17. Dezember 1968

Präsident: Ich nehme die gestern unterbrochene 125. Sitzung wieder auf.

Wir fahren in den Verhandlungen fort. Gegenstand ist die Spezialdebatte über die Beratungsgruppe XII: Militärische Angelegenheiten.

Am Wort ist der Abgeordnete Troll.

Abgeordneter Troll (fortsetzend): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich habe gestern am Schluß meiner Rede noch einige wesentliche organisatorische Fragen und Detailfragen der Technik behandelt und habe abschließend vor der Unterbrechung der Sitzung noch die Feststellung treffen können, daß für diesen technischen Servicedienst und für die technische Betreuung und Auswertungsunterlagen Leute mit hoher Qualifikation herangezogen werden müßten. Diesen Leuten wird natürlich bei der gegenwärtigen Bezahlung kein Anreiz geboten, sich dieser langwierigen Ausbildung zu unterwerfen.

Ich hätte noch gerne angeschlossen — das will ich jetzt tun —: Vielleicht könnte man auch überlegen, daß man nicht nur die Frage der Bezahlung dieser Leute reguliert und ihnen entsprechenden Anreiz bietet, vielleicht könnte man den vielfach jungen wohnunversorgten Leuten durch die Beistellung von entsprechendem Wohnraum behilflich sein.

Wenn ich heute noch fortsetzen muß, dann deshalb, Herr Bundesminister, weil ich der Auffassung bin, daß noch einiges gesagt werden muß, das eben immer wieder zu Schwierigkeiten und zu Ärgernis Anlaß gibt, selbst dann, wenn es sich um reine militante und technische Abwicklungen und Abhandlungen handelt.

Ieh gestatte mir kurz darauf zu verweisen, daß anlässlich der Heeresinspektion vom 19. bis 22. Juni im Raume Obersteiermark es zu Einberufenen von Soldaten kam — es wurden zirka 2200 Reservisten einberufen —, von denen zum Beispiel die Alpine allein etwa

10 Prozent zu stellen hatte. Also 220 Mann waren vier Tage lang der Wirtschaft entzogen. Das ist, glaube ich, doch auch nicht so ohne weiteres zu vertreten.

Jetzt könnte man noch sagen: Na ja, die Alpine ist ein großer Betrieb und kann das noch leichter verkraften. Aber es waren auch Gewerbebetriebe betroffen, und ich habe schon im Ausschuß einen Extremfall skizziert, wo von einem Gewerbebetrieb ein Teil eingerückt war im ordentlichen Präsenzdienst und zusätzlich noch vier Bedienstete zu dieser Reservistenübung einberufen wurden. Dieser Gewerbetreibende war für diese vier Tage erledigt, er war verzweifelt!

Ich bitte also hier bei diesen Einberufungsüberlegungen etwas Rücksicht zu nehmen, daß man doch eine gewisse Streuung findet, damit nicht ein Wirtschaftsgebiet total ausgeschöpft wird und man nicht einen Wert erreicht, den die Ausbildung, diese Instruktion bringt, der nicht den Wert aufwiegen kann, den die Wirtschaft an Schaden erleidet.

Ich habe auch in der Ausschußsitzung, Herr Bundesminister, zu dem Rattenfall Stellung genommen. Das ist unsere Pflicht. In einer Zeitung, in der „Neuen Zeit“ vom 8. November 1968, steht groß: „Ratten bissen schlafenden Soldaten“. Sollte man da nicht als Mitglied des Landesverteidigungsausschusses gleich in der Früh „grauwutisch“ werden, wenn man diesen Artikel liest? Da muß doch etwas nicht stimmen.

Ich habe mich in der Ausschußsitzung bemüht, eine Antwort auf die Verschuldensfrage zu bekommen. Es war so, daß der Herr Bundesminister für Landesverteidigung auf meine Frage erklärt hat: Na ja, es war das nicht in der Schuld des Heeres gelegen, sondern — er hat das nicht konkret gesagt, das möchte ich ausdrücklich feststellen, aber er hat es angedeutet — Schuld des Bautenministers.

10638

Nationalrat XI. GP. — 125. Sitzung — 17. Dezember 1968

Troll

In einer Ausschußsitzung zum Kapitel Bauten habe ich den Bautenminister gefragt. Der Bautenminister hat ebenfalls achselzuckend erklärt: Eigentlich hätte das Militär ja ohne weiters schon in die renovierten Räume einziehen können, es war dem Heer nur der Weg zum Übersiedeln zu weit. Die besseren Unterkünfte waren längst fertig.

Das ist ein Spiel, das, glaube ich, auch kritisiert und verurteilt werden muß. Man kann sich nicht gegenseitig ausreden: der eine Minister schiebt die Verantwortung auf den anderen. Die Tatsache, daß ein Soldat in einer Militärunterkunft drei Bißwunden am Kopf erlitten hat und ärztlich betreut werden mußte, ist nicht aus der Welt zu schaffen. Das zeugt also auch von einer Desorganisation.

Dazu muß ich sagen: Die Organisation in der politischen Auseinandersetzung funktioniert aber, Herr Verteidigungsminister. Heute ist wieder kein Militär auf der Galerie zum Zuhören, das ja sonst bei allen Sitzungen dagesessen ist. Wahrscheinlich werden am Nachmittag, wenn das Kapitel Bauten zur Behandlung steht, die Soldaten wieder kommen, um der Kritik, der der Minister hier ausgesetzt ist, entzogen zu werden. Diese politische Funktion, die Sie hier ausüben, klappt auf jeden Fall.

Weniger klappt die Frage der Beantwortung von Anfragen, die wir stellen. Sie hatten zum Beispiel auch von mir in der Ausschußsitzung die Fragen vorgelegt bekommen:

1. Wie oft wurde anlässlich der Tschechenkrise Österreichs Luftraum verletzt?

2. Was wurde von seiten des Heeres und der Bundesregierung dagegen unternommen?

Zum ersten Punkt teilten Sie mir schriftlich mit, daß die Anzahl der wahrgenommenen Maschinen 62 betragen hat, daß die Luftraumverletzungen — wobei auch mehrere Maschinen im gemeinsamen Verband gemeint sein können —, einwandfrei festgestellt, 34 waren, beobachtete, nicht zweifelausschließend festgestellte 15. Meine Frage: Was ist mit den übrigen 13, über die Sie mir nichts gesagt haben? Sind diese in Österreich gelandet oder was ist sonst mit ihnen geschehen? Das war also unvollständig. Sie sind vor allem die Antwort auf die zweite Frage: Was wurde von seiten des Heeres und der Bundesregierung gegen diese dauernden Grenzverletzungen unternommen?, schuldig geblieben, Sie haben sie nicht beantwortet.

Herr Minister! Sie haben in all den Diskussionen immer wieder Ärgernis erregt und Anlaß zur Kritik gegeben. Man stößt immer wieder auf die reine Verpolitisierung des

Heeres. Ich habe es schon gestern sehr deutlich gesagt. Aber bei Durchsicht meiner Unterlagen fiel mir heute neuerlich etwas in die Hände. Ich bin ein sehr aufmerksamer Leser der „Wehrpolitischen Nachrichten“, die an und für sich gut sind. Da lese ich:

„In Anwesenheit von Landeshauptmann Andreas Maurer fand die Konstituierung des Landesarbeitsausschusses „G“ — das heißt Geistige Landesverteidigung — „für das Bundesland Niederösterreich am 8. November laufenden Jahres im Marmorsaal der Niederösterreichischen Landesregierung in Wien statt.“

Ich frage Sie, Herr Minister: War als politischer Funktionär nur Landeshauptmann Maurer dabei oder waren wie bei anderen Konstituierungen auch schon andere politische Funktionäre und Mandatare dabei? Warum erwähnt man diese nicht? Sollen diese „Wehrpolitischen Nachrichten“ ein politisches Nachrichtenblatt für den ÖAAB werden? Wenn das nicht so ist, soll man sich die Publizistik für den Maurer in einer solchen Mitteilung ersparen. (*Abg. Dr. Gorbach: Der Maurer ist ein Bauernbündler!*) Ein Bauernbündler, der in der Geistigen Landesverteidigung mitarbeitet?

Daß Sie, Herr Bundesminister, immer wieder Ärgernis erregen, zeigt eine Menge von Zeitungsartikeln auf, zum Beispiel eine ganze Serie in der „Kleinen Zeitung“, die über diese Problematik schreibt, wobei die Artikel zum Teil umstritten sind, aber immerhin zeigt sie viele Mißstände auf, die tatsächlich vorhanden sind, die auch verschiedentlich das Verhalten unbelehrbarer Offiziere, die noch sehr an der Vergangenheit haften, zur Kritik stellt. Man hat nie festgestellt, daß von Ihrer Seite gegen solche Äußerungen von Offizieren eingeschritten worden wäre.

Wir haben dazu im „Salzburger Volksblatt“, also in einer unabhängigen Zeitung, einen Kommentar über den Verkauf von Hubschraubern, wir haben zu guter Letzt in der „Presse“ — ich zitiere die Artikel nicht, das würde zu langwierig sein, die meisten von Ihnen kennen sie wahrscheinlich — von gestern, also vom 16. 12., eine Entgegnung, die sich auch sehr ausführlich mit einer Kritik am Bundesheer befaßt und die nach § 23 des Pressegesetzes zu einer Berichtigung geführt hat. Der Aussagewert solcher Entgegnungen wird vom Redakteur kommentiert.

Die von mir aufgezeigten Zeitungen sind wahrlich keine sozialistischen Zeitungen, es sind nicht einmal solche, die uns nahestehen, und trotzdem gibt es immer wieder Anlaß zur Kritik in Fragen der Landesverteidigung,

Troll

sodaß man also zu den Dingen Stellung nehmen muß. Man müßte meinen, daß dieses ständige Ärgerniserregen auch den Bundeskanzler einmal interessieren müßte. Es müßte ihn einmal interessieren, was seine Ressortminister immer unternehmen, um die Bevölkerung zu ärgern.

Aber man hört vom Bundeskanzler in dieser Frage nichts. Ich weiß sehr wohl, daß der zuständige Ressortchef von der Regierung immer wieder gelobt und bestätigt wird, weil er eben eine gute ÖVP-Politik — aber keine gute Verteidigungspolitik — macht. Als verantwortlicher Kanzler einer solchen Regierung müßte man natürlich, glaube ich, die Ressortchefs auch kritisieren oder sie zum Rücktritt veranlassen, wenn in der Öffentlichkeit unentwegt Beanstandungen gegen ihre Ressortführung gemacht werden.

Aber im Gegenteil. Der Kanzler schreibt in der bekannten Zeitung „für alle“: „Was das österreichische Volk in diesen schweren Stunden von uns erwartet, ist nicht Parteidader, sondern ein klares Bekenntnis zu diesem Staat, in dem wir unter der von uns gewählten Ordnung nichts zu fürchten und mehr zu hoffen haben als manches andere Volk.“

Ich möchte zu dieser Zeitung sagen: Nicht nur, daß es eine Übertreibung war, „Tage der Bewährung“ zu schreiben und groß aufgezogen den strategischen Einsatz in der Tschechenkrise zu zeigen. Was Klaus in diesem Bekenntnis immer wieder zu Papier bringt und auch oft sagt, müßte man auch in der Abwicklung der Politik des Ressortchefs feststellen können. Hier fehlt aber die Gemeinsamkeit der Politik.

Wenn ich sage, diese Artikelserie „Tage der Bewährung“ ist übertrieben, dann ist dies nicht zu Unrecht gesagt, denn der Herr Verteidigungsminister selber hat in der Ausschusssitzung erklärt, man sei sich von vornherein bewußt gewesen, daß keine Absicht bestand, die österreichischen Grenzen zu verletzen. Ich frage: Warum dann dieses Theater und warum diese große Aufmachung von einem falsch verstandenen Heldenmut?

Herr Bundesminister! Ich bin der Auffassung, daß man die Öffentlichkeit nicht in eine Situation zwingen soll, daß sie den Zustand der Erregung erreicht und glaubt, jetzt ist weiß Gott was los. In Wirklichkeit hat sich gar nichts abgespielt. Sie haben schon früh genug gewußt, daß kein Gefahrenmoment besteht (*Abg. Dr. Gorbach: Der Zeillinger sagt etwas anderes!*), und trotzdem hat man, um einmal ein Argument für die Landesverteidigung zu haben, gesagt: Seht, wie gefährlich die Umgebung ist, jetzt brauchen wir mehr Einsatzmöglichkeiten und so weiter. Man hat die Öffentlichkeit mobil zu machen

versucht, um später zu beweisen, daß ohnehin keine Gefahr bestand und nichts los war.

Daher meine Kritik nicht nur am zuständigen Ressortminister, sondern auch am Kanzler, denn er ist meiner Meinung nach der Mann, der die Verantwortung für die Regierung trägt. Er müßte also auch seine Ressortminister zur Raison bringen. Aber er tut das nicht, er identifiziert sich voll und ganz mit seinem Verteidigungsminister, der unentwegt den Angriffen der Öffentlichkeit ausgesetzt ist.

Ich möchte es so sagen: Wir haben in unserer Oppositionsstellung nicht nur scharfe Kritik geübt, sondern uns auch bemüht, in verschiedenen Phasen konkrete Hinweise, technische Hinweise zu geben, und haben uns grundsätzlich zur Landesverteidigung bekannt. Nicht bekennen können wir uns allerdings zu einer Verpolitisierung der Landesverteidigung durch den ÖAAB-Obmann Prader. Wir wissen daher, daß es verschiedene skeptische Einstellungen zur Landesverteidigung gibt. Wenn es endlich möglich sein soll, in Österreich den Wehrwillen und die Freude beziehungsweise wenigstens eine positive Einstellung der Jugend zur Landesverteidigung zu erzeugen, dann müßte man hinsichtlich der Ressortführung eine Änderung vornehmen. Ich bin daher verpflichtet zu sagen, daß wir die gegenwärtige Landesverteidigungspolitik keinesfalls akzeptieren können, daß wir nicht bereit sind, bei einer solchen Situation irgend einer Budgetpost zuzustimmen, und glauben, daß der Grundsatz, die Landesverteidigung sei Sache aller Österreicher, zuerst einmal von der Regierungsmehrheit, von der ÖVP, geklärt werden soll und die Bereitschaft zur Zusammenarbeit von dort bewiesen werden muß.

Wenn das einstmals der Fall sein wird, dann sind wir gern bereit, noch aktiv in die Dinge einzusteigen und mitzuarbeiten. Aber in der gegenwärtigen Situation glauben wir, daß die Ressortführung Praders dem Ansehen des Militärs schadet. Wir lehnen daher jede solche Mitverantwortung ab. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Eberhard. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Eberhard (SPÖ): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! In den letzten Monaten haben wir immer mit Genugtuung feststellen können, daß an allen Haussitzungen mehr oder weniger größere Abordnungen des österreichischen Bundesheeres teilgenommen haben. Wir waren einer Meinung darüber, daß das gut sei, denn wir erblickten darin einen sehr wesentlichen Beitrag zur staatspolitischen Erziehung dieser jungen Menschen. Wir müssen aber mit Bedauern

Troll

sodaß man also zu den Dingen Stellung nehmen muß. Man müßte meinen, daß dieses ständige Ärgerniserregen auch den Bundeskanzler einmal interessieren müßte. Es müßte ihn einmal interessieren, was seine Ressortminister immer unternehmen, um die Bevölkerung zu ärgern.

Aber man hört vom Bundeskanzler in dieser Frage nichts. Ich weiß sehr wohl, daß der zuständige Ressortchef von der Regierung immer wieder gelobt und bestätigt wird, weil er eben eine gute ÖVP-Politik — aber keine gute Verteidigungspolitik — macht. Als verantwortlicher Kanzler einer solchen Regierung müßte man natürlich, glaube ich, die Ressortchefs auch kritisieren oder sie zum Rücktritt veranlassen, wenn in der Öffentlichkeit unentwegt Beanstandungen gegen ihre Ressortführung gemacht werden.

Aber im Gegenteil. Der Kanzler schreibt in der bekannten Zeitung „für alle“: „Was das österreichische Volk in diesen schweren Stunden von uns erwartet, ist nicht Parteidader, sondern ein klares Bekenntnis zu diesem Staat, in dem wir unter der von uns gewählten Ordnung nichts zu fürchten und mehr zu hoffen haben als manches andere Volk.“

Ich möchte zu dieser Zeitung sagen: Nicht nur, daß es eine Übertreibung war, „Tage der Bewährung“ zu schreiben und groß aufgezogen den strategischen Einsatz in der Tschechenkrise zu zeigen. Was Klaus in diesem Bekenntnis immer wieder zu Papier bringt und auch oft sagt, müßte man auch in der Abwicklung der Politik des Ressortchefs feststellen können. Hier fehlt aber die Gemeinsamkeit der Politik.

Wenn ich sage, diese Artikelserie „Tage der Bewährung“ ist übertrieben, dann ist dies nicht zu Unrecht gesagt, denn der Herr Verteidigungsminister selber hat in der Ausschusssitzung erklärt, man sei sich von vornherein bewußt gewesen, daß keine Absicht bestand, die österreichischen Grenzen zu verletzen. Ich frage: Warum dann dieses Theater und warum diese große Aufmachung von einem falsch verstandenen Heldenmut?

Herr Bundesminister! Ich bin der Auffassung, daß man die Öffentlichkeit nicht in eine Situation zwingen soll, daß sie den Zustand der Erregung erreicht und glaubt, jetzt ist weiß Gott was los. In Wirklichkeit hat sich gar nichts abgespielt. Sie haben schon früh genug gewußt, daß kein Gefahrenmoment besteht (*Abg. Dr. Gorbach: Der Zeillinger sagt etwas anderes!*), und trotzdem hat man, um einmal ein Argument für die Landesverteidigung zu haben, gesagt: Seht, wie gefährlich die Umgebung ist, jetzt brauchen wir mehr Einsatzmöglichkeiten und so weiter. Man hat die Öffentlichkeit mobil zu machen

versucht, um später zu beweisen, daß ohnehin keine Gefahr bestand und nichts los war.

Daher meine Kritik nicht nur am zuständigen Ressortminister, sondern auch am Kanzler, denn er ist meiner Meinung nach der Mann, der die Verantwortung für die Regierung trägt. Er müßte also auch seine Ressortminister zur Räson bringen. Aber er tut das nicht, er identifiziert sich voll und ganz mit seinem Verteidigungsminister, der unentwegt den Angriffen der Öffentlichkeit ausgesetzt ist.

Ich möchte es so sagen: Wir haben in unserer Oppositionsstellung nicht nur scharfe Kritik geübt, sondern uns auch bemüht, in verschiedenen Phasen konkrete Hinweise, technische Hinweise zu geben, und haben uns grundsätzlich zur Landesverteidigung bekannt. Nicht bekennen können wir uns allerdings zu einer Verpolitisierung der Landesverteidigung durch den ÖAAB-Obmann Prader. Wir wissen daher, daß es verschiedene skeptische Einstellungen zur Landesverteidigung gibt. Wenn es endlich möglich sein soll, in Österreich den Wehrwillen und die Freude beziehungsweise wenigstens eine positive Einstellung der Jugend zur Landesverteidigung zu erzeugen, dann müßte man hinsichtlich der Ressortführung eine Änderung vornehmen. Ich bin daher verpflichtet zu sagen, daß wir die gegenwärtige Landesverteidigungspolitik keinesfalls akzeptieren können, daß wir nicht bereit sind, bei einer solchen Situation irgend einer Budgetpost zuzustimmen, und glauben, daß der Grundsatz, die Landesverteidigung sei Sache aller Österreicher, zuerst einmal von der Regierungsmehrheit, von der ÖVP, geklärt werden soll und die Bereitschaft zur Zusammenarbeit von dort bewiesen werden muß.

Wenn das einstmals der Fall sein wird, dann sind wir gern bereit, noch aktiv in die Dinge einzusteigen und mitzuarbeiten. Aber in der gegenwärtigen Situation glauben wir, daß die Ressortführung Praders dem Ansehen des Militärs schadet. Wir lehnen daher jede solche Mitverantwortung ab. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Eberhard. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Eberhard (SPÖ): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! In den letzten Monaten haben wir immer mit Genugtuung feststellen können, daß an allen Haussitzungen mehr oder weniger größere Abordnungen des österreichischen Bundesheeres teilgenommen haben. Wir waren einer Meinung darüber, daß das gut sei, denn wir erblickten darin einen sehr wesentlichen Beitrag zur staatspolitischen Erziehung dieser jungen Menschen. Wir müssen aber mit Bedauern

10640

Nationalrat XI. GP. — 125. Sitzung — 17. Dezember 1968

Eberhard

feststellen, daß man gerade zu einem Zeitpunkt, wo für diese Menschen hochinteressante Probleme im Hohen Haus zur Besprechung gelangen, absichtlich diese Menschen von den Haussitzungen fernhält. Es wurde gestern schon mit Berechtigung daran Kritik geübt. Auch heute können wir feststellen, daß bis auf zwei Herren, soweit ich sehe konnte, auf der Galerie keine Bundesheerangehörigen zu sehen sind. Vielleicht hat heute der General Winter die Schuld daran, daß diese Abordnung nicht zeitgerecht hier eingetroffen ist. (Abg. Dr. Gorbach: *Väterchen Frost!*) Eine sehr schlechte Regieführung von den dafür Verantwortlichen. Ich kann schon verstehen, daß es nicht besonders angenehm ist, hier mit anzuhören, wenn von den Oppositionsparteien mit Berechtigung Kritik an der Führung dieses Ressorts geübt wird.

Ich möchte hier auf die Ausführungen des Herrn Kollegen Fachleutner zurückkommen, der gestern in diesem Hohen Hause Kritik geübt hat an der seinerzeitigen Feststellung unseres Parteivorsitzenden Dr. Kreisky anlässlich einer Pressekonferenz, wo Kreisky erklärte, daß man von uns nicht erwarten könne, solange ein Minister Prader mit der Ressortführung des Bundesministeriums für Landesverteidigung betraut ist, mit der Regierungspartei ernstlich in Gespräche über eine umfassende Landesverteidigung einzutreten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Diese Feststellung kam nicht von ungefähr, diese Feststellung ist berechtigt. Ich möchte Ihnen hier gesammelte Werke Dr. Praders vorlegen. Ich habe mir nämlich die Aufgabe gestellt, im Laufe des Jahres 1968 all das zu sammeln, was in der Presse Österreichs über den Ressortleiter Minister Dr. Prader geschrieben worden ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Was hier vorliegt, trägt keineswegs zur Hebung des Images unseres Verteidigungsministers bei, zum Beispiel — ich greife nur wahllos heraus —: „Prader will nicht mit Müllner verglichen werden“. Wir alle, die wir da sitzen, wissen, was Müllner bedeutet, was Müllner hier in diesem Haus schon an Gesprächsstoff geliefert hat, was Müllner letzten Endes für Niederösterreich bedeutet; seine Affären sind ja noch in bester Erinnerung und seine gerichtliche Verurteilung auch. Hier bringt man Prader mit ihm in Zusammenhang auf Grund der auch von ihm vorgenommenen Transaktionen.

Es heißt weiter: „Prader muß vor Gericht“, und wir lesen an einer anderen Stelle wiederum: „Prader-Skandale reißen nicht ab: Heer zahlte VP-Wahlhelfer“, „Arbeitsgericht lud Prader als Zeugen vor“, „VP gibt Prader-Skandal indirekt zu“, und so geht das fort. „Sturm im

Parlament: Wieder geht es um ‚Grundstücksmakler‘ Prader“. „Nur drei Stimmen retteten Prader. VP berät über seine weitere Zukunft“.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das allein muß Ihnen doch sagen, wie recht Dr. Kreisky in dieser Pressekonferenz gehabt hat, wenn er feststellte, daß wir Sozialisten es ablehnen, solange ein Minister Dr. Prader dieses Ressort führt, mit Ihnen ernstlich über Probleme der umfassenden Landesverteidigung zu verhandeln.

Ich glaube, meine sehr verehrten Damen und Herren, das allein wäre eine sehr wesentliche Bereicherung des Heeresgeschichtlichen Museums, und vielleicht kann man es auch einmal dieser Institution übergeben, damit es der Nachwelt erhalten bleibt. (Abg. Fachleutner: *Das trifft auch bei Kreisky zu!*) Sie werden nicht in der Lage sein, über Kreisky ein so umfassendes Werk vorzulegen, wie wir imstande sind, es über Minister Prader vorzulegen. (Abg. Fachleutner: *Das ist eine Verleumdung! Jeden Minister wollen Sie verleumden und verdammten! Jeden Minister! Das ist eure Methodik!*) Wenn Sie das Verleumdung nennen, müssen Sie sich hier oben bei den Journalisten beschweren, denn dann haben alle Journalisten Österreichs Prader verleumdet.

Meine Damen und Herren! Ich habe festgestellt, daß diese Sammlung hier eine außerordentliche Bereicherung des Heeresgeschichtlichen Museums darstellen würde, und vielleicht wird man sie dieser Institution einmal übergeben, damit das der Nachwelt erhalten bleibt, damit auch die Nachwelt erfährt, mit welchen Methoden die Mehrheitspartei regiert. (Abg. Fachleutner: *Das hat die Österreichische Volkspartei schon gesagt!* — Abg. Libal: *Fachleutner! Denkt an den Scheibenreif mit seinen Verleumdungen!*)

Präsident (das Glockenzeichen gebend): Meine Damen und Herren! Bitte sich etwas zu beruhigen.

Abgeordneter **Eberhard (fortsetzend):** Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist gestern im Zuge dieser Budgetverhandlungen auch die Frage der seinerzeit hier so heftig kritisierten Führung der Personalkartei im Bundesministerium für Landesverteidigung besprochen worden. Heute wissen wir, daß es diese Kartei gegeben hat, daß sie existiert hat. Uns ist auch bekannt, daß seit April 1967 ein Prozeß angestrebt wird gegen zwei FPÖ-Zeitungen, daß diese Prozesse bis heute noch nicht zu Ende sind und ihr Ende auch heute noch nicht abzusehen ist. Eine erst kürzlich erfolgte Einvernahme des Herrn Bundesministers Dr. Schleinzer ergab, daß unter dessen

Eberhard

Amtszeit eine solche Kartei nicht eingerichtet war. Mit dieser Feststellung wurde der schwarze Peter wiederum Herrn Bundesminister Dr. Prader zugespielt.

Gleichsam als Hauptzeuge für das Vorhandensein einer derartigen Kartei gilt der Oberstleutnantintendant Dr. Tomschitz, den man seinerzeit strafweise nach Graz versetzt hat. Hätte Tomschitz damals gelogen, hätte man unserer Ansicht nach schon längst disziplinär gegen ihn vorgehen müssen. Man ist zwar gegen ihn vorgegangen, aber inoffiziell, indem man ihn nach Graz versetzt hat. Doch das kann man nicht als ein ordentliches Disziplinarverfahren betrachten. Wir sind der Ansicht, daß es nun, nachdem schon nahezu zwei Jahre vergangen sind, seit diese Fakten in die Öffentlichkeit gelangt sind, hoch an der Zeit wäre, hier Ordnung zu schaffen. Es ist nur bezeichnend für die Personalpolitik im Landesverteidigungsressort, daß dies den ersten Fall in der Republik Österreich darstellt, wo die Personalpolitik eines Ministeriums vor dem Richter steht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Da wir wissen, daß diese Kartei bestanden hat — Schleinzer hat es abgelehnt, unter seiner Amtsführung wurde sie nicht angelegt; also bleibt folglich nur Prader, und Prader hat erklärt, er hat sie vernichten lassen —, möchte ich jetzt an Sie, Herr Bundesminister, eine Frage stellen. Ich glaube, es ist unser gutes Recht, von Ihnen verlangen zu können, daß Sie dem Hohen Hause mitteilen, auf welche Art diese politische Kartei vernichtet wurde, wann sie vernichtet wurde und wer die Zeugen dieser Vernichtung gewesen sind. (*Abg. Hartl: Wer eine Abschrift gemacht hat!*) Ich möchte Sie bitten, dem Hohen Hause alle damit verbundenen Fakten bekanntzugeben. Sollten Sie dazu nicht imstande sein, dann sind alle Ihre Erklärungen in bezug auf diese Kartei als unglaublich zu bezeichnen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich nun anderen Problemen meine Aufmerksamkeit zuwenden. Es handelt sich hier vor allem um Forderungen der Gewerkschaft, Forderungen, die schon seit vielen, vielen Jahren immer und immer wieder erhoben wurden und bis heute noch nicht ihre Erfüllung gefunden haben. Ich weiß, daß im Bundesministerium für Landesverteidigung zur Zeit Rationalisierungs- und Straffungsmaßnahmen eingeleitet werden. Wir erwarten, daß der Abschluß dieser Aktion sinnvoll ist und daß die Konsequenz daraus nicht etwa eine weitere Belastung für die Bediensteten der Landesverteidigung mit sich bringt.

Es geht zum Beispiel nicht an, daß a conto der Einsparungen bereits da und dort Unter-

offiziere als Heizer oder sogar als Raumpfleger arbeiten müssen. Die Bediensteten haben ein Anrecht so wie überall im öffentlichen Dienst, daß sie in sauberen und geheizten Räumen ihren Dienst versehen können, ohne vorerst — und zwar aus Gründen, die ich bereits aufgezeigt habe — selbst die Voraussetzungen hiefür schaffen zu müssen.

Die von mir angeführten Rationalisierungsmaßnahmen dürfen keine dienstpostenmäßige Benachteiligung der Bediensteten bringen. Es geht nicht an, daß ein Bediensteter im Rahmen der Einsparung nun einen schlechteren Dienstposten bekommt beziehungsweise einen gleichwertigen nur unter besonders erschwerten Bedingungen erreichen kann. Diese besonders erschwerten Bedingungen sind vor allem oftmals die Familientreppung und so weiter.

Eine weitere Frage ist die Regelung des Gehaltsschemas der Militärpersonen. Diese Regelung wäre nach Auffassung der Gewerkschaft ehestens in die Wege zu leiten, und zwar ähnlich, wie man es bei der Exekutive gehabt hat. Man müßte der Besonderheit des militärischen Dienstes Rechnung tragen, da die dort gewährten Zulagen unzureichend sind. Noch dazu sind keinerlei Möglichkeiten gegeben, daß diese den Bediensteten bei der Berechnung des Ruhegenusses zugute kommen.

Meine Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei! Hier gäbe es eine glänzende Möglichkeit für Sie, die von Ihnen oft behauptete Vorliebe für die Bediensteten der Landesverteidigung unter Beweis zu stellen.

Ein wesentliches Gewerkschaftsproblem bildet die Dienstzulage für Beamte und Vertragsbedienstete in Unteroffiziersfunktionen. Diese langjährige Forderung der Unteroffiziere hat zwar immer einen schönen Platz im ÖAAB-Programm eingenommen, doch erfüllt wurde sie bisher nicht. Somit ist eine Lage geschaffen worden, daß die Masse der Unteroffiziere heute bereits einem Berufsunteroffizier-Korps ablehnend gegenübersteht, weil sie sich sagen: Bisher hat es nur Versprechungen gegeben, aber keine Erfüllung derselben. Diese Zulage für die Unteroffiziersfunktionäre würde mit relativ wenig budgetären Mitteln einer großen Gruppe von Bediensteten in der Landesverteidigung, nämlich gerade denjenigen, die nach dem oft zitierten Spruch das Rückgrat der Armee darstellen, eine langsehnte Forderung erfüllen.

Die Gewährung von Inspektionsgebühren ist eine außerordentlich dringliche Forderung der Gewerkschaft. Es kann mit Freude vermerkt werden, daß nunmehr die Verhandlungen über die Erhöhung der Pauschalgebühren und der Bereitschaftsgebühren einen einigermaßen befriedigenden Abschluß gefunden haben. Es ist

10642

Nationalrat XI. GP. — 125. Sitzung — 17. Dezember 1968

Eberhard

aber bedauerlich, daß die Forderung der Bundessektion der Gewerkschaft Landesverteidigung nach der Einführung von Inspektionsgebühren für spezifische Wachdienste und der gleichen überhaupt abgelehnt wurde; noch dazu, wo ähnliche Gebühren im Bundesheer der Ersten Republik bereits bestanden haben. Eine ehebaldige Realisierung dieser Forderung der Gewerkschaft wäre dringendst notwendig und ist sozial gerechtfertigt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Eine ebenso wesentliche Forderung der Gewerkschaft ist die nach Gewährung eines Fahrtkostenzuschusses. Gerade durch die Besonderheit des Dienstes beim Bundesheer ergeben sich sowohl für Militärpersonen als auch für Zivilbedienstete oft sehr bedeutsame finanzielle Belastungen durch die weiten Anreisen vom und zum Wohnort. Da und dort geht man daran, Trennungsgebühren für sogenannte unechte Wohnungswerber zu streichen, ohne daß man diesen aber einen Ersatz gibt. Viele Bedienstete müssen aber diese finanzielle Mehrbelastung bereits durch Jahre auf sich nehmen, ohne daß sie vorher in den Genuß einer Trennungsgebühr gekommen sind. Diese Probleme würden mit der Einführung eines Fahrtkostenzuschusses eine gerechte Lösung finden. Ich weiß, daß da und dort in verschwindend geringen Einzelfällen eine derartige Regelung getroffen wurde, doch ist diese zu gering und vor allem keine generelle Lösung.

Ein sehr wesentliches Problem ist auch die Verbesserung des Zulagensystems für die Zivilbediensteten. Dadurch, daß oft Zivilbedienstete und Militärpersonen an einem Arbeitsplatz die gleiche Leistung vollbringen, aber eine unterschiedliche Bezahlung erhalten, ergibt sich eine große Unruhe unter den Zivilbediensteten. Ein gerechtes Zulagensystem könnte hier wenigstens einen teilweisen Ausgleich schaffen.

Ebenso notwendig wäre die Neuregelung der Abfindung von Zivilbediensteten bei Bereitschaftsdienst. Es wurden zum Beispiel im Rahmen der ČSSR-Krise viele Zivilbedienstete eingesetzt und zu Bereitschaftsdiensten herangezogen. Während bei den Vertragsbediensteten II eine echte Überstundenregelung gegeben ist, wurden an die Vertragsbediensteten I und die Beamten, die mit militärischen Bereitschaftsaufgaben betraut waren — eben weil gesetzliche Grundlagen fehlen —, Bereitschaftsgebühren in einer Höhe von 4 S pro Stunde bezahlt. Diese Regelung ist äußerst ungenügend, und es soll da und dort sogar aus Protest zur Annahmeverweigerung seitens der Bediensteten gekommen sein.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Eines der wichtigsten Probleme im Bundes-

ministerium für Landesverteidigung ist die Forderung nach Erstellung von Beförderungsrichtlinien für alle Dienstzweige innerhalb dieses Ressorts. Dies ist eine jahrelange Forderung der Gewerkschaft, deren Erfüllung aus unverständlichen Gründen immer wieder abgelehnt wird. Hier darf offensichtlich — und das ist eine allgemeine Meinung — nicht mit offenen Karten gespielt werden, denn die Beförderungsrichtlinien würden es dann nicht zulassen, daß oftmals Beförderungen vorgenommen werden, die zu größtem Unmut innerhalb der Bediensteten des Landesverteidigungsministeriums führen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich nun einigen besonderen Personalfällen meine Aufmerksamkeit schenken.

Bislang war es üblich, bei einer in Amerika eingerichteten Außenstelle, die vornehmlich mit Material- und Ersatzteilankäufen, aber auch mit Waffenankäufen zu tun hatte, diesen Dienstposten mit einem Offizier des Intendance-dienstes zu bekleiden. Somit stand fest, daß dies einen Dienstposten für die Verwendungsgruppe H 1 darstellt. Seit dem November 1968 befindet sich ein H 2-Offizier des Wirtschaftsdienstes, Hauptmann Nordberg, auf diesem Dienstposten. Es erhebt sich nun die Frage, ob hier nicht am falschen Platz gespart wird. Darüber hinaus bleibt zu befürchten, daß man die Person des Herrn Hauptmannes Nordberg — schade, Herr Abgeordneter Machura — ist nicht hier, er müßte ihn ja noch unter dem alten Namen Schöbel besser kennen —, der ein treuer Parteigänger des Herrn Bundesministers für Landesverteidigung ist, über Gebühr aufwerten will. Das ist ein typisches Beispiel dafür, wie man ÖVP-Offiziere aufwertet, indem man später bei Beförderungen immer darauf hinweist, daß dieser Mann auf einem H 1-Posten gewesen sei.

Durch dieses Beispiel soll die Leistungsfähigkeit der H 2-Offiziere nicht geschmälert werden; das möchte ich ausdrücklich feststellen. Doch sind wir der Ansicht, daß eine gewisse Ordnung nicht durchbrochen werden darf, nur um besonderen Günstlingen eine außertourliche Aufwertung zu verschaffen.

Gerade im Falle Hauptmann Nordberg finden wir, daß man bei so einem diffizilen Dienstposten eben bei der alten Regelung hätte bleiben sollen. Der Intendant ist rechtskundig und hat auf Grund seiner Ausbildung auch jenen erweiterten Horizont, der ihn für einen Dienstposten von solch internationaler Tragweite prädestiniert. Hauptmann Nordberg weist zwar eine einjährige Verwendung als Wirtschaftsoffizier im Rahmen des UNO-Einsatzes im Kongo auf, aber auch hier erhebt

Eberhard

sich die Frage, wieso ein Offizier ein Jahr lang in den Kongo-Einsatz kommen konnte.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das ist ja nur ein Fall. Die Mehrheitspartei hat erst in der vorigen Woche in diesem Hohen Haus einen Beschuß gefaßt, wonach im österreichischen Bundesheer auch für den General des Intendanzdienstes ein sogenannter Dreistern-General geschaffen wurde. Das war so vordringlich und so notwendig, daß es noch, obwohl wir mehr als ausgelastet sind, vor Weihnachten geschehen mußte. Wie ich hörte, soll jetzt ein Infanteriegeneral in Pension gehen, und anlässlich seiner Versetzung in den dauernden Ruhestand — bitte, so sagt es das Gerücht — will der Herr Bundesminister für Landesverteidigung ihm noch eine Vorrückung in die Gehaltsstufe 9 geben. Ich frage Sie, Herr Bundesminister, ob das der Wahrheit entspricht.

Wenn ich hier einige Dinge aufgezeigt habe, die sehr, sehr nach Protektion riechen, so zeigt gerade der Fall Nordberg, daß man gewillt ist, den ÖVP-treuen Offizieren ein besonderes Augenmerk im Bundesministerium für Landesverteidigung zu schenken.

Damit will ich keineswegs bestreiten, daß man dies bei den der SPÖ nahestehenden Offizieren ebenso tut. Im Gegenteil: Ich habe hier einen Fall, und zwar den Fall Oberstleutnant-Intendant Diplom-Volkswirt Matal. Oberstleutnant-Intendant Diplom-Volkswirt Matal war jahrelang Zweiter Vorsitzender der Gewerkschaft Landesverteidigung und darüber hinaus noch Bundesfraktionsobmann der Fraktion sozialistischer Gewerkschafter in der Landesverteidigung. Ihm wurde besonderes Augenmerk dadurch zuteil, daß man ihn von einer Disziplinarverhandlung zur anderen zerrt. Was hat Matal nun wirklich getan?

Oberstleutnant-Intendant Matal führte im September 1967 von seiner Wohnung aus über sein Privattelephon mit einem anderen Offizier nach dessen Wohnung ein rein privates Gespräch. Im Rahmen dieses Gespräches wurde Matal von jenem Offizier gefragt, warum er ihm dienstlich ein Ansuchen um ein Bauvorhaben ablehnen mußte. Matal äußerte sich ungefähr in dem Sinne, daß die Anschaffung von Namenssteinen vor den Kasernen und die Schaffung von Unteroffiziersmessen besonders im Hinblick auf die bevorstehenden Personalvertretungswahlen eben anscheinend dringender seien.

Matal's Gesprächspartner verwendete diese Äußerung kurz nachher bei einer Dienstbesprechung, wodurch diese Bemerkung erst der Öffentlichkeit bekannt wurde.

Somit begann gegen Matal die Disziplinarmaschinerie zu arbeiten. Zusätzlich wurde ihm

vorgeworfen, einen Brief, den er mit einer Sachverhaltsdarstellung an Minister Dr. Prader gesandt hatte, dem Klubvorstand der SPÖ und dem Vorstand der SPÖ nachrichtlich übermittelt zu haben! Dies hat Matal getan, doch an wen sollte er sich denn wenden, als er nun sehen mußte, daß man ihm wegen einer rein privaten Meinungsäußerung, die auf seiner langjährigen politischen Erfahrung fußte, nun den Strick drehen wollte? Es ist doch unsere Pflicht, einen Mann zu schützen, der jahrelang im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten ehrenamtlich — auch hier ehrenamtlich — im Interesse der österreichischen Landesverteidigung eine Funktion ausgeübt hat und nun möglicherweise in ein Netz von Disziplinarverhandlungen verstrickt werden soll, nur weil er eine private Äußerung getan hat, die ihm auch als Offizier des österreichischen Bundesheeres nicht verwehrt werden darf.

Dazu kommt noch, meine sehr verehrten Damen und Herren, daß ich ein Werbeflugblatt des ÖAAB Oberösterreich in Händen habe, welches Matal's Meinungsäußerung bestätigt. (*Der Redner zeigt das Flugblatt.*) In diesem Flugblatt versprechen nämlich die ÖAAB-Kameraden den Wählern genauso die Errichtung von Unteroffiziersmessen.

Dieser Beitrag soll nicht als Eingriff in ein schwedendes Verfahren gedacht sein. Da Matal zweimal in unterster Instanz freigesprochen wurde, sehen wir auch dem Verfahren in der oberen Instanz gelassen entgegen und überlassen es vertrauensvoll den Mitgliedern der Disziplinaroberkommission, eine gerechte Entscheidung zu treffen.

Was ich an den Beispielen Nordberg und Matal nur aufzeigen wollte, ist, daß man an diesen beiden Beispielen ersehen kann, wie unterschiedlich die Aufmerksamkeit ist, der man sich seitens des Herrn Bundesministers Dr. Prader erfreuen kann. Mit den Beispielen Nordberg und Matal wollte ich lediglich demonstrieren, wie sehr man im Bundesministerium für Landesverteidigung dazu neigt, zweierlei Maßstäbe anzulegen.

Hohes Haus! Ein Fall, der sich erst in der jüngsten Zeit abgespielt hat und der weithin einen Niederschlag in der Presse gefunden hat, ist der Fall Plesch. Wenn ich vorhin von Einsparungen in der Ressortführung gesprochen habe, so könnte ich hinzufügen: Wir stehen dazu. Wenn diese Einsparungen echt sind, werden wir sie positiv bewerten. Wir möchten jedoch solche Einsparungsmaßnahmen lieber nicht sehen, die darauf abzielen, von Bediensteten lächerliche Beträge zurückzuverlangen, wie es im Falle Plesch gewesen ist, wo es sich um rund 2300 S gehandelt hat. Bei der Verhandlung kam doch einiges zutage,

10644

Nationalrat XI. GP. — 125. Sitzung — 17. Dezember 1968

Eberhard

und ich glaube, daß das, was dort zutage kam, verdient, auch hier im Hohen Hause besprochen zu werden.

Manfred Plesch behauptete in der Verhandlung vor dem Arbeitsgericht, daß er im Mai 1963 durch Vermittlung der ÖVP-Bundesparteileitung als Vertragsbediensteter im Bundesministerium für Landesverteidigung angestellt worden sei. Diese Anstellung erfolgte nach seinen Angaben vor allem zu dem Zwecke, politische Arbeit im Bereich des Bundesministeriums für Landesverteidigung zu leisten. Diese politische Arbeit leistete Plesch dann auch vornehmlich in der Zeit vom 23. Februar bis 31. März 1965, in der er laut seiner Behauptung auf Weisung des Ministers Prader in Kasernen ÖVP-Mitarbeiter für die Gemeinderatswahl in Langenzersdorf zu werben hatte.

Weiters führte Plesch noch aus — und dies erscheint uns besonders bedenklich —, daß alle von ihm geworbenen Bundesheerwahlfelder auf dem Dienstwege „für besondere Leistung eine außerordentliche Belohnung“ erhalten haben.

Dies alles wurde in der ersten Verhandlungs runde in den Augusttagen dieses Jahres der Öffentlichkeit bekannt. Diese Verhandlung wurde damals auf den 1. Oktober 1968 vertagt, um Minister Prader als Zeugen einzuberufen; doch kam es zu dieser bestimmt interessanten Zeugeneinvernahme nicht mehr, denn Manfred Plesch erklärte gleich zu Verhandlungsbeginn: „Ich beuge mich der Macht und zahlte alles. Ich werde getreten und kann mich nicht wehren!“ — Plesch hat also damit die Forderung auf Bezahlung der 2300 S anerkannt und sich dazu bereit erklärt, diese Zahlung vorzunehmen.

Plesch hat aber damit keinen der von ihm gegen Bundesminister Dr. Prader erhobenen Anwürfe zurückgenommen. Es erhebt sich nun die Frage: Wer hat recht? Plesch oder Dr. Prader?

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mir ist erst gestern ein Fall zugetragen worden, der sich unlängst in der Kaserne Sankt Johann im Pongau ereignet hat. (*Abg. Doktor Geischlager: Haben soll!*) Ereignet haben soll; aber ich glaube, er hat sich tatsächlich zugetragen. (*Abg. Dr. Geischlager: Vielleicht!*) Nach meinen Informationen hat er sich jedenfalls zugetragen, und Sie werden gleich zur Kenntnis nehmen müssen, Herr Doktor, daß das ein Fall ist, Herr Minister, anläßlich dessen ich Sie bitte, darauf Einfluß zu nehmen, daß sich ähnliche Dinge nicht wiederholen!

Ein Präsenzdiener erkrankte und meldete sich krank. Es wurden ihm vom Oberstleutnantarzt — die Namen sind bekannt; ich möchte sie nicht öffentlich aussprechen, ich kann sie aber dann jederzeit angeben — Pillen verschrieben. Herr Doktor (*zum Abg. Dr. Geischlager*), das ist nichts zum Spaßen: Obwohl er dieses Medikament ständig zu sich nahm, stand er ständig unter Fieber und hatte des Nachts immer Schweißausbrüche. Er fuhr nach Hause, schilderte diesen Zustand seinen Eltern. Sie schickten ihn zum Hausarzt, der ihm geraten hat, er möge sich einer Röntgenuntersuchung unterziehen. Er kam dann in die Kaserne zurück, hat diesen berichtigten Wunsch seinem Oberstleutnantarzt gemeldet. Dieser hat ihm darauf zur Antwort gegeben: Nehmen Sie die Pillen, Sie werden wieder gesund werden!

Da sich dieser Zustand nicht besserte, sondern immer mehr verschlechterte, hat man den Mann beim nächsten Besuch zu Hause auf eigene Kosten einem Röntgenfacharzt zugeführt, der feststellen mußte, daß in der Lunge dieses Mannes, und zwar auf beiden Seiten, Kavernen vorhanden sind. Die Folge davon ist, daß dieser Mann wahrscheinlich ein Jahr bis eineinhalb Jahre in einem Krankenhaus zubringen wird müssen, um von dieser Krankheit geheilt zu werden.

Ich hätte noch einen ähnlichen Fall, aber diesen möchte ich nicht anführen, weil es mir gelungen ist, ihn zu bereinigen.

Ich möchte vielmehr damit nur zum Ausdruck bringen, Herr Bundesminister, daß von Seite Ihres Ministeriums darauf Einfluß genommen werden soll, daß man bei der Beurteilung des Gesundheitszustandes unserer Präsenzdiener nicht so leichtfertig vorgehen soll.

Herr Bundesminister! Ich habe bereits im vorigen Jahr an Sie die Bitte gerichtet, das Bundesministerium für Landesverteidigung möge der Kündigung von ehemaligen Berufsunteroffizieren des österreichischen Bundesheeres der Ersten Republik Einhalt gebieten, und habe Sie auf konkrete Beispiele hingewiesen, und zwar auf Beispiele aus meiner Stadt, wo die Wohnungen der ehemaligen Berufsunteroffiziere über Betreiben des Bundesministeriums für Landesverteidigung im Wege der Finanzprokuratur aufgekündigt werden, obwohl ihnen diese Wohnungen während der NS-Zeit als Unteroffizierswohnungen zugewiesen worden sind. Sie haben dem bis heute nicht Rechnung getragen.

Man war seinerzeit bereit, in Kärnten ein Objekt anzukaufen, welches etliche Millionen Schilling gekostet hat. Dieses Objekt wurde als „Geisterschloß“ bezeichnet. Erst vor

Eberhard

einigen Wochen konnte ich selbst im Rundfunk hören, daß man jetzt, nach Jahren — wobei der Verfall schon so weit fortgeschritten sein soll, daß man das Hauptgebäude zum Beispiel überhaupt nicht mehr adaptieren kann —, dieses Hauptgebäude schleifen muß und erst nach Jahren jetzt darangeht, dort bescheidene Instandsetzungsarbeiten zu vollführen.

Ich frage mich, Herr Bundesminister: Wäre es nicht vernünftig gewesen, statt hier Millionen zu investieren, Millionen für nichts hinauszuwerfen, diese Beträge dafür zu verwenden, überall dort, wo Mangel an Wohnraum für Berufsunteroffiziere besteht, Wohnungen zu bauen? Aber dafür hat man kein Verständnis. Heute müssen diese Leute, die oft weit über ein Jahrzehnt hinaus treu der Republik Österreich gedient haben, es sich gefallen lassen, daß sie auf ihre alten Tage von ihrem zuständigen Ressortminister obdachlos gemacht werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zum Abschluß noch eine Bemerkung so am Rande. Mir ist heute folgendes mitgeteilt worden: Gestern haben nach Beendigung ihrer Präsenzdienstzeit wiederum Leute abgerüstet, und als Erinnerung wurden ihnen Wehrdiensterinnerungsmedaillen übergeben. Aber wenn einer glaubt, daß die Übergabe dieser Erinnerungsmedaillen in einer entsprechend würdigen militärischen Form geschehen wäre, so irrt er. Man hat den Leuten, die da schon in Zivil herumgesessen sind, diese Medaillen in die Hand gedrückt, hat ihnen gesagt: Tragen dürft ihr sie nicht, aber wehe, ihr verliert sie, die kostet 3000 S! (Heiterkeit.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! So kann man das nicht machen. Ich glaube, das war auch nicht Sinn und Zweck des Beschlusses, den Präsenzdienstern nach Absolvierung ihrer Präsenzdienstzeit eine Erinnerungsmedaille zu geben. Wenn man ihnen diese Medaille übergibt, dann soll es in einer feierlichen, würdigen militärischen Form geschehen, und zwar so, daß dieser Augenblick dem Mann auch späterhin in einer angenehmen Erinnerung bleibt.

Sehr verehrte Damen und Herren! Ich habe Ihnen eingangs meiner Ausführungen an Hand dieser „gesammelten Prader-Werke“ aufgezeigt, warum wir außerstande sind, mit Ihnen gemeinsam über eine umfassende Landesverteidigung ins Gespräch zu kommen. An Ihnen liegt es, diese Situation zu ändern, indem Sie den verantwortlichen Ressortminister von seiner Position abziehen. (Beifall bei der SPÖ. — Abg. Fachleutner: Das tät' euch so passen! — Abg. Hartl: Der bleibt!)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Dr. Geischläger. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. Geischläger (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich darf vielleicht gleich an den Vorredner anschließen, der gesagt hat, er habe hier „gesammelte Prader-Werke“. Ich glaube, das sind keine „gesammelten Prader-Werke“, sondern es sind „gesammelte Vorwärts-Werke“ (*Widerspruch des Abg. Eberhard*), und damit werden Sie selbst kritisiert und auch selbst gleich charakterisiert.

Ich muß aber zunächst — es tut mir leid — meinem Vorredner auch einen anderen Irrtum aufzeigen, nämlich den, daß doch Angehörige des Bundesheeres hier sind, wie ich eben informiert wurde. Sie sind von der 6. Einjährig-Freiwilligen-Kompanie; es ist die gleiche Anzahl von Soldaten, Unteroffizieren und Offizieren anwesend wie an den übrigen Tagen. Es wäre gut gewesen, zuerst hinzuschauen. (Abg. Eberhard: Ah, da schau her! Soeben eingetroffen! — Heftige Gegenrufe bei der ÖVP. — Der Präsident gibt das Glockenzeichen. — Abg. Weikhart: Trotz Schauen haben wir gestern nichts gesehen! — Ruf bei der SPÖ: Wo waren sie gestern? — Abg. Hartl: Um 7 Uhr abends können Sie das von niemandem verlangen!)

Ich habe zwei Punkte, die ich skizzieren möchte, und zwar: der eine Punkt ist der, der heute und in den letzten Tagen ... (*Anhaltende Zwischenrufe und Gegenrufe bei SPÖ und ÖVP*.)

Präsident (das Glockenzeichen gebend): Die Galerie darf sich nicht in das Plenum einmischen, und das Plenum soll sich nicht mit der Galerie befassen!

Abgeordneter Dr. Geischläger (fortsetzend): Die zwei Punkte, die ich skizzieren möchte, sind einerseits die Frage der Wehrgesinnung und zweitens eine persönliche Angelegenheit.

Zur Frage der Wehrgesinnung muß ich mit Bedauern feststellen, daß hier nicht der richtige Ton gefunden und vor allem nicht das richtige Schwergewicht auf dieses wichtige Problem gelegt wurde.

Die Tatsache, daß im Budgetansatz für Pubistik und, wie ich annehme, für Öffentlichkeitsarbeit nur der halbe Betrag von dem eingesetzt ist, der im vorjährigen Budget eingesetzt war, ließe den Schluß zu, daß die Bevölkerung es nicht mehr notwendig hat, über diese Probleme aufgeklärt zu werden, das heißt, daß sie bereits — vielleicht auch durch die Ereignisse im Nachbarstaat — so viel

10646

Nationalrat XI. GP. — 125. Sitzung — 17. Dezember 1968

Dr. Geischläger

an Gesinnung dazugewonnen hat, daß sie das Bundesheer als etwas Notwendiges und als eine doch liebe Einrichtung findet, schon deswegen, weil es ja die Söhne und Brüder, die Väter von Österreichern und Österreicherinnen sind, die in diesem Bundesheer ihren Dienst tun.

Es ist daher bedauerlich, wenn man immer wiederum da und dort bei Enqueten oder in Pressestimmen hört: Österreich braucht kein Bundesheer, es wäre zu klein, es wäre kein Geld da; es wäre überhaupt einmal die Problematik zu ventilieren, ob denn der Wehrdienst mit religiösen Glaubensbekenntnissen zu vereinbaren wäre, und was man da alles irgendwo hervorzieht. Ich glaube, es wäre besser, sich auf das Wesentliche zu konkretisieren und sich nicht in Kleinigkeiten zu verbreitern. Ist es nicht ähnlich wie etwa auf dem Lande draußen mit der Freiwilligen Feuerwehr? Ist es denn dort denkbar, daß man sagt: Es ist zuwenig Geld da, oder man hat gerade keine Zeit, oder man will nicht, man hat gerade das Feld zu bestellen?

Ich glaube, wir sollten uns hier einmal dazu bekennen, das Bundesheer, zu dessen Aufrechterhaltung wir ja durch den Staatsvertrag und durch das Neutralitätsgesetz verpflichtet sind, auch wirklich zu wollen. Denn es ist ja immer das das Beste, wenn man das, was man muß, will, und das, was man will, auch tut. Ich glaube, das ist ein alter Grundsatz.

Nun zu einigen Realitäten. Ich glaube, es ist auch eine Realität, daß wir in der heutigen Zeit leider noch immer örtliche Auseinandersetzungen haben. Das heißt, diese großen Machtblöcke, die wir wohl als Realität annehmen, geraten praktisch zwar nicht aneinander — Gott sei Dank! —, aber denken Sie an die Auseinandersetzungen im Nahen Osten, denken Sie an die Auseinandersetzungen in Südostasien und an manche andere.

Es ist also so, daß es immer wieder wichtig, ja lebensnotwendig sein kann — Gott bewahre uns vor dem Ernstfall —, daß wir eben darauf gerüstet sind — auch geistig —, unser Vaterland zu verteidigen, uns für das Vaterland einzusetzen. Ich glaube, das könnte uns eigentlich nicht schwerfallen, wenn wir die richtige Staatsgesinnung haben, diese demokratische Republik Österreich — die wir immer wieder beschwören, deren Fahnen wir zu Staatsfeiertagen und auch zu anderen Anlässen hinaushängen, die uns immer wieder, wenn wir vom Ausland zurückkommen und bei so einem Grenzpfahl vorbei wieder unser Heimatland betreten, doch eigentlich einen lieben Willkommensgruß entbieten — auch unter Opfern eventuell einmal zu verteidigen.

Nun komme ich zum zweiten Punkt. Ich bitte mir das nicht krumm zu nehmen, wenn ich hier einige offene Worte sage. Diese Worte sollen durchaus nicht aggressiv gemeint sein und sind auch nicht aggressiv gemeint. Aber sehen Sie: Die Opposition spricht natürlich hier immer gegen die Regierungspartei und gegen die Regierung. Ich werfe allerdings in Parenthese die Frage auf, ob es nicht einmal günstiger sein könnte — gerade bei verschiedenen Ressorts, zu denen die Landesverteidigung in erster Linie gehört —, wenn wir statt von Opposition von einer Konkurrenzpartei sprechen könnten, also von einer Partei, die nicht gerade dagegen ist, sondern die mitläuft, so wie es auch in der Wirtschaftskonkurrenz ist. Ich habe gehört, daß es nicht schlecht sein soll, wenn man nach dem Konkurrenzprinzip vorgeht, wogegen immer wieder Opposition betreiben schon fast an eine Querelen-sucht grenzt.

Es ist ja so, daß wir immer und immer wieder hören: Der Prader ist schuld. Nun, ich muß Ihnen ehrlich etwas gestehen, was vielleicht von meinem Standpunkt oder vom Standpunkt unserer Partei aus gar nicht so günstig ist. Aber ich glaube das Richtige zu treffen, wenn ich Ihnen sage: Sie haben jetzt einen Stand erreicht, wo Ihnen kein Mensch mehr glaubt!

Sicherlich, es gibt Personen, es gibt Institutionen, man kann Wünsche haben. (*Zwischenruf bei der SPÖ.*) Das kann ich Ihnen auch beweisen. Ein kleiner Punkt. Der Diskussionsbeitrag meines Vorredners war gar nicht so schlecht — entschuldigen Sie, das soll keine Zensur sein. (*Abg. Eberhard: Genügt Ihnen das vielleicht alles nicht, was wir Ihnen als Beweismaterial hinlegen?*) Es genügt, es genügt! (*Abg. Eberhard: Na also!*) Es genügt dafür, das zu begründen, was ich jetzt sagen will. (*Ruf bei der SPÖ: Es genügt alles nicht!* — *Zwischenruf des Abg. Guggenberger.*)

Der Abgeordnete Troll, glaube ich, war es, der gestern gesagt hat: Sagen Sie einmal, warum sind denn nur 4 Prozent von der Budgetsumme für die Landesverteidigung, warum beklagen Sie sich denn über das geringe Wehrbudget? — Wenn Sie dann die Pressekommentare gerade Ihrer Zeitungen lesen, dann hören Sie immer wieder, um wieviel das Wehrbudget zu hoch ist, was man mit diesen Mitteln alles machen könnte: Wohnbauten, Schulbauten, Sozialbudget, und so weiter, und so weiter. Sagen Sie mir nun: Wenn Sie selbst die Linie nicht halten, so ist das ja gut für uns. Aber wer soll Sie denn dann ernst nehmen? Wer soll es denn glauben, wenn Sie sagen: Hätte er sich in der Einparteienregierung doch durchgesetzt! Ja wie kann er sich denn durch-

Dr. Geischläger

setzen, wenn wir auf Sie Rücksicht nehmen wollen? Wir müssen ja auch auf Ihre Wünsche Rücksicht nehmen. (Abg. Weikhart: Das ist wohl eine Demagogie, wenn Sie sagen, Sie nehmen Rücksicht!)

Ich gehe weiter, Herr Abgeordneter Weikhart, und sage: Es sind nicht nur Ihre Wünsche, sondern wir haben ja zum Beispiel auch den Schulbau, den Wohnbau, die Sozialanliegen. (Abg. Weikhart: Dazu sind Sie gesetzlich verpflichtet!) Ja, richtig. Wir haben das auch in unserem Parteiprogramm. Wir gehen also daher sogar d'accord. Worin aber die Schwierigkeit liegt, ist doch die des Abstimmens aufeinander. Also das soweit zu dieser Frage.

Nun eine andere Frage. Man macht dem Minister Prader zum Vorwurf, daß gewisse Vorkommnisse da wären, die fehlerhaft sind. (Abg. Haas: Na net!) Diese Vorbringen des Abgeordneten Eberhard fallen nur teilweise darunter. Denn nehmen wir zum Beispiel die Angelegenheit mit dem Oberarzt. Sie haben sehr vornehm den Namen dieses Oberarztes verschwiegen, obwohl eigentlich der Oberarzt schuld ist. Denn ich glaube, daß der Minister Prader den Oberarzt vielleicht, den Kranken aber sicherlich nicht kennt. (Abg. Eberhard: In dem Fall habe ich an den Minister nur eine Bitte gerichtet!) Das heißt, es besteht gar keine Begründung, in diesem Zusammenhang Minister Prader dafür verantwortlich zu machen. (Ruf bei der SPÖ: Der Chef ist immer verantwortlich!) Denn ich frage Sie: Ja glauben Sie denn im Ernst, daß im Land oder in der Gemeinde Wien nichts vorkommt? Ja glauben Sie denn im Ernst, daß in den städtischen Spitätern nichts passiert? (Abg. Dr. Stella Klein-Löw: Aber wenn man es erfährt, stellt man es ab!) Ja was wäre denn da, wenn wir immer den auch von uns sehr geschätzten Herrn Bürgermeister Marek als den Prügelknaben heranziehen würden? (Zwischenrufe der Abg. Skritek, Lanz und Hartl.) Das kann niemandem im Ernst einfallen. (Weitere Zwischenrufe. — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.) Das dürfte auch Ihnen nicht einfallen. Nun trifft die Frage auch hier zu: Ja glauben Sie, daß dem Minister der Labour Party in England, der also Ihrer Partei nähersteht, glauben Sie, daß dort in der Wehrmacht nichts passiert?

Ich sage daher: Seien wir doch nüchtern und bemühen wir uns vor allem, von der Bevölkerung ernst genommen zu werden. Sie sagen doch womöglich schon dem Minister Prader nach, wenn er sich das Gesicht wäscht. (Abg. Preußler: Das verlangen wir nicht!) Ich meine, das sind Selbstverständlichkeiten, die sind nicht zu kritisieren. Sie müssen sich

leider dazu bequemen, effektive Skandalfälle, an denen Minister Prader persönlich mit Wissen und durch seine Schuld Verantwortung trägt, aufzugreifen. (Zwischenruf des Abg. Haas.) Was tun Sie aber wirklich? Sie stellen Beschuldigungen auf.

War es nicht bezeichnend, daß Sie gestern vom Herrn Justizminister hören mußten, daß gegen Herrn Minister Prader überhaupt keine Anzeige — nicht einmal von Ihnen — erstattet wurde? Ja, entweder — oder: Haben Sie den Mut und gehen Sie den Rechtsweg im Rechtsstaat, oder haben Sie den Anstand und verleumden Sie niemanden! (Beifall bei der ÖVP. — Abg. Eberhard: Was müssen wir bei Ihnen noch alles machen?) Die Frage kann ich Ihnen beantworten: Zu bestrafen ist das, was durch Gesetze für strafwürdig erklärt wurde. Der Betreffende ist erst dann zu verurteilen, wenn es das Gericht getan hat. Das heißt also, für Sie ist nicht nur der Oberarzt, nicht nur der Euler oder der Müllner, der Swoboda oder der Meier, sondern auch Minister Prader ein ehrenwerter Mann! (Abg. Dr. Stella Klein-Löw: Der Müllner ist kein Meier!) Daran müssen Sie sich gewöhnen! (Beifall bei der ÖVP. — Weitere Zwischenrufe. — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.) Moment! Müllner — eine sehr willkommene Frage. (Abg. Eberhard: Weil er euch Millionen gebracht hat!) Müllner ist abgeurteilt. Versuchen Sie doch ja nicht diese alte Taktik, indem Sie Äpfel mit Birnen mischen! Hier ist ein Verurteilter, und da ist ein ehrenwerter Mann! (Beifall bei der ÖVP. — Abg. Weikhart: Zwei Jahre haben Sie ihn in Schutz genommen!) Sie werden sich damit abfinden müssen. Genauso wie Niederösterreich erst vor kurzem sich hinter Prader gestellt hat — einstimmig! (Zwischenrufe der Abg. Haas und Eberhard) —, genauso stellt sich die Regierung und die Fraktion hinter Prader! (Ruf bei der SPÖ: Die hat sich auch hinter Müllner gestellt!) Merken Sie es sich: Genauso wie Sie sich hinter Kreisky stellen, stellen wir uns hinter Prader! (Beifall bei der ÖVP. — Anhaltende Zwischenrufe bei der SPÖ. — Abg. Eberhard: Das war aber sehr arm!)

Präsident (das Glockenzeichen gebend): Als nächste am Wort ist die Frau Abgeordnete Dr. Stella Klein-Löw. Ich erteile es ihr. (Abg. Mayr: Da kann sich der Eberhard wenigstens wieder beruhigen!)

Abgeordnete Dr. Stella Klein-Löw (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Ich komme nach einer Rede zum Wort, in der auf „fehlerhafte Vorkommnisse“ zurückgekommen wurde, von denen ich aber nichts erwähnen werde, weil die Redner nach mir dazu Gelegenheit genug haben. Erlauben Sie mir nur, daß ich

10648

Nationalrat XI. GP. — 125. Sitzung — 17. Dezember 1968

Dr. Stella Klein-Löw

sage: Der Vergleich mit Wien hinkt, denn gerade die Spitäler sind nicht in der Verantwortung eines sozialistischen Stadtrates, sondern in der eines ÖVP-Stadtrates, nämlich des Stadtrates Dr. Glück. (*Abg. Hartl: Aber Frau Doktor, das hat doch nichts damit zu tun! Es kann doch jedem Arzt ein Fehler unterlaufen!*)

— *Gegenrufe bei der SPÖ.*) Ja, natürlich. Nur soll Dr. Geischläger, der das genau weiß, weil er früher in der Gemeinde beziehungsweise im Bezirksamt tätig war, nicht solche Vergleiche bringen.

Nun komme ich zu meiner Rede, in der ich drei Punkte behandeln möchte. Zunächst einmal die Soldatengespräche, zweitens die Beschwerdekommission und drittens eine aktuelle Angelegenheit, die ich dann an den Schluß setzen möchte.

Zunächst möchte ich, so wie es schon Kollegen vor mir getan haben, begrüßen, daß bis jetzt bei jeder Sitzung Soldaten aus den Bundesländern auf der Galerie den Reden in der Fragestunde und den Reden folgen können und dann mit fünf Abgeordneten aller Parteien in ein Gespräch kommen. Ich möchte hier sagen: Ich habe oft die Freude — und das ist keine Phrase, sondern ich meine es so —, an diesen Gesprächen mit teilzunehmen. Ich möchte an diese Gespräche folgendes anknüpfen. Was geschieht dort? Die Offiziere, die Soldaten und die Jungmänner, die dort sind, stellen Fragen. Sie geben aber auch oft Antworten, sie sind kritisch und unerhört interessiert. Die Tatsache, daß sie neun Monate oder länger im österreichischen Heer dienen, prägt sie in keiner Weise negativ, und zwar deswegen nicht, weil sie den Mut zur Kritik dort haben, wo Kritik am Platz ist. Sie sind sehr vorsichtig, aber sehr bewußt in dieser Kritik. Ich freue mich, hier feststellen zu können — und ich stelle es gerne fest —, daß sie durch die Uniform in keiner Weise als junge Menschen uniform sind. Sie haben ihre eigene Meinung und haben auch den Mut, sie zu äußern. Sie haben einen sehr scharfen Blick und sind, wie ich sagte, sehr begierig, Dinge zu erfahren. Es steht nicht immer etwas das Heer im Mittelpunkt, sondern es gibt Stunden — wir verbringen eine Stunde im Gespräch —, in denen von der Landwirtschaft gesprochen wird, wenn hier das Kapitel Landwirtschaft zur Behandlung kommt. Sehr oft werden wir auch wegen der Schulgesetze angegriffen und müssen den jungen Menschen erklären, warum sie so und nicht anders sind. Sie interessieren sich für die Gesetzwerdung und für die Außenpolitik. Je nachdem, wann sie da sind und was sie hören, wissen sie ihren eigenen Bezug dazu zu bringen. Es ist deutlich, daß sie durch die Familie, aus der sie

kommen, durch den Beruf, den sie ausüben, und durch ihre eigenen Interessen geprägt sind. Unsere politischen Probleme sind auch ihre Probleme. Sie sorgen sich um die Zukunft, es interessiert sie die Sicherung der Arbeitsplätze, die ihnen voll bewußt etwas sehr Wichtiges sind.

Das Heer verbindet sie für neun Monate ihres Lebens, und die Frage ist nun: Was soll dieses Heer von unserem Standpunkt, vom Standpunkt der Politiker in diesen neun Monaten an Neuem geben? Ich spreche bloß von der staatsbürgerlichen Erziehung und von den Dingen, die ihnen vorher die Schule schon irgendwie nahegebracht und die Familie durch ihr Leben vorgelebt hat. Was bedeutet die Zeit des Dienstes in dieser Hinsicht?

Erlauben Sie mir, daß ich hier eines doch einmal feststellen, was ich schon vor zwei Jahren, glaube ich, festgestellt habe: Die Jugend, wie wir sie heute kennen, ist jedem Pathos abhold. Sie ist abgeneigt, Gefühle zu betonen, Gefühle zu äußern, und nimmt uns keine Phrasen ab, wenn wir versuchen sollten oder wollten, sie mit Phrasen einzufangen. Die jungen Menschen beurteilen die Welt nach dem, was sie als Wirklichkeit erleben, die Vergangenheit, die unsere Gegenwart war, haben sie nicht erlebt. Das heißt, sie stehen in der Gegenwart und suchen nach einer Zukunft. Erlauben Sie mir, daß ich diesen Teil meiner Ausführungen mit einem Zitat eines spätlateinischen Kirchenvaters beende. Er sagte: Angeboren ist der Jugend die Gier nach Neuem — Innata est iuventuti cupiditas rerum novarum. Durch Versuche wächst ihr Wissen, und ihre Klugheit kann diese Begierde nach immer etwas Neuem verkleinern. Die Jünglinge, so sagte der Kirchenvater, werden klüger, aber sie werden niemals zufrieden. Das liegt der Jugend nicht.

Davon ausgehend möchte ich sagen: Jeder dieser jungen Soldaten, die bei uns sind, jeder der jungen Offiziere weiß, daß Disziplin sein muß. Die Jugend erkennt sie an — vor allem im Heer, denn ohne Disziplin gibt es kein Heer, darüber brauchen wir ja nicht zu reden. Aber eine Voraussetzung muß sein: Das Heer muß Vorbild, Leitbild sein, nämlich der Offizier, der Höchste, der für das Heer Verantwortliche — dann ist es eine innere Autorität. Und noch etwas ist wichtig: Es muß die Gewißheit vorhanden sein, daß es nicht das Heer einer Seite ist, sondern daß es unser Heer, ein österreichisches Heer ist, ein gesamtösterreichisches Heer (*Beifall bei der SPÖ*), daß keine einzige politische Note dieses Heer in den Augen der Jugend, die in ihm ist, diskriminieren darf.

Dr. Stella Klein-Löw

Daher glauben wir, daß es nicht richtig ist, wenn die Jugend nicht hört, was wir alle über das Heer zu sagen haben. Wir glauben nicht, daß es gut ist, wenn man der Jugend nicht die Tatsachen zeigt, wir glauben, daß es am Heer liegt, an den Offizieren, die es ja auch tun, der Jugend vorzuleben, was innere Autorität ist. Halten wir doch um der Jugend willen, um Österreichs willen das Heer aus der Parteipolitik heraus!

Herr Kollege Hauser! Ich habe Ihr Kopfschütteln gesehen. So können Sie es nicht machen, daß Sie sagen, die Sozialisten treiben etwas hoch, was die ÖVP schlecht macht. Die ÖVP treibt es hoch, indem sie es schlecht macht. Der Herr Minister weiß genau, was wir meinen. Das kann man nicht durch Kopfschütteln abtun! So sind die Dinge. Was wir in den Zwischenkriegsjahren erlebt haben, soll und muß unserer Jugend erspart bleiben. Unsere Generation war viel weniger kritisch — das kann ich Ihnen sagen —, aber sie war dadurch geprägt, daß sich ganze Teile unseres Volkes benachteiligt fühlten. Diese unseligen Geschehnisse haben uns sehr wohl geprägt. Die Jugend von heute darf durch nichts in dieser Art aus ihrer Zukunft und für ihre Zukunft woanders hinausgetragen werden. Für sie ist unsere damalige Problematik einstweilen keine Problematik mehr.

Das gilt für die geistige Landesverteidigung, und das hat der dafür verantwortliche Beamte, Herr Finder, aus dem Unterrichtsministerium einmal sehr schön in einer Diskussion gesagt: Das Heer hat mit der geistigen Landesverteidigung nichts zu tun — und doch eines, daß mit dem Heer und durch das Heer, dadurch, wie das Heer geführt ist und wie es ist, die geistige Landesverteidigung, die staatsbürgerliche Erziehung steht oder fällt. Aber es ist Sache des Unterrichtsministeriums.

Wir alle dürfen das nicht vergessen. Das, was wir hier sagen, gilt für die staatsbürgerliche Erziehung. Die staatsbürgerliche Erziehung wird in den Kasernen weitergeführt, nachdem die Schule sie begonnen hat, hier im Parlament erfolgt die praktische Erfahrung. Aber die Prägung des Österreich-Bewußtseins, die Prägung des Bewußtseins der Disziplin geschieht im Heer selbst. Das muß man einmal mit aller Entschiedenheit sagen. Dazu gehört auch, daß die Soldaten wissen müssen, daß sie, wenn sie sich im Unrecht glauben, die Möglichkeit haben, sich beschweren zu können. Sie wissen es auch.

Ich möchte von dieser Stelle aus sehr bewußt sagen, daß die Beschwerdekommission, die vor kurzem ihr zehnjähriges Bestehen feierte, eine gute Zusammenarbeit zwischen den Abge-

ordneten und den Vertretern des Heeres zeigt. Der Soldat muß wissen, daß ihm Recht wird, wenn ihm Unrecht wurde. Manchmal wird ihm Unrecht, das kann man nicht vermeiden. Er kann sicher sein, daß diese Beschwerdekommission die Sache wirklich ordentlich durchbespricht, wirklich überlegt, und wenn sie dann zur Entscheidung kommt, wird, ganz gleichgültig, ob er neun Monate im Heer ist oder länger, ob er Jungmann oder Offizier ist, die Achtung vor dem Menschen durch die Beschwerdekommission gezeigt. Das ist es, was die Innenautorität wirklich unterstreicht.

Wenn ich hier den Dank an den Herrn Präsidenten, die hohen Offiziere und die anderen, die in dieser Beschwerdekommission wirken, ausspreche, so ist das ein ehrlicher Dank, weil das Wirken und Walten der Beschwerdekommission ein Teil der staatsbürgerlichen Erziehung ist.

Ich darf mich hier berufen auf einen hohen Offizier des Bundesheeres — ich glaube, es ist der Herr Oberst des Generalstabes Karl Lütgendörfer —, der einmal sagte: Eine Armee, die sich ihren Aufgaben gewachsen zeigt, bedeutet nicht unbedingt schon jene Ideologie oder Idee, die sich im politischen Raum behauptet oder nicht; die dem Militär eigenständlichen Mittel erlauben es ihm, auch ohne solche Ideen übertragene Aufgaben zu erfüllen und hervorragende Leistungen zu vollbringen.

Ich möchte daran anschließend sagen: Das ist der Unterschied zwischen einem demokratischen Heer und einem sonstigen Heer. Keine Glorifizierung des Krieges, keine Glorifizierung einzelner Kriegstaten, sondern das Heer, weil wir Freiheit und Frieden behaupten wollen; das Heer als ein Schutz des Landes und eine Selbstverständlichkeit. Keiner von uns will den Krieg; wir alle wollen in Frieden leben, und dafür muß man auch Opfer bringen. Das wissen die jungen Menschen. Aber darum müssen wir in allem und jedem darauf Rücksicht nehmen.

Ich komme nun zum dritten und letzten Teil meiner gewiß sehr kurzen Rede. Herr Minister! Ich vermute, Sie haben einen Brief der Österreichischen Kinderfreunde bekommen. Ich hoffe, er wurde an Sie weitergeleitet. Die Österreichischen Kinderfreunde — ich zitiere — schreiben — der Brief ist vom 27. November —:

„Das Österreichische Fernsehen brachte im Rahmen einer Nachrichtensendung am Sonntagabend ein Interview mit dem Verfasser eines neuen Spieles zur Förderung der geistigen Landesverteidigung“ und so weiter. „An diesem Interview nahm auch ein höherer Offizier des Bundesheeres teil.“

10650

Nationalrat XI. GP. — 125. Sitzung — 17. Dezember 1968

Dr. Stella Klein-Löw

Die Kinderfreunde erklären dann, was die Gesprächsteilnehmer gesagt haben, und schreiben:

„Die Österreichischen Kinderfreunde, als Vertreter von 320.000 Familien in Österreich, haben in ihren Aktionen gegen das Kriegsspielzeug in den vergangenen Jahrzehnten immer wieder auf die Gefahr einer Verniedlichung des Krieges hingewiesen. Sie sind auch in diesem Falder Meinung, daß man dem Bekenntnis zur Republik Österreich, zur Verteidigung der Freiheit und Unabhängigkeit unseres Staates keinen guten Dienst erweist, wenn man strategische Kinderspiele entwickelt, bei denen Truppenkonzentrationen in Nachbarstaaten durch Gegenmaßnahmen des österreichischen Bundesheeres beantwortet werden sollen. Hier wird die ernste Aufgabe des Bundesheeres, die verantwortungsvolle Pflicht jedes Soldaten, eben des Staatsbürgers in Uniform, zum ‚Wettrennspiel‘ degradiert.“

Schließlich und endlich sagen die Kinderfreunde, daß sich „die österreichischen Jugendorganisationen und die österreichische Schule mit diesem Teilespekt der staatsbürgerlichen Erziehung befaßt“ haben. Sie „ersuchen Sie“, — Herr Minister, „die Tätigkeit dieser Institutionen zu unterstützen und gemeinsam mit uns“ — wir sind ja ein Teil jener Organisationen — „jede Form des Kriegsspielzeuges abzulehnen.“

Ich habe mir dieses Spielzeug beschafft. Es ist ein kluges Wettrennen, aber es ist ein Wettrennen, ein Spiel, das der Jugend ans Herz zu legen wir wirklich keinen Grund haben! Damit wir einander richtig verstehen: Jeder darf Spiele erfinden und jeder darf und kann für diese Spiele eine Fabrik oder irgend jemand Verantwortlichen finden, der sie herausgibt. Wir leben in einer Demokratie, wir haben die Freiheit. Aber anders ist es, wenn ein hoher Offizier des Heeres bei einer Fernsehsendung dieses Spiel sozusagen empfiehlt. Ich frage Sie, Herr Minister, ob Sie davon gewußt haben, ob der Offizier dafür Ihre Zustimmung hatte und ob Sie damit einverstanden sind.

Lassen Sie mich dazu meine Meinung konkretisieren. Das Spiel ist ein Gesellschaftsspiel für Jugendliche über zwölf Jahre und Erwachsene. Ich will es hier nicht vorführen; es ist nicht uninteressant. Das Spiel ist darauf aufgebaut, daß in Nachbarstaaten gerüstet wird. Wie verhält sich da Österreich?

Ich sage Ihnen ein paar Sachen, die da stehen: Die Ostmächte können moderne Waffen der Truppenverwendung zuführen. Der Kampfwert der Truppen wird dadurch erhöht. Das wird dann auch von den Westmächten gesagt. Aber so einfach ist nun die Welt nicht, daß

das, was die Westmächte machen, das aufhebt, was die Ostmächte machen, oder umgekehrt. Oder: Da steht auf einem Zettel, Nebel ist irgendwo in Niederösterreich — ich hoffe, sie meinen echten Nebel und keinen politischen —, und deshalb sind verschiedene Flugzeuge oder irgend etwas später gelandet, das Heer ist in Ordnung. Da steht zum Beispiel, daß Ungarn im Kampf stand. Was muß da das Heer machen? Ich habe mir ein paar Sachen herausgesucht.

Jetzt hören Sie, was ich Ihnen dazu sagen möchte: Erstens einmal ist das tatsächlich eine Verniedlichung der Kriegsgefahr. Das ist gefährlich. Zweitens einmal ist da die Welt als eine Welt der Aufrüstung, des Krieges auf allen Seiten dargestellt.

Sie werden mir sagen: Na ist es nicht so? Ich werde Ihnen jetzt darauf antworten: Wenn es so ist und wenn wir, die wir mit der Jugend zu tun haben, wissen, daß die Spiele die Phantasie der Kinder und der Jugendlichen gefangennehmen sollen, muß ich Ihnen dringend abraten und uns allen wünschen, daß es nicht geschieht, daß die Phantasie der Kinder und Jugendlichen — wie Sie wollen, für mich ist ein Zwölf-, Dreizehnjähriger manchmal noch ein Kind, manchmal schon ein fast erwachsener Jugendlicher — durch dieses Spiel nach einer Seite gedrängt wird. Ob man dieses Spiel als Spiel im psychologisch richtigen Sinn, aber auch im richtigen Sinne für staatsbürgerliche Erziehung auffassen kann, darüber, Herr Minister, kann man zwar reden, aber ich glaube, daß die Antwort absolut klar ist: Ein Spiel ist nicht dazu da, die kriegsgeballte Atmosphäre in die Phantasie der Jugend hineinzutragen und sie als unabwendbar darzustellen. Daher schließe ich mich völlig dem an, was Ihnen die Kinderfreunde geschrieben haben, und ich ersuche Sie, dafür Sorge zu tragen — was geschehen ist, kann man nicht rückgängig machen —, daß in Zukunft solche Entwicklungen nicht wieder vorkommen.

Lassen Sie mich meine Rede schließen mit einem Zitat, wieder aus der Broschüre des Herrn Oberst Lütgendörfer, der sagte:

„Der sogenannte Geist der Truppe zielt weniger auf eine bestimmte Idee als viel mehr auf eine bestimmte Verhaltensweise.“

Jawohl, auf die Verhaltensweise der Kameradschaft, der Disziplin im Heer wie in jeder sonstigen Gemeinschaft, denn sie sind die Voraussetzungen für ein geordnetes Zusammenleben und Zusammenwirken im Heer, in der Familie, schon vorher in der Schule und im Staate.

Herr Minister! Achten Sie darauf, daß wirklich dieses Zusammenwirken, das Zusammenleben und die Verhaltensweise nicht gestört

Dr. Stella Klein-Löw

wird, nicht in eine falsche Richtung gedrängt wird durch das, was an der Spitze des Heeres geschieht. Wenn ich sage: An der Spitze des Heeres, so glauben Sie mir, daß ich nicht die Herren Offiziere meine, sondern Sie, Herr Minister, der als Verantwortlicher des Ressorts ein Leitbild für das zu sein hat, was wir alle, wir Österreicher, für richtig halten. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Dr. Scrinzi. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. Scrinzi (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ein paar Bemerkungen des Abgeordneten Dr. Geischaus veranlassen mich zu einer grundsätzlichen Erklärung. Seinen Ausführungen konnte man etwa entnehmen, daß im Rahmen der Landesverteidigungsangelegenheiten die Opposition eigentlich keinen gültigen Standort habe. Dieser Vorwurf geht unseres Erachtens ins Leere.

Es muß hier ausdrücklich wieder einmal folgendes festgestellt werden: Ein demokratisches System ohne Opposition ist undenkbar. Letzten Endes ist die Opposition die institutionalisierte Kritik und der institutionalisierte Zweifel. Diese Kritik und dieser Zweifel der Opposition können auch vor dem Ressort Landesverteidigung keineswegs haltmachen. (*Ruf bei der SPÖ: Sehr richtig! — Beifall bei der FPÖ.*)

Zum Beispiel wäre es — um das Verhältnis gerade in dieser entscheidenden Frage zwischen Opposition und Regierungspartei beziehungsweise Landesverteidigungsministerium zu entschärfen — sehr viel zweckmäßiger und sinnvoller gewesen, statt hier pauschale Ehenerklärungen mit Marc Anton abzugeben — „und ist gewiß ein ehrenwerter Mann“ —, der Einsetzung des von uns beantragten Untersuchungsausschusses zuzustimmen. Dieser wäre berufen gewesen, im Raum stehende Anschuldigungen, deren Richtigkeit oder Unrichtigkeit der einzelne Abgeordnete natürlich nicht überprüfen kann, aus dem Wege zu räumen oder gegebenenfalls zu bestätigen. Hätte man das getan, dann wären solche Auseinandersetzungen hier im Hause überflüssig, und man hätte der Landesverteidigung damit einen guten Dienst erwiesen. (*Abg. Dr. van Tongel: Sie hätten sich allenfalls über den Vorsitzenden nicht einigen können!*)

Ein zweites soll noch vorausgeschickt werden, was uns gleichfalls ein Beweis dafür zu sein scheint, daß das permanente Mißtrauen gerade gegen dieses Ressort durchaus berechtigt und am Platze ist. Wir stellen nämlich fest, daß ausgerechnet bei der Landesverteidigungsdebatte die Präsenzdienner, die wir sonst zu

unserer Freude im Hause immer als Gäste und Zuhörer begrüßen können, nicht anwesend waren.

Wir haben dazu schon Erklärungen gehört. Es sind Erklärungen, die nur auf diesem kleinen Teilgebiet beweisen, daß das vorliegt, was wir generell für die Führungsverhältnisse in diesem Ministerium behaupten, nämlich Befehls-einsatz-Koordinierungswirrwarr. Es geht jetzt nicht an, die Verantwortung dafür einfach wiederum, weil das das Bequemste ist, auf die Beamten des Hauses abzuwälzen.

Ein Landesverteidigungsminister, der Interesse daran hat, daß die Soldaten, welche in erster Linie die Träger dieser Landesverteidigung sind, mit den Problemen der Landesverteidigung konfrontiert werden — was anderes wäre Anlaß als eine solche Debatte? —, muß dafür Sorge tragen und sich vergewissern, daß gerade an einem solchen Tag mindestens die symbolische Anwesenheit der Soldaten im Hause gewährleistet ist. Wir erachten das für eine grobe Unterlassung. (*Abg. Steiner: Haben Sie keine größeren Sorgen, Dr. Scrinzi?*) Das ist eine Sorge, die wir auch haben. Es gibt andere, Sie werden einige davon noch zu hören bekommen, Herr Kollege, gedulden Sie sich etwas! Ich meine, wer im Glashaus dieses Ressorts sitzt, sollte füglich nicht mit Steinen werfen; es könnten sonst Scherben entstehen, die nicht mehr aufgeräumt werden können.

Wir werden uns trotz alledem, weil wir der Meinung sind, Landesverteidigung ist etwas, das uns alle angeht, mehr zurückhalten, als vielleicht zu verantworten ist. Wollen Sie mich aber provozieren; so habe ich hier eine Menge, was ich auspacken könnte. Das kann ich Ihnen versprechen! (*Abg. Regensburger: Sehr freundlich!*) Ob freundlich oder nicht, das steht auf einem anderen Blatt! (*Ruf bei der SPÖ: Warum die Schonung, Scrinzi?*) Wir wollen nicht schonen, davon kann keine Rede sein. Würden wir aber mit diesen Dingen anfangen, so müßten wir wahrscheinlich auch die Weihnachtsferien dazu verwenden, um alles das auszubreiten, was hier an Kritik anzubringen wäre. Es werden sich dazu noch andere Gelegenheiten bieten.

Meine Damen und Herren! Die Ereignisse des 21. August des Jahres haben uns einmal mehr bewiesen, was ja schon eine Binsenwahrheit ist, daß die bloße Möglichkeit des atomaren Einsatzes von entscheidender politischer und auch militärischer Bedeutung ist. Nicht mehr der Einsatz als solcher, sondern die permanente Drohung dieses Einsatzes bestimmen derzeit die strategische Situation in der Welt.

Seit Hiroshima und Nagasaki sind etwa 40 Kriege oder kriegsähnliche Auseinander-

10652

Nationalrat XI. GP. — 125. Sitzung — 17. Dezember 1968

Dr. Scrinzi

setzungen auf der Bühne der Welt abgelaufen und haben uns einerseits gezeigt, daß die konventionelle Kriegsführung nach wie vor — es ist fast schrecklich, das aussprechen zu müssen — ihren Platz behauptet und daß andererseits die konventionelle Kriegsführung in der Lage ist, beschränkte politische Ziele zu erreichen. Das ist natürlich zugleich ein Eingeständnis der Tatsache, daß auch die zweite große Weltkatastrophe nicht geeignet war, die Aggression in ihrer brutalsten Form als ein Mittel der Auseinandersetzung in dieser Welt auszuschalten. Aber das sind keine Überlegungen, die das Landesverteidigungsministerium anzustellen hat, sondern das sind eben Tatsachen, denen sich gerade dieses Ressort zu stellen und auf die es sich mit bestmöglichen Mitteln vorzubereiten hat. Wir haben uns auch in Österreich — und ganz besonders in Österreich als einem zur Neutralität verpflichteten Land — auf die territoriale und konventionelle Verteidigung unterhalb der atomaren Schwelle einzurichten.

Wir müssen mit Bedauern feststellen, daß die letzte große grundsätzliche Landesverteidigungsdebatte vier Jahre zurückliegt. Es war die Debatte anlässlich der Vorlage des Berichtes zur umfassenden Landesverteidigung, bei welcher das Haus zum letztenmal Gelegenheit gehabt hat, das große Thema der Landesverteidigung vor der österreichischen Öffentlichkeit zu erörtern. Ich habe seither alle hier im Hause gehaltenen, insbesondere die vom Herrn Ressortminister gehaltenen Reden zu diesem Thema durchgelesen. Sie alle beschäftigen sich mit Detailfragen der Landesverteidigung. Mit Führungsfragen, Personalfragen, Organisationsfragen und zu einem nicht geringen Teil mit der Selbstverteidigung des Herrn Verteidigungsministers.

Das ist ein Zustand, der bei der europäischen Lage wohl als sonderbar und ungewöhnlich bezeichnet werden muß, ein Zustand und eine Verfassung, in der wir uns auch von allen vergleichbaren Staaten mit frei gewählten Parlamenten grundlegend unterscheiden. Dort wird die Volksvertretung über die Lage der Landesverteidigung in ausführlichen Stellungnahmen und anschließenden Debatten unterrichtet, und dort vergeht kein Jahr, ohne daß Verteidigungs- oder Wehrdebatten in den verschiedenen Parlamenten abgeführt werden.

Es wäre also sehr begrüßenswert, wenn man, statt mit großem Aufwand die Schaffung von parteipolitisch orientierten wehrpolitischen Ausschüssen anzukündigen und gigantische Verteidigungspläne, welche an allen Ecken und Enden nicht durchdacht sind und damit von vornherein den Charakter reiner Propagandaaktionen haben, zu starten, das Hohe Haus

mit der Frage befassen würde, wie das Landesverteidigungsministerium auf die zweifellos eingetretene neue Situation oder, vielleicht könnte man auch so sagen, auf die durch die Ereignisse vom August erfolgte Bestätigung der Situation, in der wir leben und die wir so wenig zur Kenntnis nehmen wollen, zu reagieren beabsichtigt.

Wenn man einen solchen wehrpolitischen Ausschuß einberuft, dann wird durch gezielte Information und vielleicht auch durch Indiskretionen plötzlich die österreichische Öffentlichkeit dadurch schockiert, daß man sagt, für eine zeitgemäße Landesverteidigung müßten etwa 60 Milliarden Schilling aufgewendet werden, die in zehn Jahresraten à 6 Milliarden aufgebracht werden. Man wird unglaublich, wenn dasselbe Ministerium knapp vier Jahre vorher im Rahmen des Landesverteidigungsberichtes hier im Hause geäußert hat, daß ein Betrag von 5 Milliarden Schilling ausreichen würde, um eine wirksame und umfassende Landesverteidigung aufzubauen beziehungsweise auszubauen. Hier muß doch der kritisch denkende Staatsbürger zu der Überzeugung kommen, daß irgend etwas nicht stimmen kann, wenn plötzlich innerhalb einer relativ kurzen Frist das Erfordernis für eine wirksame Landesverteidigung auf das Fünfzehnfache erhöht wird. Wir warten also — bei jeder Landesverteidigungsdebatte haben wir dies kritisch angemerkt — auf das versprochene Wehrkonzept. (*Abg. Glaser: Das Fünfzehnfache, wie meinen Sie das?*) Ja, das Zwölffache, entschuldigen Sie. Fünfmal zwölf ist sechzig. (*Abg. Glaser: Um Gottes Willen, wo haben Sie das gelesen?*) Nach Ihrem neuen Konzept ... (*Abg. Steiner: Für zehn Jahre!*) Nein, ich habe nichts gelesen. Ich kann Ihnen die Zeitung ja vorlegen. 5 Milliarden pro Jahr durch zehn Jahre. Und das seinerzeitige Konzept war: 5 Milliarden insgesamt, geteilt auf 2 Milliarden für personelle und 3 Milliarden für ausrüstungsmäßige Erfordernisse. (*Abg. Dr. Gorbach: Muß denn alles richtig sein, was in der Zeitung steht?*)

Aber dann ist es Ihre Pflicht, dafür zu sorgen, daß solche Dinge nicht mißverständlich in die Öffentlichkeit gebracht werden, oder wenn es — ich weiß nicht, durch welche Umstände — geschieht, dem aufklärend entgegenzutreten. (*Abg. Glaser: Beziehen Sie doch Ihre Informationen von Ihrem Parteiobmann, dann kann so etwas nicht passieren!*) Ich beziehe von meinem Parteiobmann ausreichend Informationen, da können Sie ganz beruhigt sein, Herr Kollege Glaser. Ich beziehe mich hier auf eine Reihe von Pressemitteilungen, die von Ihnen bisher nicht dementiert oder korrigiert wurden. Aber Sie machen es sich auch hier einfach nach dem Beispiel einer Äußerung, die hier schon gefallen

Dr. Scrinzi

ist: Na, da hätten wir viel zu tun, wenn wir immer korrigieren und dementieren müßten. Sorgen Sie dafür, daß weniger aus rein propagandistischem Bedürfnis in der Öffentlichkeit geschrieben und geredet wird, dann ersparen Sie sich Dementis. Ich sehe ein, daß das eine mühselige Arbeit ist, aber dann werden Sie auch verhindern, daß die österreichische Bevölkerung ihre ganze Landesverteidigung einfach nicht mehr ernst nehmen kann. Und in einer solchen Situation sind wir, meine Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei.

Oder wollen Sie mir etwa erläutern, Herr Kollege Glaser, wo das seit Jahren versprochene Verteidigungskonzept ist, dessen Kenntnis doch ein Recht des Hohen Hauses wäre! (*Abg. Glaser: ... Verteidigungsrat!*) Wir sind mit einer Reihe von Detailplänen befaßt, wir haben im vergangenen Jahr auch einschlägige Gesetze beraten und mit Ihren Stimmen beschlossen. (*Abg. Glaser: Zum Teil auch mit den Ihren!*) Zum Teil auch mit unseren Stimmen, wenn uns dies sachlich begründet erschien. Was wir erfahren wollen, ist, wie also die gesamte Landesverteidigung aussieht. (*Abg. Steiner: Sie sollten ein wehrpolitisches Seminar besuchen!* — *Abg. Glaser: Ich habe gesagt, das stimmt nicht!*) Dieses Konzept schulden Sie dem Hause bis heute, oder stimmt das nicht? Jetzt schweigen Sie, Kollege Glaser. (*Abg. Glaser: Ich habe gerade gesagt, es stimmt nicht!*) Wo haben Sie dieses Verteidigungskonzept vorgelegt? (*Abg. Glaser: Herr Kollege! Ich glaube, ein wehrpolitisches Konzept kann nur Sache des Landesverteidigungsrates sein!* Ein solches Konzept und überhaupt die Fragen, die Sie zum Teil anschneiden, sind in erster Linie Sache des Landesverteidigungsrates!) Wenn Sie eines hatten, wozu haben Sie jetzt vor vier Wochen oder vor sechs Wochen Ihren Wehrpolitischen Ausschuß konstituiert? Ja warum scheuen Sie denn die Öffentlichkeit im Gegensatz zum Schweizer Parlament, im Gegensatz zum Deutschen Bundestag, im Gegensatz zur französischen Nationalversammlung? (*Abg. Zeillinger: Aber Scrinzi, es stimmt doch kein Wort davon! Die stellen da Behauptungen auf!*) Hat der Österreicher kein Recht, zu wissen, wie Sie sich seine Verteidigung im Krisen- oder gar Kriegsfalle vorstellen? Das ist doch die Methode, die Sie anwenden: Der Öffentlichkeit Sand in die Augen streuen und sich auf Dinge berufen, die unrichtig und unwahr sind und die man dann natürlich schwer widerlegen kann. (*Abg. Zeillinger: Sitzt im Landesverteidigungsrat und stellt falsche Behauptungen auf!*)

Wollen Sie mir also erläutern: Wo haben Sie in der österreichischen Öffentlichkeit ein

solches umfassendes Konzept der Landesverteidigung seit 1964 vorgelegt? Oder ist seit 1964 nichts geschehen, was ein solches Konzept erfordert? Bitte, wenn Sie die Freundlichkeit haben, uns dann anschließend aufzuklären, nicht durch billige Zwischenrufe so zu tun, als ob. Diese Philosophie des „als ob“ ist im Rahmen der Landesverteidigung am allerwenigsten angebracht.

Meine Damen und Herren! Ich wiederhole noch einmal: Sie schulden dem Hohen Hause ein solches Konzept. Sie haben sich in früheren Zeiten immer auf Ihren Koalitionspartner ausgeredet. Es ist zweifellos zum Teil richtig, daß das, was 1964 vorgelegt wurde, ein Kompromißprodukt war, aber nun hatten Sie drei Jahre Zeit, uneingeschränkt von einem Koalitionspartner gestützt auf eine absolute Mehrheit im Hause, ein solches Konzept vorzulegen.

Meine Damen und Herren! Warum verlangen wir ein solches Konzept? Wir verlangen es deshalb, weil wir uns darüber im klaren sind, daß ein solches Konzept Geld kostet, und weil wir uns darüber klar sind, daß gerade dieses Geld dank 20jähriger destruktiver Arbeit in Richtung der geistigen Landesverteidigung im besonderen nicht sehr leicht und gern aufgebracht werden wird. Wir haben aber immer wieder bekundet: Wenn Sie uns ein solches glaubwürdiges und einer Kritik standhaltendes Konzept vorlegen werden, werden wir auch bereit sein, für die Finanzierung eines solchen Konzeptes hier einzutreten. (*Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner übernimmt den Vorsitz.*)

Die Bewilligung der Mittel — das werden Sie doch zugeben — kann nicht der Landesverteidigungsrat vornehmen. Sie werden doch nicht erwarten, daß Sie uns hier im Hause so, wie es ein Minister eines anderen Ressorts schon getan hat, klarmachen können, Sie hätten jetzt die magische Formel gefunden, über die man aber mit den „dummen“ Abgeordneten nicht reden kann, die nur dazu geeignet und fähig sind, das Geld dafür zu bewilligen. Sie werden also die Karten Ihres Konzeptes wohl hier auf den Tisch dieses Hauses legen müssen.

Wir haben eine ganze Reihe von grundsätzlichen Forderungen für ein solches Konzept anzumelden. Einige davon, meine Damen und Herren, werde ich Ihnen hier nun unterbreiten.

Wir haben gerade in der Neutralitätsdebatte beim Kapitel Äußeres immer wieder betont, wie wesentlich für unsere Sicherheit die Glaubwürdigkeit unserer militärischen Neutralität ist. Meine Damen und Herren! Die Glaubwürdigkeit dieser militärischen Neutralität kann nicht nur im Osten, sondern sie muß auch im Westen abgesichert werden, denn

10654

Nationalrat XI. GP. — 125. Sitzung — 17. Dezember 1968

Dr. Scrinzi

eines ist klar: daß einer der Signatarstaaten des Staatsvertrages sich in seinen Interessen besonders dann gefährdet sehen würde, wenn Österreich durch ein einseitiges Verteidigungskonzept zum Ausdruck bringen würde, daß es entschlossen ist, seine Neutralität nur im Osten wirksam zu verteidigen. Wir kennen das große Interesse der Signatarmacht, daß der neutrale Sperrgürtel Schweiz und Österreich zwischen den NATO-Staaten aufrecht bleibt und im Krisenfalle auch verteidigt werden kann. Es wird also notwendig sein, daß diesem Umstand in einem entsprechenden Verteidigungskonzept Rechnung getragen wird.

Wir sind keineswegs die Verfechter eines Neutralismus im Hause, im Gegenteil, wir haben vor dieser Aufweichung der neutralitätspolitischen Haltung immer wieder und nicht zuletzt vor wenigen Wochen hier gewarnt. Das gehört mit zu einer glaubwürdigen militärischen Neutralitätspolitik.

Wir fordern von Ihnen ein Konzept, in dem Sie dartun, daß Sie entschlossen sind, eine flexible Territorialverteidigung insbesondere im östlichen Österreich aufzubauen, in welche auch die zivile Verteidigung miteinbezogen wird, und wir fordern die Zentralisierung, die Koordinierung und die Einbeziehung des Zivilschutzes in das Landesverteidigungsministerium.

Wir hielten es auch für eine Aufgabe des Landesverteidigungsressorts, daß Sie sich ernstlich darum bemühen — ein paar mit Wodka begossene Tischgespräche in Moskau scheinen uns dazu nicht ausreichend, sondern wir verlangen, daß das mit allen möglichen Mitteln versucht wird —, jene Souveränitätsdefekte in unserem Staatsvertrag zu beseitigen, welche unsere Bewaffnung behindern und dadurch eine wirksame Verteidigung wesentlich erschweren, wenn nicht unmöglich machen, wie auch jene personellen Sperrlinien zu beseitigen, welche bei der personellen Ausrüstung unserer Landesverteidigung sich als hinderlich erweisen.

Wir sind der Meinung, daß ein Berufsunteroffizierskorps zu schaffen ist, weil wir andernfalls nicht in die Lage kommen werden, den ständigen Mangel an Kaderpersonal insbesondere der Spezialeinheiten zu beseitigen.

Wir verlangen weiters, daß im Rahmen der Beförderung von Unteroffizieren und Offizieren vom starren Beamtenschema abgegangen wird und daß die qualifizierte Beförderung im Rahmen der Gesamtbeförderungen einen größeren Raum einnimmt.

Wir verlangen eine verstärkte Bemühung um das Sozialprestige des Soldaten, des Unteroffiziers, des Offiziers, ja eben unseres gesamten

Heeres, und wir verlangen verstärkte Bemühungen um die sogenannte geistige Landesverteidigung. Nach wie vor ist festzustellen, daß sich der Österreicher und daß sich die österreichische Öffentlichkeit mit ihrem Heer nicht identifizieren, sondern daß eine Art Verlegenheitsverhältnis herrscht. Wir haben zu kritisieren, daß eine ganze Reihe von Unterlassungen begangen, aber auch von Maßnahmen getroffen werden, die nicht geeignet sind, die geistige Landesverteidigung zu stärken.

Man hat im Anschluß an die Ereignisse in der Tschechoslowakei das Schwejk-Ideal bis zum Exzeß verherrlicht, um etwa dem Österreicher damit einzureden, dieser Soldat Schwejk sei es, der im Falle des Falles fähig sei, Österreich wirksam zu verteidigen. Das würde sich eines Tages als ein verhängnisvoller Irrtum erweisen! Es wäre sehr viel mehr angebracht, etwa immer wieder auf das Beispiel Finnlands hinzuweisen, es wäre angebracht, auf das Beispiel Israels und das der Schweiz zu verweisen, wo historisch erwiesen ist, daß eine wirklich umfassende Landesverteidigung unter Einschluß der inneren Verteidigungsbereitschaft jedes einzelnen Staatsbürgers auch im Zeitalter der Massenheere, der Massenwaffen und des konventionellen Krieges an der Atomschwelle ihren Sinn und ihre Aufgabe hat.

Meine Damen und Herren! Was aber erleben wir? — und das soll nur ein Schlaglicht sein, wie man sich in Österreich geistige Landesverteidigung vorstellt! Vor wenigen Wochen, am Allerseelentag, wurde die 83jährige Mutter des großen Jagdfliegers aus dem zweiten Weltkrieg Walter Nowotny von zwei Staatspolizisten beim Besuch des Grabes ihres Sohnes zur Ausweisleistung verhalten und gefragt, was sie hier zu suchen habe. Eine 83jährige Frau! (Zwischenruf.) Dazu haben wir offensichtlich Staatspolizisten; für die Herren Euler, Adamek und Konsorten haben wir sie nicht!

Meine Damen und Herren! Glauben Sie, daß solche Dinge geeignet sind, den Verteidigungswillen und die Verteidigungsbereitschaft zu stärken? Will man uns hier weismachen, daß das etwas im Zusammenhang mit der Frage der Staatssicherheit zu bedeuten hat, wenn eine greise Mutter am Allerseelentag ein Grab besucht? Das ist doch nichts anderes als der Versuch, das Symbol eines Mannes, der im Dienste der Verteidigung alles eingesetzt hat, zuletzt sein Leben, herabzusetzen und herabzuwürdigen und dieses Symbol auf den Scherbenhaufen der überkommenen und der überflüssigen Ideale zu werfen.

Herr Bundesminister! Ich würde Sie bitten, daß Sie einmal im Innenressort nach dem Rechten sehen und überprüfen lassen, ob es

Dr. Scrinzi

nicht zweckmäßiger wäre, statt Staatspolizisten an die Gräber hochausgezeichneter Soldaten zu schicken, vielleicht auch einmal einen Kranz an einem solchen Grabe niederzulegen. Niemand hat anscheinend bisher daran Anstoß genommen, daß solche Kränze von offiziellen und halboffiziellen österreichischen Stellen an Gräbern von Partisanen im Ausland niedergelegt wurden, aber den eigenen Soldaten diffamiert man durch „staatspolizeilichen Schutz“ 25 Jahre nach dem Heldentod.

Ein anderes Beispiel, das ich Ihnen ganz besonders ans Herz legen würde, Herr Minister, ist folgendes. Vor wenigen Tagen haben wir gehört, daß Jugoslawien seinen letzten deutschen Kriegsgefangenen entlassen hat. Ich würde Sie bitten, das zum Anlaß zu nehmen, sich für den letzten österreichischen Kriegsgefangenen in Italien, für den Major Reder, Opfer eines Justizirrtums, wollen wir sagen, einzusetzen, um vielleicht nach 23jähriger Haft auch dessen Freilassung durchzusetzen, und zwar unter Hinweis auf das Beispiel des kommunistischen Jugoslawiens.

Meine Damen und Herren! Wir halten die geistige Landesverteidigung für eine ebenso wichtige Angelegenheit wie die Ausrüstung und Bewaffnung unseres Heeres mit zeitgemäßen Waffen. Um mich nicht allzu weit verbreitern zu müssen, darf ich vielleicht etwas zitieren, was ein ehemaliger Abgeordneter dieses Hauses, der selbst hochausgezeichneter Offizier des letzten Krieges war, dazu vor wenigen Wochen geschrieben hat:

„Die Anerkennung der Tradition, der Respekt vor dem Opfer und der Leistung der Kriegsgeneration und der Glaube, daß unser Land, unser Volk und die europäischen Überlieferungen Werte sind, die verteidigt werden müssen, legt den Tüchtigen und vor allem den Mutigen die Pflicht auf, dafür zu sorgen, daß auch Politiker über unser Schicksal und unsere Zukunft entscheiden werden, die diese Gesetze als Maxime ihres Handelns betrachten.“

Es ist leider in den letzten Jahren in der Zeit der Führung des Ressorts durch den Herrn Bundesminister Dr. Prader viel vorgefallen, was Zweifel in die Haltung dieses Ministers in dieser Richtung hervorgerufen hat. Ich weiß nicht, ob alle diese Zweifel berechtigt waren, aber ich kann es der Regierungspartei nicht ersparen, noch einmal festzustellen, daß die Gelegenheit, alle diese Zweifel auszuräumen, von Ihnen versäumt wurde. Diese Gelegenheit war der von uns im Zusammenhang mit all diesen Anschuldigungen geforderte parlamentarische Untersuchungsausschuß.

Wir verlangen gerade im Zusammenhang damit die radikale Entpolitisierung des Heeres. Vor wenigen Tagen hatten wir hier Gelegenheit,

über die Verpolitisierung, die neuerliche Verpolitisierung und die Verankerung des Proporzes in der verstaatlichten Industrie zu klagen. Wir halten diese Entwicklung dort für verderblich, wir hielten sie aber im Rahmen der Landesverteidigung für tödlich.

Was wir weiter im Rahmen eines solchen Konzeptes fordern, ist die Schaffung klarer Verhältnisse in bezug auf den Oberbefehl und den Einsatzbefehl im Ernstfalle. Wir halten es für untragbar, daß das österreichische Heer im Frieden einer militärischen Führungs spitze entbehrt, denn der für den Kriegsfall designierte Oberbefehlshaber, der Generaltruppeninspektor, ist ja in Friedenszeiten nicht Führer der Streitkräfte des Heeres, sondern er ist bloß Berater des Ressortministers ohne jede Befehlsgewalt.

So kann es uns dann nicht wundernehmen, daß bei der Organisation, bei der waffen- und fahrzeugmäßigen Ausrüstung, bei der Versorgung des Heeres in Friedenszeiten, beim Aufbau des Nachrichtenwesens und Nachrichtendienstes, im Rahmen des Personalausatzes und des Zivilschutzes kein Zusammenspiel oder ein schlechtes Zusammenspiel gegeben ist, daß eben keine Koordinierung aller dieser Agenden erfolgt. Wie soll dann im Krisenfalle ein solchermaßen schlecht koordiniertes Heer funktionieren?

Wer von Ihnen, meine Damen und Herren, in den Rechnungshofbericht des Jahres 1967 hineingeschaut und dort etwa die Kritiken auf dem Sektor Zivilschutz durchgelesen hat, der kann nur die Hände über dem Kopf zusammenschlagen über so viel Desorganisation, so viel Doppelgeleisigkeit und solche Planlosigkeit.

Das Heer muß auch im Frieden geführt werden, und das Heer darf im Frieden nicht als Ressort verwaltet werden, wie es insbesondere in den letzten Jahren geschehen ist, und es darf schon gar nicht, was wir hier schon oft kritisiert haben, zum Exerzierfeld parteipolitischer Interessen werden.

Wir sind der Meinung, daß ein solches umfassendes Verteidigungskonzept auch nicht um die Frage eines Generalstabes herumkommen wird.

Ich wiederhole eine weitere, mir unerlässlich scheinende Forderung, um die innere Führung des Heeres zu erleichtern und zu verbessern; das ist die abgesonderte Militärgerichtsbarkeit. Ich kann hier aus eigenem Erleben als Sachverständiger, der an zahlreichen solchen vor zivilen Strafgerichten ausgetragenen Prozessen teilgenommen hat, sagen, daß das ein Vorgang ist, der in jeder Richtung geeignet ist, Disziplin und Führungskraft in diesem Heer zu untergraben.

10656

Nationalrat XI. GP. — 125. Sitzung — 17. Dezember 1968

Dr. Scrinzi

Natürlich setzen wir uns dafür ein, daß der Soldat so wie jeder Bürger dieses Landes im Wege der Beschwerdekommission die Möglichkeit hat, sich gegen Übergriffe, wie sie ja auch im bestgeführten Heer leider nicht immer zu vermeiden sind, zur Wehr zu setzen. Aber daß jene destruktiven Elemente, die den Geist der Truppe zersetzen, die geeignet sind, das Ansehen von Unteroffizieren und Offizieren aus einer negativen Einstellung und Haltung zur Landesverteidigung heraus systematisch zu untergraben, dann in Strafgerichtsprozessen, die vor nichtmilitärischen Gerichten ablaufen, sich verantworten müssen, ist ein unerträglicher Zustand für eine moderne Armee.

Wir sind auch der Meinung, daß die Entscheidung über eine Ratifizierung des Atomsperervertrages, der von Österreich auch ohne Information des Hauses bereits unterzeichnet wurde, für die Fragen unserer Sicherheit von großer Bedeutung ist und daß diese Ratifizierung nicht erfolgen kann, ohne daß der ganze Komplex des Atomsperervertrages ausführlich und gründlich im Hause debattiert wird.

Im Zusammenhang damit wäre auch die Frage zu prüfen, ob es nicht möglich ist, im Verhandlungswege eine Reihe von Bestimmungen des Staatsvertrages zu verbessern und damit Österreich in die Lage zu versetzen, seinen Beitrag zur eigenen Sicherheit und damit nicht zuletzt auch zur Sicherheit und zum Frieden in Europa zu erhöhen und zu vermehren.

Meine Damen und Herren! Das sind nur einige grundsätzliche Forderungen und Anmerkungen. Ich möchte abschließend in Abwandlung eines Wortes vom Standpunkt der Freiheitlichen Partei folgendes feststellen:

Es heißt, Diplomaten verhindern immer den eben beendeten Krieg, und von Generälen wird gesagt, sie bereiteten sich immer auf den eben verlorenen Krieg vor. Wir haben seit der Amtsführung des Ministeriums für Landesverteidigung durch den gegenwärtigen Ressortminister das Gefühl, dieser Verteidigungsminister bereitet sich immer gerade auf die nächsten Wahlen vor. Das ist der Grund, warum er unser Vertrauen nicht genießt, und das ist auch mit einer der Gründe, warum wir das vorliegende Budget zur Landesverteidigung ablehnen. (*Beifall bei der FPÖ*)

Präsident Dipl.-Ing. Waldburner: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Preußler das Wort.

Abgeordneter Preußler (SPÖ): Meine Damen und Herren! Hohes Haus! Es haben ja schon gestern und heute viele Kollegen aus allen Fraktionen zum Thema Landesverteidigung gesprochen, und ich möchte von

meiner Seite aus, soweit das in diesem Rahmen möglich ist, ebenfalls einen Beitrag zu diesem Kapitel leisten.

Ich darf aber vielleicht gleich zu Beginn sagen — das ist eine im Hause auf allen Seiten schwelende Frage —: Wenn wir uns jetzt, nachdem das Bundesheer schon zwölf Jahre steht, immer noch in weitesten und breitesten Diskussionen mit diesem Kapitel Landesverteidigung beschäftigen, dann, meine Damen und Herren — das müssen Sie doch selbst zugeben —, ist das der deutlichste Beweis dafür, daß die Grundprobleme unserer Verteidigung noch nicht genügend geklärt sind. Darüber, glaube ich, gibt es auf keiner Seite irgendeinen Irrtum.

Denn wie käme es, daß sich alle, die Frauen und Männer dieses Hauses, die Presse, ja die gesamte Öffentlichkeit immer wieder mit diesem Kapitel beschäftigen; nicht nur die sozialistische Presse, auch die Presse, die Ihnen gehört oder Ihnen nahesteht. Wenn das alles so klar wäre, wie das besonders von seiten des Herrn Verteidigungsministers immer gesagt wird, wäre das nicht der Fall.

Ich darf feststellen, meine Damen und Herren: Wir sind um die vier Hauptfragen noch nicht herumgekommen.

Es geht zunächst um die Wehrkonzeption; diese Konzeption ist in diesem Hause — und da schließe ich mich meinem Vorredner Dr. Scrinzi an — jedenfalls noch nicht beschlossen worden. Von dieser Konzeption hängen die Heeresorganisation, die Ausrüstung und naturgemäß auch das Heeresbudget ab.

Wie gesagt: Kritik wird nicht nur von uns erhoben — das zu glauben, ist ein Irrtum, dem Sie unterliegen, meine Damen und Herren von der rechten Seite —, sondern diese Kritik wird in massiver Weise auch von Zeitungen erhoben, die in Ihrem „Raum“ mehr beheimatet sind als bei uns, etwa von der „Presse“, den „Salzburger Nachrichten“, der „Kleinen Zeitung“. Man könnte also hier eine ganze Skala von Pressezeugnissen aufzählen, die beileibe nicht sozialistisch geführt oder gelenkt werden, denen aber die Landesverteidigung doch auch eine so große Sache ist, daß sie sich damit beschäftigen, selbst wenn sie uns, der Opposition, die Munition damit liefern. Es muß also um mehr gehen, wenn sich so große Presseorgane einschalten und zum Thema Landesverteidigung ihre Experten sprechen lassen. Das schreibt ja nicht der Redakteur oder ein einzelner, der dort verantwortlich zeichnet; das wird ja für Hunderte von Fachleuten, die er zu seinem Bekanntenkreis oder zu dem Kreis dieser Zeitung zählt, geschrieben. Das ist eine indirekte Aussage der Leute des

Preußler

Heeres, die mit diesen Dingen zu tun haben, weil sie auf dem normalen Dienstweg heute dazu gar keine Möglichkeit haben.

Erinnern Sie sich: Als ich vor Jahren hier den Namen Oberstleutnant Segur aussprach — ich kenne ihn nicht einmal persönlich, wohlgemerkt; er ist auch kein Mann meiner Richtung —, hat das genügt, um die Diskussion im Truppendiffert, die ich damals begrüßt und gefordert habe — sie wurde angekündigt —, abzuwürgen. Heute kann kein Offizier einen Artikel publizieren, den er nicht vorher seinem Vorgesetzten zur Approbation vorgelegt hat. So werden wir nicht weiterkommen! Denn die Leute, die im Heer als Fachleute tätig sind, fürchten sich aus begreiflichen Gründen davor, daß man ihren Namen nennt, wie das unlängst bei einem hohen Offizier der Fall war, der mich gebeten hat: Bitte schön, mache aus meiner Rede nicht deine Rede, denn dann käme ich in größte Schwierigkeiten! — Das zeigt doch, wie man diesen Kameraden gegenübersteht, wie armselig diese Dinge sind, wenn jeder beim Heer fürchtet, daß seine Aussage in die Öffentlichkeit kommt (*Zwischenruf des Abg. Steiner*), weil er dann eventuell einen bestimmten Posten oder eine bestimmte Dienststellung nicht mehr bekommt. (*Abg. Steiner: Von einem Offizier hat er sich die Rede aufstellen lassen, hat er gerade gesagt!* — *Ruf bei der SPÖ: Das hat er nicht gesagt!*)

Das war (*zum Abg. Steiner*) ein Hörfehler, du mußt dich einmal beim Arzt anschauen lassen, für dich genügt nicht der Serinzi, du mußt auch noch zu einem Ohrenarzt gehen! (*Heiterkeit.*) Du fehlst ja immer bei diesen Veranstaltungen, du bist ja nie dort, wenn die Offiziersgesellschaft etwas veranstaltet. Dort werden Vorträge gehalten, und die Offiziere wollen nicht, daß man ihre Vorträge hier sozusagen der Öffentlichkeit bekanntgibt. Ich habe dem Betreffenden das auch versprochen. (*Abg. Steiner: Mit dieser Erläuterung bin ich einverstanden!*) Eben, Gott sei Dank, es braucht länger, du warst schon immer ein schlechterer Schüler im Verstehen. (*Abg. Glaser: Da kann ich Auskunft über beide geben!* — *Heiterkeit.*) Ich wollte jetzt etwas sagen, aber nein, besser nicht.

Aber, meine Damen und Herren, es geht auch um die Art und Weise, wie der Herr Verteidigungsminister argumentiert. Auch das müssen wir hier einmal unter Beweis stellen.

Ich möchte gleich mit dem Budget 1969 beginnen und bitte Sie, meine Damen und Herren, zur Kenntnis zu nehmen: Alles das, was ich hier vorlese, ist nicht das Produkt einer sozialistischen Zeitung, sondern es ist

aus Protokollen des Parlaments oder aus Zeitungen, die nicht etwa in meinem Bereich, im sozialistischen Bereich, schreiben.

Ich sage Ihnen jetzt ganz deutlich, wie schwer es ist, mit dem Heeresminister zu arbeiten. Menschlich will ich ihm nicht nahtreten. Aber ich kenne ihn schon von früher, als er noch nicht Minister war, als er noch im Heeresausschuß war. Es ist sehr schwer, mit diesem Minister zu arbeiten, dies selbst dann, wenn man so wie ich jahrelang versucht hat, zu einer gemeinsamen Landesverteidigung zu kommen. Ich gestehe das offen in diesem Hause. Ich habe mich in den letzten Jahren etwas zurückgezogen, weil ich daraufgekommen bin, daß hier kein Betteln, kein Argumentieren hilft, es nützen keine Tatsachen, hier geht es um eine Linie, die wir wahrscheinlich nicht begreifen, nicht begreifen können.

Ich möchte Ihnen sagen, wie schwer es also ist, den Argumenten des Ministers zu folgen. Wie schaut das Budget 1969 im gegenständlichen Bereich aus? Lassen wir noch einmal die Zahlen Revue passieren. Das Budget 1969 beträgt 3,98 Prozent, also rund 4 Prozent. Wie war es nun früher? 1968 4,31 Prozent, 1967 4,47 Prozent, 1966 4,49 Prozent, und in der bösen Zeit der Koalition, im letzten Koalitionsjahr, im Jahre 1965, war das Budget 4,8 Prozent, also fast 5 Prozent.

Entsinnen Sie sich, meine Damen und Herren: Ich glaube, alle wissen das noch auswendig, was der Minister im Wahlkampf 1965/66 erklärt hat: Wenn die bösen Sozialisten nicht mehr in der Regierung sitzen werden, wenn sie schwächer werden — damals wußte er noch nicht, daß eine Alleinregierung kommen werde —, dann werden wir endlich ein Budget bekommen, mit dem alle Ausgaben des Verteidigungsbudgets gedeckt werden können.

Denken Sie an diesen Spruch, ich werde auf ihn noch zurückkommen. Er geht wie ein roter Faden durch meine Beweisführung.

Dr. Klaus sagte in seiner Regierungserklärung vom 20. April 1966 — ich lese Ihnen nicht alles, sondern nur einen wesentlichen Satz vor —: „Das Bundesheer ist so auszubauen und auszurüsten, daß es die ihm übertragenen Aufgaben in bestmöglicher Form erfüllen kann und die stete Einsatzbereitschaft gewährleistet ist.“

Er schloß dann seine Erklärung: „Die Bundesregierung bekennt sich nachdrücklich“ — nachdrücklich! — „dazu, daß die Landesverteidigung eine besondere staatspolitische Notwendigkeit darstellt, für die auch Opfer gebracht werden müssen.“

10658

Nationalrat XI. GP. — 125. Sitzung — 17. Dezember 1968

Preußler

Meine Damen und Herren! Ich frage Sie jetzt — das liegt einige Jahre zurück —: Wo ist das staatspolitische Opfer, das die ÖVP in der Zeit der Alleinregierung gebracht hat, um endlich die Landesverteidigung aus dem Sog des Parteienstreits herauszubringen? Ich möchte hier deutlich sagen: Herr Minister Dr. Prader hat in seiner ersten Rede am 15. Juni 1966 zum Budget 1966 gesagt:

„Der Herr Bundeskanzler hat in der Regierungserklärung klar herausgestellt und die Bedeutung dargelegt, die die österreichische Bundesregierung der Landesverteidigung bei mißt. Gerade an dieser diffizilen Frage der Verteidigungspolitik scheidet sich die Staatspolitik von der Opportunitäts politik. Die Bundesregierung hat keinen Zweifel darüber gelassen, daß sie auch in diesem Bereich der Staatspolitik den Vorrang einräumt.“

Sehen Sie, meine Damen und Herren, wie sich die Dinge im realen Raum anders zeigen! Von Staatspolitik ist von seiten der regierenden Partei und des regierenden Heeresministers keine Rede. Es wird hier der Regierungserklärung in keiner Weise Rechnung getragen. Dr. Prader erklärte ferner:

„Um einer Legendenbildung vorzubeugen, darf ich nun auch zur Budgetfrage einiges sagen. Sowohl die Sprecher der Freiheitlichen wie der Sozialistischen Partei haben erklärt, es sei nun der Effekt einer österreichischen Bundesregierung, die nur aus Angehörigen einer Partei gestellt wird, daß jetzt das Verteidigungsbudget kleiner sei als früher. Das, meine Damen und Herren, entspricht nicht den Gegebenheiten. Das Verteidigungsbudget ist um wesentliches größer, als es bisher der Fall war.“

Das sind die Aussprüche des Herrn Bundesministers vor Jahren. Er redet sehr viel, vergibt aber, seine Reden nachzulesen, bevor er etwas Neues redet. Daher weiß er nie, was er gesagt hat. Ich lese Ihnen nun noch einen dritten Absatz aus seiner Rede vor:

„Wir haben hier nun doch ein klares Konzept in der Budgetgestaltung, ein Konzept, das nun erstmalig eine langfristige Konzeption entwickelt mit allen jenen Vorteilen, die sich aus der Situation heraus vor allem auch für das österreichische Wirtschaftsgeschehen ergeben.“

Und nun, meine Damen und Herren, möchte ich Ihnen raten: Lesen Sie sich die Antwort des Herrn Ministers im Budgetausschuß vom 13. November 1968 einmal durch. Es wäre sehr interessant, wenn Sie diese Antwort für sich „durchanalysieren“ würden. Er sagte in dieser Antwort, nämlich

jetzt, Jahre später, „es könne kein langfristiges Konzept geben, weil die derzeitige Art der Budgetierung ein solches Konzept gar nicht zulasse.“ Das ist genau das Gegenteil von dem, was er vor vier Jahren gesagt hat.

Nun horchen Sie, was ein Redner der Österreichischen Volkspartei — er hat es gewiß ehrlich gemeint, ich konzediere ihm das und nenne nicht einmal den Namen — am 30. November 1966 sagte:

„Wir werden in den nächsten Jahren das Landesverteidigungsbudget wesentlich erhöhen müssen, denn die Koalitionsregierung hat in den zurückliegenden Jahren dem Bundesheer nicht jene Mittel gegeben, die es zu seiner wünschenswerten Entwicklung gebraucht hätte.“

Das ist eine glatte Lüge. Der Beweis dafür ist das jetzige niedrigste Budget, das von der Alleinregierung jemals vorgelegt wurde. (*Zwischenruf des Abg. Steiner.*) Man sagt einfach etwas. Ich will keinen Namen nennen, aber es haben mir Leute von Ihrer Fraktion gerade in der letzten Zeit gesagt: Es wird halt immer schwerer, für unseren Chef ins Gefecht zu gehen. Es gibt bei Ihnen wirklich ehrliche Leute — das muß der Objektivität halber auch ein Sprecher der Opposition sagen —, die für die Verteidigung eintreten, sich aber mit dieser Methode nicht mehr zurechtfinden können. Sie wissen genau, wer gemeint ist; es ist nicht ein einzelner, sondern es ist ein Großteil Ihrer Fraktion, die sich etwas anderes vorstellen. Ich nenne die Namen Weißmann und Marwan-Schlosser, die immer wieder den Versuch unternommen beziehungswise unternahmen, daß wir doch zu einer gemeinsamen Plattform für alle drei Parteien kommen. Aber mit solchen Aussprüchen muß ja jemand in die Schlucht fallen, wenn ihn der Minister dazu ermuntert. Jahre später stellt sich dann heraus, daß das Aussprüche sind, die uninteressant sind, die man der Lüge überführen kann.

Ich habe mir die Mühe genommen, alle Reden des Ministers zu lesen. Ich würde Ihnen empfehlen, es auch zu tun: Es ist ein Muster dafür, wie eine Propagandashow aufgezogen wird und wie man auf die Vergleichlichkeit der Leute spekuliert. Der Minister hat am 16. November 1967 auf die Frage, welche Mittel er sich vorstellt, erklärt, er würde 7 Prozent brauchen. Er hat dann laut „Parlamentskorrespondenz“ allerdings gleich gesagt, derzeit stünden für die Landesverteidigung nur „4,31 Prozent zur Verfügung. Das bedeutet, daß wir im Aufbau unserer Armee nicht in jenem Tempo fort-

Preußler

schreiten können, das zweifellos erwünscht wäre, es bedeutet aber nicht, wie der Minister mit aller Eindeutigkeit feststellt, einen Konkurs der Armee.

Geopfert werden muß das Tempo für Neuausrüstung und Neuanlagen, geopfert werden muß aber nicht die bisherige Konzeption. Die vorhandenen Programme werden nicht im geringsten gestört, auch neue Programme werden in Angriff genommen.“

Meine Damen und Herren! Das alles ist ja mittlerweile überholt, denn in Wirklichkeit ist ja jetzt das Budget so schlecht, daß keine Fortsetzung von Programmen stattfinden kann, geschweige denn neue Programme herangezogen werden können.

Ich habe eine zweite sehr interessante Stellungnahme von Prader, und zwar vom 18. Dezember 1967, vor mir, die er ebenfalls im Hohen Hause machte: „Nun zu einigen Problemen, die in der Debatte zur Sprache kamen. Der Herr Abgeordnete Mondl hat die Behauptung aufgestellt, das Budget sei nicht größer, sondern kleiner geworden. Herr Abgeordneter“ — sagte er zu Mondl — „darf ich Sie darauf aufmerksam machen, daß diese Behauptung unrichtig ist. Wir haben die gleichen Prozentsätze durch all die Jahre — bis auf minimale Schwankungen — aufrechterhalten, was angesichts der Steigerung des Gesamtvolumens des Budgets selbstverständlich immer auch einen entsprechenden adäquaten Anteil des Verteidigungsbudgets bedeutet.“

Was die Anlagenkredite anlangt, Herr Abgeordneter, darf ich Sie ebenfalls aufmerksam machen: Wenn Sie die Dinge zusammenrechnen, stehen uns im Endergebnis mehr an Anlagenkrediten — und die dienen ja der Beschaffung von Material — zur Verfügung als das bisher der Fall war.“

Meine Damen und Herren! Vergleichen Sie: Der Abgeordnete Mondl hat recht gehabt, wenn er gesagt hat, der Anteil werde immer kleiner. Ich habe Ihnen die Prozentsätze vorgelesen: 4,49, 4,47, 4,31 und jetzt 3,98. Der Minister hatte die Stirn, einem Abgeordneten, obwohl er schon wußte, daß es noch schlechter werden wird, zu sagen, es sei alles unwahr, was der Abgeordnete sagt, denn der Anteil werde größer und nicht kleiner.

Hinsichtlich der Anlagen hat er gesagt, daß sie mehr geworden seien. Ich habe hier eine Aufstellung — Gott sei Dank bekommt man solche Sachen doch auch immer wieder —: Wie entwickelt sich der Aufwand an Anlagen, ordentliche und außerordent-

liche Gebarung, in Prozenten zusammengerechnet: Im Jahre 1964, also in der Koalitionszeit, hat Prader — ich glaube, es war damals schon Prader — einmal 34,1 Prozent bekommen. Das ist eine ungemein große Zahl für die außerordentliche Gebarung. Im nächsten Jahr, also 1965, sank es auf 17,05 Prozent, im Jahre 1966 auf 18,8 Prozent, auf 17,3 1967, auf 15,1 1968 und auf 12,5 1969. So schaut die Entwicklung der Anlagenkredite im ordentlichen und außerordentlichen Haushalt aus. In dieser Antwort ist keine Spur von Richtigkeit, man kann weniger kaufen als je zuvor.

Dazu kommt ja noch — meine Damen und Herren, das brauche ich ja Ihnen nicht zu erklären —, daß wohl das Verteidigungsbudget um 162 Millionen nominell höher ist, daß aber diese Erhöhung gerade noch ausreicht, um die höheren Personallasten zu bedecken, daß aber ansonsten diese nominelle Erhöhung natürlich nie dazu führen kann, daß dieses Bundesheer mehr Geld ausgeben kann.

In einem Artikel der „Salzburger Nachrichten“ vom 13. Jänner 1968 schreibt der Redakteur Georg Nowotny schon damals: „Nur 4,2 Budgetprozente für Landesverteidigung“. Dieser Mann hat gute Verbindungen, und ich möchte sagen, er hat viel bessere Verbindungen, als wir selber sie haben. Er schrieb nicht umsonst schon damals einige sehr markante Sätze:

„Viele Offiziere, Politiker und Wehrpublizisten sind jedoch der zweiten Meinung, das Bundesheer müsse sich der geringen Budgetierung anpassen, das Schwergewicht auf die (billigere) infanteristische Ausbildung und Ausrüstung legen, sich bei der Luftwaffe ganz auf Hubschrauber verlegen und für den Ernstfall einen Partisanenkampf vorbereiten.“

Man könnte über das eine oder andere reden. Aber schon damals haben die Fachleute den Ausweg in keiner anderen Richtung mehr gewußt, als daß sich das Heer auf das Budget einstellen muß und einmal etwas geschehen muß.

Meine Damen und Herren! Ich darf Ihnen das vorlesen, was der Minister am 18. November 1968 gesagt hat:

„Die Budgetkürzungen betreffen nicht nur das Verteidigungsministerium, sondern auch die übrigen Ressorts. Der Minister ließ keinen Zweifel daran, daß bei den in Österreich üblichen Budgetmethoden für die Landesverteidigung kaum eine langfristige und gezielte Aufbauplanung möglich sein wird, weil die jeweils auf ein Jahr beschränkte Budgetierung für eine konzeptive Vorausschau nur wenig Raum läßt.“

10660

Nationalrat XI. GP. — 125. Sitzung — 17. Dezember 1968

Preußler

Vergleichen Sie nun diese Aussage mit dem, was der Minister Jahre vorher immer wieder den Abgeordneten gesagt hat. Wie soll man mit einem Minister zusammenarbeiten, wie soll man auf ihn bauen, wie soll man ihn glaubhaft finden, wenn er ununterbrochen in falsch verstandener Sturz — möchte ich sagen — wie ein Panzer, automatisch wie eine aufgezogene Puppe das sagt, was sich im nachhinein nicht bewahrheitet. Das ist der Grund, warum wir diesem Minister nicht mehr glauben können, weil er uns in den wirklichen Fragen der Landesverteidigung völlig falsch informiert, weil er selber als Mitglied der Regierung anscheinend so unrealistisch ist, daß er nicht vorausahnen kann, daß er nächstes Mal nicht mehr, sondern weniger Geld bekommt. Jemand, der als Minister in der Regierung sitzt, hat doch mehr Möglichkeiten, Vorausplanung zu betreiben, als jemand, der nicht in der Regierung ist.

Man soll also solche Methoden nicht fortsetzen, weil sie in keiner Weise dazu führen, daß man mit dem derzeitigen Verteidigungsminister zusammenarbeiten kann. Glauben Sie mir: Es reicht uns, der sozialistischen Fraktion, schon bis da her, uns ständig mit dem Dr. Georg Prader zu befassen. Es ist für uns kein Vergnügen, wenn wir immer wieder Sachen in die Hand gespielt bekommen, denn wir selber erfinden sie ja nicht. Aber wenn dieser Mann selber keinen Riecher hat und nicht weiß, was dazu führen könnte, daß ein Angriff gegen ihn kommt, und alles so naiv macht, als säße er auf einer Insel allein, dann dürfen Sie uns keinen Vorwurf machen, wenn wir uns mit seiner Person beschäftigen müssen, obwohl diese Person für uns viel weniger interessant ist als die Landesverteidigung. Das ist eine Frage, die endlich gelöst werden muß. (Beifall bei der SPÖ.)

Meine Damen und Herren! Ich möchte jetzt doch noch zwei Dinge anführen. Wie dieses Budget 1969 in der Öffentlichkeit gewirkt hat, Kollege Steiner, darüber geben zwei Artikel Aufschluß, die aber nicht von uns veranlaßt sind, zwei Artikel, deren Überschrift so lautet — von Dipl.Ing. Oberstleutnant Walther Urbanek in der bürgerlichen „Presse“, ich darf das so sagen, um das richtig festzuhalten —: „Für den Marsch in die Tiefe“.

Wenn ich Ihnen hier einige Sätze vorlese, können Sie nicht sagen: Das sind die Sozialisten! Das sagen die Leute der „Presse“! Das sagt Urbanek nach Rücksprache mit seinen Gewährsleuten, das schreibt eine Zeitung, die immerhin der Handelskammer gehört und

nicht der Sozialistischen Partei. Nowotny hat wenige Tage später oder fast zugleich einen Artikel verfaßt: „Wehrpolitik am Ende“. (Abg. Steiner: Ich habe ihn gelesen!) Die Schlußfolgerungen, die er darin zieht, sind eigentlich eine vernichtende Kritik für den Verteidigungsminister.

Wir können nichts dafür, daß solche Artikel hineingekommen sind; wir haben damit nichts zu tun. Aber das will ich Ihnen sagen: Wie groß die Wirkung des Budgets 1969 in Ihrer eigenen Partei war, weiß ich selber aus persönlichen Aussagen. Wie sie aber wirklich war, erkennt man daran, daß Sie zum ersten Mal, und zwar gerade in dem Augenblick, in dem der Wirbel durch das niedrige Budget entstanden ist, Ihren Wehrpolitischen Ausschuß einberufen haben.

Wenn man sich die Vorschläge anschaut, die Sie gemacht haben, kann man sich des Eindrucks nicht erwehren — das ist nicht meine Meinung allein, das ist auch die Meinung der Fachleute außerhalb unserer Partei —, daß Sie hier im Handumdrehen Vorschläge gemacht haben, nur um über diese Tiefe hinwegzukommen, Vorschläge, die in ihrer Auswirkung unreal sind, weil sie nicht durchführbar sind.

Meine Damen und Herren! Wie stellen Sie sich die Auflage einer Wehranleihe eigentlich vor? Sie haben Ihrem Finanzminister nicht zugehört, denn dieser sagte in seiner Rede, er gedenke den Abgang im Staatsbudget diesmal zum Großteil nicht im Ausland zu finanzieren, sondern aus dem inländischen Kapitalmarkt zu bedecken. Wenn Sie dazu bedenken, daß ja auch die Gemeinden, die Länder und die sonstigen Körperschaften gewisse Erfordernisse haben, dann können Sie mit 14 Milliarden rechnen. Und wenn Sie heute einen Bankfachmann fragen — ich habe mich bei verschiedenen Bankfachleuten erkundigt —, werden Sie draufkommen, daß eine solche Anleihe auf dem derzeitigen Kapitalmarkt überhaupt nicht unterzubringen ist. Das sind Ihre Vorschläge! (Abg. Steiner: Was würden Sie denn tun, Herr Preußler?) Wenn Sie bedenken, daß Sie den Vorschlag gemacht haben, man soll den Katastrophenfonds nach Ablauf sozusagen auf die Landesverteidigung umlegen, dann haben Sie sich doch selber bei Ihren eigenen Leuten geschnitten, weil selbstverständlich von Ihrer Seite genau die gleiche Meinung gekommen ist: Man kann doch einen Katastrophenfonds nicht umlenken, weil ja auch auf diesem Gebiet die größten Gefahren drohen. Wir haben ja im Hause gerade erst über diese Wildbach- und Katastrophenschutzverbauung gesprochen. Das sind alles Dinge, die nicht erledigt werden können. Wenn das der einzige Vorschlag ist, dann ist es ein irrealer Vorschlag, mit dem das Bundes-

Preußler

heer nichts, aber schon gar nichts anfangen kann. (*Abg. Steiner: Machen Sie einen Vorschlag, wie Sie es machen würden!*) Nur Ruhe! Wir sind ja nicht die Verantwortlichen. Wir kommen noch. (*Abg. Steiner: Sie stellen ja alles unrealistisch hin! Sie widersprechen sich selber ständig!*) Moment, Steiner, ich bin ja mitten darin.

Meine Damen und Herren! Ich glaube hier feststellen zu müssen, daß die Zerstörer Ihrer Hoffnungen nicht die Sozialisten waren, sondern Finanzminister Dr. Koren und die Leute, die ich Ihnen schon gesagt habe — Sie haben gerade genickt —, die gemeint haben, man soll den Katastrophenfonds umlenken und so weiter. Das ist nicht möglich. (*Abg. Steiner: Machen Sie doch einen anderen Vorschlag!*) Moment!

Es ist vielleicht sehr interessant: Dr. Klaus hat im Jahr 1966 erklärt: Landesverteidigung ist Staatspolitik. Dann hat er jahrelang nichts von sich hören lassen. Als Bundeskanzler hätte er die Möglichkeit gehabt, dem Verteidigungsminister zu sagen: Wir müssen einmal etwas machen. Jetzt, wo es nicht mehr weitergeht, hört man den Kanzler wieder, wie die „Salzburger Nachrichten“ am 25. 11. 1968 schreiben: Klaus will mehr Verteidigungskraft! Die entscheidende Frage für Österreich bleibe aber die Unabhängigkeit und Sicherheit unseres Landes. Wir müßten immer bereit sein, unsere Neutralität mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln zu verteidigen. Die Regierungspartei habe vergangenen Donnerstag die Bundesregierung ersucht, alle administrativen Maßnahmen in Angriff zu nehmen.

Meine Damen und Herren! Das sind ja lauter Propagandatricks, denn was ist da drinnen? Gar nichts, und es geschieht auch nichts! Aber man erweckt jetzt den Eindruck: Der Kanzler schaltet sich persönlich ein, und jetzt kommt etwas fürs Bundesheer. In Wirklichkeit, meine Damen und Herren, weiß eben zurzeit niemand, wie man das, was sich jetzt in vier Jahren nach unten entwickelt hat, aus der Sackgasse herausführen soll. (*Abg. Steiner: Sie wissen es auch nicht!*) Das ist Ihre Sache als Regierungspartei! Sie führen ja das Ressort.

Das zeigt deutlich, daß es so schwer ist, über die Landesverteidigung zu sprechen, weil man einen Minister gegenüber hat, der ununterbrochen einfach die Dinge so sagt, wie er sich das denkt: Es ist alles goldrichtig, es ist alles in Ordnung! Und wenn dann die Sache nicht mehr hinhaut, sucht man einen Bundesgenossen, damit man sagen kann: Jetzt, SPÖ und FPÖ, sind wir bereit, mit euch zu reden, und jetzt lassen wir euch an der Verantwortung teilnehmen — weil wir nämlich heruntergewirtschaftet ha-

ben. Meine Damen und Herren! Nehmen Sie zur Kenntnis: Beim Rutsch in die Tiefe werden Sie uns nicht mitreißen! Das sei deutlich hier ausgedrückt. (*Abg. Deutschmann: Herr Kollege Preußler! Soll der Minister Prader das sagen, was Sie denken?*) Es wäre schon gut, wenn er das sagen würde, was er weiß und was er als Regierungsmittel wissen muß. Ich habe vor Jahren den Herrn Minister aufmerksam gemacht — lesen Sie meine Rede —: Es kann wahrscheinlich kein Finanzminister in den nächsten Jahren dem Verteidigungsminister mehr geben. Aber er hätte den Mut haben müssen, schon vor Jahren zu sagen: Jawohl, Sie haben recht, meine Damen und Herren, stellen wir uns darauf ein, wir müssen die Konsequenzen ziehen. Beim Thema Organisation kommen wir dann noch darauf. (*Zwischenrufe.*)

Darf ich Ihnen vorlesen, was der Herr Verteidigungsminister am 1. Dezember 1964 gesagt hat. Das zeigt so deutlich die Einstellung. Er sagte damals: Das Wehrbudget soll so niedrig als möglich sein, aber so hoch, daß man nicht die Menschen in den Einsatz schicken muß mit einer Bewaffnung, die ihnen keine Chance gegenüber dem Gegner läßt. Dafür trägt das Parlament die Verantwortung.

Herr Minister! Nehmen Sie zur Kenntnis: Verantworten Sie Ihr Budget allein! Sie werden unsere Verantwortung dabei nicht finden, weil Sie uns auch in all den vergangenen Jahren nicht dazu herangezogen haben, wenn im Verteidigungsministerium etwas hätte geplant werden sollen oder wenn wir unsere Wünsche vorbringen wollten und helfen wollten, aus diesen Dingen herauszukommen.

Wie das dann ausschaut, wenn ein Minister so wenig Voraussicht hat — denn der kleinste Buchhalter stellt sich gewisse Prognosen —, das nennt man dann Rationalisierungsmaßnahmen im Bundesheer.

Meine Damen und Herren! Da kommt jetzt gerade recht, daß die Geburtenjahrgänge schwächer werden. Jetzt posaunt man plötzlich heraus: Wir berufen weniger ein! Jetzt haben wir insgesamt nur einen Stand von 44.000 oder 45.000; es kommen weniger Wehrpflichtige, weil bis 1972 ein gewisses Tief vorhanden ist, und da bietet sich jetzt die Gelegenheit, zu rationalisieren.

Vor Jahren haben wir dem Minister gesagt: Herr Minister, das hat doch keinen Sinn: ein Drittel der Panzerwaffen kann nicht besetzt werden, da sind die blauen Fahnen drauf, weil die Fahrer nicht da sind. Auf unseren Vorschlag: Rationalisierung, Ausbildung- und Einsatzheer wieder zusammenlegen, damit nicht das Kaderpersonal in zwei

10662

Nationalrat XI. GP. — 125. Sitzung — 17. Dezember 1968

Preußler

Teile zerrissen wird, damit der Mann nicht in den achtseinhalb Monaten zweimal einen neuen Vorgesetzten bekommt — das waren nur die Vorschläge der Offiziere, denn wir sind ja auch schon aus der Materie draußen —, hat der Minister gesagt: Alles goldrichtig, die Organisation klappt wie am Schnürchen! Jetzt kommt er und sagt: Die Rationalisierungsmaßnahmen sind wunderbar und gut, jetzt sind sie in Ordnung.

Weil das Budget schlecht ist, muß er es sagen, und er hat im Truppendienst eine Erklärung dazu gegeben, indem er sagte: Es dient der Straffung der Truppe, 500 Dienstposten werden dabei aufgelassen, und die Einsatzfreudigkeit des Heeres wird dadurch erhöht. (*Zwischenruf des Abg. Steiner.*) Steiner, heute hast du einen schlechten geistigen Tag! Wirklich wahr, wahrscheinlich weil Weihnacht in ein paar Tagen kommt. Aber setz dich hin, laß dein Hirn ein bißchen spielen. Ich kann doch nicht alles dreimal erklären. (*Zwischenrufe des Abg. Steiner.*) Kollege Steiner! Melden Sie sich, aber schreien Sie mir nicht dauernd drein, und passen Sie ein bissel auf!

Ich weiß schon, es ist sehr unangenehm, und wenn es unangenehm wird, dann fangen Sie zu meutern an. Dann sagt man einem zwar nachher: Sie haben geflaschelt und getrunken; heute ist im Club ein Beschuß gefaßt worden: das darf nicht mehr sein! Das sind Trostworte, die ich schon einmal bekommen habe, als ich hier gestanden bin und wo Sie fast alle sehr lustig waren. Aber, meine Damen und Herren, das ist viel zu ernst. (*Ruf bei der ÖVP: Wer von uns war lustig? — Abg. Guggenberger: Dann müßte das bei euch dauernd der Fall sein! — Zwischenrufe bei der SPÖ. — Abg. Steiner: Das ist schon sehr provokant!*) Geh, Großpapa! Ich habe für solche Kindereien nicht so viel Zeit! (*Weitere Zwischenrufe.*)

Meine Damen und Herren! Eines ist jedenfalls sicher: Der Zickzackkurs der Regierung beim Budget, den ich jetzt mit Ziffern und Zahlen bewiesen habe — das ist nicht von mir, das stammt aus den Unterlagen des Parlaments, das möchte ich noch einmal erwähnen, damit Sie nicht glauben, das ist eine sozialistische Meinungsäußerung —, dieser Zickzackkurs ist in Wirklichkeit die Ursache für die Schwierigkeiten im Bundesheer, beim Aus- und Aufbau dieses Heeres.

Wir haben jetzt zwölf Jahre diskutiert. Aber, meine Damen und Herren, wissen Sie selbst, was unser Verteidigungskonzept ist? Sind Sie imstande zu sagen, wohin Sie im Ernstfall kommen müßten, falls eine Verteidigung notwendig wäre? In der Schweiz, in Schweden wissen die Leute, warum sie ihr Vaterland verteidigen und auf welche Weise. Aber in Öster-

reich haben wir in den zwölf Jahren noch kein gemeinsames Verteidigungskonzept für alle Österreicher erarbeitet. Das ist auch der Grund, warum das Volk dem Bundesheer vielleicht zum Teil noch ablehnend gegenübersteht, weil ja niemand weiß, welche Stellung er in diesem Verteidigungskonzept hat.

Ich glaube daher, was wir brauchen — ich schließe mich da meinem Vorredner Dr. Scrinzi an —, ist erstens, daß das Parlament — ich sage deutlich: das Parlament! — womöglich einstimmig die Absichten und Ziele unserer Landesverteidigung festlegt. Das ist deshalb notwendig, weil auf Grund dieser Festlegung unserer Absichten das Bundesheer den Aufbau der Organisation und der Ausrüstung vorwärtsstreben kann.

Meine Damen und Herren! Das ist es. Wir müssen jedem Österreicher klarmachen, daß wir keine Hirngespinsten haben; eine Verteidigung von A bis Z gibt es nicht, denn eine Landesverteidigung kann es nur im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten geben. Ich kann also nur die möglichen Fälle, die ein Defensivheer zu bekämpfen in der Lage ist, als Verteidigungsaufgabe nehmen. Hätten wir das einmal — und es wäre jetzt höchste Zeit —, dann würde auch die Organisation darauf aufgebaut werden können.

Meine Damen und Herren! Wir haben viele Versuche in dieser Richtung unternommen. Ich selbst habe immer wieder in meinen Stellungnahmen erklärt: Wir müssen doch hier einmal zu einem solchen Konzept kommen. Wir sind doch als Parlamentarier ebenso daran interessiert wie der kleinste Mann in der Bevölkerung zu wissen: Was können wir in der Verteidigung tun, welche Möglichkeiten sind uns gegeben, und wie müssen die Leute hier reagieren? In der Schweiz weiß jeder, wie er reagieren soll, wenn ein solcher Krisenfall oder Verteidigungsfall eintritt.

Ich möchte daher von unserer Seite hier fordern, daß wir endlich einmal gemeinsam den Weg zu einem solchen Konzept finden. Hier darf es doch um Gottes Willen keine Parteipolitik geben, hier geht es doch um uns alle, denn der Feind oder derjenige, der unsere Neutralität hier einmal verletzen will, macht keinen Unterschied, ob einer ein Roter, ein Schwarzer oder ein Blauer ist. Wir müssen daher ein von der Bevölkerung allgemein anerkanntes Konzept vorlegen, damit das Wirklichkeit wird, was wir wollen, sodaß der Mann von der Straße sagt: Jetzt verstehe ich es! Jawohl, so können wir uns halten! So geht es in Ordnung! Dafür bin ich auch bereit, eventuell einen Beitrag zu leisten! — Denn wir haben einen Vorteil: Wir haben sehr

Preußler

viele altgediente Soldaten, die zwar keine Strategen sind, die aber imstande sind, zu beurteilen: Jawohl, das haut hin. In diesem Rahmen kann sich Österreich absolut bewegen.

Wenn wir diese Leute haben und sie erklären: Jawohl, da bin ich dabei, das ist ein absolut vernünftiger Plan! — wobei sich ein jeder sagt: einen Großangriff von Amerika oder von Rußland würden wir ja nie aufhalten können, das schließe ich aus, aber im Rahmen unserer Möglichkeiten —, so geht das in Ordnung, das können wir machen.

Ich glaube, dieses Konzept muß jetzt her. Wenn wir dieses Konzept haben, meine Damen und Herren, dann muß zur Organisation einiges gesagt werden.

Meine Damen und Herren! Von mir aus gesehen — auch ich spreche mit Fachleuten, weil das nicht auf meinem Mist allein gewachsen ist — ist der heutige Zustand unseres Bundesheeres deswegen unbefriedigend, weil wir noch nie, solange die Republik in dieser Form existiert, eine solche Verteidigungsaufgabe zu erfüllen hatten. Zum erstenmal haben wir eine Verteidigungsaufgabe innerhalb des Neutralitätsgesetzes zu erfüllen, also eine begrenzte Aufgabe. Es gibt keine Offiziere, die in einer solchen Ära aufgewachsen wären wie etwa in der Schweiz. Denn unsere alten Offiziere und Militärdiener, die heute noch leben, sind ja in Großheeren aufgewachsen oder zum Teil in Heeren, die keinerlei solche Aufgaben gehabt haben. Sie denken daher immer in diesem Rahmen, der ihnen ein Leben lang anerzogen wurde.

Deswegen gibt es zweierlei Fachleute im Bundesheer: Die einen, die auf dem Standpunkt stehen: das österreichische Bundesheer soll eine Miniaturausgabe einer Großarmee sein, es soll also eine geschrumpfte Großarmee sein, wobei man im Ernstfall von der Marine bis zur Flugwaffe alles haben müßte. Ich weiß von Ihren Leuten, daß dort ebenso — und gestern war es Marwan-Schlosser, der darauf hingewiesen hat — die Gedanken vorherrschen, daß es bei dieser finanziellen Lage nicht möglich ist, einen Bogen zu spannen von der Marine bis etwa zur Flugwaffe. Wir müssen uns mit einer anderen Organisation begnügen.

Die zweite Gruppe von Offizieren ist die jüngere Generation, die schon die Dinge irgendwie überdenken. Diese sind der Meinung: Österreich hätte mit 55.000 Mann stehendes Heer — wie wir es in den letzten Jahren gehabt haben — ein zu großes stehendes Heer. Man könnte es reduzieren, und es würde dann mehr Geld für den Ankauf von notwendigen Waffen, Geräten und Ausrüstung übrigbleiben. Man könnte aber dafür — und

das muß in gemeinsamer Sitzung überprüft werden — die so notwendige Ausbildung der Reserve etwas stärker in den Griff bekommen.

Sie werden mir bestätigen: Wer nicht jedes Jahr — ich bitte, das sollen keine „marsischen“ Gedanken sein — schießen geht — jeder muß ununterbrochen mit dem Gewehr seine Schießkunst unter Beweis stellen —, der wird eben nichts treffen. Meine Damen und Herren! Wir müßten daher die Frage der besseren Reserveausbildung auch in den Griff bekommen. Das müssen wir durchrechnen und müssen es anschauen.

Auf alle Fälle hat Schweden 57.000 Mann und hat natürlich ganz andere Mittel zur Verfügung als wir. Das ist also gar kein Vergleich, und das wurde auch schon einmal vom Herrn Minister selbst gesagt. Aber ich glaube, meine Damen und Herren, der Weg, der jetzt so leise angeklungen hat, der Weg der Rationalisierung, könnte doch ein wirklicher Schritt zu einer echten Organisation, zu einem kleineren Heer werden, das aber — das sage ich offen — äußerst wendig sein muß. Es muß mit Kraftfahrzeugen und Hubschraubern eine gewisse Wendigkeit haben, weil dann dieses Heer eine Art Feuerwehr — damit tue ich Marwan einen Gefallen, daß er nicht allein bleibt — sein muß, das sofort in die Einsatzräume beordert werden kann, bis die Reserve an den betreffenden Ort, an dem eine Auseinandersetzung ist, praktisch gestellt ist. Meine Damen und Herren! Ich glaube, daß das sehr wichtig wäre.

Ich brauche nicht mehr zu wiederholen, daß unser Heer ein Heer sein muß, das auf Infanteriebasis aufgebaut wird, wo also die Infanterie den Kern bildet. Wir Österreicher haben sehr viele Leute, die man als Infanteristen einsetzen kann, und es bietet sich auch im Gelände vieles an. Und damit wir nicht wieder einen Streit haben: Ich meine damit nicht eine normale Infanterie mit dem Gewehr oder Maschinengewehr, sondern eine Infanterie mit starken Unterstützungswaffen, zum Beispiel Granatwerfer; jeder Truppenteil muß eine Panzerabwehr haben. Das ist ja der Sinn einer Defensivpolitik: Jeder Zug oder jede Einheit muß auch eine entsprechende Fliegerabwehr haben, daß sie sich beim Marsch auch schützen kann. Es muß auch ein gewisser eiserner Kern an Panzern und Hubschraubern vorhanden sein. Ein Infanteriegros, das schnell befördert werden kann, das sich aber seinerseits an verschiedenen Punkten in kleinsten Einheiten auch entsprechend zur Wehr setzen kann, ist notwendig.

10664

Nationalrat XI. GP. — 125. Sitzung — 17. Dezember 1968

Preußler

Ich glaube, meine Damen und Herren, alles andere sind teure Experimente. Da können wir nicht mit. Dazu noch etwas, Herr Minister. Die Israelis und verschiedene andere haben ja gesehen, wie das ist, wenn man Waffen im Ausland kauft. Wenn es dann wirklich zu einem Einsatz kommt, dann erlebt man, daß man keine Ersatzteile, keinen Nachschub, keine Munition bekommt. Dann nützt das Jammern nichts, dann steht man mit diesen Waffen da und kann damit nichts anfangen. Ich glaube daher, daß man dieses Auslandprogramm überprüfen muß.

Nehmen wir das Beispiel der Oerlikon-Kanonen! Der Ankauf der Zugmaschinen in Frankreich, der aus politischen Gründen, vielleicht auch aus staatspolitischen Gründen ganz gut ausschauen mag, hat uns aber bei der EWG trotzdem nichts eingebracht. Man sollte wirklich der eigenen Industrie alle diese Waffen in Erzeugung geben, damit wir unabhängig, eventuell noch aus der Schweiz, unseren Nachschub beziehen, wenn irgend etwas ist.

Es ist klar, meine Damen und Herren, die militärische Landesverteidigung allein genügt nicht. Wenn die wirtschaftliche Landesverteidigung nicht funktioniert, dann ist die militärische von selbst erledigt. Denn es ist ganz klar: Wirtschaft und Fronttruppe hängen ja engstens miteinander zusammen. Wir alle haben erlebt, daß modernste Panzer gesprengt werden mußten, weil kein Benzin mehr zur Verfügung stand. Ich glaube, wir müssen das daher sehr gut überlegen.

Wenn Sie, meine Damen und Herren, über geistige Landesverteidigung sprechen, dann möchte ich einen neuen Akzent in diese Diskussion bringen. Ich sage Ihnen: Wir brauchen in Wirklichkeit keine geistige Landesverteidigung, denn wir haben sie! Denken Sie an die Zeit, als wir noch kein Heer hatten. Im Jahre 1950 haben vor allem auch sozialistische Arbeiter und Angestellte und noch viele andere österreichische Staatsbürger im russisch besetzten Gebiet den Kampf gegen die Besatzung aufgenommen, weil sie wußten, wofür sie diesen Kampf führten: für die österreichische Demokratie! (*Beifall bei der SPÖ.*) Wir können daher von uns aus feststellen: Wozu brauchen wir eine geistige Landesverteidigung? Diese Leute werden da sein, wenn es um die Demokratie geht. Für alles andere, meine Damen und Herren, werden Sie die Arbeiterschaft nicht gewinnen. Aber ich glaube, wir sollten sicher sein, daß wir eine Unmenge von kriegsgedienten Soldaten, eine Menge von wirklichen Demokraten, die bereit sind, dieses Heimatland zu schützen, haben.

Ich glaube, ich darf heute auch von dieser Stelle aus sagen: Es ist in dieser verworrenen Sachlage eine große Leistung — obwohl wir als Parlament der Landesverteidigung noch nicht die Zielsetzung gegeben haben —, die das Kaderpersonal des Bundesheeres vollbracht hat. Vergessen wir auch nicht die B-Gendarmerieleute; sie waren der Grundstock dieser wirklich guten Organisation. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Wenn immer wieder Ihre Leute sagen, Sozialisten seien Gegner der Verteidigung, so erinnere ich Sie daran: Wer hat diese B-Gendarmerie aufgestellt, wer war ihr Initiator? Minister Helmer hat das mit dem damaligen Staatssekretär Graf gemacht.

Wir sind für die Verteidigung, aber nur für eine, von der wir glauben, daß wir sie vor unserem Volke als eine reale Verteidigung verantworten können, von der wir auch sagen können, es wird kein Groschen verschleudert, sondern das Geld wird wirklich für diesen Staat in richtiger Weise verwendet.

Meine Damen und Herren! Wir müssen die Politik aus der Landesverteidigung herausbringen! Ich erkläre hier namens meiner Fraktion: Wir haben selbst Vorschläge gemacht. Machen Sie Vorschläge, wie wir das Heer aus der Politik herausbringen können. Wir werden jeden Vorschlag, der gangbar ist, annehmen. Wir werden dann in das Heer, in die Offiziere, Unteroffiziere und Chargen endlich Ruhe und Frieden bringen, damit die Leute sich voll und ganz ihrem Dienst für den Staat widmen können und nicht unterbrochen mit dem Rücken an der Wand zum Ausdruck bringen: Wir haben ja bei unserer Arbeit nicht nur Österreich im Auge zu haben, wir müssen uns ja auch so erweisen, daß man oben ein gnädiges Auge für unsere Bedürfnisse hat.

Ich glaube, meine Damen und Herren, das ist die Bitte, die mir vor kurzem Offiziere vorgetragen haben: Herr Abgeordneter, tun Sie doch etwas, damit endlich das Rot-Schwarz-Blau aufhört, damit wir einmal als Offiziere, als Fachleute reden dürfen und daß wir uns nicht zu fürchten brauchen. Dem, meine Damen und Herren, möchte ich hier auch wirklich das Wort reden. Das Parlament muß sich endlich seiner Verantwortung bewußt werden.

Ich komme jetzt zum Schluß nur noch auf die ČSSR-Krise. Herr Minister, ich muß Ihnen sagen, Sie haben mir auf meine Anfrage geantwortet: Es ist alles in Ordnung! — Sie haben auch gesagt, sie hätten es im voraus gewußt; Sie haben gesagt, man sei sich von vornherein dessen bewußt gewesen, daß keine Absicht bestand, die österreichischen

Preußler

Grenzen zu verletzen. Dazu muß ich Ihnen eines sagen: Wenn Sie mir geantwortet haben: Ich habe das gewußt, daher habe ich die Truppe nicht in Marsch gesetzt, sondern erst später!, dann frage ich Sie, Herr Minister: Wenn das richtig ist, wenn Sie so viel Vertrauen in die Mitteilung des russischen Botschafters gelegt haben — das kann möglich sein, man kann Vertrauen haben, bitte, das ist Ihre Sache —, dann frage ich Sie: Warum haben Sie dann nachher — da Sie ja ohnehin wußten, daß nichts passiert — die ganze Truppe in Marsch gesetzt? Das kostet ein Heidengeld. Ich frage Sie gleich, Herr Minister, wieviel hat der ČSSR-Einsatz insgesamt gekostet? Wenn das richtig ist, daß es keine Gefahr gab, dann hätte die Polizei und Gendarmerie ihren Dienst weiter versehen können, dann hätte man nur ganz kleine Einheiten hinauf zu schicken brauchen. Die Alarmübungen haben sich nicht bezahlt gemacht. Die Truppe hat mir das mitgeteilt. Bei den Alarmübungen habe ich es selber erlebt, wie sich die Leute geängstigt haben: Ist wieder etwas los? — Ich will jetzt gar nicht sagen, was mir alles mitgeteilt wurde. Es hat natürlich allerhand Gerüchte gegeben. Daß man nachher diese Alarmübungen gemacht hat, hat eigentlich erst die wirkliche Beunruhigung hervorgerufen. Nachher hat man bei Pressekonferenzen gesagt: Es ist gar nicht so, da und dort ich noch allerhand zu erwarten und so weiter.

Ganz entschieden muß ich ablehnen, daß der Herr Minister die Ausrede gebraucht, man hätte da und dort nichts machen wollen, weil sonst der Fremdenverkehr zum Erliegen gekommen wäre. Ich war zufällig am 21. August in Wien. Ich kann Ihnen mitteilen, daß selbstverständlich die Fremden von dort oben — wie sie gehört haben, daß die Russen einmarschieren — alle nach Wien herein beziehungsweise von dort weggefahren sind. Da hätte nichts passieren können. Ich glaube jedenfalls, das späte, das zu späte Erscheinen des Bundesheeres ist meiner Ansicht nach ein Fehler gewesen, weil es eine wunderbare Gelegenheit gewesen wäre, das Bundesheer — ähnlich wie 1956 beim Ungarnaufstand — wieder ins rechte Licht zu rücken. Ich glaube, man müßte hier deutlich zum Ausdruck bringen, daß man in Hinkunft überlegen muß, welche Wirkung so etwas hat. Propaganda kann das nicht ersetzen, was das Bundesheer in entscheidender Zeit selbst tun muß.

Zum Schluß möchte ich, Herr Minister, nur darauf aufmerksam machen: Mir scheint, daß das Versprechen der Regierung, das vor Jahren abgegeben worden ist, mit den Neutralen, vor allem mit Schweden und besonders

mit der Schweiz, in ein enges Verhältnis zu kommen, bis heute nicht richtig erfüllt wurde. Die Schweizer waren jetzt zwar hier, aber es sind keine größeren Abmachungen getroffen worden. Ich glaube, daß man zur Schweiz ein besonders inniges Verhältnis herstellen müßte. Denn ich habe aus der Rede des Schweizer Verteidigungsministers nach den Augustereignissen genau herausgehört, wie sehr die Schweiz an einer österreichischen Landesverteidigung interessiert ist. Das ist ja ganz selbstverständlich. Der Schweizer hat ehrlich gesagt: In der Schweiz hat das Alarmsystem nicht ganz funktioniert — so wie bei der NATO. Das, Herr Minister, müßte man auch bei uns einmal überprüfen. Ich halte ein schnelles Erscheinen des Bundesheeres, selbst in kleinsten Gruppen — natürlich etwas entfernt von der Grenze, weil es da oben zu gefährlich wäre —, für wichtiger als alles andere.

Meine Damen und Herren! Ich darf schließen. Ich habe einige Kritik üben müssen. Ich habe das gemacht, weil ich jahrelang für dieses Bundesheer mein Gesicht hergebe, obwohl es oft nicht leicht ist — nicht persönlich durch Sie, meine Damen und Herren, sondern durch die Regierungspartei —, sich für dieses Bundesheer da und dort zu zersprageln. Die anderen sagen auch: Habt ihr es notwendig, euch für dieses Prader-Heer oder für das Heer der ÖVP zu zersprageln?

Wir müssen trotzdem immer wieder sagen: Wir glauben, daß das nur eine Übergangslösung sein kann. Wir glauben nicht, daß die ÖVP auf ewige Zeiten eine solche Staatspolitik machen kann, indem sie zwar nach außen von der gemeinsamen Landesverteidigung spricht, aber nach innen der Parteiorder zuliebe mehr tut, als es für unsere gesamte Bevölkerung gut ist.

Sie haben diese Politik bis jetzt gemacht. Sie haben unsere Vorschläge nicht angenommen. Sie haben unsere gut gemeinten Ratschläge, sich mit uns zusammenzusetzen und alles Trennende beiseite zu schieben, nicht übernommen! Meine Damen und Herren! Es ist selbstverständlich, daß wir Sozialisten aus diesem Grunde dem Budget und auch dem Kapitel Landesverteidigung in seiner ganzen Form nicht die Zustimmung geben können. Ich gebe aber trotzdem, gerade weil das Kapitel zu ernst ist, die Hoffnung nicht auf, daß wir uns eines Tages dessen bewußt werden, daß wir nicht ein Heer zum Verhungern halten können, weil das eine Gemeinheit gegenüber denjenigen wäre, die im Heer zu dienen haben. Wir müssen auf der anderen Seite Mittel und Wege suchen, mit einer guten Konzeption, mit einer verständlichen

10666

Nationalrat XI. GP. — 125. Sitzung — 17. Dezember 1968

Preußler

Konzeption, mit einer rationalisierten Organisation und mit einer Ausrüstungsplanung den Österreichern und unserem Volke zu dienen.
(*Lebhafte Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident Dipl.-Ing. Waldbunner: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Bundesminister für Landesverteidigung Dr. Prader. Ich erteile es ihm.

Bundesminister für Landesverteidigung Dr. Prader: Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich darf Ihnen zunächst dafür danken, daß Sie auch der militärischen Landesverteidigung so viel Aufmerksamkeit gewidmet haben. Vor allem aber möchte ich die Tatsache herausstellen, daß sich auch heuer wieder alle Parteien, die in diesem Hohen Haus vertreten sind, zur Notwendigkeit der militärischen Landesverteidigung und ebenso auch dazu bekannt haben, daß unsere Verteidigungsanstrengungen zu intensivieren sind.

Meine Damen und Herren! Diese Haltung entspricht völlig der Auffassung der Bundesregierung. Der Außenminister hat bei der Behandlung seines Kapitels darauf hingewiesen, wie labil die Situation in vielen Bereichen der Welt ist. Allenthalben werden die Rüstungsausgaben ständig gesteigert. Noch haben wir keine wirksame internationale Autorität, die nationale Verteidigungsvorkehrungen überflüssig machen würde, und erst neuerdings haben wir selbst in unserer unmittelbaren Nachbarschaft erlebt, daß Methoden der Gewalt nach wie vor in der internationalen Politik Anwendung finden.

Meine Damen und Herren! Die Schutzaufgabe für unser Land und für seine Bevölkerung, die Erhaltung der Eigenentscheidungsfähigkeit gerade in kritischen und in krisenhaften Situationen ist eine vorrangige Staatsaufgabe.

In der Debatte wurden sehr viele Probleme behandelt. Als erster Sprecher in dieser Debatte hat der Abgeordnete Steininger daran Kritik geübt, daß angeblich keine zielstrebige Planung der Landesverteidigungspolitik, vor allem keine zielstrebige Rüstungsplanung vorliege. Der Herr Abgeordnete Troll hat in Beantwortung eines Zwischenrufes dann erklärt, daß Sie, Herr Abgeordneter, eine solche Konzeption haben. Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie mir diese zur Verfügung stellen würden, und ich gebe Ihnen die Erklärung, daß ich zu Ihren Vorschlägen bis ins Detail auch Stellung nehmen werde.
(*Abg. Herta Winkler: Wozu haben wir eine Bundesregierung?*)

Sie haben als Mangel dieses Rüstungskonzeptes vor allem auch das angebliche Pat-Boot erwähnt, und das haben auch einige

andere Redner später noch getan. Ich habe zu der gleichen Frage im Ausschuß bereits eindeutig Stellung genommen und habe die Situation geschildert, wie sie tatsächlich ist. Es handelt sich dabei um keine Spielerei. Wir haben nun einmal die Donau in unserem Land, und sie spielt in der strategischen Konzeption eine unerhört wichtige Rolle. Übersetzmanöver können von entscheidender Bedeutung sein. Dafür auch die entsprechenden Möglichkeiten und Mittel bereitzustellen, ist eine ebenso wichtige Aufgabe wie die Ausrüstung der Truppen mit Panzerabwehrwaffen und vielen anderen Notwendigkeiten. Wir haben die schweren Fähren zustandegebracht, deren Tonnage sich immer erhöht, die immer mehr geeignet sind, größere Lasten zu tragen. Wir brauchen daher auch jene Mittel, die imstande sind, diese Fähren tatsächlich auch zu bewegen, und die über alle diese gestellten Aufgaben hinaus zusätzlich vielleicht auch noch in der Lage sind, notwendige Patrouillendienste durchzuführen.

Herr Abgeordneter! Ich mache Sie darauf aufmerksam, daß der Transport solcher Fähren mit Sturmbooten, wie er bisher zum großen Teil durchgeführt wurde, eine lebensgefährliche Aktion für jene Soldaten ist, die diese Übersetzungsmittel bedienen müssen, weil der Ausfall nur eines dieser Sturmboote bei einer so schwer beladenen Fähre dazu führt, daß das Ganze nicht mehr gehalten werden kann, wodurch eine sehr gefährliche und kritische Situation geschaffen wird.

Ich habe auch erklärt, daß wir an einem Prototyp arbeiten. Herr Abgeordneter Mondl! Von Schiffen kann daher überhaupt gar nicht die Rede sein, und Sie dürfen Entwicklungskosten nicht mit Produktionskosten eines Gerätes durcheinanderbringen. Das sind zwei völlig verschiedene Größenordnungen. Ich bitte Sie doch, das auch mit zu behandeln, obwohl ich mir vorstellen kann, daß in der Publicity das Wort von der „Donaumarine“ etwas ist, was gut ankommt; aber darauf, glaube ich, sollte es nicht immer und nicht immer allein ankommen.

Auch an der Konstruktion bezüglich des Panzerjägers K wurde Kritik geübt. Herr Abgeordneter! Ich darf daran erinnern, daß ich das Vergnügen gehabt habe, die Damen und Herren — ich bitte um Entschuldigung: ich glaube, die Damen waren bei dieser Besichtigung nicht anwesend — zu einer Besichtigung dieses Gerätes und zu einer praktischen Vorführung einzuladen. Dort habe ich, Herr Abgeordneter, gebeten, alle Fragen zu stellen, die im Zusammenhang mit diesem Gerät für die Herren Abgeordneten, vor allem für jene des Landesverteidigungsausschusses,

Bundesminister Dr. Prader

von Bedeutung sein könnten. Diese Fragen wurden gestellt. Sie wurden von den Fachleuten beantwortet. Ich darf mich daher auf diese Ausführungen berufen, auch hinsichtlich der Begründung für dieses Gerät und im Hinblick darauf, welche ganz besondere Bedeutung ihm zukommt, gerade was die immer geforderte Tendenz der Verstärkung einer Panzerabwehr betrifft.

Herr Abgeordneter! Ich darf Ihnen auch noch sagen, daß der Rüstungschef des französischen Heeres uns die Ehre seines Besuches gegeben hat. Er kennt sich etwas aus in diesen Dingen. Er hat dieses Gerät auch einer Untersuchung unterzogen und hat uns erklärt — das ist immerhin eine Anerkennung —, es sei das beste Gerät dieser Art, das er jemals gesehen habe. Ich glaube daher, daß diese Gemeinschaftsarbeit, die dabei vor sich geht, sehr fruchtbar ist und daß sie vielleicht auch in handelspolitischer Beziehung wegen dieser Koordinanz bei der Zusammenstellung der Konzepte für dieses Projekt uns auch gewisse Exportchancen für die Zukunft eröffnet.

Herr Abgeordneter! Wer Ihnen mitgeteilt hat, daß die Kanone dieses Gerätes nur 800 m weit schießt, weiß ich nicht; ein militärischer Fachmann sicherlich nicht. Das Gerät hat eine Reichweite weit, weit darüber hinaus, und das nicht nur in der Theorie. Es wurde in der Praxis im scharfen Schuß dort bereits vorgeführt.

Was die Kosten der Munition anbelangt, Herr Abgeordneter, darf ich sagen, daß die Kosten für Munition der gleichen Wirkung und Richtung völlig gleich sind. Ich darf daher auch das aussprechen.

Neuerdings wurde auch die Frage der Beschaffung der Berliet-Lastkraftwagen angezogen, ebenfalls unter Hinweis darauf, daß wir verabsäumt hätten, die österreichische Industrie einzuschalten und ihr Möglichkeiten für Arbeit zu geben.

Herr Abgeordneter! Ich darf Sie bitten, mir ein Fahrzeug der österreichischen Autoindustrie zu nennen, das imstande wäre, die Aufgaben des Berliet zu übernehmen. Es gibt kein solches Fahrzeug, Herr Abgeordneter! Ein Fahrzeug zu entwickeln, das in der Gesamtendzahl nur überhaupt mit einer Stückzahl von 120 benötigt wird, ist eine Sache, bei der zu überlegen ist, daß in der Industrie ja auch die Ökonomie, die Kalkulation eine große Rolle spielt. Sie können sich ausrechnen, daß wir bei einem solchen Fahrzeug im Falle einer Eigenentwicklung zu einem Liebhaberpreis gekommen wären, der absolut nicht zu verantworten gewesen wäre.

Aber, Herr Abgeordneter, es gibt ja nicht nur die Steyr-Werke. Wir haben auch einige andere Autoindustrien in unserem Vaterland, zum Beispiel auch die Gräf & Stift-Werke. Ich möchte Sie einladen: Sprechen Sie mit dem Vorstand, sprechen Sie mit der Arbeiterschaft der Gräf & Stift-Werke und fragen Sie, welche Auffassung sie haben und wie nützlich gerade die Aktion für das Werk war, um die Arbeitsplätze in diesem Lande und besonders in diesem Werk erhalten zu können.

Sie haben völlig recht, Herr Abgeordneter, daß einer der Schwerpunkte — ich habe das immer betont — die Verbesserung und Modernisierung des Kraftfahrzeugparks ist. Ich darf Ihnen hier nur zwei Ziffern nennen: Uns kostet der Betrieb eines veralteten GMC auf 100 km 453,50 S; der Betrieb eines neuen Steyr-Diesel 680 M 151 S. Das sind gewaltige Unterschiede, auf die Gesamtzahl der Fahrzeuge umgelegt. Hier liegen ja die entscheidenden Rationalisierungseffekte, um die wir uns in dieser Richtung daher sehr bemühen.

Sie haben gemeint, Herr Abgeordneter, daß diese ausländischen Fahrzeuge in Österreich umgebaut werden müssen, und das sei an sich schon eine Fehlinvestition. Das waren aber nicht die Fahrzeuge Berliet, die wir gekauft haben, sondern das waren die amerikanischen Lastkraftwagen M 35, die wir bezogen haben auf Grund des amerikanischen Warenkredites, der uns bekanntlich im Jahre 1962 eingeräumt wurde. Herr Abgeordneter! Ich glaube, es wäre wichtig, dazu auch zu sagen, daß es selbstverständlich ist, daß man auf Grund eines amerikanischen Warenkredites nicht österreichische Waren kaufen kann, sondern eben nur solche, für die uns dieser Kredit gegeben wurde. So zu simplifizieren in einer Aussage, wie Sie das getan haben, ist, glaube ich, doch nicht ganz richtig.

Diese Fahrzeuge mußten allerdings wegen unterschiedlicher Normen in bestimmten Dingen verändert werden. Wir haben sie aber dringend gebraucht. Es ist uns die Ausnützungsrate von Restkrediten, nämlich durch die Beschaffung von neuwertigen Fahrzeugen, wichtiger erschienen als alles andere.

Herr Abgeordneter! Sie haben gemeint, daß wir einen „Typensalat“ in bezug auf die Vielfältigkeit der Typen im österreichischen Bundesheer hätten. Der Typensalat ist nicht existent. Unsere Planung wird ihn weiter einschränken — Sie kennen sie —, und ich glaube, wir kommen auf eine Typenanzahl in einer geringen Verzweigung, so daß wir uns sicherlich auch auf diesem Gebiet international sehen lassen können.

Herr Abgeordneter! Sie haben daran Kritik geübt, daß die Budgetsummen für die Instand-

10668

Nationalrat XI. GP. — 125. Sitzung — 17. Dezember 1968

Bundesminister Dr. Prader

haltung durch Dritte, wie das fachtechnisch heißt, in diesem Budget bedeutend ausgeweitet wurden. Selbstverständlich, Herr Abgeordneter, müssen wir die Instandsetzungsfaktoren erweitern, weil sonst der Betrieb nicht aufrechterhalten werden kann. Die Grenzen der österreichischen Rüstungspolitik und -möglichkeit sind vor allem dadurch bedingt und eingengt, ob wir jede Zäsur richtig finden, die uns auch die Erhaltung des vorhandenen Gerätes möglich macht. Sonst würden wir in ein Dilemma kommen, das wir absolut vermeiden wollen.

Sicherlich ist einer der Gründe auch der, den Sie genannt haben, nämlich daß wir über zuwenig Fachpersonal in eigenen Werkstätten verfügen. Darum bemühen wir uns sehr, diese Situation zu verbessern. Das hat aber mit der anderen Sache nichts zu tun, nämlich deswegen, weil wir ja dadurch nicht nur Aufträge, und zwar Aufträge mit gewaltigen Werten, der österreichischen Industrie auf diese Weise zukommen lassen, sondern dadurch die Instandhaltungsbasis — das ist der wehrpolitische Effekt — wesentlich verbreitern, lokal ungeheuer weit in Österreich streuen und daher krisenfester sind, als wenn sie nur auf einige wenige Zentren beschränkt werden.

Sie meinen, Herr Abgeordneter, daß man die älteren Fahrzeuge ausscheiden soll. Das machen wir. Unentwegt ist das im Gange, gerade in der letzten Zeit sind sehr strenge Weisungen diesbezüglich wieder ergangen.

Ich möchte auch noch zu der Aufstellung der Landwehrregimenter feststellen: Sie haben recht, daß ich mich gerade in dieser Richtung sehr bemühe. Wir stellen sie auf im Rahmen der vorhandenen Möglichkeiten. Mehr können wir leider auch nicht tun.

Sie meinen, die Sektionen im Bereich des Verteidigungsressorts würden ihr eigenes Süppchen kochen, und daher käme es zu keiner gemeinsamen Budget- und Beschaffungsplanung. Ich darf Sie daran erinnern oder Ihnen den Hinweis geben, Herr Abgeordneter, daß das nicht der Fall ist, sondern daß nach vorbereitenden Arbeiten in einer gemeinsamen Sitzung mit allen verantwortlichen Herren meines Ministeriums die Endkonzeption entworfen wird und sie daher eine Fassung erhält, in der alle Gesichtspunkte angemessen berücksichtigt sind.

Herr Abgeordneter Marwan-Schlosser hat die Frage aufgeworfen, behandelt und hier eigentlich auch beantwortet, wie sich nun dieser Einsatz nach dem 21. August vollzogen hat, ob er richtig war, ob er richtig angelegt war. Ich habe fast keine Ergänzungen hinzuzufügen. Ich darf hier nur deponieren, um

Mißverständnisse auszuräumen: Selbstverständlich werden in der Einsatzführung andere Formationen angenommen, je nachdem, ob es sich um einen Einsatz mit Mobilisierung oder nur um einen Einsatz mit dem bestehenden, mit dem präsenten Heer handelt. Es war ja auch eine Bereitstellungsformation und nicht eine Einsatzformation zu beziehen. Ich bitte daher, auch das festzuhalten.

Der Herr Abgeordnete Zeillinger hat hier erklärt, wir hätten die ADV aus der Truppe zurückgenommen. Herr Abgeordneter! Ich habe die Dinge inzwischen überprüfen lassen. Es gibt hier einen Erlaß — den der Herr Generaltruppeninspektor gezeichnet hat — vom 5. März 1964, zu einem Zeitpunkt also, als ich dieses Amt noch nicht bekleidet habe, in dem darauf hingewiesen wurde, daß im Sinne einer sparsamen Verwaltung eine neuere Auflage nicht mehr erforderlich ist und es nicht mehr erforderlich ist, die ADV ins persönliche Eigentum des Präsenzdieners zu übergeben. „Die Kommanden und Dienststellen“, steht hier festgelegt, „erhalten so viele Exemplare zugewiesen, als für Unterrichts- und Einschauzwecke notwendig ist.“ Ich glaube, daß diese Lösung akzeptabel ist und daß sie sich auch bewährt hat.

Sie haben Kritik daran geübt, daß eine sogenannte ADV mit dem „Soldaten“ zugeschickt wurde. Herr Abgeordneter! Ich darf darauf hinweisen, daß das nicht in meinen Kompetenzbereich fällt. Das ist eine eigenständige Einrichtung. (Abg. Zeillinger: *Im Ministerium hergestellt!*) Für diese Behauptung konnte ich in der Zwischenzeit eine Abklärung nicht herbeiführen. (Abg. Zeillinger: *Derselbe Drucksatz!* — Abg. Lanc: *So wie bei der Kartei!*)

Der Herr Abgeordnete hat gemeint — diese Frage steht auch in der öffentlichen Diskussion immer wieder im Raum —, daß wir nun zuviel Rekruten ausbildeten, daß wir das Potential nicht verkraften könnten. Ich darf vielleicht eine kurze Rechnung anstellen, Herr Abgeordneter! (Abg. Zeillinger: *Ich habe zitiert!*) Ich darf Ihnen mitteilen, daß wir derzeit ungefähr 40.000 Mann Wehrpflichtige im Jahr haben, also sehr kleine Rekruterraten, und daß wir etwa nur 30.000 überhaupt heranziehen können, weil ja 10.000 — eine sehr minimale Kalkulation — für lebenswichtige andere Bereiche, auch im Einsatzfall, benötigt werden. Wir benötigen daher schon allein zu einem Soll von etwa 300.000 zehn Jahrgänge, wahrscheinlich meistens viel, viel mehr.

Nun darf ich darauf aufmerksam machen, daß in den Reserveverbänden — das ist ja die Schwierigkeit — nur Reservisten eingeteilt

Bundesminister Dr. Prader

werden können, die im Ernstfall auch tatsächlich zur Verfügung stehen. Es müssen daher ständig jene ausgeschieden werden, die in Sparten tätig sind, die auch in einem Einsatzfall des Bundesheeres weiter betrieben werden müssen. Daher kommen wir nicht zu diesen Größenordnungen.

Darüber hinaus darf ich noch darauf aufmerksam machen, daß dem Heer in schwierigen Zeiten ja auch entscheidende und ungeheuer weiträumige und zahlreiche Bewachungs- und Sicherungsaufgaben zukommen, die ein Potential erfordern, das, wie ich glaube, diesem Hohen Haus nicht näher, auch nicht ziffernmäßig, beschrieben werden muß.

Sie meinen, Herr Abgeordneter, daß derzeit nur die Landwehrinfanteristen zu Reserveübungen einberufen werden. Das ist ein Irrtum. Nehmen Sie die großen Übungen des vergangenen Jahres: die Reservebrigade 10, alle anderen Marscheinheiten, alle Reservebataillone sind keine Landwehrinheiten, sie sind Reserveeinheiten unseres Feldheeres. In beiden Sparten werden diese Reserveübungen durchgeführt, und zwar in einem Ausmaß, wie es vor Jahren noch gar nicht für möglich gehalten wurde.

Die Fragestellung war jetzt: Braucht das Einsatzheer die Mobilmachung, um eingesetzt werden zu können? Herr Abgeordneter! Das kommt auf die Aufgabenstellung an, die zu bewältigen ist. Es ist immer der Grundsatz gewesen: Wenn eine Aufgabe durch das präsente Heer bewältigt werden kann, wird man das Reserveheer nicht aktivieren. Eine Aufgabe, die über die Möglichkeit des präsenten Heeres hinausgeht, muß eben durch die Inanspruchnahme des Reserveheeres bewältigt werden, das heißt durch Mobilisierung.

Abgeordneter Haas hat sich mit den Fragen der Befestigungsanlagen beschäftigt und hat gemeint, das sei eine sehr wichtige Aufgabe. Er hat auch den Stil und die Methode genannt, wie wir hier vorgehen sollten. Ich bin mit dieser Auffassung völlig einverstanden. Nur daß hier nicht weitergearbeitet werden würde, das, Herr Abgeordneter, stimmt nicht. Es werden heuer für diese Aufgaben mehr Mittel zur Verfügung gestellt, als das bisher jemals in den vergangenen Jahren der Fall war.

Ich darf aber auch an die Kritik der vergangenen Zeit erinnern, Herr Abgeordneter, gerade wegen der Durchführung dieser Maßnahmen. Ich bin daher sehr dankbar, zu hören, daß nun auch in diesem Hohen Haus die Bedeutung gerade dieses Anliegens in dieser Form gewürdigt wurde. Der weitere Ausbau erfolgt nach einem sehr, sehr klaren Konzept. Sie, Herr Abgeordneter, werden Verständnis dafür aufbringen, daß ich hier in diesem

Raum nicht die geplante Konzeption für den Ausbau unseres Verteidigungssystems bekanntgebe.

Herr Abgeordneter Steiner hat sich mit dem Leerlauf beschäftigt. Ich bin dafür sehr dankbar. Er hat die Dinge so richtig beim Namen genannt. Er hat dann aufgezeigt, was hier alles unter dem sogenannten Lehrlauf falsch oder richtigerweise verstanden wird. Ich möchte dafür danken. Ich glaube, es ist für uns sehr wichtig, daß wir gerade in diesem Zusammenhang der Bevölkerung die Dinge so deutlich vor Augen führen, damit sie auch Verständnis dafür hat, welche Aufgaben dieses Heer bewältigen muß, daß es eben viele, viele Aufgaben mit bewältigen muß, die der Natur dieser Aufgabe gemäß an sich keine reinen militärischen Aufgaben sind, aber trotzdem auch gemacht werden müssen. Zur Findung eben, wo Wahrheit und Dichtung ist, wo diese Grenze verläuft, haben wir auch ein eigenes Inspektorat, das kritisiert wurde, geschaffen.

Ich darf hier gleich dem Abgeordneten Peter dazu sagen, daß dieses Inspektorat auch andere wichtige Aufgaben übertragen bekommen hat, vor allem die zielgerechte Einsetzung sowohl unserer Berufssoldaten als auch unserer Wehrpflichtigen. Eine der entscheidendsten Aufgaben ist ja die — und das ist auch der Vorteil eines Heeres, das auf der allgemeinen Wehrpflicht beruht —, daß wir die ganze Potenz, die uns in den jungen Österreichern im Wehrdienst zuwächst, auch voll zum Tragen bringen und daß wir alle so einsetzen, daß sie auch tatsächlich für ihre persönliche Weiterbildung und für ihr persönliches Weiterkommen echt etwas profitieren und mitbringen in das Zivilleben. Das ist eine sehr wichtige, eine sehr komplexe und eine sehr umfassende Aufgabe, die hier mit zu bewältigen ist.

Ich möchte hier kommassiert — wenn ich mich so ausdrücken darf — doch auf die Vorwürfe replizieren, daß angeblich, weil die Debatte über das Verteidigungsbudget hier abrollt, Soldaten nicht in das Parlament geführt würden, im Gegensatz zu Sitzungen, in denen andere Ressortkapitel behandelt werden. Herr Abgeordneter — ich möchte das allen Damen und Herren Abgeordneten, die sich mit dieser Frage beschäftigt haben, sagen —, ich stelle hier fest: Genau derselbe Modus, wie er in der vergangenen Woche und wie er überhaupt festgelegt ist, ist auch bei dieser Sitzung, bei der Sitzung gestern eingehalten worden. 17 Plätze stehen uns auf der Galerie zur Verfügung. Diese wurden vormittag und nachmittag in Anspruch genommen. Auch heute vormittag wurden sie in gleicher Weise in Anspruch genommen. Ich muß mich daher

10670

Nationalrat XI. GP. — 125. Sitzung — 17. Dezember 1968

Bundesminister Dr. Prader

verwahren, mir hier Tendenzen zu unterschieben, die einfach nicht vorhanden sind. (Abg. Dr. Gorbach: „Absichtlich“ hat man gesagt!)

Was nun die Ausstattung mit Zielfernrohrgewehren anlangt, Herr Abgeordneter, ist die Entwicklung im vollen Gange. Die Entwicklung, das gebe ich zu, hat etwas lange gedauert. Herr Abgeordneter! Mit Ihren Ansichten, die Sie hier ausgesprochen haben, nämlich daß Grundsätze falsch sind wie etwa die: alles oder nichts, oder: weniger Theorie, mehr Praxis und mehr Realismus, erkläre ich mich völlig einverstanden. Ich bemühe mich sehr, danach auch zu handeln.

Herr Abgeordneter Mondl hat seine Ausführungen mit einer politischen Polemik eingeleitet, auf die ich an anderer Stelle eine Antwort geben werde. Der Abgeordnete hat hier angeführt und irgendwie die Dinge so dargestellt, als wäre es etwas Besonderes, daß sich nämlich der Ressortminister mit den zuständigen verantwortlichen Herren seines Ministeriums zusammengesetzt hat in der sogenannten Reichenauer Klausur, wie das dann bezeichnet wurde, um wichtige Fragen abzuklären, zu diskutieren und zu besprechen.

Herr Abgeordneter! Ich glaube, das ist eine sehr wichtige und richtige Vorgangsweise, die der Ressortchef hier einschlägt, nämlich gemeinsam an wichtigen Problemen zu arbeiten, zu versuchen, zu Konzepten zu kommen, und dabei Abklärungen durchzuführen. Ich wüßte nicht, was hier geheimnisumwittert wäre und was hier Gegenstand der Kritik sein sollte.

Zu dem Hinweis auf die Geheimhaltung, Herr Abgeordneter, darf ich aufmerksam machen, daß die Dienstpragmatik ein sehr altehrwürdiges Gesetz ist. Dieses Gesetz regelt daher schon die Frage, was ein Bediensteter aus seinem Amtsbereich Personen außerhalb des Amtsbereiches oder Nichtvorgesetzten gegenüber über Dinge, die ihm im dienstlichen Bereich zur Kenntnis gekommen sind, sagen darf und was nicht. Daran hat sich nichts geändert! Diese Dienstpragmatik dient gleicherweise auch für den Bereich des Bundesministeriums für Landesverteidigung.

Und nun, Herr Abgeordneter, haben Sie gemeint, die Rationalisierung sei nicht gelungen. Sie ist in entscheidenden Teilen gelungen. Ich bin gern bereit, ohne hier auf detaillierte Ausführungen detailliertere Antworten zu geben, Ihnen dann auch die nötigen Dinge dazu zu sagen.

Sie haben daran Kritik geübt, daß wir die Sikorsky-Hubschrauber gekauft haben. Herr Abgeordneter! Sie werden verstehen, daß mir

das nicht ganz verständlich ist. Ein Kollege Ihrer Fraktion hat im Budgetausschuß Kritik daran geübt, daß wir zuwenig solcher Flugzeuge kaufen und daß es daher unrationell ist, in dieser Stückanzahl vorzugehen. Ich habe auch auf die Größenordnung in budgetärer Art hingewiesen. Herr Abgeordneter! Hier gehen wir genau nach der Konzeption vor, die wir dem Landesverteidigungsamt vorgetragen haben, und zwar in seiner Sitzung am 20. Juli 1967. Herr Abgeordneter! Soweit ich mich erinnere, sind Sie damals Mitglied des Landesverteidigungsamtes gewesen. Sie haben daher auch dieser Konzeption Ihre Zustimmung gegeben. Die Typenauswahl erfolgte auf Grund eines Vorschlags der Waffen- und Gerätekommision.

Sie haben gemeint, Herr Abgeordneter, es gäbe Bataillone mit einer Antrittsstärke von 150 bis 200 Mann. Herr Abgeordneter! Diese Bataillone kenne ich nicht. Ich wäre dankbar, wenn Sie mir nähere Angaben darüber machen würden, außer es ist ein in Aufstellung begriffenes Bataillon oder eine Abteilung, die eben noch nicht alle Einheiten, die vorgesehen sind, hat und daher noch nicht ein entsprechendes Wehrpflichtigenkontingent zugewiesen erhalten hat.

Die Antrittsstärke ist natürlich nie die Personalstärke, schon allein aus dem Grund, weil ja zum Beispiel die Wachen fehlen, und zwar in einer Stärke, die je nach der Beanspruchung verschieden ist. Das Personal für Abstellungen und viele andere Dinge wäre ebenfalls noch zu erwähnen.

Herr Abgeordneter! Die Abzeichen für die Schulen, die Sie kritisiert haben, haben an sich mit der Tradition nichts zu tun. Ich kenne keine Armee, die nicht ihre Heereskörper zumindest mit irgendwelchen Bezeichnungen ausgestattet hat.

Sie sind einer Fehlinformation aufgesessen: Das alles hat bisher nicht 7 Millionen Schilling, sondern 190.000 S gekostet. Wieweit und in welchem Tempo wir das fortsetzen, ob bis zu den Jägereinheiten, weiß ich noch nicht. Das werden die Situation und die Möglichkeiten ergeben; vorderhand haben wir die Schulen ausgestattet.

Um nochmals auf die Flieger zurückzukommen: Hier geht es um ungeheuer leistungsfähige Geräte. Ich erinnere an die Debatte hier im Hohen Haus, als die großen Katastrophen behandelt und besprochen wurden. Welche Kritik wurde damals am Verteidigungsminister geübt, weil er — so wurde es ausgedrückt — nicht rechtzeitig Vorsorge getroffen hat, daß auch die für die Bewältigung dieser Katastrophen notwendigen Geräte zur Verfügung stehen. Mit Recht wurde darauf verwiesen, daß wir, weil ja die Landverbindungen zu besonders

Bundesminister Dr. Prader

betroffenen Gebieten unterbrochen waren, zum Beispiel die Pioniere nur mit Handgeräten einfliegen konnten, ohne ihnen aber gleichzeitig auch die schweren Aggregate mitgeben zu können, um sie entsprechend instandzusetzen, wirksamer zu werden, oder daß wir Versorgungsschwierigkeiten durch die Verstopfung der Straßen nicht bewältigen konnten. Genau dem haben wir jetzt Rechnung getragen. Ich darf daher nochmals auf diese Angelegenheiten verweisen.

Herr Abgeordneter Troll hat sich mit fliegerischen Angelegenheiten beschäftigt. Ich möchte Ihnen, Herr Abgeordneter, sagen, daß auch Ihre Mitteilungen auf einer Fehlinformation beruhen dürften. Der Flugstunden-durchschnitt ist nicht 5 bis 6 Stunden, sondern im Durchschnitt 15 Stunden — auch unter Einschluß der schlechteren Jahreszeit. Wir haben entscheidend gesteigert, und ich möchte in Abrede stellen, daß die Ausbildung unserer Piloten schlecht ist. Ich bin gerne bereit, Ihnen nähere Informationen über die Investitionen zu geben, die wir gerade in bezug auf die Pilotenausbildung durchführen. Sie werden sehen, welche Ausbildung wir unseren österreichischen Piloten ermöglichen. Ich darf sagen, daß sie die höchstklassige ist, die man sich überhaupt vorstellen kann.

Sie haben mich gefragt, wie man mit den 20 SAAB 105 Ö das Auslangen finden könne. Das ist eine erste Rate. Sie wissen ja genau, es müssen auch die anderen alten Flugzeuge noch abgelöst werden, damit wir zu einer Typenreinheit in diesem Bereich kommen. Auf einmal kann nichts bewältigt werden.

Das Radarproblem, das Luftraumüberwachungsproblem überhaupt, ist wohl eines der schwierigsten Probleme, die es überhaupt gibt. Hier werden ständig Untersuchungen durchgeführt. Ständig werden Studien ausgearbeitet, wie wir am besten und mit den ökonomischsten Methoden dieser gigantischen Aufgabe Herr werden können. Ich habe zunächst die Konzeption, das Vorhandene restlos auszunützen, natürlich unter Einbindung der Geräte, die im Zivilsektor der Luftsicherung vorhanden sind.

Das ist geschehen, und ich darf sagen — Sie, Herr Abgeordneter, werden sicherlich auch die Dinge kennen —, daß hier Leistungen gerade anlässlich der letzten Vorgänge erzielt werden konnten, die vordem Skeptiker nicht für möglich gehalten hätten, obwohl ich nicht behaupte, daß sie voll befriedigend waren. Unsere beweglichen Radargeräte haben wir dadurch voll ausgenutzt, weil wir im Zuge der Rationalisierung eine neue Radar-Mot-Kompanie aufgestellt haben, sodaß nun alle Geräte auch zum Einsatz kommen können und daher in

Komplettierung der großen Radarstationen sichtbare Räume durch den Einsatz dieser beweglichen Radargeräte abgedeckt werden können.

Was Sie hinsichtlich des Fachpersonals gesagt haben, ist absolut richtig, es stimmt. Ich weiß das am besten. Was wir in dieser Richtung tun können, werden wir auch machen.

Abgeordneter Eberhard hat vor allem verschiedene Zulagenfragen anklingen lassen. Ich möchte dazu sagen, daß wir eine große Reihe dieser Wünsche bewältigt haben. Sie wissen aber auch, Herr Abgeordneter, welche gewaltigen Personalaufwendungen wir überhaupt durch die Gehaltssteigerung und durch die Bewältigung dieser Dinge auf uns genommen haben. Soweit wir können — das war immer mein Grundsatz —, werden wir uns diesen Anliegen nicht nur widmen, sondern sie auch dort, wo sie gerechtfertigt sind, zur Durchführung zu bringen versuchen. Aber Rom ist nicht an einem Tag erbaut worden, alle diese Dinge können auch nicht an einem Tag bewältigt werden.

Was die Kartei anbelangt, so habe ich meinen diesbezüglichen Ausführungen, die ich bereits in aller Öffentlichkeit gemacht habe, nichts hinzuzufügen.

Daß die Übergabe der Wehrdiensterinnerungsmedaillen in würdiger Form erfolgen soll, darüber bin ich völlig Ihrer Meinung. Ich wäre dankbar, wenn Sie mir die Einheit bekanntgeben könnten, wo diese Vorgänge, die Sie genannt haben, stattgefunden haben.

Frau Abgeordnete Stella Klein-Löw! Ich glaube, wir haben gar keine sehr unterschiedlichen Auffassungen. Hinsichtlich der einen konkreten Frage, die Sie mir gestellt haben bezüglich des Spieles „strategie“, das nicht vom Verteidigungsministerium herausgekommen ist, darf ich Ihnen sagen, daß ich Ihre Auffassung nicht teilen kann. Ich bin ein grundsätzlicher Gegner von Kriegsspielzeug. Das ist aber kein Kriegsspielzeug in dem Sinne, das wir nicht gerne sehen. Hier handelt es sich um die Darlegung der Problemstellung, hier handelt es sich um die Bekanntmachung mit den Aufgaben, die uns in der Verteidigungs-politik gestellt sind. Das, glaube ich, kann man nicht unter diese Gegebenheiten miteinbinden.

Herr Abgeordneter Scrinzi hat ebenfalls wieder die „Soldatenfrage“, die Präsenz hier im Parlament, behandelt. Ich habe darauf bereits geantwortet.

Bezüglich des umfassenden Konzeptes müssen wir uns vielleicht einmal unterhalten, was Sie im konkreten darunter verstehen. Es gibt hier sehr, sehr viele Bereiche, und es ist daher, wenn man von einer umfassenden

10672

Nationalrat XI. GP. — 125. Sitzung — 17. Dezember 1968

Bundesminister Dr. Prader

Konzeption spricht, zunächst abzuklären, was man damit im einzelnen meint. Dann ist auch die Sprachregelung gegeben, die man braucht, um zu den einzelnen Problemen konkreter Stellung nehmen zu können.

Hinsichtlich des Falles Reder stehe ich nicht an, Ihnen zu erklären, daß es mir geradezu unverständlich ist, daß ein solcher Fall so lange nach dem Krieg noch existieren kann und daß ein solcher Fall angeblich eine Angelegenheit ist, die die Existenz eines Staates oder dessen politische Verhältnisse gefährden könnte. Was ich tun konnte, habe ich auf den verschiedensten Wegen getan. Ich bedaure es persönlich außerordentlich, daß wir in dieser Frage bisher noch zu keinem oder nicht zu dem erwünschten Ergebnis gekommen sind.

Was den Atomsperervertrag anbelangt, wird ja das Hohe Haus dazu Stellung nehmen.

Herr Abgeordneter Preußler! Zu den Prozentziffern, die Sie hier dargelegt haben, kann ich im Detail — Sie werden das sicherlich verstehen — im Augenblick nicht Stellung nehmen. Es ist mir nicht möglich gewesen, die Zahlen zu überprüfen und sie auf ihre Richtigkeit zu untersuchen.

Zur Budgetsituation. Ich stehe nicht an, Ihnen zu erklären: Ja, das habe ich gesagt, weil wir ja bekanntlich in Österreich so wie in anderen Staaten das System der jährlichen Budgetierung haben. Sie wissen genauso wie ich, daß eine gezielte Planung nur dann möglich ist, wenn man Jahre hindurch garantiert über eine Größenordnung verfügen kann, um dadurch auch zu einem wirklichen Planungseffekt kommen zu können. Das habe ich gemeint. Derzeit ist das nur im Bereich einer sehr schmalen Rate möglich. Meine Vorschläge haben sich daher darauf bezogen, daß hier eine Lösung gefunden werden muß, wie sie in Schweden und auch in der Schweiz existiert, wo mehrjährige Konzepte festgelegt werden und daher eine viel konkretere Planungsarbeit ermöglicht wird, als das in Österreich der Fall ist.

Die Rationalisierung — das möchte ich Ihnen, Herr Abgeordneter, auch noch sagen — hat gar nichts mit dem Budget 1969 zu tun. Wenn Sie die Zeitskala verfolgen, dann stellen Sie fest: Sie wurde ganz zu Beginn des Jahres 1968 in die Wege geleitet, als also noch keinesfalls die Problematik des Budgets 1969 zur Debatte stand.

Hohes Haus! Gestatten Sie mir nun aber auch noch einige abschließende Bemerkungen.

Welche Strategie soll nun beim Aufbau unserer Streitkräfte verfolgt werden? Wo liegen die Schwerpunkte? Darüber sind hier vielfältige Auffassungen geäußert worden, viel-

fältige Auffassungen sind zu hören und zu lesen. Diese Auffassungen — das möchte ich betonen — sind aber auch sehr situationsbedingt. Nach dem letzten israelisch-arabischen Konflikt zum Beispiel wurden andere Thesen vertreten als heute. Das zeigt deutlich, daß es keinen Modellfall kategorisch gibt.

Unsere operative Planung wie das Organisationsschema haben die nötige Flexibilität, die die bestmögliche Anpassung an die jeweilige Situation gestattet. Sie wurden letzten Endes auch im Einvernehmen und durch Mitwirkung aller Parteien in langen Beratungen beschlossen. Ich glaube daher, daß wir die richtige Lösung haben, die zwischen den Extremen liegt, nämlich die Kombination zwischen einem operativen Feldheer, das eine Schwerpunktbildung gestattet, und einer tiefgestaffelten territorialen Verteidigungsorganisation. Für den Ausbau gilt es nur, jetzt die richtigen Schwerpunkte zu setzen, um mit den zur Verfügung stehenden personellen und materiellen Möglichkeiten das Maximum zu erreichen und den größten Effekt zu verwirklichen.

Ich habe schon mehrmals erklärt, daß auch ich die Landwehr als Schwerpunkt Nummer eins für die nächste Zeit sehe, und ich glaube, daß sie sehr notwendig ist.

Meine Damen und Herren! Ich darf noch einige Bemerkungen machen, weil sich in letzter Zeit eine Diskussion anbahnt, die die klare Sicht zu trüben und unseren Verteidigungswillen in Zweifel zu ziehen geeignet ist. Noch niemand hat mir erklären können, wie beispielsweise bei Auseinandersetzungen in unserer Nachbarschaft etwa über die Grenze ausweichende Verbände mit Methoden eines gewaltlosen Widerstandes entwaffnet oder zurückgeworfen werden, wozu wir aus Gründen unserer eigenen Sicherheit wie auf Grund internationaler Verpflichtungen eben verpflichtet sind.

Ich wiederhole, was ich schon andernorts gesagt habe: Ziviler oder militärischer Widerstand ist keine Alternative. Nur beides gemeinsam kann erfolgversprechend sein. Aggressionen dämmt man nicht durch Kapitulationsbereitschaft ein, das steigert eher den Appetit; das hat die Geschichte hinlänglich erwiesen. Nicht rechtzeitiger Einsatz steigert nur die Zahl der Opfer, die letztlich dann doch erbracht werden müssen.

Auch die Zerstörung des Selbstvertrauens ist ein wichtiger Bestandteil gegnerischer Strategie.

Bundesminister Dr. Prader

Wir haben diesem Haus nun schon eine Reihe von Maßnahmen vorgeschlagen und werden solche Vorlagen noch einbringen, die den Weg zeigen, wie wir uns die Fortentwicklung der Wehrpolitik vorstellen. Es gibt keine Methode, die für sich allein geeignet wäre, das Problem zu lösen. Es ist wie ein Mosaik. Es besteht auch hier das Gesamtbild aus vielen Steinen, und diese Steine wollen wir rechtzeitig setzen.

Das volle Wirksamwerden — das möchte ich auch dem Herrn Abgeordneten Peter sagen — des bisher geschaffenen Verteidigungspotentials allerdings wird vordringlich, darauf muß hingewiesen werden, von zwei Faktoren abhängen:

1. von rechtzeitigen politischen Entscheidungen und
2. vom Widerstandswillen unseres Volkes.

Zweifellos sind zum Ausbau unseres Verteidigungspotentials zusätzliche Mittel erforderlich. Hierfür muß eine geeignete Lösung gefunden werden, eine Lösung, die unserer Wirtschaft in gleicher Weise dienlich ist wie dem Heer und unser aller Verantwortlichkeit gerecht wird. Das vorgesehene Rüstungsprogramm soll im Verteidigungsrat beraten werden.

Meine Damen und Herren! An der Armee wird viel Kritik geübt. Zweifellos gibt es Mängel, deren Behebung nicht in unserer Möglichkeit liegt, es gibt auch andere Mängel, Fehler und Unzulänglichkeiten — ich kenne keine Institution, wo das nicht der Fall wäre. Sie auszumerzen, ist unser ständiges Bemühen; an alle ergeht die Bitte, uns dabei zu helfen. Über der Kritik aber sollte die gewaltige Aufbauleistung nicht übersehen werden, die seit der erst zwölf Jahre zurückliegenden Aufstellung des österreichischen Bundesheeres erbracht wurde. (*Beifall bei der ÖVP.*)

In den meisten Bereichen mußte auf dem Nullpunkt begonnen werden. Wenn man heute die zu meisternde militärische Technik kennt und mit ins Kalkül zieht, daß diesem Bundesheer seit Beginn seines Bestehens stets nur unzulängliche Mittel zur Verfügung stehen, darf die erbrachte Leistung wohl auch gewürdigt werden. Daher ist auch weiterhin auf dem Gebiete der Landesverteidigung Defaitismus nicht am Platz.

Am Platz, meine Damen und Herren, ist aber wohl bei diesem Anlaß mein Dank an alle Ressortangehörigen — gleichgültig ob sie ihren Dienst in Uniform oder in Zivilkleidung ausüben — und der Dank an unsere jungen österreichischen Soldaten für ihre Pflichterfüllung und ihre Mitarbeit. Wenige Ausnahmen bestätigen die Regel: Das Bundesheer hat die ihm bisher gestellten Aufgaben erfüllt.

Das österreichische Bundesheer der Zweiten Republik hat bei seiner Aufstellung die erste Waffenausstattung von den vier Unterzeichnermächten des Staatsvertrages erhalten. Das hatte und hat nicht nur eine materielle, sondern auch eine symbolische und richtungweisende Bedeutung. Damit wurde uns die Eigenverantwortung für die Verteidigung unserer wiedererlangten Freiheit mitübergeben.

Meine Damen und Herren! Das Bundesministerium für Landesverteidigung wird sich weiterhin bemühen, dieser Verantwortung gerecht zu werden. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner: Zum Wort hat sich niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen. Der Herr Spezialberichterstatter verzichtet auf ein Schlußwort. Damit ist die Aussprache über die Beratungsgruppe XII abgeschlossen.

Wir gelangen zur Abstimmung. Diese Abstimmung umfaßt Kapitel 40: Militärische Angelegenheiten.

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Kapitel in der Fassung der Regierungsvorlage ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Danke. Das ist die Mehrheit. Das ist mit Mehrheit angenommen.

Die Tagesordnung dieser Sitzung ist erschöpft. Ich breche die Verhandlungen ab.

Die nächste Sitzung berufe ich für 13 Uhr 10 mit folgender Tagesordnung ein: Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (990 und Zu 990 der Beilagen): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1969, Spezialdebatte über die Beratungsgruppe XIII. Diese umfaßt Kapitel 64: Bauten und Technik.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung: 13 Uhr